

Zusammen leben in Essen

Ergebnisse der Befragung zum Thema Integration



Beiträge zur Stadtforschung 59 · Teil I
Band D19 Interkulturelle Orientierung
– Bericht –

September 2012

Amt für Statistik,
Stadtforschung und Wahlen
RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit



Zusammen leben in Essen

Ergebnisse der Befragung zum Thema Integration

Teil I - Bericht

September 2012

Stadt Essen
Der Oberbürgermeister

Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
RAA/Büro für interkulturelle Arbeit

- Herausgeber:** Stadt Essen,
Der Oberbürgermeister
Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit
- Schriftenreihe:** Beiträge zur Stadtforschung 59 Teil I – Bericht
Band D19 Interkulturelle Orientierung (D/19/09/2012)
- Autoren:** Kapitel 1, 5.10 und 6: RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit
Kapitel 2 – 5.9: Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
- Kontakt:** Barbara Erbslöh, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen
barbara.erbsloeh@amt12.essen.de, Tel.: 0201/88-12000
Dr. Helmuth Schweitzer, RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit
helmuth.schweitzer@raa-interkulturellesbuero.essen.de,
Tel.: 0201/8328400
- Umschlaggestaltung:** Werner Ryschawy
- Bildnachweise für
Umschlagvorderseite:** Fotos von Peter Wieler (Aalto-Theater,
Menschen in Fußgängerzone)
und Lutz Braun (Call-Center; It's TIME!
Business Communication AG; Wohnsiedlung
Bauträger Allbau AG)
- Druck:** Amt für Zentralen Service
- Bezugsquelle:** Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung
und Wahlen
45121 Essen
Telefon: 0201/88-12104
E-Mail: ingo.kumkar@amt12.essen.de
- Stadt Essen, RAA/Büro für Interkulturelle Arbeit
45121 Essen
Telefon: 0201/8328 512
E-Mail: info@raa-interkulturellesbuero.essen.de

Nachdruck – auch auszugsweise –
nur mit Quellenangabe gestattet

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort	5
1 Vorbemerkungen	7
Exkurs: Zum Begriff „Integration“	9
2 Zusammenfassung der Befragungsergebnisse.....	14
3 Demografische Entwicklung der Essener Bevölkerung	30
4 Planung und Durchführung der Befragung.....	37
5 Ergebnisse der Umfrage „Zusammen leben in Essen“	51
5.1 Migrationshintergrund und demografische Struktur der Befragten	51
5.2 Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe: Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen	60
5.3 Lebenseinstellungen und Religion	76
5.3.1 Wichtigkeit und Zufriedenheit von Lebensbereichen	76
5.3.2 Religionszugehörigkeit und Religiosität	85
5.3.3 Einstellungen zum Thema Religion	90
5.4 Lebensmittelpunkt, Heimat, Identifikation	95
5.4.1 Wohndauer und emotionale Bindung	95
5.4.2 Heimat und zukünftiger Lebensmittelpunkt	99
5.4.3 Bikulturelle bzw. binationale Partnerschaften	105
5.5 Sprachkenntnisse, - kompetenzen- und -gewohnheiten	109
5.5.1 Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse	111
5.5.2 Sprache in der persönlichen Kommunikation	115
5.5.3 Mediennutzung und Sprache	120
5.6 Zusammen leben.....	123
5.6.1 Nachbarschaftliches Miteinander bzw. Nebeneinander	123
5.6.2 Persönliche Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten bzw. Migrantinnen	126

Inhaltsverzeichnis

Seite

5.6.3	Persönliche Kontakte zwischen Migranten und Migrantinnen aus unterschiedlichen Herkunftsländern.....	138	
5.7	Einstellungen und (Vor-)Urteile zum Thema Zuwanderung	145	
5.7.1	Offenheit oder Begrenzung – Zuzug von Migrantinnen und Migranten	145	
5.7.2	(Vor-)Urteile über Migranten und Migrantinnen als Teil des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems	152	
5.7.3	Gelingen der Integration – (k)eine Frage der Herkunft.....	156	
5.7.4	Kriterien für die Einbürgerung	158	
5.8	Beobachtung und Erfahrung von Diskriminierung.....	163	
5.9	Partizipation.....	168	
5.9.1	Deutsche Staatsbürgerschaft als formale Partizipationsvoraussetzung.....	168	
5.9.2	Kommunales Wahlrecht für Nicht EU-Bürger/-innen als Partizipationsmöglichkeit.....	173	
5.9.3	Mitgliedschaften als Ausdruck von wenig formalisierter Partizipation.....	174	
5.10	Verantwortung für Zusammenleben und Integration.....	180	
5.10.1	Integration als gemeinsame Verantwortung.....	180	
5.10.2	Veränderungen und Verbesserungen zur Unterstützung des Zusammenlebens	183	
6	Schlußfolgerungen.....	186	
Anhang			
I	Anschreiben des Oberbürgermeisters.....	205	
II	Fragebogen.....	207	
Veröffentlichungsverzeichnis des Amtes für Statistik, Stadtforschung und Wahlen.....			229

Vorwort

Essen ist eine weltoffene Stadt, in der Menschen aus 170 Nationen ihren Platz haben. Über 23,5 Prozent der rund 572.500 Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Zuwanderungs-hintergrund. Im alltäglichen Leben begegnen uns unterschiedliche Sprachen, Kulturen und Religionen.

Damit sind Vielfalt und Pluralität Kennzeichen unserer modernen Stadtgesellschaft. Sie finden Ausdruck in Kunst und Architektur, in vielfältigen Lebensweisen und in sozialen wie kulturellen Milieus.



Reinhard Paß
Oberbürgermeister

(Foto: Udo Geisler)

Als gesamte Gesellschaft stehen wir vor der Herausforderung, die kulturelle Vielfalt zu ermöglichen und zu leben. Seit vielen Jahren setzt die Stadt daher auf den Dialog im Zusammenleben und auf eine Weiterentwicklung der Integrationspolitik. Das hat auch Auswirkungen auf die Arbeit der Stadtverwaltung, die sich den Ausbau der interkulturellen Orientierung als strategisches Ziel gesetzt hat. Integration wird als gesamtstädtische Aufgabe wahrgenommen – im Sinne von Kundenorientierung, sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit, von Internationalität und Wettbewerbsfähigkeit. Diesbezüglich wurden mit dem „Konzept für die interkulturelle Arbeit der Stadt Essen“ in den letzten Jahren wichtige Eckpunkte in der Integrationspolitik gesetzt.

Aber: Gute Konzepte sind nicht starr, sondern entwickeln sich kontinuierlich weiter und berücksichtigen dabei neue Erkenntnisse und Sichtweisen. Mit der Befragung hat die Verwaltung neue Einblicke in das Zusammenleben in unserer Stadt aus Sicht der Essenerinnen und Essener gewinnen können. Die Ergebnisse liegen nun vor und bereichern unseren stadtpolitischen Diskurs über gesellschaftliche Gestaltungs- und Veränderungsprozesse.

Ich danke all denen herzlich, die an der vorliegenden Studie mitgewirkt haben. Mein besonderer Dank gilt dem Land Nordrhein-Westfalen, das mit dem Förderprogramm „KOMM IN NRW“ wesentlich zur Umsetzung unserer Befragung beigetragen hat und hoffe, dass die Erkenntnisse unsere gute Integrationspolitik befruchten und weiter beleben wird.

A handwritten signature in black ink that reads "Reinhard Paß". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

- Reinhard Paß -
Oberbürgermeister

1 Vorbemerkungen

Essen ist als ein alter Industriestandort immer auch schon ein Ort von Zuwanderung durch Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten gewesen. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen als Gestaltungsaufgabe hat insofern Tradition. Als sich nach dem Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer 1973 die betroffenen Zuwanderer zum Bleiben entschlossen und ihre Familien nachzogen, wurde deutlich, dass sich damit alle Bereiche der Stadtgesellschaft auseinandersetzen mussten. Verstärkt wurde dies durch den Zuzug ausländischer Bürgerkriegsflüchtlinge Anfang der 80er Jahre. Dies fand 1985 und 1986 einen konzeptionellen Ausdruck mit den **ersten kommunalen Handlungsprogrammen zur Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen und zur „Eingliederung ausländischer Flüchtlinge“**.

Über 24 % der rund 571.000 Einwohnerinnen und Einwohner haben heute einen Migrationshintergrund¹. **Fast 44 % aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren haben einen Migrationshintergrund**. Die stärksten Sprachgruppen unter den Migrantinnen und Migranten sind die türkisch, polnisch, russisch und arabisch sprechende Gruppe.

Unter dem Begriff **„Konzept für die interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen“** hat die Stadt Essen im Zusammenwirken mit relevanten externen Partnerinnen und Partnern 1997 als eine der ersten Kommunen in Deutschland den Diskurs für eine interkulturelle Stadtpolitik eingeleitet.² Mit dem Beschluss des Rates im April 1999 wurden die Weichen für den Umsetzungsprozess gestellt und in den letzten zehn Jahren eine Reihe von Handlungsansätzen in unterschiedlichen Handlungsfeldern angestoßen.

Die Fortschreibung des interkulturellen Konzepts und die Entwicklung innovativer Handlungsstrategien sind, gestützt durch den Ausbau der **interkulturellen Orientierung als Konzernziel**, kontinuierlicher Bestandteil kommunaler Entscheidungsprozesse. So wurden mit dem Integrationsmonitoring³ im Jahr 2006 erste Kennzahlen zur Erfassung von Entwicklungen und Integrationsständen nach Handlungsfeldern und ausgewählten Vergleichsgruppen auf der Grundlage des KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) Monitoringsystems veröffentlicht.

¹ Stand vom 31.12.2010

² Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (Hrsg.): NRW Agenda 2000, Neue Wege interkultureller Stadtpolitik, Das Essener Modell, Düsseldorf 2000, Veröffentlichungsnummer 1170

³ Vgl. Stadt Essen, Der Oberbürgermeister, RAA/Büro für interkulturelle Arbeit (Hrsg.): Interkulturelle Orientierung, Band 2, Dritter Umsetzungsbericht 2000-2006, Essen, im April 2007

Über das Zusammenleben von Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft und Einstellungen zum Thema Integration lagen für Essen mit wenigen Ausnahmen (Befragung in Stadtteilen des Programms „Soziale Stadt“) kaum repräsentative Erkenntnisse vor. Dieser subjektive Aspekt des Integrationsprozesses sollte mit einer ersten Studie in die Weiterentwicklung des Essener Konzepts aufgenommen werden.

Das Hauptanliegen der Untersuchung war bzw. ist die Beschreibung der subjektiven Wahrnehmung der Integration und des Zusammenlebens bzw. gegebenenfalls vorhandener Diskriminierungserfahrungen.

Im Januar 2010 wurde deshalb eine empirische Erhebung unter dem Arbeitstitel **„Zusammen leben in Essen“** mit finanzieller Unterstützung aus dem Landesprogramm „KOMM IN NRW“ durchgeführt mit dem **Ziel**

- **Grundlageninformationen für die Integrationspolitik in der Stadt und für den Wirtschaftsstandort Essen zu gewinnen,**
- **die Ergebnisse zu dokumentieren und anderen Kommunen als Praxisbeispiel zur Verfügung zu stellen, um Synergieeffekte auch im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit herzustellen und Vergleiche mit anderen kommunalen Studien durchzuführen.**

Im Zusammenwirken zwischen dem Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen, dem Büro Stadtentwicklung und der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit wurde das Befragungskonzept für die quantitative Befragung entworfen und die Voraussetzungen für die Umsetzung geschaffen. Dabei lag der Fokus auf der Differenzierung nach Rechtsstatus, nach Sprach- bzw. Staatsangehörigkeitsgruppen und nach alters- sowie bildungsspezifischen Unterschieden.

Exkurs: Zum Begriff „Integration“

Eine besondere Schwierigkeit dieser – und vergleichbarer – Befragungen liegt in der Unbestimmtheit des Begriffs „Integration“ in der öffentlichen Diskussion und der Wissenschaft. Dies ermöglicht unterschiedliche Interpretationen sowohl auf wissenschaftlich-beschreibender wie auf politisch-ideologischer Ebene und bleibt nicht ohne Auswirkungen auf das Alltagsverständnis der interviewten Personen. Denn das Wort „Integration“ ist nach Deutschland vor 45 Jahren als „Fremdwort“ in dreifachem Sinne eingeführt worden:

- einmal als falsche Übersetzung des migrationstheoretischen Begriffs *assimilation* aus dem Englischen (deutsch: Angleichung, Anpassung),
- zum anderen als Übersetzung des Fachbegriffs *integration* aus der englischsprachigen Soziologie, wo Integration die Bedeutung von Gleichgewicht hat,
- zum dritten als unpassender Import beider Fachbegriffe aus den „echten“ Einwanderungsländern USA und Australien in die Bundesrepublik Deutschland, die sich jahrzehntelang bewusst nicht einmal als tatsächliches „Einwanderungsland“ verstanden hat und sich bis heute nicht juristisch als „Einwanderungsland“¹ definiert:

1. Aus migrationstheoretischem Blickwinkel geht es bei der Integrationsdiskussion im Kern um das Thema Assimilation, also um die Frage, in welcher Form und in welchem Ausmaß „Einwanderer“ als Minderheit ihre mitgebrachten Wertvorstellungen und Verhaltensweisen unter dem Anpassungsdruck „der“ (als Einheit gedachten) Aufnahmegesellschaft tatsächlich ändern (beschreibende Ebene) bzw. verändern sollen (politisch-ideologische Ebene), um als gleichberechtigtes Mitglied des neuen Landes aufgenommen zu werden. Zur Beantwortung dieser doppelten Frage sind vor 100 Jahren in den USA drei zum Teil gegensätzliche Modelle der Assimilation („Angleichung“) konstruiert und 50 Jahre später für den deutschen Sprachraum mit dem Wort Integration übersetzt worden².

- a) Das Modell „Schmelztiegel“³ im Sinne des ursprünglichen Begriffs „Assimilation“ bedeutet eine einseitige Anpassung der Minderheit an die Mehrheit, so dass selbst einzelne

¹ Im geltenden „Gesetz zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung“ kommt das Wort „Einwanderer“ bewusst nicht vor.

² Delgado, A. (1980): Auf dem Weg zu einer selbständigen Emigrantenorganisation. In: ISS-Informationsdienst zur Ausländerarbeit Nr. 4, 68-71.

³ Der Begriff „Schmelztiegel“ hat seinen Ursprung in dem 1908 uraufgeführten Drama „The melting pot“ von Israel Zangwill.

Elemente der Herkunftsgruppe – abgesehen vom Namen – nicht mehr erkennbar sind.¹

Dieses Verständnis von „Integration“ als „Angleichung“ hat sich bis heute insbesondere in der Vorstellung des „Ruhrgebiets als Schmelztiegel“ verschiedener Volksgruppen und Kulturen nicht nur in der Politik, sondern auch im Alltagsbewusstsein der Menschen festgesetzt.²

- b) Von diesem einseitigen Anpassungskonzept ausdrücklich abgegrenzt ist die „pluralistische Integration“ nach dem Modell „Schüssel mit buntem Salat“³: Auch hier muss die Beschreibung des nebeneinander Existierens unterschiedlicher Gruppen/Sprachen/Kulturen/Milieus unterschieden werden von den politisch-ideologischen Zielvorstellungen („Multi-kulti“), die dieses Nebeneinander zum Programm erheben oder umgekehrt ausdrücklich ablehnen, weil darin die Herausbildung von „Parallelstrukturen“ auch institutionell auf Dauer in politisch ungewünschter Weise zementiert werden könnte⁴.
- c) Als drittes Modell zwischen „Schmelztiegel“ und „Bunter Salatschüssel“ hat sich in der deutschen Öffentlichkeit während der letzten 40 Jahre weitgehend die Konstruktion einer „interaktionistischen“ Integration etabliert nach dem Modell des „voneinander Lernens durch gegenseitiges aufeinander zugehen“ wie in einer „guten Ehe“⁵. Kritisch zu beurteilen ist diese auf die vereinfachte „sozialpsychologische Kontakthypothese“⁶ gestützte Konzeption, weil damit unterstellt wird, dass soziale Großgruppen wie Individuen aufeinander zugehen. Unberücksichtigt bleibt, dass die Interaktionspartner eben nicht völlig „voraussetzungslos“, sondern im Rahmen von Machtbeziehungen und Vorurteilen

¹ Zum Zeitpunkt dieses Theorieimports vor 45 Jahren wurde dem Begriff „Assimilation“ als „Angleichung“ eine negative Bedeutung zugeschrieben und von keinem der Hauptbeteiligten (weder von den als „Gastarbeiter“ bezeichneten Menschen, noch von den Regierungen der Herkunftsstaaten und der deutschen Regierung) gewollt. Durch die falsche Übersetzung als Integration konnte dessen positive Bedeutung im Zuge der damals in den USA geführten Anti-Rassismus-Debatte um die „Integration der Schwarzen“ durch Auflösung von Minderheiten-Ghettos in bestimmten Stadtvierteln genutzt werden (Arbeiterwohlfahrt Bundesverband 1969: Geschäftsbericht. Ausländische Arbeiter und ihre Familien. Ausschnitt in: Dies. (1979), a.a.O., 14f).

² Zur notwendigen Differenzierung der Betrachtung

Dieses Modell entspricht in weiten Teilen auch den ursprünglichen Erwartungen vieler (Spät-)Aussiedler aus den ehem. Ostblock-Staaten, die in den 80er und 90er Jahren vor allem mit dem Willen hierhergekommen sind, „als Deutsche unter Deutschen“ zu leben (Greiner 2002, 48). Vgl. Tenfelde, K. (2006,9): Schmelztiegel Ruhrgebiet? Polnische und türkische Arbeiter im Bergbau: Integration und Assimilation in der montanindustriellen Erwerbsgesellschaft. In: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen/Heft 36 (2006), S. 7-28.

³ Kallan, H.M. (1924): Culture and Democracy in the United States. New York.

⁴ „Dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert“... Bundeskanzlerin Merkel auf dem Deutschlandtag der Jungen Union (JU) in Potsdam am 15.10.2010 zitiert in: Süddeutsche Zeitung, 16.10.12

⁵ Bingemer, K./Meistermann-Seeger, E./Neubert, E. (1970): Leben als Gastarbeiter. Opladen: Westdeutscher Verlag

⁶ Allport, G. W. (1951): Treibjagd auf Sündenböcke. Berlin/Bad-Nauheim. (Amerik. Org.: ABC's of Scapegoating. Chicago 1948)

der Beteiligten handeln und unter bestimmten, häufig auftretenden Umständen auch oder sogar überwiegend negative Kontakterfahrungen machen¹.

2. Diese drei migrationswissenschaftlich begründeten „Integrations-“ bzw. „Assimilationsmodelle“ werden häufig verwechselt mit der zweiten Theorie-Tradition des Integrationsbegriffs aus Sicht der Allgemeinen Soziologie: Hier wird Integration als soziales Gleichgewicht eines Systems von Einzelteilen/Elementen² verstanden.
3. Sowohl die migrations- wie die allgemeinsoziologische Grundlegung des Integrationsbegriffs verschwimmen schließlich in einer Kombination beider Theoriestränge durch die Einführung des Begriffs „Binnen-Integration“³. Hierbei wird der Erfahrung aus den klassischen und modernen Einwanderungsländern Rechnung getragen, dass eine enge, sich gegenseitig unterstützende Kommunikation zwischen Angehörigen verschiedener „Einwanderungskolonien“ (ethnic communities) im Aufnahmeland gesellschaftsstabilisierende Funktionen hat⁴. Dies drückt sich durch ethnische Selbstorganisation (z.B. in Vereinen) aus und hat auch sozial-räumliche Konsequenzen durch Zuzug von Neueinwanderern zu Verwandten und Bekannten aus der gleichen Herkunftsregion der jeweiligen sprachlich-kulturellen Minderheit in bestimmte Stadtviertel. Dadurch werden insbesondere die ersten Eingewöhnungsprozesse in der fremden Umgebung erleichtert und mittel- und langfristig die „Assimilation“ (Anpassung) an die Strukturen der Aufnahmegesellschaft gefördert.

Auf dieser dritten theoretischen Grundlage hat sich in der deutschen Migrationsforschung bis vor wenigen Jahren ein Modell zur Angleichung (Assimilation) von Einwanderern (fälscherweise „Integration“ genannt) an vorgegebene soziale Strukturen etabliert, das von vier Hauptdimensionen des damit verbundenen sozialen Wandels ausgeht⁵ und die zentrale theoretische Grundlage der meisten repräsentativen Erhebungen – einschließlich der hier vorgestellten Befragung – darstellt:

¹ Brewer, M.B./Miller, N. (1984): Beyond the Contact Hypothesis. In: Miller, N./Brewer, M.B., a.a.O., 281-302.

² Parsons, T. (1951) The Social System. Glencoe, IL: The Free Press

³ Elwert, G. (1982): Probleme der Ausländerintegration: Gesellschaftliche Integration durch Binnenintegration? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Jg.34, S. 717-731.

⁴ Thomas, W. J./Znaniecki, F. (1920): Polish peasant in Europe and America: monograph of an immigrant group; v. 5, Organization and disorganization in America. 2 Volumes. Boston/New York; Saunders, D. (2011): Arrival City. Über alle Grenzen hinweg ziehen Millionen Menschen vom Land in die Städte. Von ihnen hängt unsere Zukunft ab, übersetzt von Werner Roller. Karl Blessing Verlag, München 2011.

⁵ Heckmann, F. (1998): Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung? in: Friedrich-Ebert-Stiftung (ed.), Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 85, Bonn, p. 29-41.

- die strukturelle Dimension der Angleichung als Eingliederung von Einwanderern in die Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft (Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Wohnungsmarkt und politische Institutionen)
- die kulturelle Dimension im Zuge des Spracherwerbs und der Entwicklung neuer kultureller Muster in der Einwanderergruppe
- die soziale Dimension der Angleichung im Sinne der Eingliederung in die privaten Sphären der Aufnahmegesellschaft (Freundschaften, Partnerwahl, Mitgliedschaft in Vereinen und andere Formen von Kontaktpflege) und
- die identifikatorische Dimension (Zugehörigkeits- und Identifizierungsgefühle der Einwanderer mit ethnisch-nationalen, regionalen und/oder lokalen Strukturen).

In allen vier Dimensionen dieses so definierten „Integrationsprozesses“ wird letztlich von einer einseitigen, gradlinigen und dauerhaften Anpassung der einwanderten Minderheitsangehörigen an eine als kulturelle statische Einheit vorgestellte „Mehrheitsgesellschaft“ ausgegangen. Diese Vorstellung entspricht der umgangssprachlichen passiven Redewendung, dass die Migranten „sich integrieren“ müssen. Damit gerät die unvermeidliche Veränderung der – ohnehin durch unterschiedliche kulturelle Milieus gekennzeichneten¹ – Aufnahmegesellschaft ebenso aus dem Blick wie die im Zuge wachsender Globalisierung steigende Zahl komplexer, zeitlich befristeter Migration über mehrere Staaten hinweg.²

4. Erst die neuere politikwissenschaftliche Grundlegung des Integrationsbegriffes betont inzwischen diese dritte – strukturelle – Dimension von „Integrationsprozessen“. Darin wird Integration als gesellschaftliche Teilhabegerechtigkeit im Sinne des gleichberechtigten Zugangs von jedem einzelnen zu (Macht-)Positionen³ definiert. In der Weiterentwicklung wird nun zur Überwindung struktureller Ausgrenzungsprozesse (soziale Exklusion) die individuelle „Inklusion“ als Ziel angesehen (vgl. DS 0810/2012/5). Dafür müssen sich die etablierten Kerninstitutionen einer Gesellschaft strukturell ändern bzw. „interkulturell öffnen“ (statt dass sich die Einwanderer einseitig den etablierten Strukturen anpassen).

¹ www.sinus-institut.de/.../MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf

² Die umfassende Globalisierung aller sozialen Beziehungen stellt die traditionellen Vorstellungen von „dauerhafter Einwanderung“ und „Anpassung“ in der Aufnahmegesellschaft grundlegend in Frage, wenn unter dem Stichwort „Transmigration“ Formen der Identitätsbildung über mehrere Gesellschaften hinweg untersucht werden und sich neben dem traditionellen Integrationsparadigma das hybride „Spaghetti-Modell“ etabliert. In: Pries, L. (2010): Transnationalisierung, Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung. Wiesbaden: VS-Verlag.







³ Amartya Sen (1999): Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. (Originaltitel: Development as Freedom) dtv: München 1999

Angesichts all dieser wissenschaftlichen, politischen und publizistischen „Vorbelastung“ der Diskussion um erfolgreiche und nicht erfolgreiche „Integrations- (sprich: Angleichungs-) Prozesse“ ist es nicht verwunderlich, wenn politisch langjährig engagierte Migrant/innen den Begriff „Integration“ wegen seiner vernebelnden Wirkung möglichst zu vermeiden suchen. Fachwissenschaftler/innen benutzen in diesem Zusammenhang lieber die „Durchsetzung von Teilhabechancen in der Migrationsgesellschaft“ und/oder ordnen diese dem noch weiter gefassten Begriff der „Inklusion von Vielfalt“ zu. Da auch diese Begrifflichkeiten noch wenig in der öffentlichen Diskussion verwendet werden, haben wir uns entschlossen, in den Fragen an die Essener Einwohner/-innen zum Zusammenleben auf den in der Öffentlichkeit bekannten Begriff „Integration“ einzugehen und dabei mögliche Unklarheiten in der Bedeutung in Kauf zu nehmen.

Im folgenden Kapitel 2 sind für die schnellen Leser/-innen zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Befragung zusammengestellt. Danach erfolgt ein Überblick zur demografischen Entwicklung der Bevölkerung (Kapitel 3). Im vierten Kapitel werden die Planung und Durchführung der Befragung erläutert. Im anschließenden Hauptteil (Kapitel 5) sind die Ergebnisse bezogen auf die verschiedenen Fragestellungen im Detail dargestellt. Am Ende stehen die Schlussfolgerungen zum Handlungsbedarf für die Stadtgesellschaft.




2 Zusammenfassung der Befragungsergebnisse

Planung und Durchführung der Befragung




-  Bei der Konzeption der Umfrage „Zusammen leben in Essen“ war es das erklärte Ziel, die demografischen Profile sowie die Meinungen und Einstellungen von **Menschen mit und ohne Migrationshintergrund** zu ermitteln. Die Menschen ohne Migrationshintergrund werden im Folgenden als einheimische Deutsche bezeichnet. Es sollten auch gezielte Aussagen für die in Essen **hauptsächlich vertretenen Herkunfts- bzw. Sprachgruppen** (arabisch, polnisch, russisch, türkisch) ermöglicht werden.
-  Es wurde eine **disproportional geschichtete Zufallsstichprobe** mit insgesamt **6.179 Personen** aus der Einwohnerdatei der Stadt Essen gezogen. Berücksichtigt wurden **16- bis 79-Jährige**, die mit Hauptwohnsitz seit mindestens einem Jahr an der aktuellen Adresse leben.
-  Mit **2.003 Personen** wurden in der Zeit **vom 11. Januar bis 12. Februar 2010 persönlich mündliche Interviews** durchgeführt.
-  Unter Berücksichtigung der nicht zu beeinflussenden Ausfälle – wie Tod, Wegzug etc. – lag die **Realisierungsquote bei 34 %**. Es gab **keine großen Unterschiede zwischen einheimischen Deutschen (37 %) und Migranten/-innen (34 %)**, aber durchaus **nennenswerte Abweichungen zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen**.
-  Die **Realisierungsquote ist nicht gleichzusetzen mit der Teilnahmebereitschaft**, da wegen Ausfällen von Interviewern nicht alle Zielpersonen aufgesucht werden konnten. **Knapp 50 % oder sogar mehr als die Hälfte der Zielpersonen, bei denen ein Kontaktversuch stattgefunden hat**, haben sich in allen Befragtengruppen – mit Ausnahme der Zielpersonen mit polnischem Migrationshintergrund (38 %) an der Umfrage **beteiligt**.
-  Bei den Befragungsergebnissen kann im Vergleich zur Grundgesamtheit der Bevölkerung insgesamt eine **gute Repräsentierung der Sprach-/Herkunftsgruppen und der Geschlechterproportionen** festgestellt werden. **Beim Vergleich der Altersstruktur ist hervorzuheben, dass insgesamt die Gruppe der 16- bis 27-Jährigen bei den Befragten unterrepräsentiert und die Gruppe der 45- bis 79-Jährigen überrepräsentiert ist.**

Migrationshintergrund und demografische Struktur der Befragten








Ermittlung des Migrationshintergrundes

-  Bei **22 %** der Befragten ergeben sich **über den Geburtsort, die Staatsangehörigkeit oder die entsprechenden Angaben für die Eltern, Hinweise auf eine nicht-deutsche Herkunft.**
-  **Knapp zwei Drittel der Befragten (63 %) mit Migrationshintergrund sind deutsche Staatsbürger/-innen.** Bei **13 %** der Befragten, die zu den Migranten/Migrantinnen zu zählen sind, ist der **Migrationshintergrund nur durch die Wanderungsgeschichte der Eltern abzuleiten.**
-  Rund **ein Viertel der befragten Migrantinnen und Migranten ist in Deutschland geboren.** In der Gruppe der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund trifft dies sogar fast auf ein Drittel zu, in der russischen Sprach-/Herkunftsguppe aber z.B. nur auf ein Zehntel.

Demografische Struktur der Befragten





-  Unter den Befragten mit Migrationshintergrund sind in der Tendenz **mehr Frauen, mehr jüngere Menschen unter 45 Jahren, entsprechend deutlich weniger im Alter von 45 oder mehr Jahren und weniger Konfessionslose als bei den einheimischen Deutschen.** Beim Familienstand und dem Zusammenleben mit einem (Ehe-)Partner zeigen sich dagegen keine größeren Unterschiede.
-  Die **breite Mehrheit der befragten einheimischen Deutschen lebt in vergleichsweise kleinen Haushalten ohne Kinder (74 %).** Befragte mit Migrationshintergrund wohnen dagegen deutlich **häufiger in größeren Haushaltszusammenhängen mit Kindern (46 %).**
-  Es gibt zum Teil **deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sprach-/Herkunftsguppen.** Die **Befragten mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund sind deutlich jünger** als alle anderen Migrantengruppen, **leben in größeren Haushalten,** und gehören im Unterschied zu allen anderen Befragten **mehrerheitlich dem Islam an.**

Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe: Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen







-  Insgesamt haben **über 60 % der Migrantinnen und Migranten** ihre **allgemeinbildende Schulbildung ausschließlich oder überwiegend nicht in Deutschland** erworben.
-  Die **breite Mehrheit (56 %) der einheimischen Deutschen** verfügt über eine **mittlere Schul-/Berufsausbildung**, während dies für **nur knapp ein Drittel der Migranten und Migrantinnen** zutrifft. **Jede(r) vierte Befragte mit, aber nur jede(r) Zehnte ohne Migrationshintergrund hat nur eine niedrige Schul-/Berufsausbildung.**
-  **Befragte mit türkischem Migrationshintergrund** bringen mit Blick auf Schul-/Berufsausbildung **die eindeutig schlechtesten Chancen** für eine erfolgreiche Partizipation am Erwerbsleben mit. Die **Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe haben mit Abstand die besten Bildungsvoraussetzungen.**
-  **Der Anteil an Personen mit einem niedrigen Schul- und Berufsausbildungsniveau ist in der jüngsten Altersgruppe, also bei den unter 27-Jährigen, am höchsten:** bei den einheimischen Deutschen sind dies 17 %, bei den Befragten mit Migrationshintergrund ist der Anteil mit 33 % fast doppelt so hoch.
-  **Jeweils etwa die Hälfte** der Befragten einheimischen Deutschen und Migranten/-innen sind **erwerbstätig; 6 % der einheimischen Deutschen, aber 10 % der Migranten und Migrantinnen** sind nach eigenen Angaben **arbeitslos.**
-  **Im Durchschnitt liegt das (Äquivalenz-)Einkommen bei einheimischen Deutschen bei etwa 1.350 Euro, bei Migranten/-innen aber bei nur rund 950 Euro.** Die Einkommenssituation der Befragten der türkischen und arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe ist mit Abstand am schlechtesten (620 Euro bzw. 520 Euro); 85% bzw. 79% von ihnen verfügen über ein Äquivalenzeinkommen von unter 750 € pro Monat.
-  **7 % der einheimischen Deutschen, aber 28 % der Personen mit Migrationshintergrund beziehen Transferleistungen. Die Unterschiede im Leistungsbezug zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen sind sehr groß:** z.B. 60 % bei den Befragten mit arabischem, aber nur 15 % mit polnischem Migrationshintergrund.

Lebenseinstellungen und Religion

Wichtigkeit und Zufriedenheit von Lebensbereichen

-  Die Bereiche **Familie, Bildung/Ausbildung und Beruf/Arbeit** werden **sowohl von den einheimischen Deutschen als auch von den befragten Migranten/-innen in ihrer Bedeutung sehr hoch eingeschätzt**: jeweils deutlich mehr als 90 % der Befragten stufen diese Dinge als eher oder sehr wichtig und damit als zentrale Lebensbereiche ein. Insgesamt ist die **breite Masse mit der Bildungs-/Ausbildungssituation und ihrem Beruf/ihrer Arbeit zufrieden, es gibt aber dennoch deutliche Unterschiede**: nahezu 80 % der einheimischen Deutschen empfinden ihre Bildungs-/Ausbildungssituation und ihren Beruf/ihre Arbeit als (eher/sehr) zufriedenstellend, während dieser Anteil bei den befragten Migranten/-innen jeweils nur bei 66 % liegt. Nur etwa die Hälfte der Befragten der arabischen und der türkischen, aber 70 % der Befragten der polnischen oder russischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind mit ihrer Bildung/Ausbildung zufrieden. **Von den Migranten/-innen mit einer niedrigen Bildung sind 38 % mit ihrer Situation nicht zufrieden.**
-  Für mehr als die Hälfte der Migranten/-innen (57 %) ist ein **hoher Lebensstandard wichtig**, bei den einheimischen Deutschen ist der Anteil niedriger (45 %). **Die Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard ist bei beiden Gruppen ausgesprochen hoch**: mehr als drei Viertel (78 %) der befragten einheimischen Deutschen und mehr als zwei Drittel (67 %) der Befragten mit Migrationshintergrund sind mit ihrem Lebensstandard zufrieden.
-  Die Migranten/-innen messen einer guten Nachbarschaft eine etwas größere Bedeutung (49 % sehr wichtig) bei als die befragten einheimischen Deutschen (38 %). **Mehr als zwei Drittel der Befragten sind zufrieden mit ihrer Nachbarschaft.** Da Nachbarschaft vor allem durch ein Miteinander der Menschen in einem Wohngebiet geprägt wird, ist dies für die Integrationsdebatte ein sehr positives Ergebnis.
-  **Von den Migranten/-innen misst mit 55 % ein fast doppelt so hoher Anteil der Religion eine wichtige Rolle im eigenen Leben zu wie dies bei einheimischen Deutschen der Fall ist (29 %).** Religion hat vor allem für Befragte aus dem islamischen Raum einen hohen Stellenwert: 86 % bei Befragten der arabischen und 81 % bei Befragten der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe. In allen Gruppen ist eine deutliche Mehrheit mit der Möglichkeit der Ausübung ihrer Religion zufrieden.

Religionszugehörigkeit, Religiosität, Einstellungen zum Thema Religion

-  Beim Thema Religion zeigen sich in der Migrantengruppe auch **deutliche Bildungseffekte**. Fast drei Viertel der Befragten mit niedriger Schul-/Berufsausbildung (72 %), aber weniger als die Hälfte der Migranten/-innen mit einem hohen Bildungsstatus stufen die Religion für sich persönlich als wichtigen Lebensbereich ein.
-  Von den befragten einheimischen Deutschen definieren sich 14 % als Atheisten. Auch unter den **Befragten mit Migrationshintergrund** ist ein erwähnenswerter **Anteil von rund einem Zehntel (9 %) ohne Religionszugehörigkeit**. **58 % bekennen sich zum Christentum, 29 % zum Islam**.
-  54 % der Befragten bezeichnen sich selbst als eher und weitere 10 % als sehr religiös. **Bei den Migranten und Migrantinnen ist insbesondere der Anteil von Menschen, die sich selbst als sehr religiös einstufen (18 %), deutlich höher als bei den einheimischen Deutschen (8 %)**.
-  **Der Grad der Religiosität von Muslimen ist noch deutlich höher als von Christen mit Migrationshintergrund**: 15 % der Migranten und Migrantinnen, die sich zum Christentum bekennen, bezeichnen sich als sehr religiös, während dies für 25 % derjenigen gilt, die dem Islam angehören. **Die Religiosität wird insbesondere von jungen Muslimen betont**: mehr als ein Drittel bezeichnet sich selbst als sehr religiös und weitere 60 % als eher religiös.
-  **Religiöse Toleranz und die grundgesetzlich verbrieft Glaubensfreiheit ist in der sehr breiten Mehrheit der Bevölkerung als Wert verinnerlicht**: über 80 % sowohl der einheimischen Deutschen als auch der Migranten und Migrantinnen äußern sich entsprechend.
-  Mit einem Anteil von **17 %** (einheimische Deutsche: 5 %) sind mehr als drei Mal so viele **der Befragten mit Migrationshintergrund der Meinung, es gäbe nur eine Religion, die die wahren Werte vertritt**. Es sind **in erster Linie die befragten Muslime (39 %), die dieser Überzeugung sind**. Fast die Hälfte (48 %) der Befragten mit arabischem und 43 % der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund stimmt der Aussage zu. **Diese Gruppe fasst so aber nicht die Mehrheitsmeinung der Muslime zusammen**. **51 % stimmen dieser religiös dogmatischen Aussage nicht zu**.

↪ **In der Frage, wie religiöse Werte vermittelt werden sollten, ergibt sich kein so eindeutiges Bild.** Nur jeweils etwas mehr als die Hälfte der einheimischen Deutschen (53 %) und knapp 60 % der Migranten/-innen stimmen der Aussage zu, dass Kinder religiös erzogen werden sollten. Zwar ist die **Zustimmung bei Muslimen (69 %) größer als bei Christen (57 %), aber grundlegend scheinen eher die Unterschiede im Grad der Religiosität zu sein.** 75 % der Menschen, die sich selbst als eher religiös einstufen, befürworten auch eine religiöse Erziehung, bei nicht religiösen Menschen liegt der entsprechende Anteil nur bei 27 %. Die Auffassung, in den Schulen sollte es nicht nur christlichen Religionsunterricht geben, wird mehrheitlich unterstützt: 55 % der einheimischen Deutschen und 62 % der Migranten/-innen.

↪ **Lebensmittelpunkt, Heimat, Identifikation**




↪ **Wohndauer und emotionale Bindung**

↪ Die Wohndauer belegt einen **hohen Grad der Identifikation der Befragten sowohl mit der Stadt Essen als auch mit ihrem Wohngebiet:** 86 % der einheimischen Deutschen wohnen schon von Geburt an bzw. mehr als 20 Jahre in Essen. **12 % der Migrantinnen und Migranten sind in Essen geboren und weitere 34 % wohnen bereits seit mehr als 20 Jahren in der Stadt.**



↪ **Befragte aus der polnischen, türkischen sowie aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen sind mit einer durchschnittlichen Wohndauer von über 20 Jahren am längsten in Essen.** Befragte aus der **russischen Sprach-/Herkunftsgruppe** sind mit einer durchschnittlichen Wohndauer von weniger als 10 Jahren im Vergleich zu den anderen Befragtengruppen **eindeutig weniger lang bzw. weniger stark in Essen verwurzelt.**

↪ **Über 90 % der Befragten – sowohl der einheimischen Deutschen als auch der Migrantinnen und Migranten – leben gerne oder sogar sehr gern in Essen und in ihrem Wohngebiet.**

Heimat und zukünftiger Lebensmittelpunkt






-  **Essen und Deutschland** sind sowohl für eine deutliche Mehrheit der einheimischen Deutschen als auch der Migrantinnen und Migranten die Orte, die am häufigsten genannt werden, wenn **das Zuhause, die Heimat** angesprochen wird. **Es sind dann aber die Jüngeren (46 %) und nicht die älteren Migrantinnen und Migranten (36 %), die in diesem Zusammenhang häufiger auch das Herkunftsland bzw. das Herkunftsland der Eltern nennen. Die türkische Sprach-/Herkunftsgruppe ist die einzige, die das Herkunftsland etwas häufiger (52 %) nennt als Deutschland (49 %).**
-  Befragt nach dem Land, wo man zukünftig leben möchte, sind die **Absichten der Migrantinnen und Migranten** ziemlich eindeutig: **zwei Drittel erklären, dass ihr Lebensmittelpunkt zukünftig nur in Deutschland liegen wird**, nur jede(r) Zehnte möchte in der Zukunft nicht in Deutschland leben. Auch in diesem Zusammenhang unterscheidet sich die **türkische Sprach-/Herkunftsgruppe: weniger als die Hälfte wollen dauerhaft in Deutschland leben; mit 25 % erklären weit überdurchschnittlich viele**, dass der **zukünftige Lebensmittelpunkt** nicht in Deutschland, sondern **im Herkunftsland bzw. dem der Eltern** liegen soll.
-  Jüngere Befragte im Alter von unter 27 Jahren können sich deutlich häufiger als ältere Befragte vorstellen, auch für längere Zeit in einem anderen Land als Deutschland zu leben.

Bikulturelle bzw. binationale Partnerschaften



-  **91 % der einheimischen Deutschen, die in einer Partnerschaft leben**, haben einen Partner bzw. eine Partnerin, der/die ebenfalls in Deutschland geboren ist und nur die deutsche Staatsangehörigkeit hat und dies von Geburt an.
-  **Von den befragten Migrantinnen und Migranten, die in einer Partnerschaft leben, hat fast ein Drittel einen Partner/eine Partnerin ohne Migrationshintergrund.** Allerdings gibt es hier **deutliche Unterschiede zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen**: bei der arabischen (8 %), russischen (7 %) und vor allem türkischen (3 %) Sprach-/Herkunftsgruppe trifft dies noch nicht einmal auf jede(n) zehnten Befragte(n) zu.

Sprachkenntnisse, Sprachkompetenzen, Sprachgewohnheiten

Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse

-  Ein Viertel der befragten Migranten und Migrantinnen ist mit Deutsch in der Familie aufgewachsen.
-  Neben den 25 %, die Deutsch als Familiensprache bezeichnet haben, geben **mehr als 50 % der befragten Migranten und Migrantinnen an, Deutsch sehr oder eher gut verstehen (57 %), sprechen (54 %) oder lesen (57 %) zu können; beim Schreiben liegt der entsprechende Anteil bei 46 %.**
-  Die deutsche Umgangssprache ist also in der Regel für jüngere Migrantinnen und Migranten kein Integrationshindernis. Mehr als 90 % der befragten Migranten und Migrantinnen im Alter von unter 27 Jahren geben an, dass sie Deutsch eher bzw. sehr gut verstehen, sprechen, lesen und schreiben bzw. mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen sind.
-  Die Selbsteinstufung der Kenntnisse der deutschen Sprache von **Befragten mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei** fällt durchweg **am schlechtesten** aus, aber **auch** Migranten und Migrantinnen aus der **arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe** sind in der **Selbsteinschätzung ihrer Deutschkenntnisse überdurchschnittlich kritisch.**
-  Die Sprache ihres Herkunftslandes bzw. dem der Eltern beherrscht jeweils die **breite Mehrheit der Befragten aller Sprach-/Herkunftsgruppen.** Hier fällt allerdings auf, dass insbesondere arabisch sprechende Befragte überdurchschnittlich häufig angeben, auch ihre „Muttersprache“ nicht oder nur schlecht schreiben oder lesen zu können.

Sprache in der persönlichen Kommunikation

-  **Deutsch** – als einzige Sprache oder im Wechsel mit der Muttersprache – **gehört insgesamt für über 80 % der Migrantinnen und Migranten zur üblichen Verständigung im Freizeitbereich, also mit Freunden und Bekannten.**
-  Nur etwa 28 % der befragten Migranten/-innen geben an, bei solchen Gesprächen nie deutsch zu sprechen.

- ↪ **Nur ein Fünftel** der befragten Migranten und Migrantinnen gibt an, sich **mit den Kindern** in der **Sprache des Herkunftslandes** zu unterhalten. Fast **ein Drittel** wechselt bei **Gesprächen mit den Kindern zwischen Deutsch und der Sprache des Herkunftslandes**. Mehrsprachigkeit, also auch der natürliche Wechsel der Sprache während einer Unterhaltung mit den eigenen Kindern ist gerade bei Befragten der türkischen (41 %) und arabischen (45 %) Sprach-/Herkunftsgruppe besonders ausgeprägt.
- ↪ **Bei jüngeren Migranten/-innen gehört in der breiten Mehrheit Deutsch zu ihrem Alltag. Nur eine kleine Minderheit kommuniziert nicht in Deutsch.**

↪ **Mediennutzung und Sprache**









- ↪ **Die Mehrheit** der Befragten mit Migrationshintergrund nutzen **überwiegend oder sogar ausschließlich deutsche Medien**. Nur etwa jede zehnte Person konzentriert sich ausschließlich oder überwiegend auf Medien in der Sprache des Herkunftslandes.

↪ **Zusammen leben**




↪ **Nachbarschaftliches Miteinander bzw. Nebeneinander**

- ↪ **44 % der Befragten** geben an, dass in ihrem Wohngebiet die Menschen unterschiedlicher Herkunft ein **normales nachbarschaftliches Verhältnis** haben. **22 %** sagen, einheimische Deutsche und Migranten/-innen **kommen sehr gut miteinander aus**. **29 %** würden **weniger von einem Zusammenleben als eher einem Nebeneinanderleben** sprechen. Nur eine kleine Minderheit von **5 % berichtet von Reibereien**.
- ↪ **Mit rund drei Vierteln (74 %)** ist eine überwältigende Mehrheit der Befragten der Meinung, dass es **gut sei, wenn einheimische Deutsche und Migrantinnen und Migranten als Nachbarn zusammen leben**.

Persönliche Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten bzw. Migrantinnen





-  **Die große Mehrheit der Befragten** (Migranten/-innen 80 %, einheimische Deutschen 72 %) **hat persönliche Kontakte zu Bevölkerungsgruppen anderer Herkunft.** Aber rund **ein Fünftel (22 %) der befragten einheimischen Deutschen hat keinerlei Kontakte zu Migranten/-innen.**
-  Mehr als die Hälfte der einheimischen Deutschen hat Kontakt zu Migrantinnen und Migranten am Arbeitsplatz bzw. in der Schule/Universität (56 %) und im Freundes-/Bekanntenkreis (52 %), 43 % in der Nachbarschaft. Bei den Migranten und Migrantinnen liegen die entsprechenden Anteilswerte bei deutlich über 80 %.
-  In der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft sind Kontakte zu Menschen anderer Herkunft deutlich seltener: 21 % der einheimischen Deutschen und 58 % der Migranten/-innen haben solche sehr persönlichen Kontakte.
-  Befragte mit polnischem Migrationshintergrund haben überdurchschnittlich häufig Kontakte zu einheimischen Deutschen.
-  Die Bereitschaft, persönliche Kontakte mit Menschen anderer Herkunft aufzunehmen, steigt mit dem Grad der erreichten Schul-/Berufsausbildung.
-  **Knapp ein Drittel der einheimischen Deutschen verbringt eher häufig mindestens einmal in der Woche Freizeit mit Migrantinnen oder Migranten, aber fast die Hälfte gibt an, selten** (mehrmals im Jahr, 26 %) **oder nie bzw. so gut wie nie** (20 %) Freizeitkontakte zu Personen mit Migrationshintergrund zu haben. Umgekehrt ist die Kontaktintensität wesentlich größer, denn hier berichten **über 70 % der befragten Migranten/-innen von (sehr) häufigen Freizeitaktivitäten mit einheimischen Deutschen.**
-  **Befragte aus dem russischen Sprachraum unterscheiden** sich deutlich von allen anderen Sprach-/Herkunftsgruppen durch **weit unterdurchschnittliche Kontakthäufigkeit.**
-  **Jüngere Befragte** haben **häufiger Freizeitkontakte** mit Menschen anderer Herkunft, dies gilt sowohl für einheimische Deutsche wie für Migranten/-innen.

Persönliche Kontakte zwischen Migranten und Migrantinnen aus unterschiedlicher Herkunftsländern

-  14 % der befragten Migrantinnen und Migranten geben an, **keinerlei Kontakte** zu zugewanderten Personen aus anderen Herkunftsländern zu haben.
-  Die **Familie und Verwandtschaft** ist der Lebensbereich, in dem es **mit Abstand die wenigsten Kontakte zu Migranten/-innen aus anderen Herkunftsländern** als dem eigenen gibt. Weniger als ein Drittel der Befragten mit Migrationshintergrund haben diese familiären Verbindungen. Für alle anderen vorgegebenen Lebensbereiche gilt, dass die Mehrheit hier Kontakte zu Personen aus einem anderen Herkunftsraum als dem eigenen hat.
-  Befragte aus dem arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsraum haben in allen Lebensbereichen weit überdurchschnittlich häufig Kontakt zu anderen Migranten/-innen.

Einstellungen und (Vor-)Urteile zum Thema Zuwanderung

Offenheit oder Begrenzung – Zuzug von Migrantinnen und Migranten

-  Jeweils **nur eine kleine Minderheit** sowohl der Migranten und Migrantinnen als auch der einheimischen Deutschen ist **für eine völlige Abschottung gegenüber Zuwanderungsgruppen**.
-  Die **Mehrheit** beider Befragtengruppen ist **offen für den Zuzug von Menschen aus EU-Staaten in Südeuropa**, also z.B. Italien, Spanien oder Griechenland **und den uneingeschränkten Zuzug von hochqualifizierten Arbeitnehmer/-innen** und ihrer Familien.
-  Bei den **Zuzugsmöglichkeiten für Menschen aus EU-Staaten in Osteuropa, Menschen aus Nicht-EU-Staaten in Europa, Aussiedler/-innen und Flüchtlingen aus Krisenregionen** ist dagegen eine **Mehrheit** sowohl der Migranten und Migrantinnen als auch der einheimischen Deutschen **für eine Begrenzung**. Diese Abgrenzung ist gegenüber Menschen aus Nicht-EU-Staaten in Europa am größten.
-  **Zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen** gibt es **große Unterschiede** in der Beurteilung der Zuzugsmöglichkeiten, vor allem mit Blick auf Menschen aus Nicht-EU-Staaten in Europa und Flüchtlingen aus Krisenregionen, bei denen Befragte aus

der arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe überdurchschnittlich häufig für einen uneingeschränkten Zuzug, Befragte aus der russisch oder polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe dagegen überdurchschnittlich häufig für eine Begrenzung des Zuzugs plädieren.

↪ **Die unter 27-Jährigen** – sowohl bei den einheimischen Deutschen als auch bei den Migrantinnen und Migranten – signalisieren mit Bezug auf fast jede Zuwanderungsgruppe – **die größte Offenheit**.

↪ Bei den einheimischen Deutschen gibt es einen **deutlichen Zusammenhang zwischen dem Grad der Schul- und Berufsausbildung und der Offenheit für die Zuwanderung** verschiedener Bevölkerungsgruppen. Die Befragten **mit einer niedrigen Bildung sind durchgängig deutlich weniger aufgeschlossen** als Befragte mit einer hohen Bildung.

↪ **(Vor-)Urteile über Migranten und Migrantinnen als Teil des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems**

↪ Aus den Ergebnissen der Umfrage lassen sich die in der Öffentlichkeit immer noch **weit verbreiteten Vorstellungen, Konkurrenzen auf dem Arbeitsmarkt oder vermutete Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme** seien **Grundlage für eine negative Haltung zu Migranten/-innen, nicht bestätigen**.

↪ Einheimische Deutsche (70 %) und Migrantinnen und Migranten (74 %) sind **mehrheitlich** der Meinung, dass es **keine verdrängende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt** gibt.

↪ **Die Mehrheit der Befragten ist offen gegenüber fremden Kulturen**, erwartet jedoch eine „bessere Anpassung“ der unterschiedlichen Lebensstile.




↪ **Gelingen der Integration – (k)eine Frage der Herkunft**

↪ Bei den einheimischen Deutschen ist die Gruppe derer, die die Herkunft als entscheidend für den Integrationserfolg hält (42 %), etwas größer als die Gruppe, die den Integrationserfolg unabhängig von der Herkunft sieht (33 %).





↪ Bei der Zuwanderergruppe wird von 45 % der Befragten eher kein Zusammenhang zur Herkunft der Migranten gesehen. Es sind aber die Zuwanderer/-innen aus der polnischen (41 %) und russischen (40 %) Sprach-/Herkunftsgruppen die einen

deutlicheren Zusammenhang mit der Herkunft der Zuwanderer sehen. Hingegen ist die Mehrheit der Befragten aus dem arabischen (62 %) und dem türkischen Sprachraum (59 %) davon überzeugt, dass ein solcher Zusammenhang nicht besteht.

Kriterien für die Einbürgerung






-  **Für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit** sollten nach Ansicht aller Befragten die **Deutschkenntnisse mit Abstand am wichtigsten** sein.
-  Weder das **Abstammungs-** noch das **Geburtsortprinzip** sollte nach Ansicht der Befragten eine Rolle für den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit spielen, **knapp die Hälfte der einheimischen Deutschen und gut die Hälfte der Migranten** halten diese Kriterien für **überhaupt nicht wichtig**.
-  Die **Anpassung an „den“ Lebensstil der einheimischen Deutschen** wird von rund **40 %** der einheimischen Deutschen und auch der Migranten als **sehr wichtig** erachtet, ein weiteres Viertel hält dies für eher wichtig.

Beobachtung und Erfahrung von Diskriminierung


-  Fast **zwei Drittel der Migranten und Migrantinnen haben nie** - in den letzten zwei Jahren - **eine ungleiche Behandlung selbst erlebt**. Auch eine **deutliche Mehrheit der einheimischen Deutschen (55 %)** hat **keinerlei Diskriminierung wahrgenommen**.
-  **Etwa jede(r) zehnte Befragte(r) mit Migrationshintergrund** gibt an, **häufig aufgrund der Herkunft benachteiligt** worden zu sein, und **knapp ein weiteres Viertel** hat zwar **nicht häufig**, aber - **wenn auch selten** - schon einmal **eine Diskriminierungserfahrung** gemacht.
-  **Beobachtungen und Erfahrungen von Benachteiligungen** scheinen **eher zur Lebenswelt von jüngeren Menschen** zu gehören bzw. bei Jüngeren ist die Sensibilität für Diskriminierung höher als bei Älteren.
-  **Insbesondere in den existentiell wichtigen Bereichen Arbeit und Ausbildung** (Arbeitsplatz/Schule/Universität und Arbeitssuche) wird sowohl von einheimischen Deutschen als auch von Migranten/-innen insgesamt **überdurchschnittlich häufig** von beobachteten bzw. erlebten **Diskriminierungen** berichtet.

Partizipation






Deutsche Staatsbürgerschaft als formale Partizipationsvoraussetzung

-  **Rund 80 % der Nichtdeutschen haben sich mit der Frage einer Einbürgerung bereits befasst**, d.h. sie sind darüber informiert, ob in ihrem Fall die Einbürgerungsvoraussetzungen vorliegen oder nicht. Ein Fünftel (21 %) antwortet mit „weiß nicht“.
-  Die **Unwissenheit über die Voraussetzungen für die Einbürgerung** nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht ist insbesondere **bei den Nichtdeutschen der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe (32 %) sowie in der heterogen zusammengesetzten sonstigen Migrantengruppe (26 %) überdurchschnittlich hoch**.
-  **Jüngere Nichtdeutsche sind über die Voraussetzungen der Einbürgerung weniger informiert** als ältere: der Anteil der „weiß nicht“-Antworten sinkt von 30 % bei den unter 27-Jährigen bis auf 16 % bei den 45- bis 79-Jährigen.
-  **39 % der Nichtdeutschen**, die nach eigener Einschätzung die Voraussetzungen erfüllen, **wollen überhaupt keinen Antrag auf Einbürgerung stellen**. Dieser Anteil ist bei Befragten aus der türkischen (48 %) und polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe (53 %) überdurchschnittlich hoch.
-  **Insbesondere (61 %) die älteren Befragten (45 bis 79 Jahre) schließen eine Einbürgerung aus**.

Kommunales Wahlrecht für Nicht EU-Bürger/-innen als Partizipationsmöglichkeit



-  **52 % der einheimischen Deutschen, aber 70 % der Befragten mit Migrationshintergrund sind der Auffassung, dass bei Kommunalwahlen die Herkunft nicht ausschlaggebend für die Wahlberechtigung sein sollte**. Bei den Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit ist der Anteil mit 82 % weit überdurchschnittlich hoch.

Mitgliedschaften als Ausdruck von wenig formalisierter Partizipation

-  **Zwei Drittel der einheimischen Deutschen (66 %), aber mit 43 % deutlich weniger als die Hälfte der Migranten und Migrantinnen sind Mitglied** in einem Interessenverband, einer Organisation, einem Verein oder Verband.
-  In allen Altersgruppen – mit Ausnahme der unter 27-Jährigen – sind **Migranten und Migrantinnen durchgängig weniger als einheimische Deutsche** in Vereinen engagiert.
-  Durchgängig sind **Frauen seltener als Männer** Mitglied in Organisationen, Vereinen oder Verbänden, dies gilt sowohl für einheimische Deutsche als auch für die Migrantengruppe.
-  Die **Mitgliedschaft in einem Sportverein** wurde **insgesamt** mit Abstand am häufigsten (31 %) genannt. Allerdings ist nur für ein Fünftel der **befragten Migranten/-innen (20 %)**, dagegen ein **Drittel der einheimischen Deutschen (34 %)** Mitglied in einem Sportverein.
-  14 % der Befragten insgesamt sind Mitglied in einer Gewerkschaft und weitere 7 % in einem Berufsverband, etwa jede(r) Zehnte ist Mitglied in einem kirchlichen/religiösen Verein oder Verband, in einem sonstigen Hobbyverein/geselligen Verein oder einem sonstigen Verein oder Verband (z.B. Greenpeace, Tierschutzverein etc.).

Verantwortung für Zusammenleben und Integration

Integration als gemeinsame Verantwortung

-  Die **übergroße Mehrheit** der Befragten (84 % bzw. 86 %) sieht eine **gemeinsame Verantwortung** von einheimischen Deutschen und Migrantinnen und Migranten für den Integrationsprozess.
-  Insbesondere jüngere Befragte unter 27 Jahre sehen sehr selten (7 % bzw. 6 %) die Verantwortung für den Integrationsprozess in erster Linie bei den Migrantinnen und Migranten.

- ↪ Je geringer die Bildung der einheimischen Deutschen ist, desto größer ist der Anteil derjenigen, die die Verantwortung für Integration in erster Linie den Migrantinnen und Migranten zuweisen.

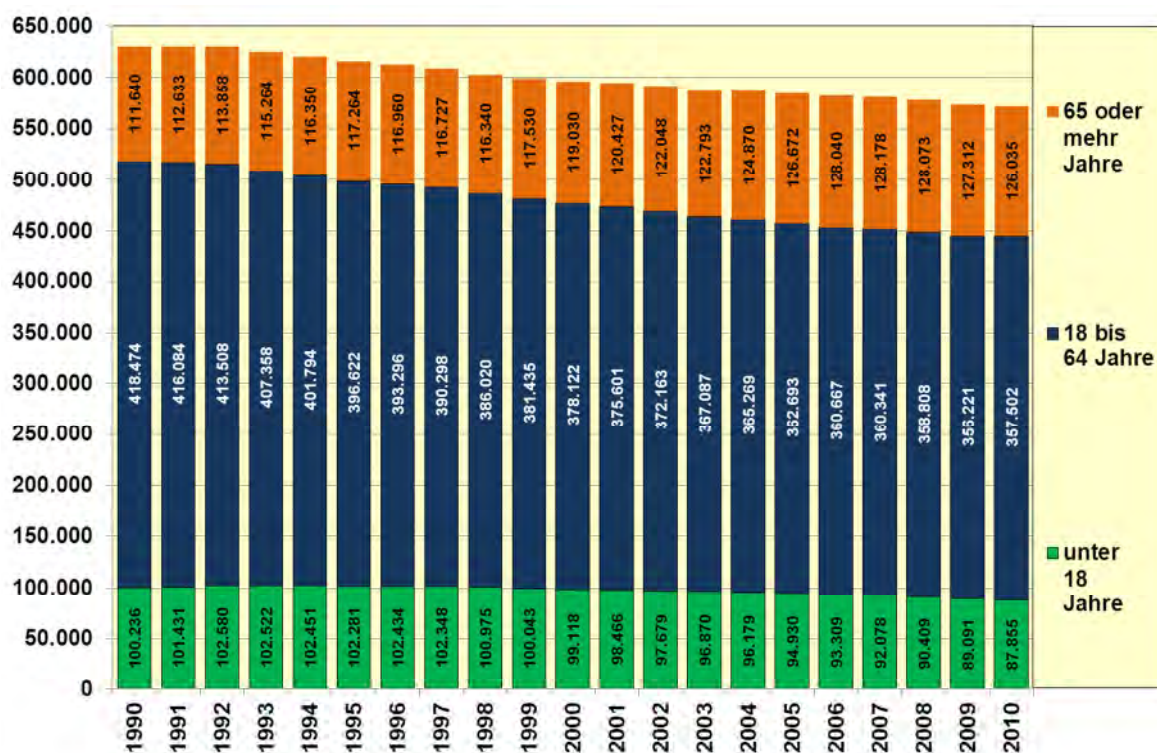
↪ **Veränderungen und Verbesserungen zur Unterstützung des Zusammenlebens**

- ↪ 1.258 (63 %) der insgesamt 2.003 Befragten nutzten die Möglichkeit, die offene Frage „Wie könnte die Integration von Migranten hier in Essen weiter verbessert werden?“ zu beantworten.
- ↪ Fast die Hälfte aller Vorschläge (47 %) beziehen sich auf die strukturellen Grundlagen für eine gleichberechtigte Teilhabe in den Bereichen Bildung, Arbeit, Recht, Politik, Wohnungsmarkt.
- ↪ Vorschläge, die sich auf die sozialen Beziehungen zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen beziehen und verschiedene Aspekte des Zusammenlebens umfassen, bilden mit 33% die zweitstärkste Gruppe.
- ↪ Fast jede fünfte (18%) Nennung hebt die Bedeutung von Einstellungen/Haltungen der Deutschen und Migranten/-innen für das „Zusammen leben“ hervor.

3 Demografische Entwicklung der Essener Bevölkerung

Die demografische Entwicklung, der demografische Wandel wird häufig unter dem Motto zusammengefasst „wir werden weniger, älter, bunter“. Statistisch ist leicht nachzuzeichnen, dass die Essener Bevölkerung¹ schrumpft: im Zeitraum von rund 20 Jahren von 630.350 Personen (1990) bis auf 571.392 Personen (2010); ein Rückgang um mehr als 9 % (vgl. auch Tabelle 3.1). Auch die Alterung der Bevölkerung ist mit den zur Verfügung stehenden Informationen - z.B. für den Zeitraum 1990 bis 2010 - gut zu belegen: die Zahl der Minderjährigen geht kontinuierlich zurück - von 100.236 auf 87.855 -, ebenso ist ein Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 64 Jahren - von 418.474 auf 357.502 - zu verzeichnen, wohingegen die Zahl der älteren Menschen im Alter von 65 oder mehr Jahren kontinuierlich ansteigt - von 111.640 auf 126.035.

Grafik 3.1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Altersgruppen am 31.12. 1990 bis 2010

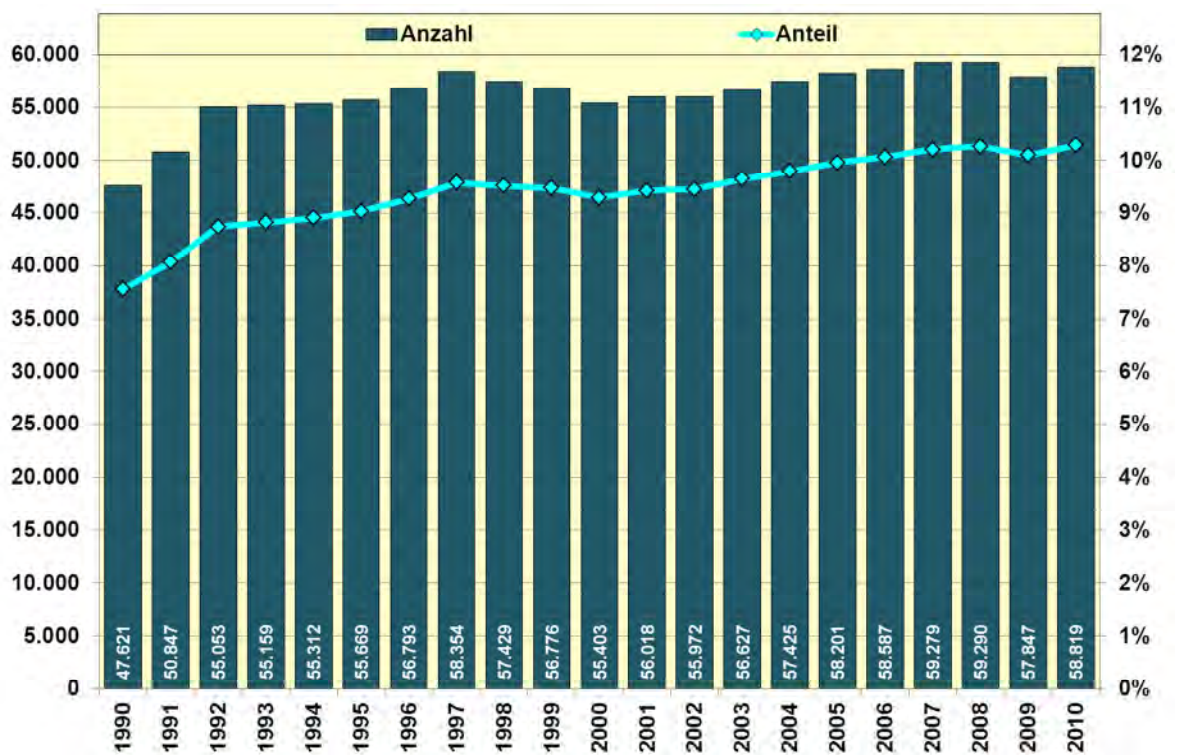


¹ Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Die Aussage „wir werden immer bunter“ bezieht sich in der Regel auf die Zusammensetzung der Bevölkerung mit Personen unterschiedlicher Herkunft. In diesem Zusammenhang ist eine statistische Untermauerung dieser Aussage nicht so einfach.

In den meisten statistischen Datenquellen wird die Herkunft einer Person über ihre Staatsangehörigkeit definiert: **Ausländer oder Nichtdeutsche** sind demnach **Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben**. Die Zahl der Nichtdeutschen hat zwar in der langfristigen Perspektive seit 1990 (47.621) bis 2010 (58.819) zugenommen, liegt aber **seit 2005 relativ konstant zwischen 58.000 und 59.000** (vgl. auch Tabelle 3.2). Etwa jede(r) zehnte Essener/-in hat zurzeit ausschließlich eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Gleichwohl ist die Zusammensetzung der Bevölkerung tatsächlich bunter geworden, denn 1990 waren in Essen Personen aus etwa 130 verschiedenen Staaten vertreten, 2010 waren es dagegen mehr als 160 Staaten.¹

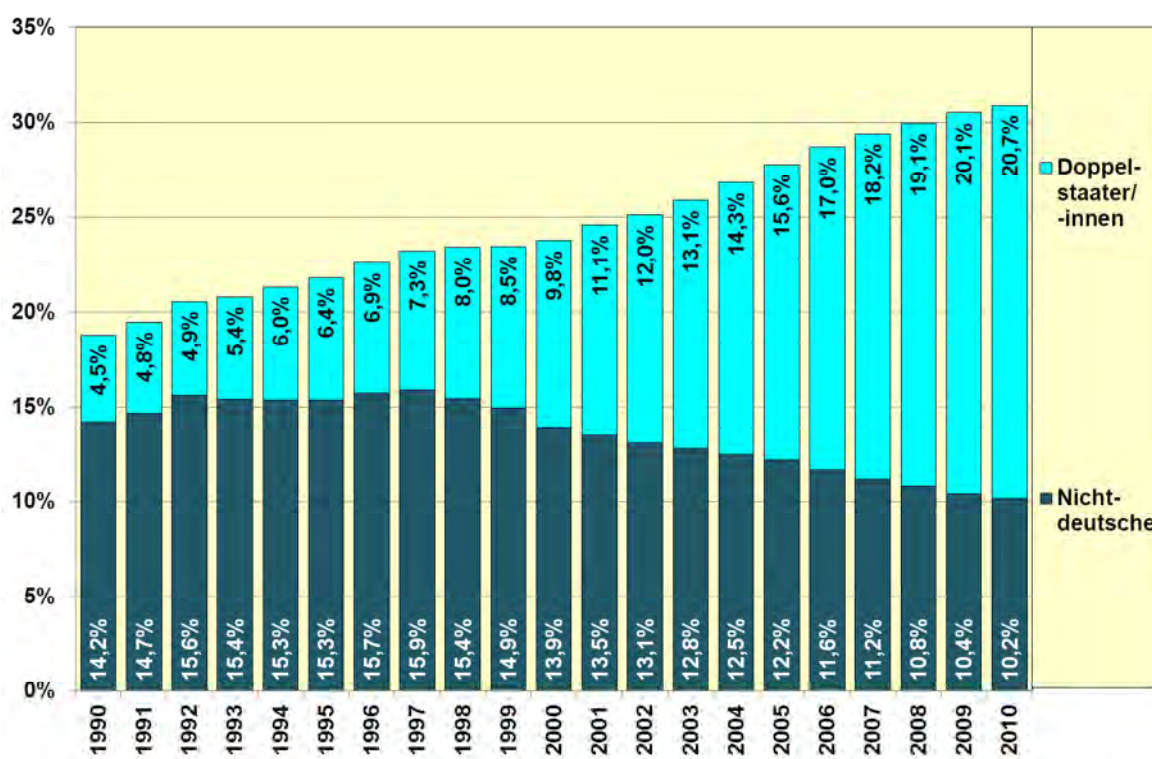
Grafik 3.2: Nichtdeutsche am Ort der Hauptwohnung am 31.12.1990 bis 2010



¹ Sonderauswertung aus den Einwohnerdateien 1990 und 2010 zum Stand 31.12.

Eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit allein wird aber zunehmend weniger zu einem **validen Indikator für die Zusammensetzung der Bevölkerung**. Durch Einbürgerung¹, aber insbesondere durch die Änderung des Staatsbürgerschaftsrechtes im Jahr 2000² gibt es zunehmend Personen, die die deutsche und eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit haben. Diese Doppelstaater/-innen werden in den meisten Statistiken – z.B. Schulstatistik, Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – als Deutsche ausgewiesen. Da in den Einwohnerdateien die Staatsangehörigkeiten der Einwohner/-innen gespeichert werden, kann bei allen Aussagen über die Bevölkerung auf diese Informationen zurückgegriffen werden.

Grafik 3.3: Nichtdeutsche und Doppelstaater/-innen in der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von unter 18 Jahren 1990 bis 2010



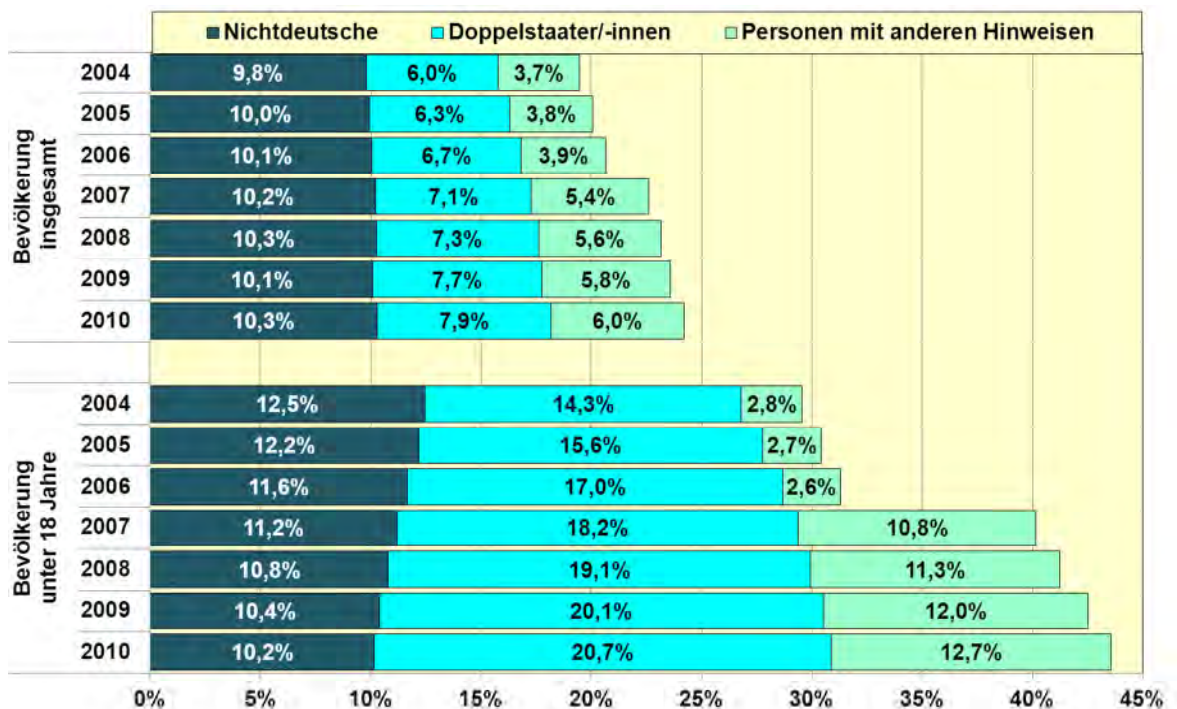
¹ In der Regel muss mit der Einbürgerung die ausländische Staatsangehörigkeit aufgegeben werden, doch sind Ausnahmen möglich, wenn die Staatsangehörigkeit nur unter besonders schweren Bedingungen aufgegeben werden kann (§ 87 Ausländergesetz).

² Kinder erwerben durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil zu diesem Zeitpunkt dieselbe besitzt (§ 4 Abs. 1 StAG). Sie erlangen sie (seit dem 01.01.2000) aber auch, wenn von den Eltern keiner die deutsche Staatsangehörigkeit hat, aber bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden. In diesen Fällen erhalten Kinder neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern die deutsche optional und müssen sich zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr dann zugunsten einer ihrer Staatsangehörigkeiten entscheiden. Wird keine Erklärung abgegeben, bedeutet dies den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Für Kinder, die zwischen dem 02.01.1990 und dem 31.12.1999 geboren wurden, gab es eine Übergangsregelung, die die Möglichkeit der Einbürgerung auf Antrag vorsah.

Der Anteil der Doppelstaater/-innen ist in der Bevölkerung insgesamt im Verlaufe der letzten beiden Dekaden von 2,2 % auf 7,9 % gestiegen. Betrachtet man aber nur die Minderjährigen – siehe Grafik 3.3 oder Tabelle 3.3 – so liegt der **Anteil der Kinder mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (20,7 %) inzwischen sogar doppelt so hoch wie der Anteil der nichtdeutschen Kinder (10,2 %)**. Für fast jedes dritte Kind ist demnach statistisch eine nichtdeutsche Herkunft nachweisbar.

Dieser Nachweis ist jedoch nur möglich, wenn neben der deutschen auch eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit in der Einwohnerdatei verzeichnet ist. Wenn jedoch z.B. bei der Einbürgerung die ausländische Staatsangehörigkeit abgelegt worden ist, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit hat (der andere aber nicht), die Eltern bei der Geburt ihres Kindes beide ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit haben, aber beide im Ausland geboren wurden, dann sind die Hinweise auf eine nichtdeutsche Herkunft nicht unproblematisch auszuwerten. Solche Hinweise können sich z.B. ergeben anhand des Geburtsortes bzw. –landes oder der Ableitung früherer Staatsangehörigkeiten aus der Einbürgerungsstatistik. Seit 2004 werden diese in Essen statistisch aufbereitet. Eine weitere Möglichkeit ergibt sich aus der Verknüpfung der Kinder mit ihren Eltern und damit zum Migrationshintergrund in der Familie. Diese Hinweise können in Essen seit 2007 ermittelt werden.

Grafik 3.4: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung insgesamt und im Alter von unter 18 Jahren nach Hinweisen auf nichtdeutsche Herkunft 2004 bis 2010

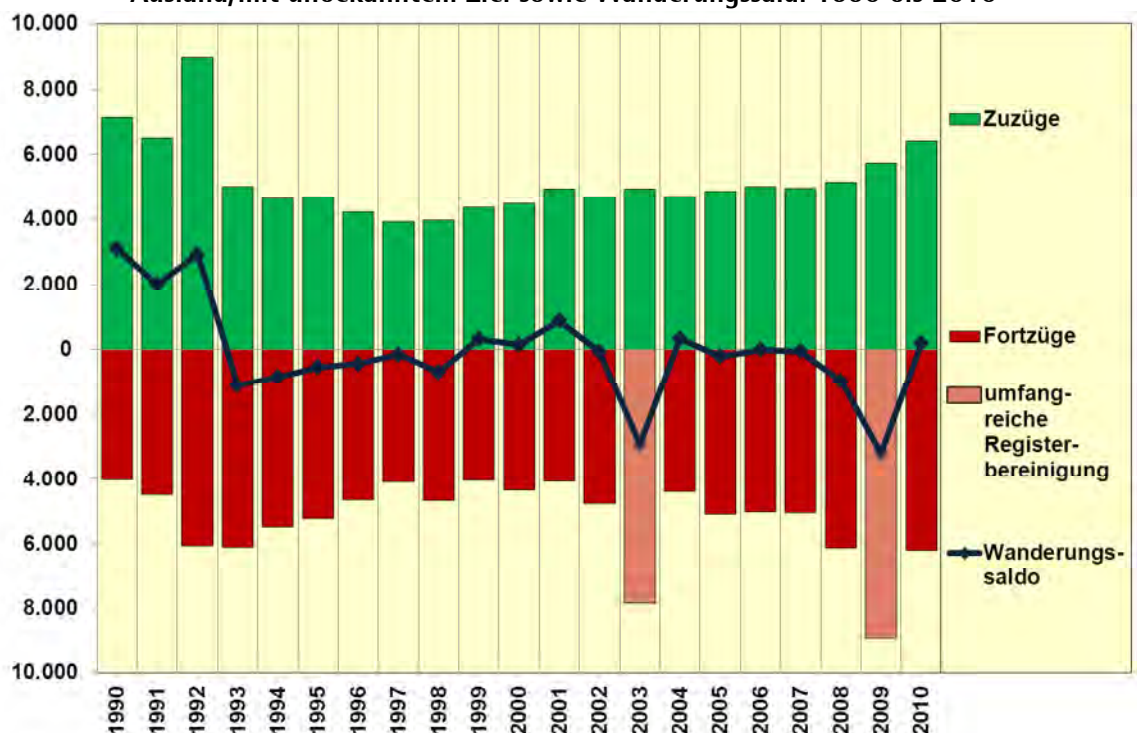


Bei insgesamt 6 % der Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung können 2010 solche weiteren Hinweise auf eine nichtdeutsche Herkunft ermittelt werden (siehe Grafik 3.4 und Tabelle 3.4). Der Anteil steigt kontinuierlich. **Insgesamt kann somit für knapp ein Viertel der Bevölkerung statistisch ein Migrationshintergrund nachgewiesen werden.**

Bei den Minderjährigen können anhand der vorliegenden Informationen **sogar für 43,6 % Hinweise auf eine nichtdeutsche Herkunft** ausgewiesen werden: neben nichtdeutschen Kindern (10,2 %) und Kindern mit doppelter Staatsangehörigkeit (20,7 %) sind bei fast 13 % andere Hinweise gegeben.¹ Die sprunghafte Steigerung 2007 macht deutlich, dass hier die Verknüpfung mit der Migrationsgeschichte der Eltern die hauptsächliche Quelle für diese Information ist.

Die Zusammensetzung der Essener Bevölkerung ändert sich also tatsächlich kontinuierlich. Sie wird vielschichtiger, d.h. immer mehr Menschen mit einer Migrationsgeschichte leben in der Stadt. **Diese Veränderung ist jedoch nicht auf eine Zuwanderung aus dem Ausland zurückzuführen.**

Grafik 3.5: Zuzüge aus dem Ausland/von unbekannter Herkunft und Fortzüge in das Ausland/mit unbekanntem Ziel sowie Wanderungssaldi 1990 bis 2010

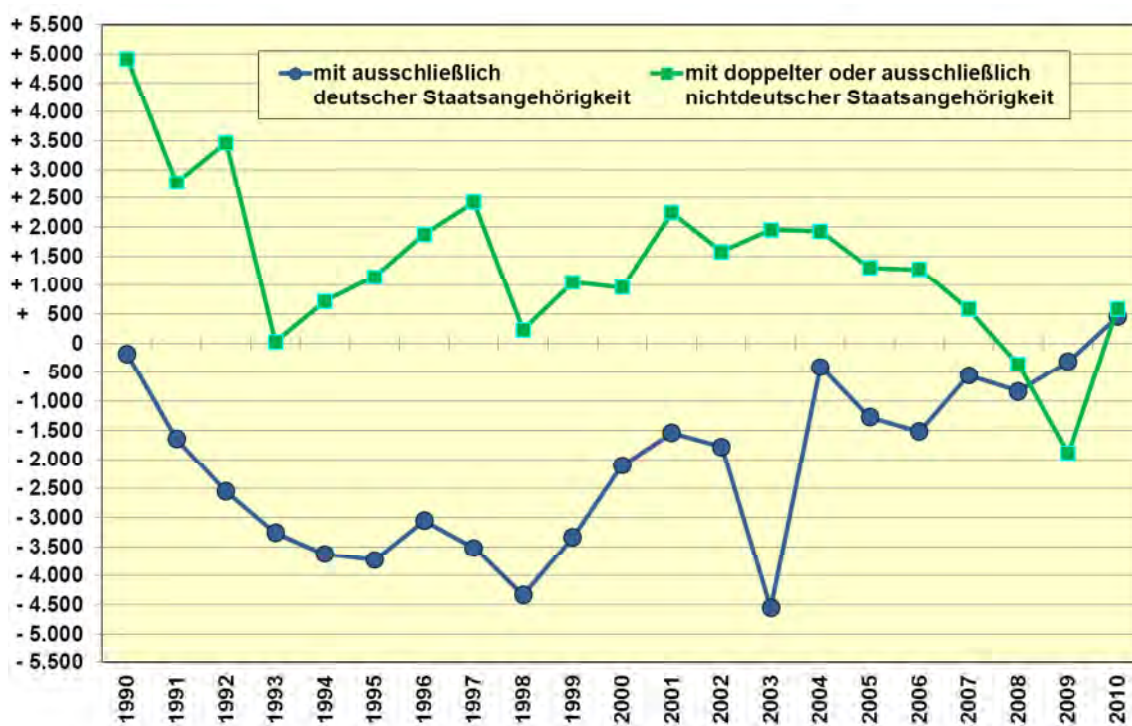


¹ Wie gesonderte Auswertungen gezeigt haben, liegt bei den unter 3-Jährigen der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund am 31.12.2010 bereits bei 47,8%, davon der Anteil der Kinder mit ausschließlich nichtdeutscher Staatsangehörigkeit bei 7,4 %, der Kinder mit doppelter Staatsangehörigkeit bei 21,2 % und der Kinder mit sonstigen Hinweisen auf eine nichtdeutsche Herkunft bei 19,2 %. Solche Auswertungen sind allerdings nur mit der Einwohnerdatei möglich. Bei fast allen anderen Datenquellen kann nur auf eine Staatsangehörigkeit zurückgegriffen werden.

Nur Anfang der 1990er Jahre gab es noch einen positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland bzw. von Personen mit unbekannter Herkunft/unbekanntem Ziel (siehe auch Tabelle 3.5).¹ Seit 1993 halten sich Zu- und Abwanderung in etwa die Waage. Die negativen Ausschläge in den Jahren 2003 und 2009 sind auf umfangreiche Registerbereinigungen zurückzuführen.

Gleichwohl zeigt die Wanderungsbilanz insgesamt, dass in die Großstadt Essen in den meisten Jahren mehr Personen mit doppelter oder ausschließlich nichtdeutscher Staatsangehörigkeit zuziehen als fortziehen (siehe auch Tabellen 3.6 bis 3.8).² Bei den einheimischen Deutschen ist die Wanderungsbilanz dagegen in der Regel deutlich negativ. Insgesamt scheinen sich diese Trends aber in den letzten drei Jahren nicht weiter fortzusetzen.

Grafik 3.6: Wanderungsgewinne (+) und -verluste (-) nach der Staatsangehörigkeit der wandernden Personen 1990 bis 2010

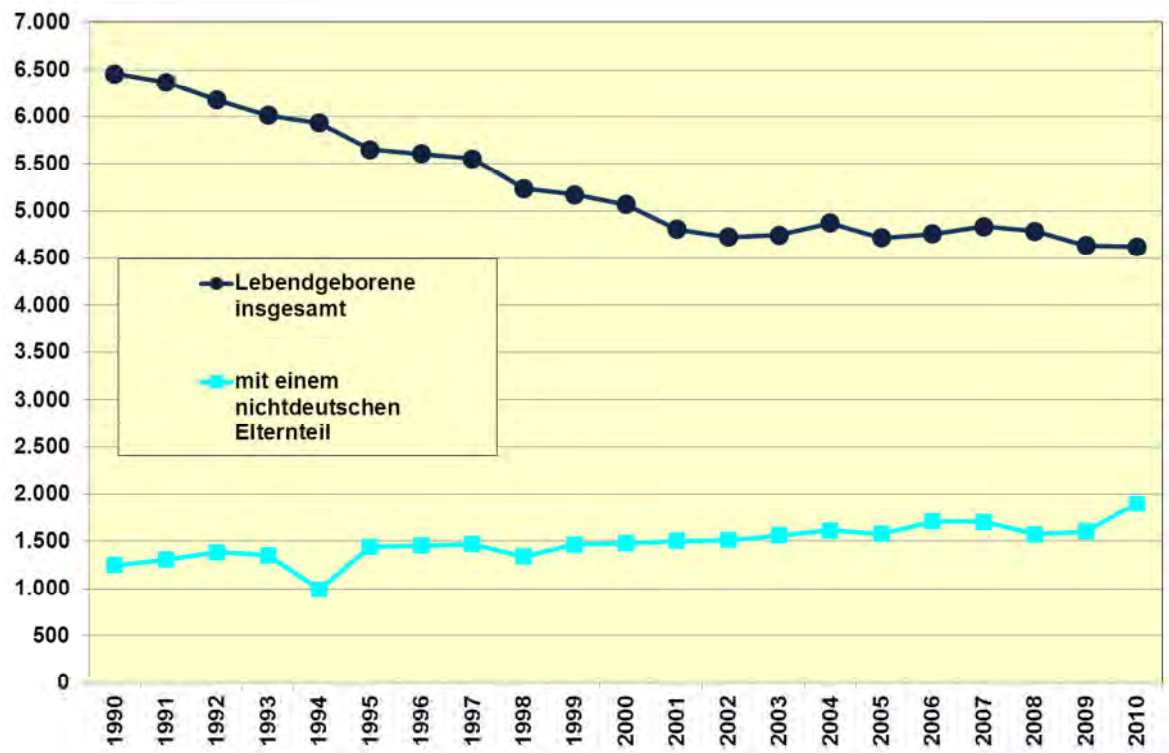


¹ Bei einer Rückwanderung in das Heimatland wird häufig die Abmeldung in der Gemeinde des bisherigen Hauptwohnsitzes nicht vorgenommen. Sofern solche Fälle im Verwaltungsvollzug (z.B. bei der Unzustellbarkeit von Bescheiden oder Wahlbenachrichtigungen) auffallen, werden Registerbereinigungen vorgenommen, d.h. es erfolgt eine Abmeldung mit unbekanntem Ziel.

² Auch hier ist der negative Ausschlag im Jahr 2009 auf die Registerbereinigung zurückzuführen. Dies bedeutet aber nur, dass hier in einem Jahr Fortzüge verbucht wurden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auf mehrere Vorjahre verteilt waren.

Auch bei den sogenannten natürlichen Bevölkerungsbewegungen - hier den Geburten - zeigt sich, dass **bei insgesamt zurückgehenden Geburtenzahlen die Zahlen der Geburten von Eltern mit zumindest einem nichtdeutschen Elternteil stetig¹ steigen**. 1990 lag bei insgesamt knapp 6.500 Geburten der Anteil der Geborenen mit einer nichtdeutschen Mutter und/oder einem nichtdeutschen Vater bei 19,3 %; 2010 wurden nur noch knapp 4.600 Kinder geboren, davon hatten aber 41 % zumindest einen nichtdeutschen Elternteil.

Grafik 3.7: Lebendgeborene insgesamt und mit einem nichtdeutschen Elternteil 1990 bis 2010



¹ mit Ausnahme des Jahres 1994, wobei die Gründe für diesen Rückgang nicht geklärt werden können

4 Planung und Durchführung der Befragung

4.1 Grundgesamtheit und Stichprobe

Bei der Konzeption der Umfrage „Zusammen leben in Essen 2010“ war es ein erklärtes Ziel, nicht nur die demografischen Profile sowie die Meinungen und Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund zu ermitteln. Vielmehr sollten vergleichbare Informationen auch von Menschen ohne Hinweise auf nichtdeutsche Herkunft – die hier im Folgenden als einheimische Deutsche bezeichnet werden – erfasst werden.

Der Begriff Migrationshintergrund ist dabei nicht eindeutig definiert. Ausländer/-innen, Nichtdeutsche, Menschen mit Zuwanderungs- oder Migrationshintergrund sind häufig synonym benutzte Begriffe. Durch die **Erfassung der Staatsangehörigkeit** sind formal eindeutig Menschen mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit definiert. Zu den Nichtdeutschen gehören Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (einschließlich Staatenlose) bzw. Ausländer/-innen – also Personen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Auch Personen, die neben der deutschen noch eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit haben – also die sogenannten Doppelstaater/-innen – können so klar abgegrenzt werden.¹

Wenn jedoch eine Person ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, so kann daraus nicht geschlossen werden, dass kein Migrationshintergrund vorliegt. Die deutsche Staatsangehörigkeit kann auch durch Einbürgerung, durch Anerkennung als Spätaussiedler/-in bzw. Vertriebene(r) oder aus anderen Gründen (z.B. Adoption) erworben werden. Als Hinweis auf eine nichtdeutsche Herkunft kann bei diesem Personenkreis der **Geburtsort** herangezogen werden.

Mit dem Ziel, auch die zweite oder dritte Generation der hier in Deutschland bzw. in Essen lebenden Menschen mit ausländischen Wurzeln bei den Analysen mit zu berücksichtigen, reicht

¹ Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 können Ausländer/-innen nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von mindestens 8 Jahren im Inland die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen, wobei als Voraussetzung das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Bestreitung des Lebensunterhalts ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen und das Fehlen von Vorstrafen gilt. Seit dem 1. September 2009 muss zusätzlich ein Einbürgerungstest absolviert werden, mit dem Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie der Lebensverhältnisse in Deutschland ganz allgemein abgefragt werden. Seit dem Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder von Ausländer/-innen neben der ausländischen auch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit mindestens 8 Jahren mit einer Aufenthaltsberechtigung in Deutschland lebt und seit mindestens 3 Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzt. Sie sind dann Doppelstaater/-innen, besitzen neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch die der Eltern bzw. eines Elternteils und müssen bis zum Ablauf des 23. Lebensjahres eine Entscheidung zugunsten der einen oder anderen Staatsangehörigkeit treffen. Wird keine Entscheidung getroffen, wird die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt.

auch die zusätzliche Erfassung des Geburtsortes nicht aus. Hier kann unter Umständen nur die **Herkunft bzw. die Staatsangehörigkeit der Eltern** einen Hinweis auf die nichtdeutsche Herkunft geben.

Entsprechend wurde die definitorische Abgrenzung der beiden Zielgruppen der Umfrage wie folgt festgelegt:

- als **einheimische Deutsche** werden Personen bezeichnet, die **selbst und deren Eltern in Deutschland¹ geboren** sind und die **selbst und deren Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an** besitzen
- **Migranten/-innen** sind Menschen, die **selbst oder deren Eltern nicht die deutsche Staatsangehörigkeit** haben **bzw. diese nicht von Geburt an** haben **und/oder nicht in Deutschland geboren** sind.

Für die endgültige Definition der Grundgesamtheit wurde eine zusätzliche **Altersabgrenzung** vorgenommen, und zwar auf **Personen im Alter von 16 bis 79 Jahren**. Die untere Altersgrenze wurde aus befragungstechnischen Gründen gewählt, da Jugendliche unter 16 Jahren ohne Einverständnis ihrer Eltern nicht befragt werden dürfen. Die Festlegung der oberen Altersabgrenzung bei 79 Jahren ist demgegenüber vor allem inhaltlich begründet: durch die Rückwanderung von Migrantinnen und Migranten sind in den höheren Altersjahrgängen die entsprechenden Fallzahlen und Anteile sehr gering. Bei einer Auswertung der Befragung nach dem Alter würden insofern die Meinungen von einheimischen Deutschen überproportional einfließen.

Mit Blick auf die im Rahmen der Umfrage gewünschten Informationen zum „Zusammen leben in Essen“ bzw. zum unmittelbaren Wohnumfeld und zur Nachbarschaft wurde die Grundgesamtheit dann weiter auf Personen eingeschränkt, die **seit mindestens einem Jahr mit Hauptwohnsitz an ihrer Adresse** gemeldet waren.

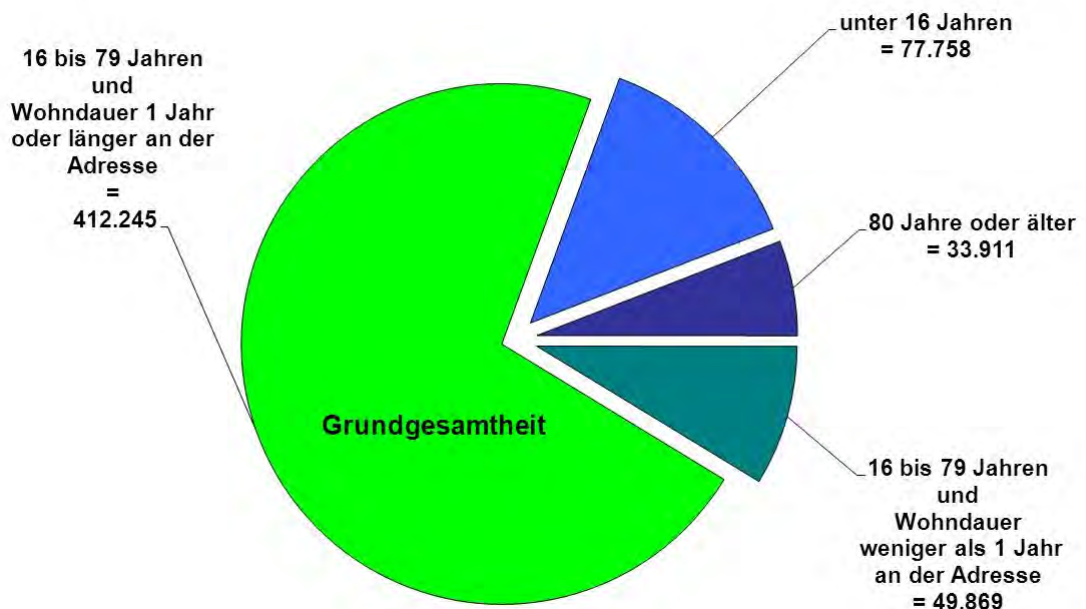
Die **Quelle** für Informationen über die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Essen ist die **Einwohnerdatei**. Hier sind u.a. die aktuelle und frühere Adressen in der Stadt, Geschlecht und Alter, Staatsangehörigkeiten und der Geburtsort gespeichert. Informationen z.B. über Einbürge-

¹ Erläuternd wurde im Fragebogen für Nachfragende darauf hingewiesen, dass hierzu auch die ehemalige DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete zählen (siehe z.B. Frage 19).

rungen, den Status als Aussiedler/-in sind nicht vollständig verfügbar.¹ Die Herkunft der Eltern kann in der Regel nicht aus der Einwohnerdatei abgeleitet werden.

Am 30.09.2009 waren knapp 574.00 Menschen in Essen mit Hauptwohnsitz gemeldet (vgl. Tabelle 4.1). **Mehr als 412.000 Personen** gehörten nach diesen Festlegungen unter Berücksichtigung aller in der Einwohnerdatei verfügbaren Informationen zur **Grundgesamtheit**. Rund 112.000 Personen gehörten aufgrund der Altersbegrenzung und weitere knapp 50.000 aufgrund der Wohndauer nicht zu den Zielpersonen.

Grafik 4.1: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung und Grundgesamtheit am 30.09.2009



Entsprechend der Informationen zur Staatsangehörigkeit und zum Geburtsort bzw. weiteren Hinweisen auf nichtdeutsche Herkunft (Einbürgerung etc.) waren **80 % der Zielpersonen einheimische Deutsche und 20 % Personen mit Hinweisen auf nichtdeutsche Herkunft, aber nur 10 % hatten nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.**

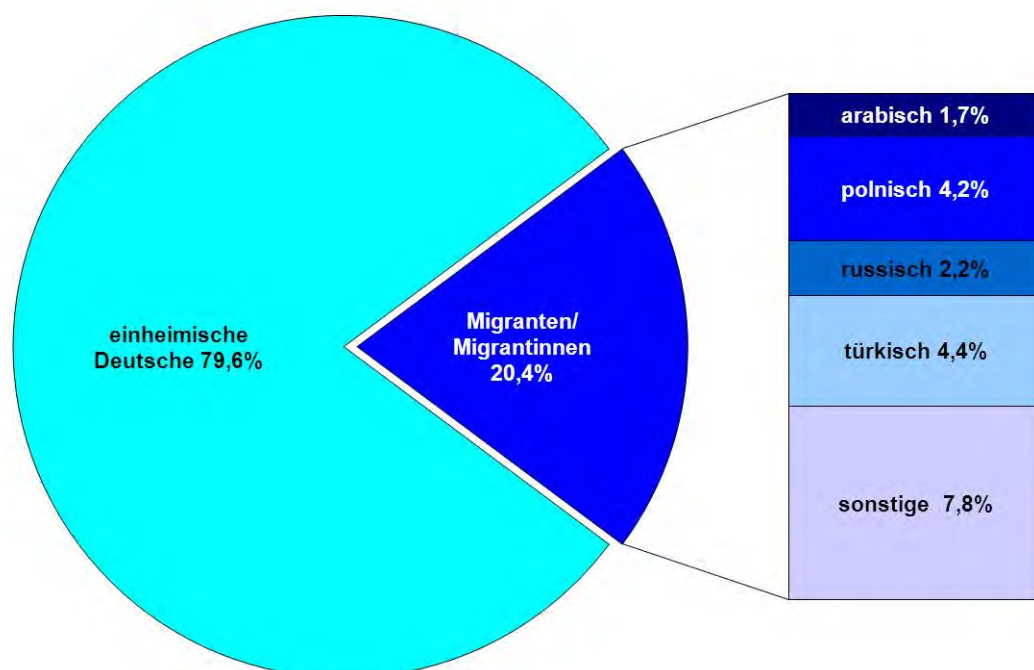
¹ Hierzu liegen nur Informationen vor, wenn diese aus den entsprechenden Veränderungsdateien bzw. aus der Historie abgeleitet werden können. Dies ist erst seit Einführung der entsprechenden automatisierten Verfahren möglich.

Für die konkrete Stichprobenziehung war eine weitere Anforderung zu berücksichtigen: es sollten gezielte Aussagen für die in Essen **hauptsächlich vertretenen Herkunfts- bzw. Sprachgruppen** ermöglicht werden.

Die rund 170 in Essen vertretenen Staatsangehörigkeitsgruppen bzw. Herkunftsländer wurden deshalb folgendermaßen anhand der eigenen – jetzigen oder früheren – Staatsangehörigkeit, des Geburtsstaates oder anderer konkreter Hinweise auf ein Herkunftsland zu Herkunfts- bzw. Sprachgruppen zusammengefasst:

- **arabisch:** Algerien, Eritrea, Mauretanien, Komoren, Libyen, Marokko, Somalia, Sudan, Tunesien, Ägypten, Jemen, Irak, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Syrien
- **polnisch**
- **russisch:** Estland, Lettland, Litauen, Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland (Belarus), Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan
- **türkisch**
- **sonstige Migranten/-innen:** alle anderen Staatsangehörigkeiten/Herkunftsländer.

Grafik 4.2: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Sprach-/Herkunftsgruppen am 30.09.2009



Geplant war, für jede dieser Sprach- bzw. Herkunftsgruppen in der realisierten Stichprobe jeweils rund 300 auswertbare Fragebogen zu erreichen. Dies bedeutete, dass aufgrund der unterschiedlichen Größe der einzelnen Gruppen (vgl. Tabelle 4.2) unterschiedliche Auswahlätze für die Ziehung der Stichprobe vorzusehen waren. Da aus anderen Umfragen bekannt ist, dass Migranten/-innen sich weniger als Deutsche an Umfragen beteiligen, wurde von einer Teilnahmebereitschaft von rund einem Drittel (33 %) bei den Migranten/-innen und von 50 % bei den Deutschen ausgegangen. Bei diesem unterstellten Rücklauf von rund 33 % bei den Migranten/-innen wurden die Auswahlätze entsprechend mit unterschiedlicher Gewichtung für die einzelnen Sprach-/Herkunftsgruppen festgelegt, und zwar:

- 5 % bei der türkischen und polnischen Gruppe,
- 10 % bei der russischen,
- 12,5 % bei der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe und
- 3 % bei den sonstigen Migranten/-innen.

Die einheimischen Deutschen sollten mit einem Auswahlatz von mindestens 0,5 % bei der Stichprobenziehung berücksichtigt werden, d.h. hier war vorgegeben, dass rund 1.600 Personen in die Stichprobe aufgenommen werden sollten.

Entsprechend wurde eine **disproportional geschichtete Zufallsstichprobe** mit insgesamt 6.179 Personen aus der Einwohnerdatei der Stadt Essen gezogen. Von den einheimischen Deutschen wurde jede 200. Person, von den Personen mit türkischem oder polnischen Migrationshintergrund jede 20., von den russisch sprechenden jede 10. von den arabisch sprechenden jede 8. und von den übrigen in der Stadt Essen vertretenen Staatsangehörigkeiten jede 33. Person aus der Einwohnerdatei gezogen¹.

4.2 Vorbereitung der Erhebung

Die Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist als eine Zielgruppe bei Umfragen eine besondere Herausforderung. Zum einen ist davon auszugehen, dass bei einem Teil der Zielpersonen keine oder keine hinreichenden deutschen Sprachkenntnisse vorhanden sind – insbesondere in der Schriftform. Zum anderen sind bei der Realisierung der gezogenen Stichprobe auch kulturelle oder religiöse Besonderheiten zu berücksichtigen. Hierzu zählt zum Beispiel, dass die Befragung

¹ Über eine Sortierung nach Stadtteilen wurde zusätzlich eine Schichtung per Anordnung vorgenommen, um so eine möglichst gute Repräsentierung der räumlichen Verteilung zu erreichen.

von Frauen unter Umständen problematisch ist. In diesem Zusammenhang ist die Wahl der Erhebungsmethode und die Entwicklung und Testung des Fragebogens von besonderer Bedeutung.

4.2.1 Wahl der Erhebungsmethode

Die Erhebung sollte bei **einheimischen Deutschen und Personen mit Migrationshintergrund mit derselben Methode durchgeführt** werden, um sicherzustellen, dass festgestellte Unterschiede in den Einstellungen nicht auf Methodeneffekten basieren.

Bei einer **postalischen Erhebung** ist aus früheren Erhebungen bekannt, dass gerade bei der besonderen Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund hier mit dieser Methode **nur geringe Rücklaufquoten** zu erzielen sind.

Telefoninterviews sind problematisch, weil die Grundgesamtheit nicht klar definiert ist, denn hier sind **nicht die Daten der Einwohnerdatei**, sondern die mit den Festnetznummern gespeicherten Namen Grundlage für die Stichprobenziehung. Dies bedeutet zum einen, dass nur Personen, die mit einer Festnetznummer gespeichert sind, einbezogen werden (Problem: Geheimnummern, nur Mobiltelefon) und zum anderen der Migrationshintergrund nicht bei der Stichprobenziehung berücksichtigt werden kann, da hier nur die Namen als einziges Indiz für eine nichtdeutsche Herkunft herangezogen werden können. Darüber hinaus sind aufgrund der breit diskutierten Problematik der Telefonwerbung die Ausschöpfungsquoten bei Telefoninterviews dramatisch gesunken.

Mit dem Ziel, **möglichst valide Informationen** zu erheben und einen **größtmöglichen Rücklauf** zu erzielen, wurde deshalb entschieden **persönlich-mündliche Interviews** durchzuführen. Mit dieser Methode ist sichergestellt, dass die vorliegenden Informationen aus der Einwohnerdatei bei der Stichprobenziehung berücksichtigt werden können und die Rücklaufquote durch die Unterstützung auch durch muttersprachliche Interviewer/-innen positiv beeinflusst werden kann. Zudem kann relativ sichergestellt werden, dass die gewünschten Informationen tatsächlich von den ausgewählten Zielpersonen erhoben werden

4.2.2 Entwicklung der Erhebungsunterlagen

Der Fragebogen wurde in enger Kooperation von RAA/Büro für interkulturelle Arbeit und dem Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen entwickelt.

Die **Erfassung des Migrationshintergrundes** der Zielpersonen war ein erklärtes Ziel. Hier sollten vor allem auch Informationen über die Elterngeneration erhoben werden, denn hierzu liegen aus

der Einwohnerdatei in der Regel keine Informationen vor. Eine weitere Hauptzielsetzung der Untersuchung war die **Beschreibung der subjektiven Wahrnehmung** und **Einstellung** von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen – aber auch von Menschen unterschiedlicher Herkunft – zu verschiedenen Themen, die für das Zusammenleben von Bedeutung sind. Darüber hinaus sollten möglicherweise gegebene **Integrationshemmnisse** – wie z.B. schlechtere Bildungsvoraussetzungen oder mangelnde Sprachkenntnis – sowie gegebenenfalls vorhandene **Diskriminierungserfahrungen** erfasst werden.

Auf der Basis dieser Vorgaben wurde ein **standardisierter Fragebogen** entwickelt (vgl. Anhang). Dieser Fragebogen wurde in **Türkisch, Polnisch, Russisch und Arabisch übersetzt**, um diese einwohnerstärksten Migrantengruppen in Essen gegebenenfalls auch in ihrer Muttersprache zu befragen.

In einem umfangreichen **Pretest** wurde der Fragebogen einem Praxistest unterzogen. Es wurden von 15 Interviewer/-innen – drei je Sprachgruppe – nach einer Schulung Mitte November 2009 insgesamt 60 Interviews durchgeführt. Ziel des Pretests war es zum einen, den Fragenkatalog zu testen und die erforderliche Interviewzeit zu ermitteln. Zum anderen sollten die Fragestellungen für die verschiedenen Sprach- bzw. Herkunftsgruppen sowie die entsprechenden Übersetzungen überprüft werden. Die Erfahrungen der Pretest-Interviewer/-innen wurden mittels eines Interviewerfragebogens und mit Hilfe eines zusätzlichen, persönlichen Auswertungsgesprächs erfasst und in den Fragebogen eingearbeitet. Die Fragebogenübersetzungen wurden noch einmal korrigiert und insbesondere die Fragen nach dem Bildungshintergrund vereinfacht. Darüber hinaus wurden bei der zentralen Filterfrage nach dem Migrationshintergrund Veränderungen und Klarstellungen vorgenommen.

Zusätzlich zum Fragebogen wurde ein sogenanntes Kontaktprotokoll entwickelt, in dem neben Informationen zu den vorgenommenen Kontaktversuchen insbesondere Gründe zu erfassen waren, warum Interviews nicht zustande gekommen sind. Dies vor allem auch mit dem Ziel, stichprobenneutrale Ausfälle und eher systematische Ausfälle eindeutig bestimmen zu können (siehe Anhang).

4.3 Durchführung der Befragung

4.3.1 Interviewereinsatz

Zur praktischen Durchführung der Interviews wurde Ende 2009 mit der Suche nach Interviewer/-innen über die Universität Duisburg-Essen, die Volkshochschule Essen, die RAA/Büro für inter-

kulturelle Arbeit, das städtische Intranet und das Internet begonnen. Mit 281 Bewerber/-innen wurden Gespräche geführt, von denen ca. 60 Bewerber/-innen ihre Bewerbung aus verschiedensten Gründen (mangelndes Interesse, zeitliche Gründe etc.) zurückzogen. Mit den verbliebenen Interviewer/-innen wurden im Zeitraum vom 04.01. bis 07.01.2010 insgesamt **4 Schulungen** mit jeweils ca. 25 bis 30 Personen und einer Dauer von **jeweils ca. 3 Stunden** durchgeführt.

Im Anschluss an die Schulungen war an 2 Tagen das Abholen der Interviewerunterlagen möglich. Da sich eine Reihe von Kandidaten/-innen nach der Schulung bzw. im Vorfeld der beginnenden Befragung wieder abmeldeten, wurden letztendlich 120 Interviewer/-innen eingesetzt: 50 für den Sprachbereich deutsch, jeweils 18 für türkisch und polnisch und jeweils 17 für russisch und arabisch.

Die **Feldzeit** für die Durchführung der Erhebung sollte auf sechs Wochen beschränkt werden, und zwar auf die Zeit **vom 11. Januar bis 12. Februar 2010**. Die Befragten wurden durch ein persönliches Anschreiben des Oberbürgermeisters sowie durch die örtliche Presse über die Umfrage informiert (vgl. Anhang).

Alle Interviewer/-innen hatten die Vorgabe, wöchentlich eine Rückmeldung über den Stand der praktischen Arbeit zu geben und die realisierten Interviews und dazugehörigen Kontaktprotokolle unverzüglich, zumindest ein Mal in der Woche, in der Statistikstelle abzugeben. Auf diesem Wege sollte ausgeschlossen werden, dass komplette Interviewerbezirke nicht bearbeitet wurden. Insgesamt 27 Interviewer/-innen schieden in der Feldphase der Befragung aus unterschiedlichen Gründen (Krankheit, Überforderung etc.) wieder aus und mussten durch neu zu schulende Personen ersetzt werden. Allerdings konnten Interviewerausfälle gegen Ende der Feldzeit nicht in allen Erhebungsbezirken kompensiert werden, sodass eine Reihe von Adressen nicht bearbeitet wurden.

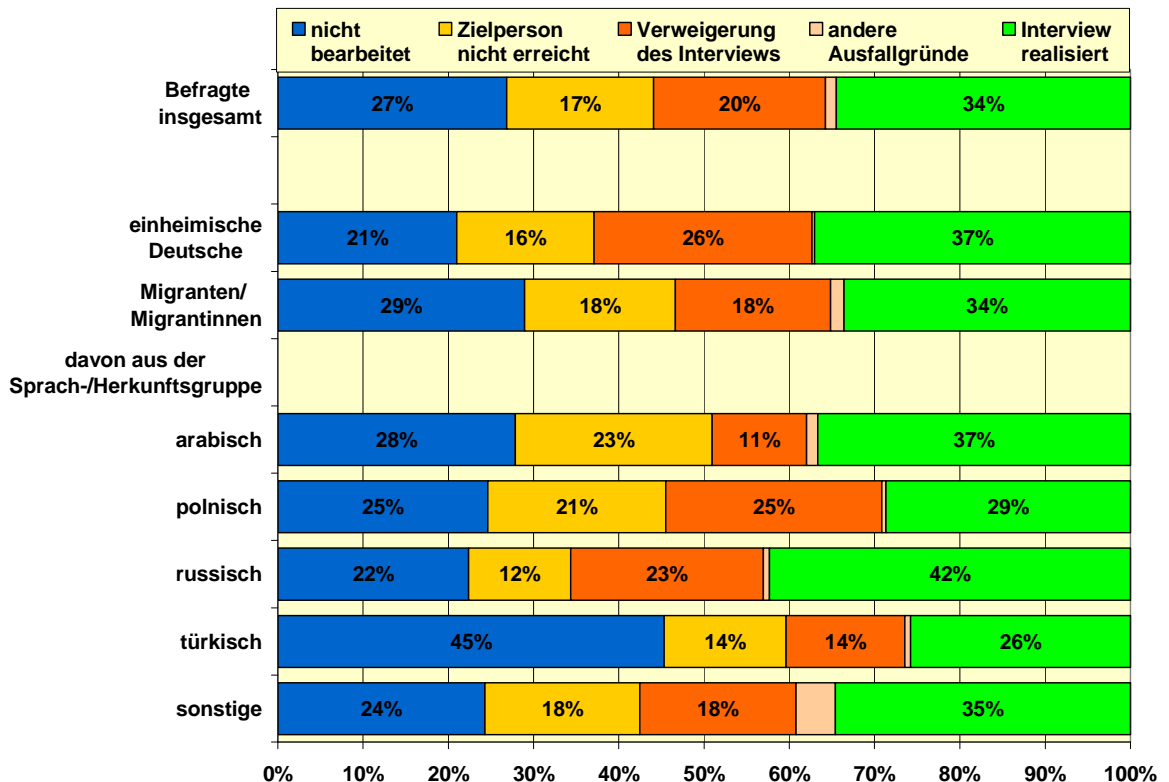
Die Interviewer/-innen hatten darüber hinaus die Anweisung, zunächst einen Interviewversuch in deutscher Sprache zu unternehmen. Wenn die Zielperson die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschte, konnten die Interviewer/-innen bei den Sprach-/Herkunftsgruppen, für die übersetzte Versionen des Fragebogens vorlagen, das Interview in der jeweiligen Herkunftssprache durchführen. Mit Zielpersonen, die nicht die deutsche, arabische, polnische, russische oder türkische Sprache sprechen bzw. verstehen, sollten keine Interviews durchgeführt werden.

4.3.1 Realisierung von Interviews

Die Interviewer/-innen erhielten insgesamt **6.179 Adressen** von Personen, mit denen ein Interview durchgeführt werden sollte (Bruttostichprobe). **372 Personen (6 %)** konnten **nicht befragt** werden, weil sie verstorben, verzogen oder aus anderen Gründen (Urlaub, Krankheit etc.) befragungsunfähig waren (vgl. Tabelle 4.3). Bei diesen Ausfällen kann unterstellt werden, dass keine Systematik zugrunde liegt; sie werden deshalb im Allgemeinen als **stichprobenneutral** bezeichnet. Im Ergebnis ergibt sich eine **Nettostichprobe von 5.807 Personen**.

Insgesamt **1.559 Adressen wurden nicht bearbeitet**, d.h. Interviewer/-innen haben im Rahmen der vereinbarten Feldzeit keinen Kontakt zu den Zielpersonen hergestellt oder haben während der Feldzeit ihre Arbeit eingestellt, ohne dass ein(e) Nachfolger/-in gefunden werden konnte. Die Frage ist, ob die Nicht-Bearbeitung von mehr als einem Viertel der Adressen der Nettostichprobe problematisch ist. Zumindest **räumlich** gibt es einen **systematischen Aspekt**: im Stadtbezirk IX wurden mit 41 % überdurchschnittlich viele Adressen nicht bearbeitet, im Stadtbezirk VIII dagegen mit 8 % nur sehr wenige (vgl. Tabelle 4.4).

Grafik 4.3: Rücklauf der Adressen bzw. Zielpersonen in der Nettostichprobe nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Mit Blick auf die **Sprach-/Herkunftsgruppen** ist festzustellen, dass die Quote der **nicht bearbeiteten Fälle** nicht in allen Gruppen gleich hoch ist, sondern **insbesondere Adressen von Zielpersonen mit türkischem Migrationshintergrund** betroffen sind (45 %).

Bei der **Verweigerung eines Kontaktversuches** oder eines Interviews (1.170 Personen = 20 %) und der Tatsache, dass bestimmte Zielpersonen **während der Feldzeit nicht erreicht** werden konnten (1.002 Personen = 17 %), aber auch bei einem nicht realisierten Interview aufgrund von **Sprachproblemen** etc. (43 Personen = 1 %) liegt die Annahme nahe, dass es sich **nicht um zufällige Ausfälle** handelt. Dies bedeutet, dass möglicherweise die Aussagekraft der Ergebnisse der Erhebung eingeschränkt ist durch die Tatsache, dass systematisch bestimmte Zielpersonengruppen nicht ausreichend repräsentiert sind. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass Zielpersonen aus der polnischen (25 %) und russischen Sprach-/ Herkunftsguppe (23 %) überdurchschnittlich häufig ein Interview verweigert haben; die Verweigerungsquote ist ähnlich hoch wie bei einheimischen Deutschen (26 %). Bei Zielpersonen mit arabischem (11 %) oder türkischem (14 %) Migrationshintergrund lag die entsprechende Quote dagegen unter dem Durchschnitt.

Insgesamt konnten mit 34 % der Zielpersonen in der Nettostichprobe also 2.003 Personen Interviews durchgeführt werden. Es ergeben sich dabei keine großen Unterschiede in der sogenannten Ausschöpfungsquote zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen insgesamt. Bei einer Differenzierung nach Sprach-/Herkunftsgruppen zeigt sich allerdings, dass die **Realisierungsquote von russisch sprechenden Zielpersonen mit 42 % überdurchschnittlich hoch war, von Zielpersonen mit türkischem (26 %) oder polnischem Migrationshintergrund (29 %) dagegen mit weniger als 30 % deutlich unter dem Durchschnitt lag.**

Diese Ausschöpfungs- oder **Realisierungsquote ist nicht gleichzusetzen mit der Teilnahmebereitschaft**, da in der Nettostichprobe ein vergleichsweise hoher Anteil an nicht bearbeiteten Adressen enthalten ist. Bezieht man die Anzahl der realisierten Interviews auf die tatsächlich bearbeiteten Adressen von Zielpersonen, so ergibt sich ein anderes Bild. Mehr als die Hälfte der Zielpersonen mit russischem (55 %) und arabischem (51 %) Migrationshintergrund, bei denen ein Kontaktversuch stattgefunden hat, haben sich an der Umfrage beteiligt. Bei Zielpersonen aus der türkischen (47 %) bzw. aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen (46 %) waren es auch noch fast die Hälfte; bei den Zielpersonen mit polnischem Migrationshintergrund dagegen nur 38 %.

Insgesamt ist aber festzuhalten, dass das Ziel, eine hinreichend große Basis für die geplanten differenzierten Auswertungen pro Sprach-/Herkunftsgruppe zu schaffen, erreicht wurde. **Es liegen Informationen von 308 Befragten mit arabischem, 239 Befragten mit polnischem, 356 Be-**

fragten mit russischem, 224 Befragten mit türkischem und 308 Befragten mit sonstigem Migrationshintergrund vor. Darüber hinaus liegen Informationen von 568 Personen ohne Migrationshintergrund vor.

4.3.2 Repräsentierung der Grundgesamtheit durch die durchgeführten Interviews

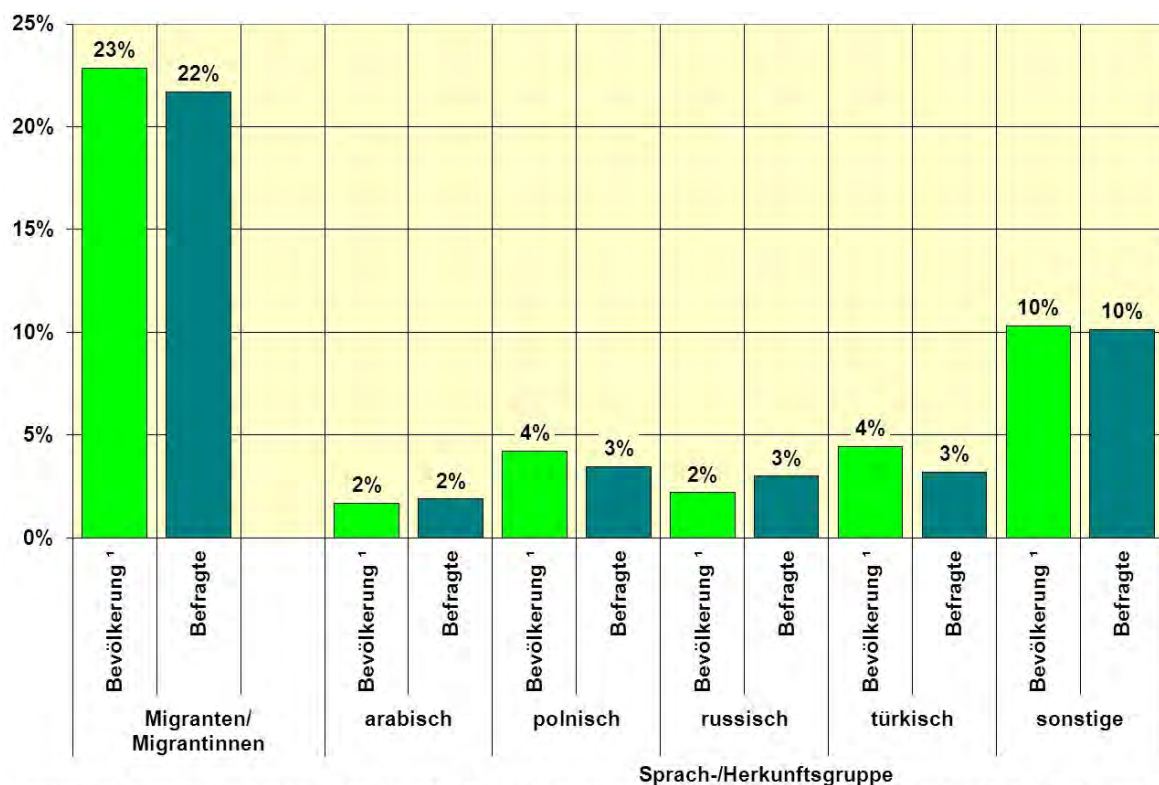
Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass dann **wenn sich 100 % der Zielpersonen**, die aus der Grundgesamtheit per Zufall für eine Stichprobe ausgewählt wurden, auch tatsächlich an einer Umfrage **beteiligen**, die so erzielten Ergebnisse für die Teilgruppe der Befragten **repräsentativ** für die Grundgesamtheit ist.

Diesen theoretischen Idealzustand erreicht man jedoch in der Praxis nie. Insofern ist es notwendig Annahmen darüber zu entwickeln, ob sich die Personen, die sich nicht an der Umfrage beteiligt haben, systematisch von den Personen unterscheiden, die sich beteiligt haben. Da man in der Regel keine Informationen über die Nichtteilnehmer/-innen besitzt, kann nur geprüft werden, ob die Befragten die Grundgesamtheit gut repräsentieren. Diese Überprüfung kann jedoch nur für die Merkmale vorgenommen werden, die für die Grundgesamtheit bekannt sind. Dies sind zumeist sogenannte demografische Informationen, wie Alter und Geschlecht oder Staatsangehörigkeit. Ergibt diese Überprüfung eine weitgehende Übereinstimmung in den Strukturen, so wird in der Regel unterstellt, dass auch die über die Umfrage gemessenen Einstellungen auf die Grundgesamtheit übertragbar, also repräsentativ sind.

Für die Umfrage „Zusammen leben in Essen“ wurden – wie in Kapitel 4.1 beschrieben – Zielpersonen nicht entsprechend ihres Bevölkerungsanteils, sondern mit vorgegebenen Anteilswerten ausgewählt. Die sich so ergebenden unterschiedlichen Chancen, in die Stichprobe zu gelangen, müssen bei allen Analysen der Umfragedaten durch eine sogenannte Gewichtung entsprechend berücksichtigt werden¹. Betrachtet man die so gewichteten Stichprobenergebnisse im Vergleich

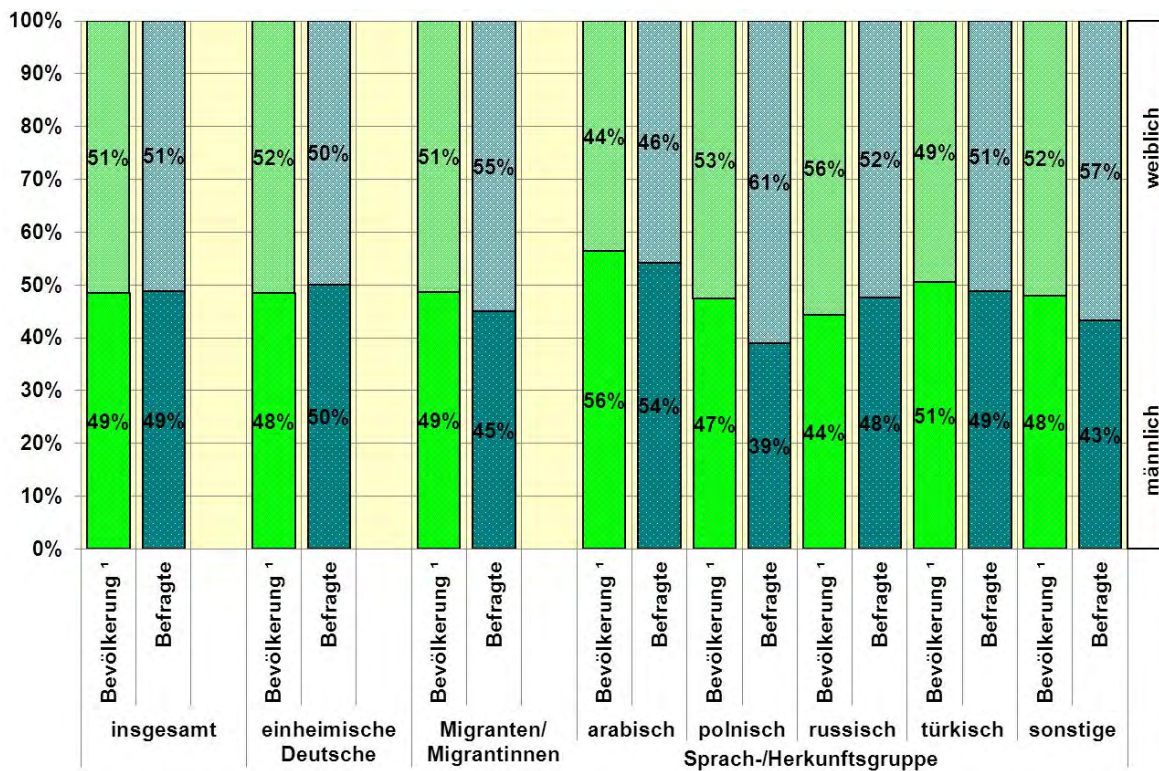
¹ Die Gewichtung entspricht dem Verhältnis von tatsächlichem Bevölkerungsanteil einer Gruppe in der Grundgesamtheit und dem Bevölkerungsanteil dieser Gruppe in der gezogenen Stichprobe. Als Beispiel: 79,6 % der Zielpersonen in der Grundgesamtheit sind Menschen ohne Hinweise auf nichtdeutsche Herkunft, d.h. einheimische Deutsche; in der Stichprobe liegt der entsprechende Anteil aufgrund der unterschiedlichen Auswahlätze nur bei 26,6 %. Jede befragte Person ohne Hinweis auf eine nichtdeutsche Herkunft in der realisierten Stichprobe enthält entsprechend ein Gewicht von 3,0 (79,6/26,6), um den geringen Auswahlatz auszugleichen. Bei der arabischen Sprach- bzw. Herkunftsgruppe ist über die Gewichtung dagegen der relativ hohe Anteil von 14,3 % in der Stichprobe auszugleichen, dem in der Grundgesamtheit nur ein Anteil von 1,7 % gegenüber steht. Jede befragte Person aus dem arabischen Sprach- bzw. Herkunftsgebiet erhält entsprechend ein Gewicht von nur 0,1. Für die anderen Gruppen ergeben sich folgende Gewichte: Personen mit polnischem = 0,3, russischem = 0,1, türkischem = 0,3, sonstigem Migrationshintergrund = 0,5. Gewichte sind hier gerundet.

Grafik 4.4: Bevölkerung¹ und Befragte nach Sprach-/Herkunftsgruppen



1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 16 bis 79 Jahren und seit mindestens einem Jahr an der jetzigen Adresse gemeldet = Grundgesamtheit

Grafik 4.5: Bevölkerung¹ und Befragte nach Sprach-/Herkunftsgruppen und Geschlecht



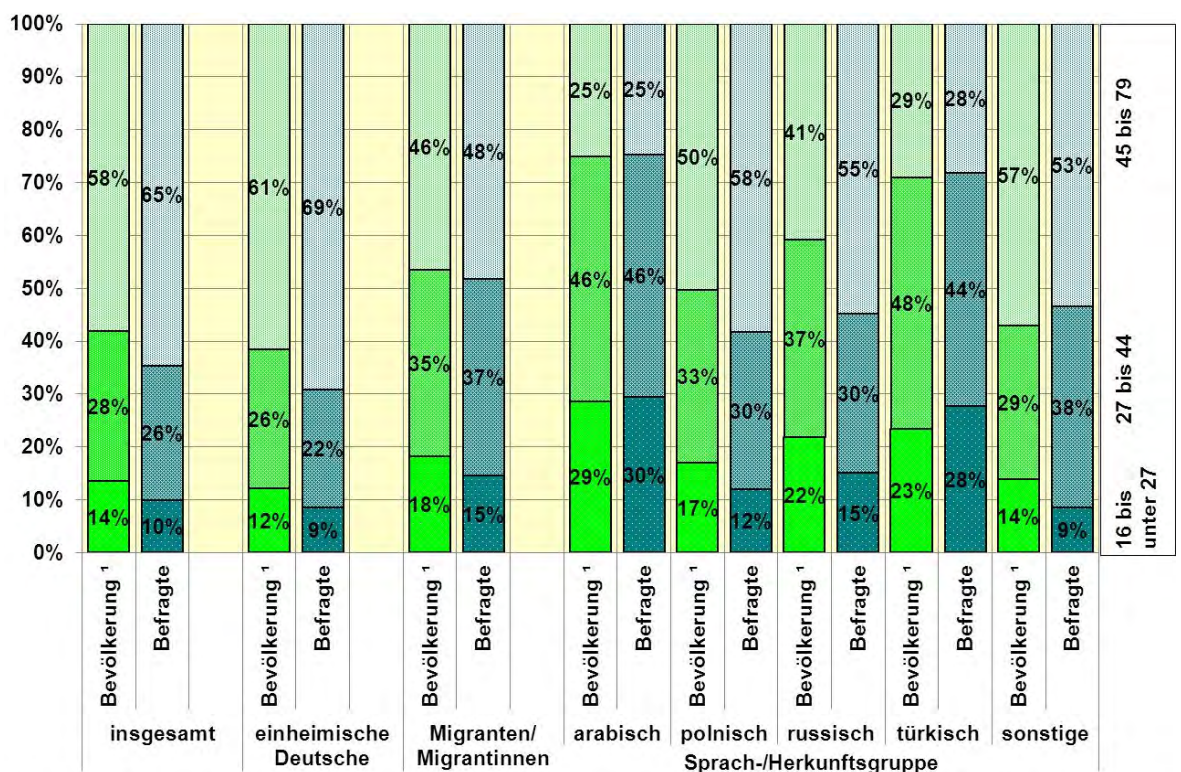
1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 16 bis 79 Jahren und seit mindestens einem Jahr an der jetzigen Adresse gemeldet = Grundgesamtheit

zur Grundgesamtheit, so kann insgesamt eine **gute Repräsentierung der Sprach-/Herkunftsgruppen** festgestellt werden (vgl. Grafik 4.4 und Tabelle 4.5).

Auch die **Geschlechterproportionen sind insgesamt relativ gut abgebildet**, wenngleich bei den Personen mit Migrationshintergrund – entgegen den Erwartungen – Frauen in der Tendenz überrepräsentiert sind. Dies gilt insbesondere, wie Grafik 4.6 zeigt, für die polnische Sprach-/Herkunftsgruppe, aber auch für die heterogene Gruppe mit sonstigem Migrationshintergrund.

Beim Vergleich der Altersstruktur ist hervorzuheben, dass insgesamt die Gruppe der 16- bis 27-Jährigen bei den Befragten unterrepräsentiert und die Gruppe der 45- bis 79-Jährigen überrepräsentiert ist. Dieser Befund gilt vor allem für die Altersstruktur der einheimischen Deutschen, weniger für die Migranten und Migrantinnen insgesamt. Dies gilt jedoch nicht durchgängig für alle Sprach-/Herkunftsgruppen: bei der arabischen Gruppe ist die Altersstruktur z. B. gut repräsentiert; bei den türkischen Befragten sind junge Menschen unter 27 Jahren sogar überrepräsentiert, die mittlere Altersgruppe der 27- bis 44-Jährigen demgegenüber zu gering vertreten; bei den Befragten mit polnischem oder russischem Migrationshintergrund ist dagegen die Altersgruppe der 45- bis 79-Jährigen deutlich überrepräsentiert.

Grafik 4.6: Bevölkerung¹ und Befragte nach Sprach-/Herkunftsgruppen und Altersgruppen



1) Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung im Alter von 16 bis 79 Jahren und seit mindestens einem Jahr an der jetzigen Adresse gemeldet = Grundgesamtheit

Diese **Über- und Unterrepräsentierungen**¹ sind bei der Interpretation der Gesamtergebnisse **stets zu berücksichtigen**. In der Analyse und vor allem in dem ausführlichen Tabellenanhang sind die Ergebnisse der Umfrage auch differenziert für Teilgruppen z.B. Altersgruppen ausgewiesen. Hier festgestellte Unterschiede sind von dieser Problematik nicht betroffen.

Die **Ergebnisse dieser Bevölkerungsbefragung sind eine einzigartige Datenbasis**, die die bisher vorliegenden Erkenntnisse zum Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten in Essen entscheidend verbessert. **Nur in wenigen Städten in der Bundesrepublik Deutschland liegen Daten, Meinungen und Einschätzungen von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen zum Zusammenleben in dieser Tiefe, Vielfalt und Breite von mehr als 2.000 befragten Personen vor.**

¹ Auf die Möglichkeit, diese Abweichungen der Umfragedaten von den Proportionen in der Grundgesamtheit durch eine entsprechende Anpassungsgewichtung auszugleichen, wurde bewusst verzichtet. Bei einer solchen Anpassung von bekannten demografischen Strukturen können die Auswirkungen auf nicht bekannte Meinungs- und Einstellungsunterschiede nicht kontrolliert abgeschätzt werden.

5 Ergebnisse der Umfrage „Zusammen leben in Essen“

Im Folgenden sollen die Ergebnisse der insgesamt über 2.000 durchgeführten Interviews dargestellt werden. Entsprechend der Zielsetzung der Umfrage sollen dabei insbesondere unterschiedliche Lebenslagen und Einstellungen von einheimischen Deutschen sowie Migrantinnen und Migranten analysiert werden. Ebenfalls besonderes Augenmerk wird auf eine Differenzierung der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet und zwar durch die gesonderte Berücksichtigung der Sprach-/Herkunftsgruppen.

5.1 Migrationshintergrund und demografische Struktur der Befragten

5.1.1 Ermittlung des Migrationshintergrundes

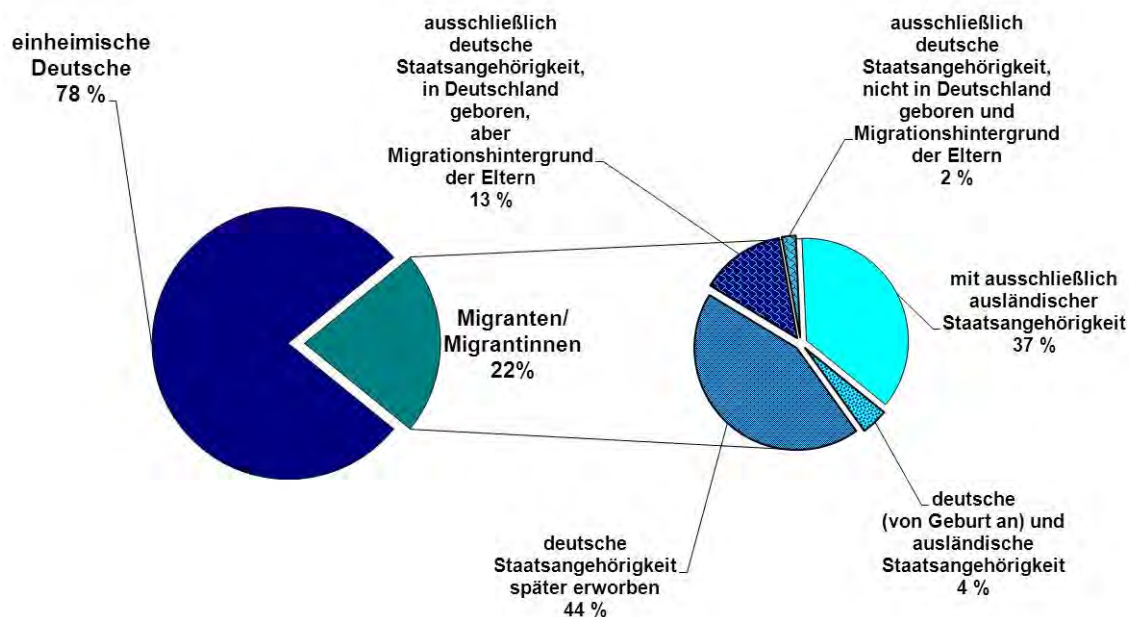
Im Rahmen der Umfrage „Zusammen leben in Essen“ nahmen Fragen zur Ermittlung des Migrationshintergrundes einen relativ großen Raum ein.¹ Wie in Kapitel 4 ausgeführt, kann ein Migrationshintergrund statistisch anhand unterschiedlicher Kriterien abgeleitet werden: **Staatsangehörigkeit, Einbürgerung, Status als Aussiedler etc., Geburtsort, Staatsangehörigkeit und Geburtsort der Eltern.** Den Befragten wurden entsprechende Fragen gestellt², wobei jeweils differenziert auch nach dem Herkunftsstaat gefragt wurde, um so die Abgrenzung der definierten Sprach-/Herkunftsgruppen zu ermöglichen.

Wie die Grafik 5.1.1 und die Tabelle 5.1.1 zeigen, sind **78 % der Befragten einheimische Deutsche**, d.h. sie sind in Deutschland geboren, haben ausschließlich die deutsche Staatsangehörigkeit und die Eltern der Befragten sind ebenfalls in Deutschland geboren und haben die deutsche Staatsangehörigkeit. **Bei 22 % der Befragten ergeben sich über den Geburtsort, die Staatsangehörigkeit oder die entsprechenden Angaben für die Eltern Hinweise auf eine nichtdeutsche Herkunft.**

¹ Die meisten Fragen im Rahmen der Umfrage wurden in identischer Form an einheimische Deutsche und Migranten/Migrantinnen gestellt. Zwei Themenkomplexe - „Heimat“ und „Kontakte“ - wurden jedoch für die beiden Gruppen in unterschiedlichen Formulierungen bzw. unterschiedlicher Intensität abgefragt. Sprachkenntnisse wurden nur für Migranten/Migrantinnen erhoben. Über einen zentralen Filter wurden die Befragten in die entsprechenden Gruppen aufgeteilt. Die Definition der Begrifflichkeiten „einheimische Deutsche“ und „Migranten/Migrantinnen“ wurde zusätzlich den Befragten über ein visuelles Hilfsmittel (siehe Listen-/Kartensatz im Anhang) verdeutlicht.

² Fragen 19 bis 24 und 26 bis 31 siehe Fragebogen im Anhang

Grafik 5.1.1: Art des Migrationshintergrundes der Befragten

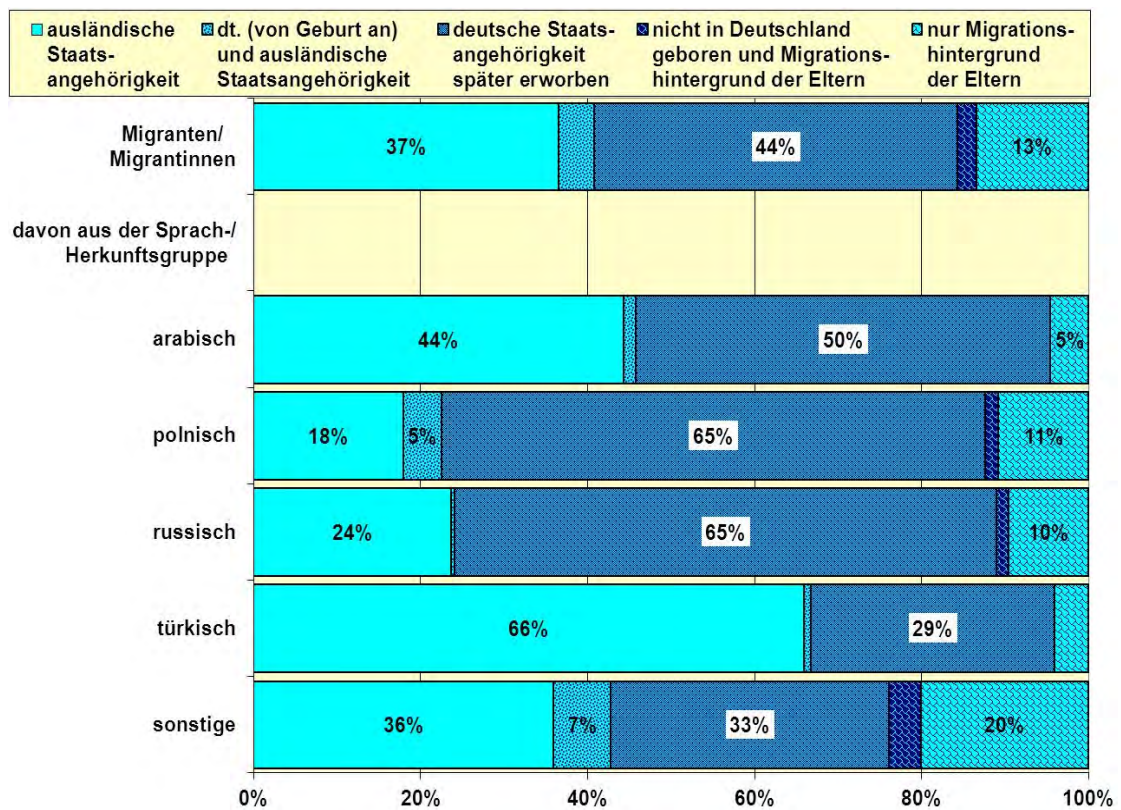


37 % der Migranten/Migrantinnen haben nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei zumindest jede zehnte dieser Personen¹ in Deutschland geboren wurde. **Zwei Drittel der Befragten (63 %) mit Migrationshintergrund sind** entsprechend nach eigenen Angaben **deutsche Staatsbürger/-innen**. **44 % haben die deutsche Staatsangehörigkeit allerdings nicht von Geburt an**, sondern später erworben: z.B. durch Einbürgerung (24 %) oder Anerkennung als Spätaussiedler/-in (17 %). 4 % haben zwar die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an, aber eine zusätzliche ausländische Staatsangehörigkeit verweist bei diesem Personenkreis auf einen Migrationshintergrund. Bei 2 % der Migranten/Migrantinnen lässt sich der Migrationshintergrund nur aus dem Geburtsort und entsprechenden Wanderungshinweisen der Eltern ableiten. Auffallend ist, dass bei **13 % der Befragten, die nach eigenen Angaben zu den Migranten/Migrantinnen zu zählen sind, keine persönlichen Merkmale** - weder der Geburtsort, noch die Staatsangehörigkeit(en) - **einen Hinweis auf einen Migrationshintergrund geben, sondern dieser allein aus der Wanderungsgeschichte der Eltern abzuleiten ist.**²

¹ 12 %, siehe Tabelle 5.1.1

² Wenn es sich um Erwachsene, d.h. 18-jährige oder ältere Personen handelt, können in diesen Fällen keine Informationen zum Migrationshintergrund aus den Einwohnerregistern direkt abgeleitet werden.

Grafik 5.1.2: Art des Migrationshintergrundes nach Sprach-/Herkunftsgruppen



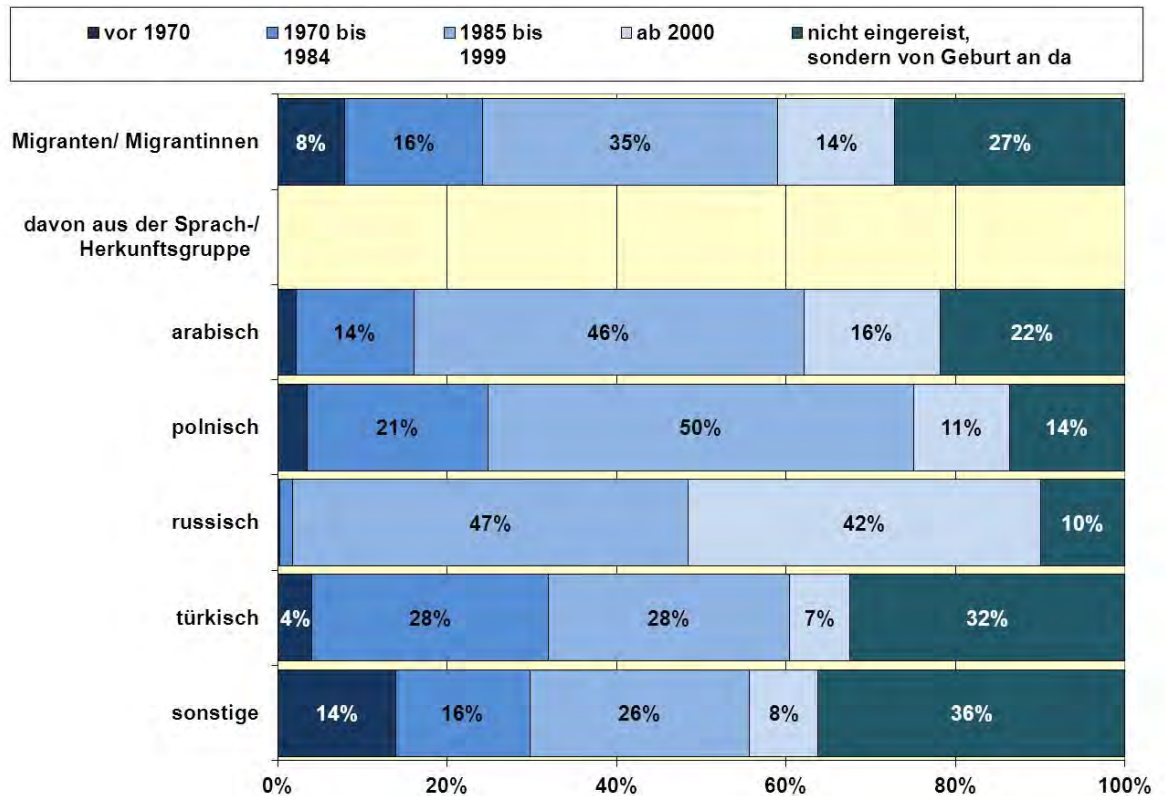
Betrachtet man die entsprechenden Ergebnisse nach den in Kapitel 4.1 definierten Sprach-/Herkunftsgruppen, so zeigt sich, dass drei Viertel der Befragten der türkischsprachigen Gruppe (noch) ausschließlich die ausländische Staatsangehörigkeit haben. Dieser Anteil ist in der polnischen (18 %) oder russischen (24 %) Sprachgruppe deutlich niedriger (siehe auch Tabelle 5.1.2). In diesen beiden Sprach-/Herkunftsgruppen haben zwei Drittel der Personen die deutsche Staatsangehörigkeit erst nach der Geburt durch Einbürgerung oder wahrscheinlich häufiger durch die Anerkennung als Spätaussiedler/-in erworben.¹ In der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe² sind mit 44 % auch überdurchschnittlich viele ausländische Staatsbürger/-innen, aber die Hälfte der Befragten sind eingebürgerte Deutsche. Die Gruppe der Personen aus der sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppe ist sehr heterogen zusammengesetzt: mit 8 % ist die Gruppe der Befragten mit afghanischem Wanderungshintergrund z.B. genauso groß wie die Gruppe mit italienischer Migrationsgeschichte. Insgesamt ist aber – vermutlich aufgrund der Nachkommen der ehemaligen „Gastarbeiter“ – der Anteil der Befragten, die nur noch über Informationen bezüg-

¹ Knapp 90 % der Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe kommen aus drei Staaten: russische Föderation = 38 %, Ukraine = 17 %, Kasachstan = 33 %)

² Hier sind Personen mit libanesischem (36 %) oder marokkanischem (22 %) Migrationshintergrund am stärksten vertreten.

lich der Eltern als Migranten/Migrantinnen statistisch zu definieren sind, hier mit 20 % am höchsten.

Grafik 5.1.3: Zuzugsdatum nach Deutschland nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Insgesamt ist **rund ein Viertel der befragten Migrantinnen und Migranten in Deutschland geboren. In der Gruppe der Befragten mit sonstigem Migrationshintergrund liegt dieser Anteil aber bei 36 %** und auch **in der Gruppe der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund trifft dies fast auf ein Drittel zu** (vgl. auch Tabelle 5.1.3). Neben diesen Personen, die schon (zumindest) in der zweiten Generation in Deutschland leben, ist **in diesen beiden Sprach-/Herkunftsgruppen auch der Anteil der Personen, deren Einreise nach Deutschland schon mehr als 25 Jahre zurück liegt, überdurchschnittlich hoch**. Im Durchschnitt liegt die Aufenthaltsdauer in Deutschland bei den Befragten mit sonstigem Migrationshintergrund bei 32,3 Jahren, bei denen mit türkischer Herkunft bei 24,5 Jahren (siehe Tabelle 5.1.4). Bei Befragten mit Hinweisen auf eine polnische Herkunft ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland fast ebenso lang (24,2 Jahre), aber hier ist die größte Gruppe (50 %) zwischen 1985 und 1999 eingereist. Dies ist auch für die arabische Sprach-/Herkunftsgruppe (46 %) der Haupteinreisezeitraum. **Befragte aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind dagegen mit 42 % weit überdurchschnittlich häufig erst nach 2000 eingereist**. Mit 16,7 Jahren ergibt

sich für diese Gruppe die kürzeste Aufenthaltsdauer in Deutschland und auch der Anteil der in Deutschland Geborenen ist mit 10 % der niedrigste von allen Sprach-/Herkunftsgruppen.

5.1.2 Demografische Struktur der Befragten

Die Zusammensetzung der Bevölkerung bzw. einer Bevölkerungsgruppe wird durch sogenannte demografische Variablen wie z.B. Alter, Geschlecht, Familienstand, Religionszugehörigkeit, Bildung, Beruf, Einkommen oder Haushaltszusammensetzung beschrieben. Manche dieser Merkmale sind aber gleichzeitig auch in anderen inhaltlichen Zusammenhängen für das Zusammenleben von Menschen von Bedeutung.

Der Familienstand ist zusammen mit Informationen über den bzw. die (Ehe)-Partner/-innen – also z.B. bikulturelle oder binationale Partnerschaften – ein wichtiger Integrationsindikator. Mit der Öffnung für eine Beziehung zu einem Partner bzw. einer Partnerin aus einer anderen Ethnie oder einem anderen Kulturkreis wird von zwei Seiten – in einem sehr persönlichen, intimen Lebensbereich – die Annahme/Aufnahme des jeweils anderen signalisiert. Entsprechend wird dieses Merkmal in Kapitel 5.4, das sich explizit mit dem Begriff „Heimat“ auseinandersetzt, ausführlich behandelt.

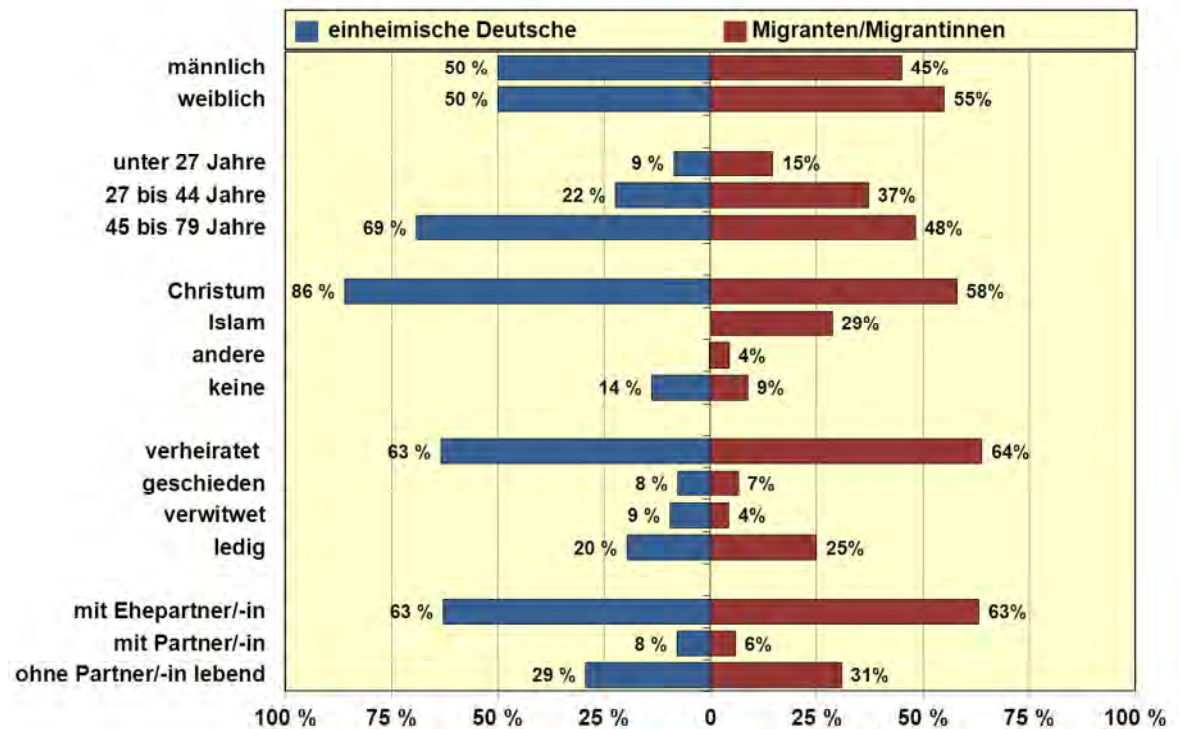
Der Religionszugehörigkeit und – wegen des relativ großen Anteils – hier insbesondere die Zugehörigkeit zum Islam kommt ebenfalls im Kontext von Religiosität und Religionsausübung eine besondere Rolle beim Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu. Insofern wird das Thema in einem gesonderten Unterkapitel 5.3.2 untersucht.

Bildung, Beruf und Einkommen sind zum einen als demografische Indikatoren geeignet, die Schichtzugehörigkeit von Personen zu beschreiben. Auf der anderen Seite können damit auch Bedingungen beschrieben werden, die gerade für Menschen mit Migrationshintergrund die Lebensbedingungen in der Aufnahmegesellschaft Deutschland erleichtern oder erschweren. Mit diesen Merkmalen werden also Voraussetzungen für gesellschaftliche Partizipation beschrieben. Diesem Zusammenhang wird in Kapitel 5.2 nachgegangen.

Alter und Geschlecht sind in der Regel die Merkmale, die bei Umfragen zur Prüfung der Güte der vorliegenden Daten von Befragten im Vergleich zur Grundgesamtheit, also der Bevölkerung, herangezogen werden. Informationen hierzu wurden im Überblick bereits in Kapitel 4 analysiert.

Die unterschiedliche demografische Struktur der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund soll deshalb hier nur kurz in den Grafiken 5.1.4 bis 5.1.6 veranschaulicht werden (siehe auch Tabelle 5.1.5).

Grafik 5.1.4: Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit und Familienstand von einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen

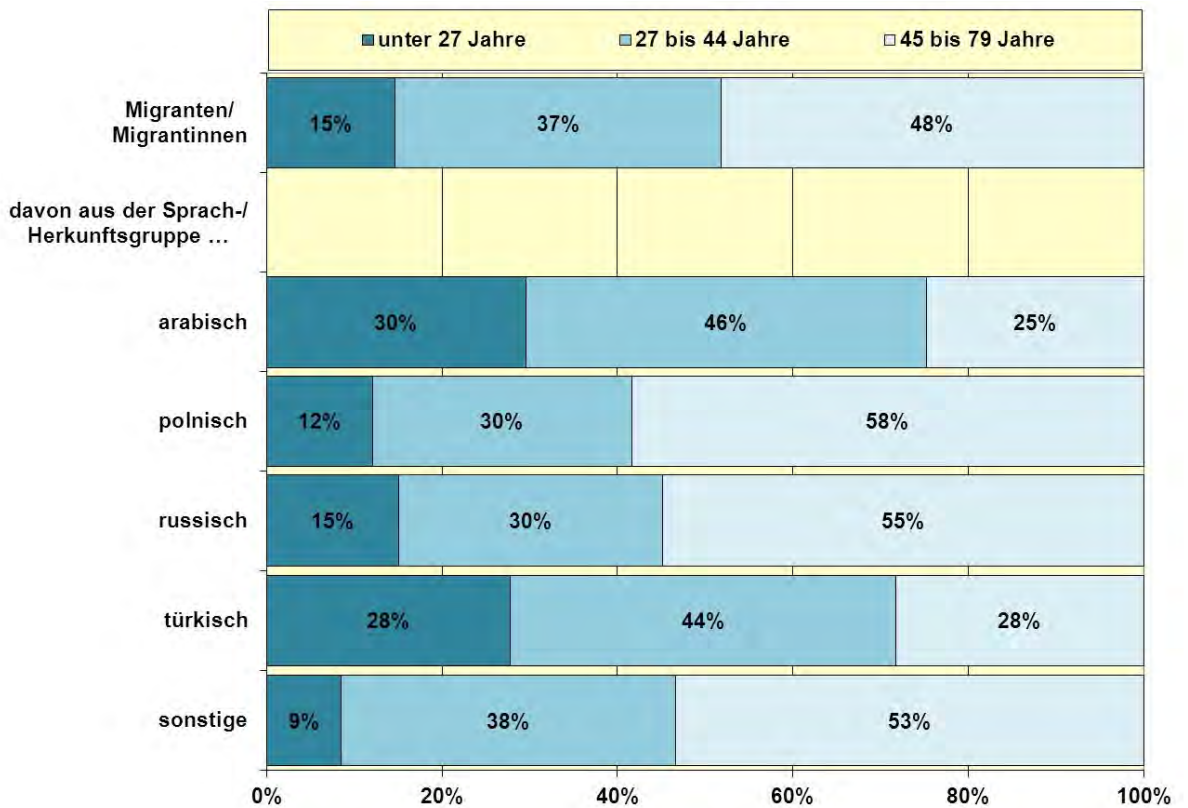


Unter den Befragten mit Migrationshintergrund sind in der Tendenz mehr Frauen, mehr jüngere Menschen unter 45 Jahren, entsprechend deutlich weniger im Alter von 45 oder mehr Jahren und weniger Konfessionslose als bei den einheimischen Deutschen. Beim Familienstand und dem Zusammenleben mit einem (Ehe-)Partner zeigen sich dagegen keine größeren Unterschiede.

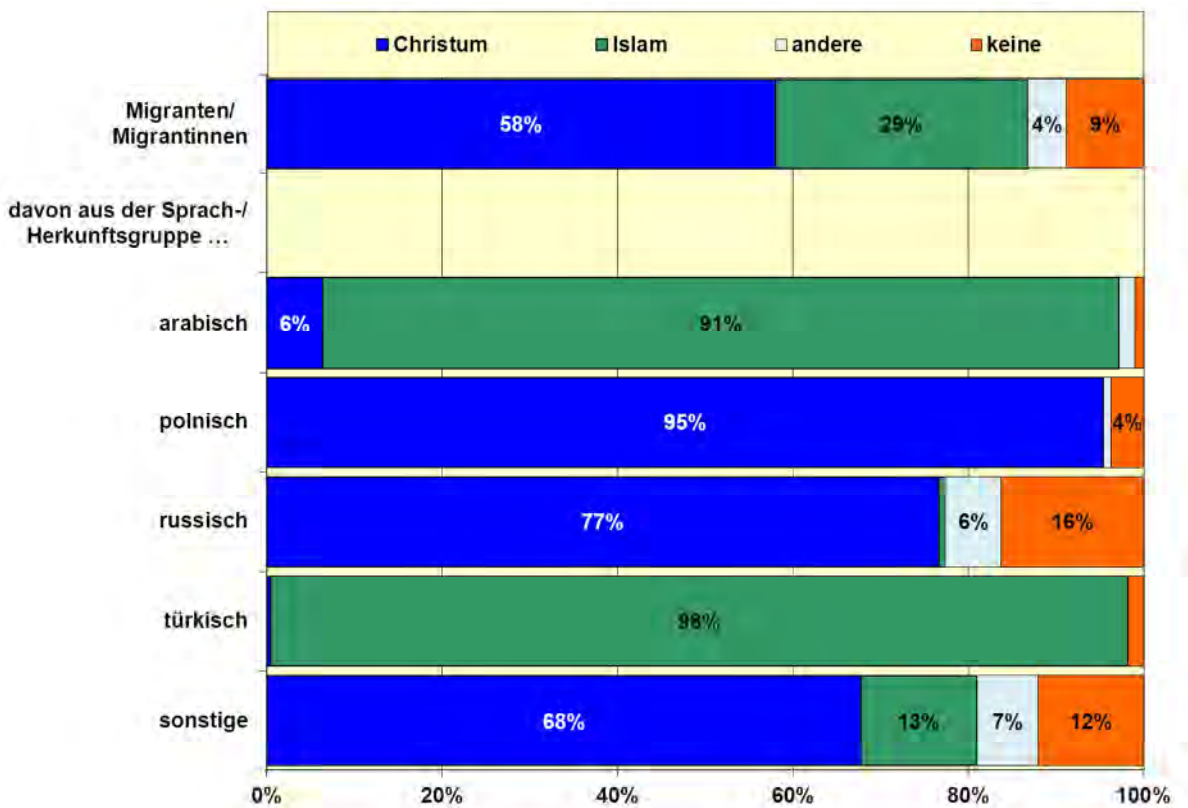
Wie die Grafiken auf den nächsten Seiten zeigen, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Sprach-/Herkunftsgruppen zum Teil stärker ausgeprägt: die **Befragten aus der türkischen und der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind deutlich jünger** als alle anderen Migranten- gruppen und gehören im Gegensatz zu allen anderen Befragten mehrheitlich dem Islam an.

Auch **in den Haushaltsstrukturen unterscheiden sich die Befragten der arabischen und der türkischen Sprach-Herkunftsgruppe deutlich**. Sie leben wie die Grafiken 5.1.7 und 5.1.8 zeigen **in größeren Haushalten, mehrheitlich in Haushalten mit 5 oder mehr Personen**; bei allen anderen Migrantengruppe liegt der Anteil so großer Haushalte bei höchstens 15 %.

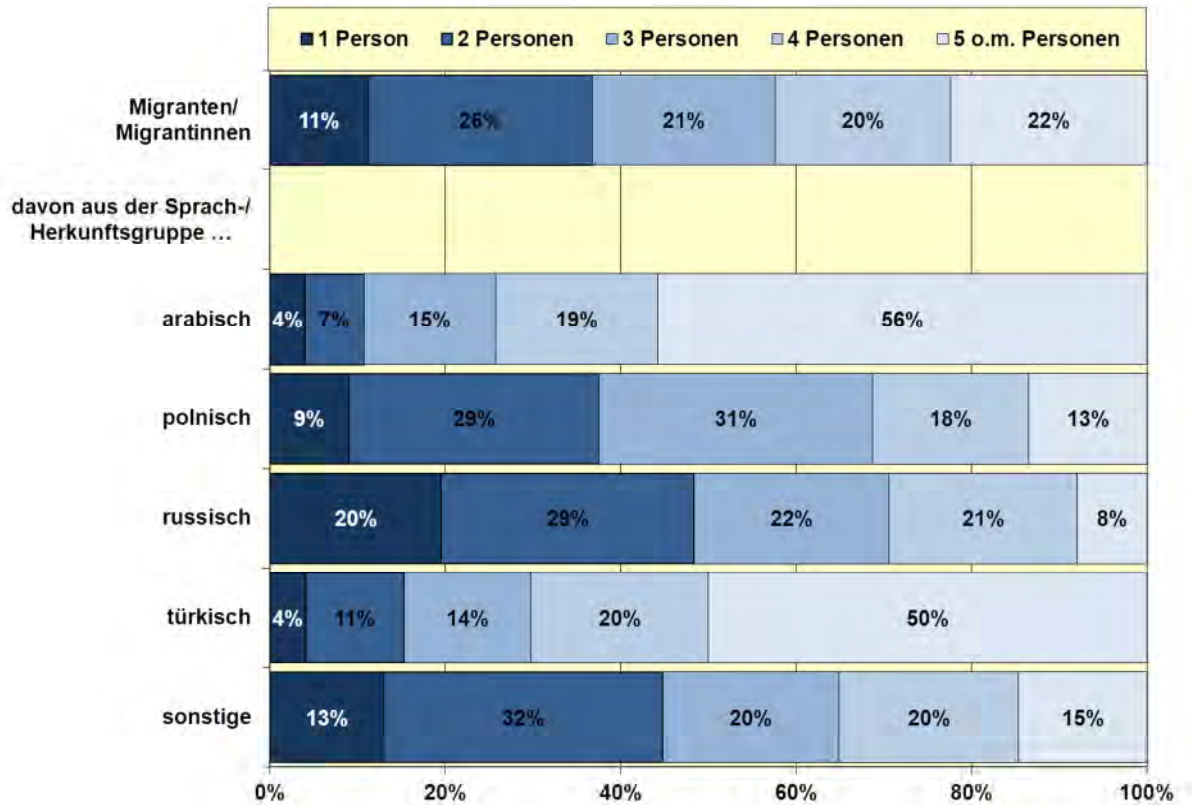
Grafik 5.1.5: Alter von Migranten/Migrantinnen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



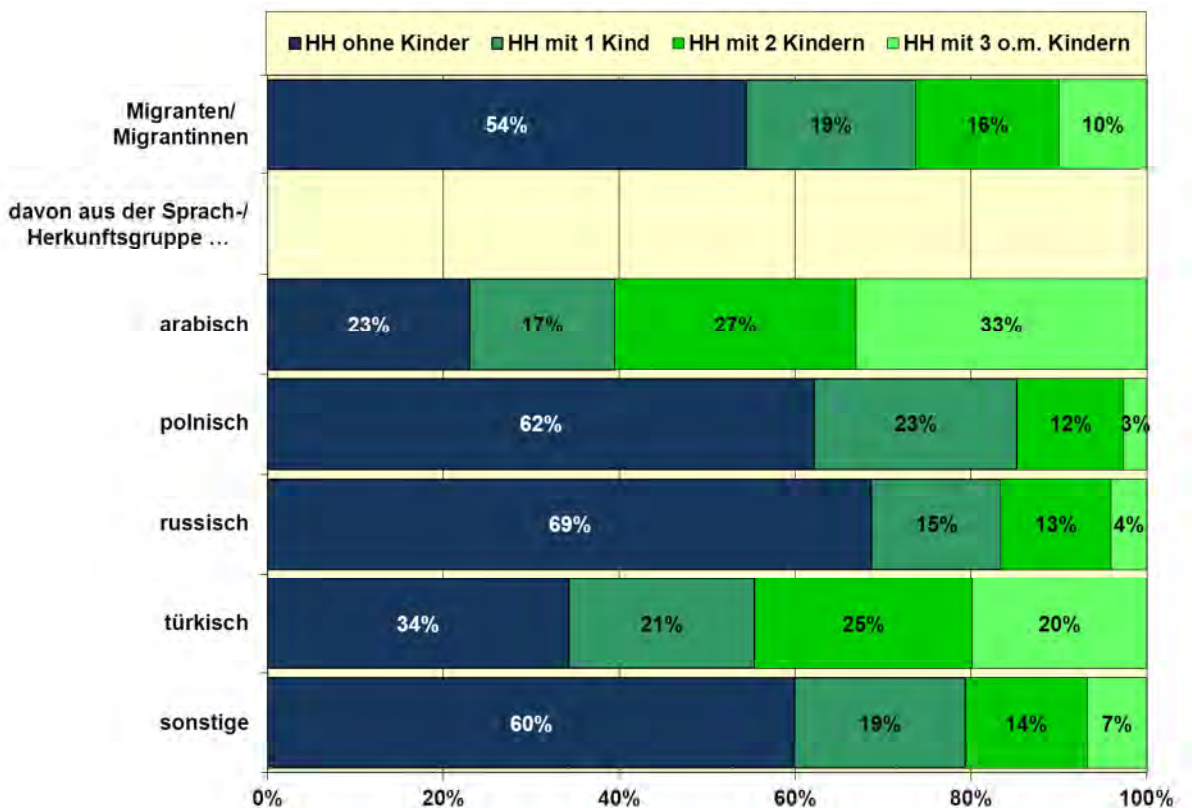
Grafik 5.1.6: Religionszugehörigkeit von Migranten/Migrantinnen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Grafik 5.1.7: Haushaltgröße von Migranten/Migrantinnen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



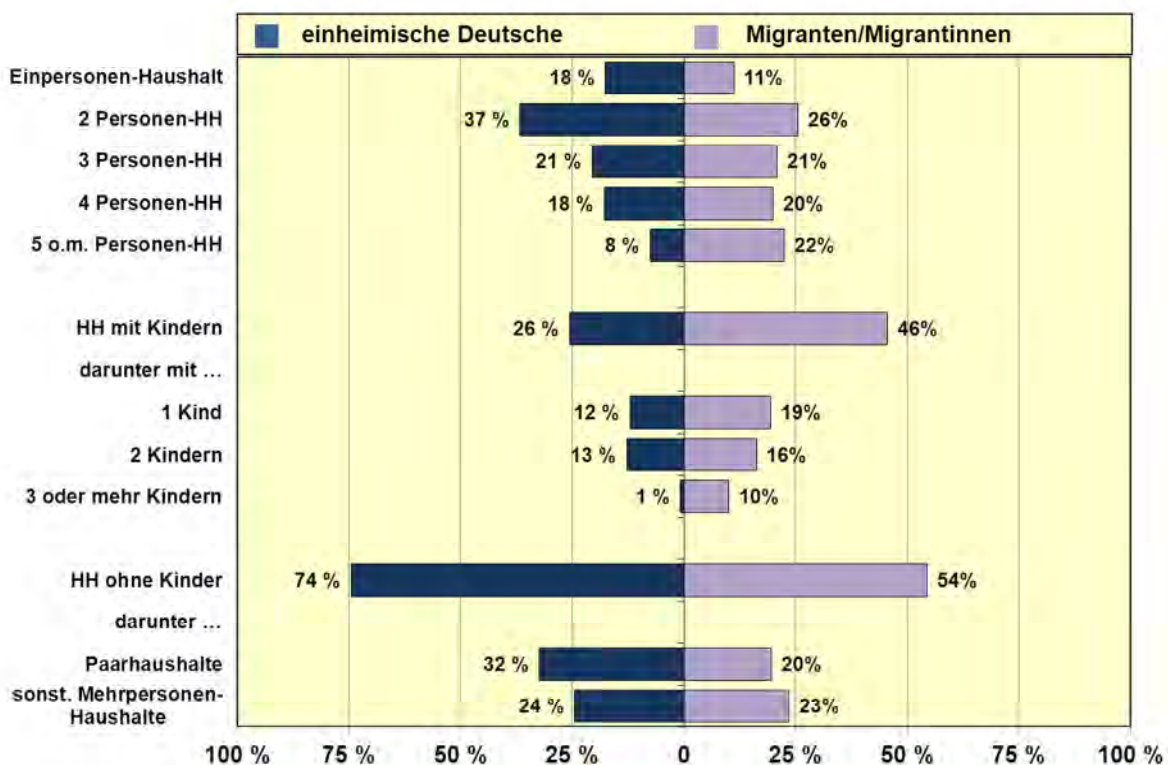
Grafik 5.1.8: Kinderzahl in Haushalten von Migranten/Migrantinnen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Mehr als 60 % der Befragten der anderen Sprach-/Herkunftsgruppen leben in Haushalten ohne Kinder. Bei den Befragten mit türkischem Migrationshintergrund trifft dies nur auf ein Drittel, bei denen der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe sogar auf weniger als ein Viertel zu.

Fasst man die Migrantengruppen zusammen und betrachtet sie im Vergleich zu den einheimischen Deutschen, so ergibt sich das folgende Bild.¹ Die breite Mehrheit der befragten einheimischen Deutschen lebt in vergleichsweise kleinen Haushalten ohne Kinder (74 %). Nur 8 % dieser Befragten leben in Haushalten mit 5 oder mehr Personen. Befragte mit Migrationshintergrund wohnen dagegen deutlich häufiger in größeren Haushaltszusammenhängen, z.B. 22 % in Haushalten mit 5 oder mehr Personen. Fast die Hälfte der befragten Migranten und Migrantinnen lebt in Haushalten mit Kindern, wobei jede zehnte Person sogar mit drei oder mehr Kindern zusammenlebt. Bei den einheimischen Deutschen trifft dies nur auf jede 100ste Person zu.

Grafik 5.1.9: Haushaltsstrukturen von einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen



¹ Gemäß den Angaben, die über das Haushaltgenerierungsverfahren für die Bevölkerung insgesamt ermittelt werden können, ist der Anteil der Personen in Einpersonenhaushalten vermutlich bei den Befragten deutlich niedriger als in der Grundgesamtheit. Hier liegt z.B. der Anteil der Einpersonenhaushalte bei 27 %. Möglicherweise wirkt sich hier die schlechte Erreichbarkeit von alleinlebenden Zielpersonen aus.

5.2 Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe: Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen

Der Erwerb von Bildung impliziert zum einen das Durchlaufen wichtiger Sozialisationsinstanzen. Außerhalb der Familie werden vor allem in den allgemeinbildenden Schulen wichtige Grundsteine für die Persönlichkeitsentwicklung gelegt, z.B. das Vertrauen zu den eigenen Fähigkeiten, die Motivation zur Leistung, das Erlernen und Akzeptieren gesellschaftlicher Werte. Dabei ist es sicherlich mit entscheidend, in welchem Land dieser Schulbesuch erfolgt (ist). Zum anderen ist der Erwerb von Bildung aber vor allem auch eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe, dies gilt sowohl in sozialer wie in ökonomischer Hinsicht. Schulischer Bildungserfolg ermöglicht in der Regel erst den Zugang zu beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten. Eine abgeschlossene berufliche Bildung wiederum ist in Deutschland zunehmend die Grundvoraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Art und Umfang der Erwerbstätigkeit sind die entscheidende Basis für die ökonomische Absicherung, den Lebensunterhalt und Lebensstandard. Das verfügbare Einkommen eines Haushaltes bzw. der Familienmitglieder ist mitbestimmend für die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten z.B. auch in Kultur und Freizeit.

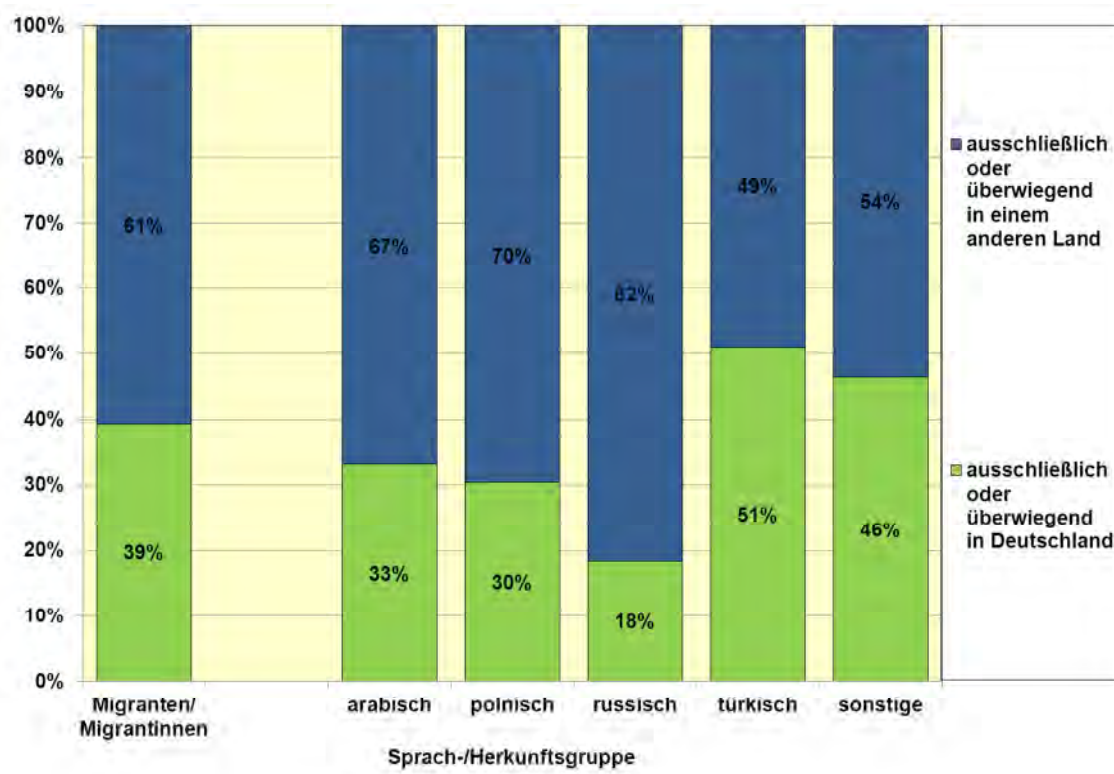
Eine Analyse der Bildungs-, Erwerbs- und Einkommenssituation von einheimischen Deutschen und Migrantinnen bzw. Migranten ist insofern nicht nur die Beschreibung von Unterschieden in der demografischen Struktur, sondern eröffnet den Blick auf Voraussetzungen und Möglichkeiten der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe.

5.2.1 Allgemeinbildende und berufliche Ausbildung

Mit dem Ziel, die allgemeinbildende Schulausbildung möglichst umfassend beschreiben zu können und dabei der Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme in den verschiedenen Herkunftsländern der Befragten gerecht zu werden, wurde neben dem erreichten höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss¹ auch der Ort bzw. das Land und die Dauer des Schulbesuchs erfragt.

¹ Im Rahmen des umfassenden Pretests des Fragebogens erwies sich insbesondere die Erfassung der Schulbildung als problematisch. Die Art des Schulabschlusses wurde deshalb mit einer gesonderten Liste vorgenommen, auf der für Migrantinnen und Migranten Einordnungshilfen aufgeführt wurden (siehe Liste 16 im Anhang).

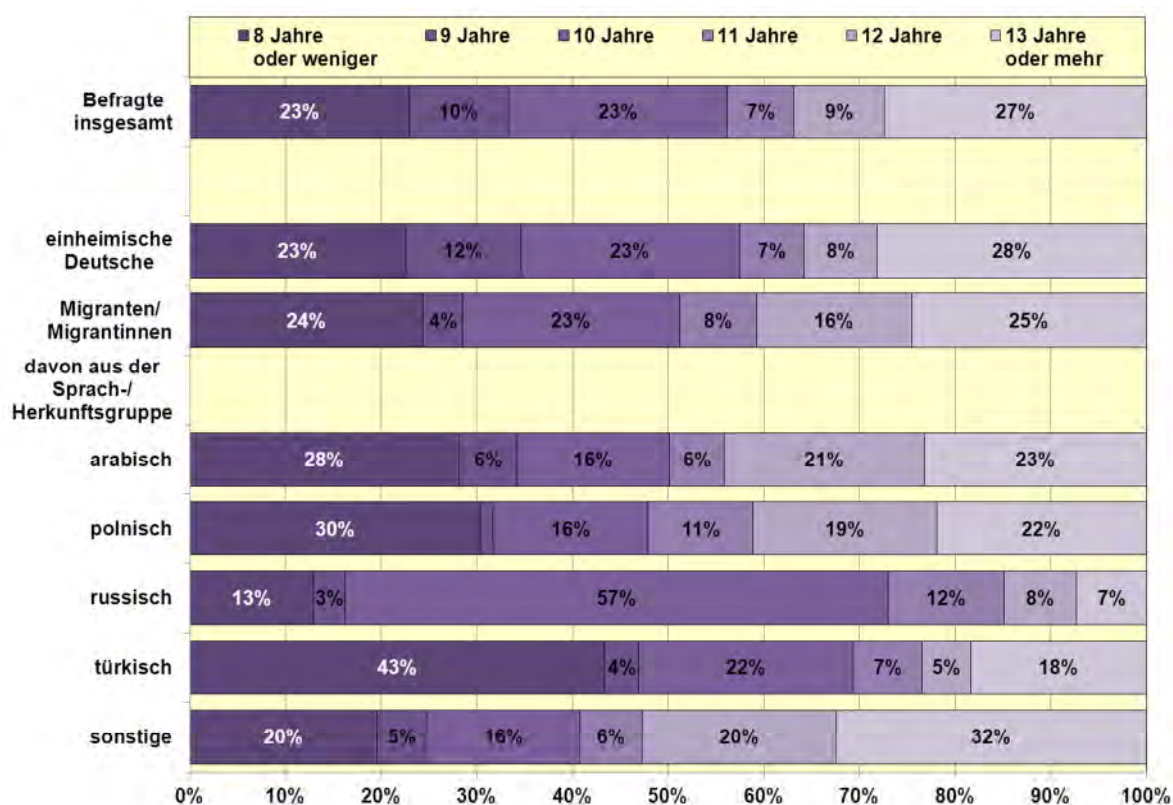
Grafik 5.2.1 Land, in dem Migranten und Migrantinnen die allgemeinbildende Schule besucht haben, nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Insgesamt haben **über 60 % der Migrantinnen und Migranten** ihre **allgemeinbildende Schulbildung ausschließlich oder überwiegend nicht in Deutschland** erworben (siehe auch Tabelle 5.2.1). Die Mehrheit ist also nicht im deutschen Schulsystem sozialisiert worden. Dies gilt vor allem für Befragte mit russischsprachigem Migrationshintergrund: 82 % haben ausschließlich oder überwiegend die Schule in einem anderen Land besucht. Auch bei den Befragten aus der arabischen oder polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe trifft dies auf mehr als zwei Drittel zu. Bei den Befragten der türkischen oder sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppe hat dagegen rund die Hälfte ausschließlich oder überwiegend die Schule in Deutschland besucht.

Die **durchschnittliche Schulbesuchsdauer** beträgt sowohl bei einheimischen Deutschen (10,5 Jahre) als auch bei Migranten/-innen (10,2 Jahre) **rund 10 Jahre**. Diese Durchschnittswerte kommen jedoch – wie Grafik 5.2.2 auf der nächsten Seite zeigt – auf der Basis einer sehr heterogenen Verteilung zustande. **Jeweils knapp ein Viertel der Befragten hat 8 Jahre oder weniger eine allgemeinbildende Schule besucht.** Ein ebenso hoher bzw. noch etwas größerer Anteil der Befragten hat mit 13 oder mehr Jahren eine vergleichsweise lange allgemeinbildende Schulbildung absolviert.

Grafik 5.2.2: Dauer des allgemeinbildenden Schulbesuch nach Sprach-/Herkunftsgruppen



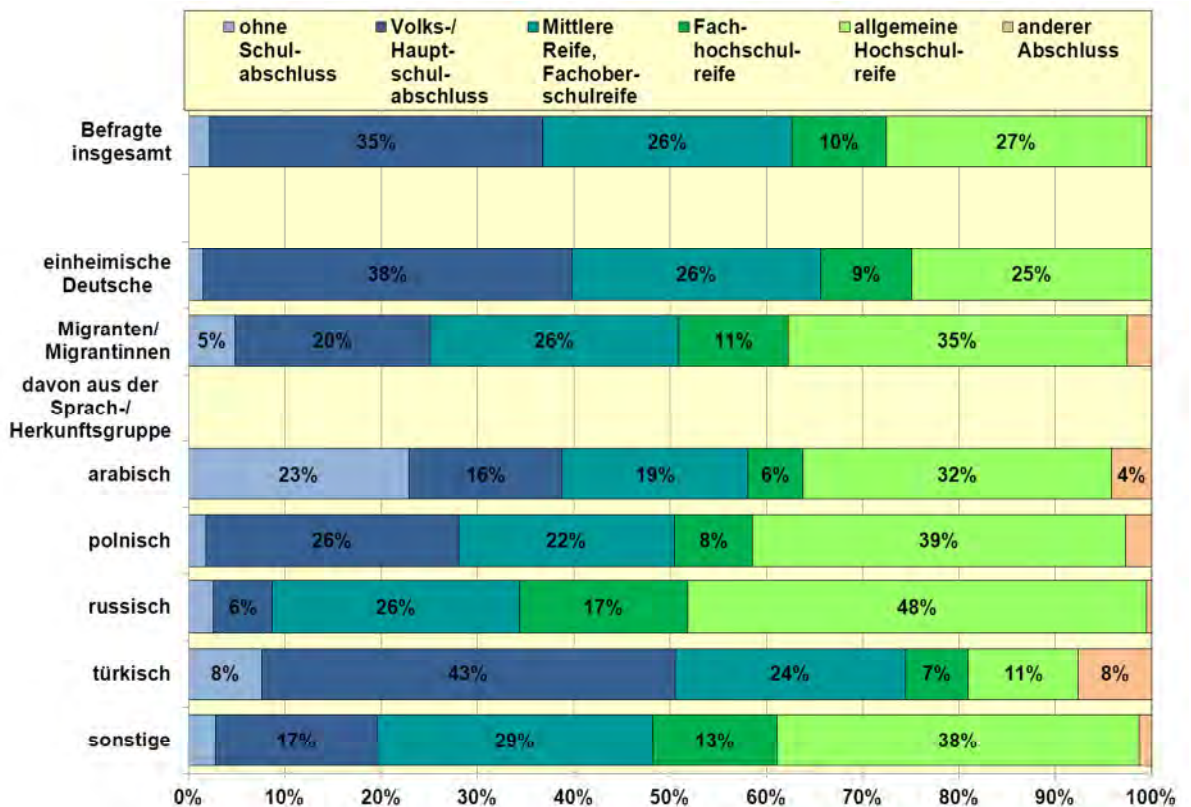
Vor allem Befragte aus der russischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe unterscheiden sich von den anderen Migranten/-innen in der Schulbesuchsdauer. 84 % der Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe haben mindestens 10 Jahre (57 % genau 10 Jahre) die Schule besucht. Dies ist der höchste Anteil von allen befragten Migranten/-innen. Bei denjenigen Befragten mit türkischer Zuwanderungsgeschichte liegt der entsprechende Anteil bei knapp über 50 %; mit 43 % haben weit überdurchschnittlich viele eine höchstens achtjährige Schulausbildung.¹

Wenn Migrantinnen und Migranten in Deutschland ihre Schulausbildung gemacht haben, hat diese in der Regel mehr Schuljahre (11,2 Jahre) umfasst als im Herkunftsland (10,0 Jahre). Der größte Unterschied ist auch hier bei der Gruppe der Befragten mit russischsprachigem, aber vor allem bei denjenigen mit Migrationshintergrund aus der Türkei festzustellen: bei einem Schulbesuch ausschließlich oder überwiegend in Deutschland liegt die durchschnittliche Dauer bei dieser Gruppe bei 10,8 Jahren, nur 14 % haben weniger als 9 Jahre eine allgemeinbildende Schule besucht; bei ausschließlichem oder überwiegendem Schulbesuch außerhalb von Deutschland liegt dieser Anteil dagegen bei 76 %, der Durchschnittswert bei 7,2 Jahren. Wie bereits zu Beginn er-

¹ In der Türkei gab es bis 1997/1998 lediglich fünf Pflichtschuljahre, seither sind es acht Pflichtschuljahre.

wähnt, ist die Erfassung eines allgemeinbildenden Schulabschlusses bei Personen, die Schulsysteme in unterschiedlichen Ländern besucht haben, problematisch. Dies ist eine Erklärung für die in der nachfolgenden Grafik dargestellten Ergebnisse.

Grafik 5.2.3: Allgemeinbildender Schulabschluss nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Knapp 40 % der einheimischen Deutschen, aber nur 25 % der Migranten und Migrantinnen geben an, höchstens über eine Grundbildung (maximal Volks-/Hauptschulabschluss) zu verfügen (vgl. auch Tabelle 5.2.2). Etwa ein Viertel beider Befragtengruppen verfügt über einen mittleren Bildungsabschluss. Hier in Deutschland ist dies die Mittlere Reife oder die Fachoberschulreife. Von den Befragten mit Migrationshintergrund sollte diese Einstufung dann gewählt werden, wenn ein anderer Abschluss als der der Grundbildung vorliegt, dieser Abschluss aber nicht zu einem Hochschulstudium berechtigt. Etwa ein Zehntel der Befragten gibt darüber hinaus an, die Fachhochschulreife erlangt zu haben, aber nur ein Viertel der einheimischen Deutschen im Vergleich zu einem Drittel der Migranten/-innen hat die allgemeine Hochschulreife.

Die Aufschlüsselung der angegebenen allgemeinbildenden Schulabschlüsse nach den Sprach-/Herkunftsgruppen macht allerdings deutlich, dass neben tatsächlichen Unterschieden im Bildungsgrad hier sicherlich auch Einordnungsbesonderheiten zu berücksichtigen sind.¹

Weniger als 10 % der Befragten der russischen Sprach-/Herkunftsgruppen geben an, nur über die **Grundbildung** zu verfügen, aber **fast die Hälfte** verfügt nach eigenen Angaben über eine **abgeschlossene höhere Bildung**, die zu einem Hochschulstudium berechtigt. In diesem Zusammenhang sei noch einmal daran erinnert, dass nur etwa ein Viertel der Befragten mit russischem Migrationshintergrund die Schule länger als 10 Jahre besucht hat².

Auch die Befragten **mit polnischem und sonstigem Migrationshintergrund** haben – nach eigenen Angaben – **im Vergleich zu einheimischen Deutschen (25 %) häufiger (39 % bzw. 38 %) einen Bildungsabschluss, der zu einem Hochschulstudium berechtigt.**

In der **arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe** fällt der mit **23 % weit überdurchschnittliche Anteil an Personen ohne abgeschlossene Schulbildung** auf. Auf der anderen Seite gibt auch hier **fast ein Drittel** der Befragten an, über **eine der allgemeinen Hochschulreife vergleichbare Bildung** zu verfügen.

Unter den Befragten **mit türkischem Migrationshintergrund** gibt es mit 8 % ebenfalls vergleichsweise viele Personen ohne abgeschlossene allgemeinbildende Schule. Vor allem ist für diese Befragtengruppe aber der **weit überdurchschnittliche Anteil von 43 %** kennzeichnend, die **nur eine Grundbildung** – vergleichbar dem Volks-/Hauptschulabschluss – absolviert haben. **Nur etwa jede(r) Zehnte** dieser Sprach-/Herkunftsgruppe verfügt über eine **abgeschlossene höhere Bildung.**

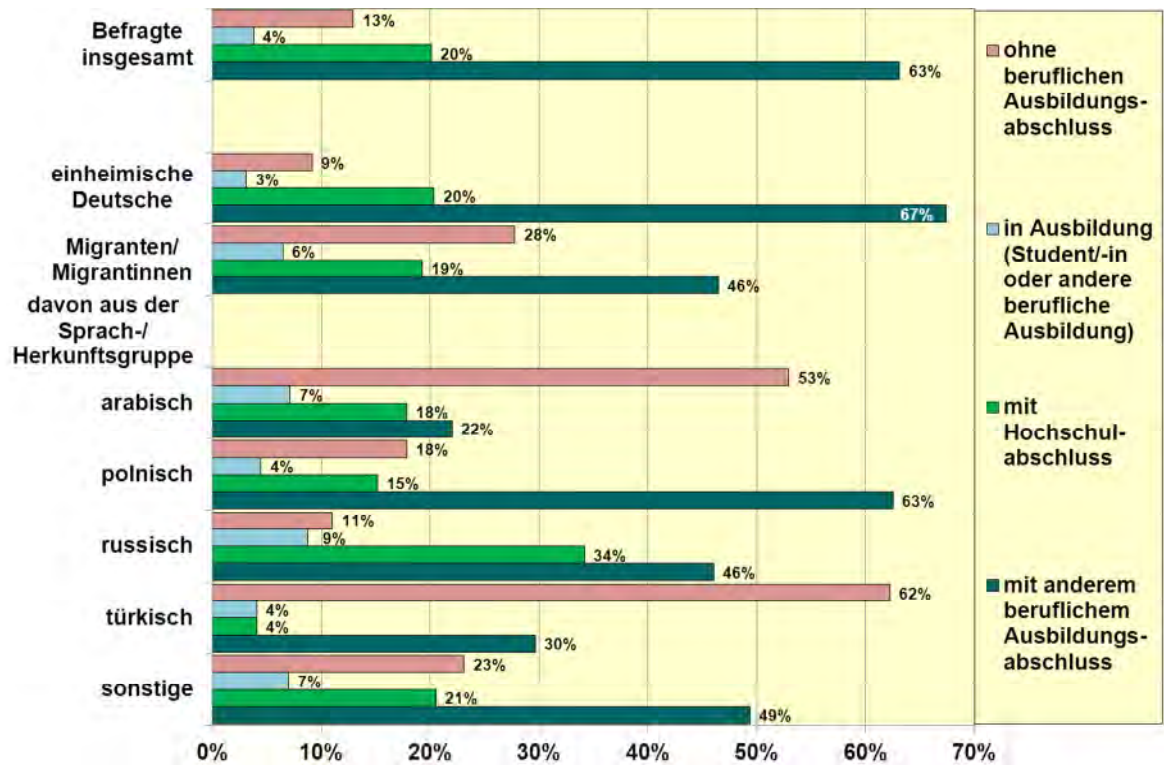
Die allgemeinbildende Schulausbildung ist nur eine Voraussetzung für den Einstieg bzw. die erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt. Wichtiger ist in der Regel eine abgeschlossene berufliche Ausbildung, da die Beschäftigungsmöglichkeiten für nicht oder nur gering Qualifizierte immer weniger werden. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist die Vielfalt der Möglichkeiten bereits hier in Deutschland sehr groß, zudem ist die Vergleichbarkeit mit anderen Ländern noch problematischer als im schulischen Bereich. Aus diesem Grunde wurde im Rahmen der Umfrage nur

¹ Die Frage, ob neben Einordnungsproblemen möglicherweise auch die Zusammensetzung der realisierten Stichprobe – d.h. höhere Teilnahmebereitschaft von besser Gebildeten – ein Erklärungsfaktor für die festgestellte Bildungsstruktur ist, kann nicht geklärt werden. Es liegen keine verlässlichen Vergleichswerte für Migranten und Migrantinnen insgesamt oder der einzelnen Sprach-/Herkunftsgruppen vor.

² Das russische Schulsystem umfasst bis zu dem die Hochschulqualifikation vermittelnden Sekundarschulabschluss zehn Schuljahre.

danach gefragt, ob ein Hochschulabschluss oder irgendeine andere Form der beruflichen Ausbildung mit einem entsprechenden Abschluss erworben wurde.

Grafik 5.2.4: Berufliche Ausbildung nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Rund ein Fünftel der Befragten – sowohl der einheimischen Deutschen als auch der Migranten/-innen – geben an, erfolgreich ein Hochschulstudium absolviert zu haben. Darüber hinaus haben mit 46 % knapp die Hälfte der Befragten mit Wanderungsgeschichte, aber zwei Drittel der einheimischen Deutschen einen Berufsabschluss mit entsprechendem Abschlusszeugnis. **Nur 9 % der Befragten ohne, aber 28 % der Befragten mit Migrationshintergrund haben dagegen keinen beruflichen Ausbildungsabschluss** und damit eher schlechter Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

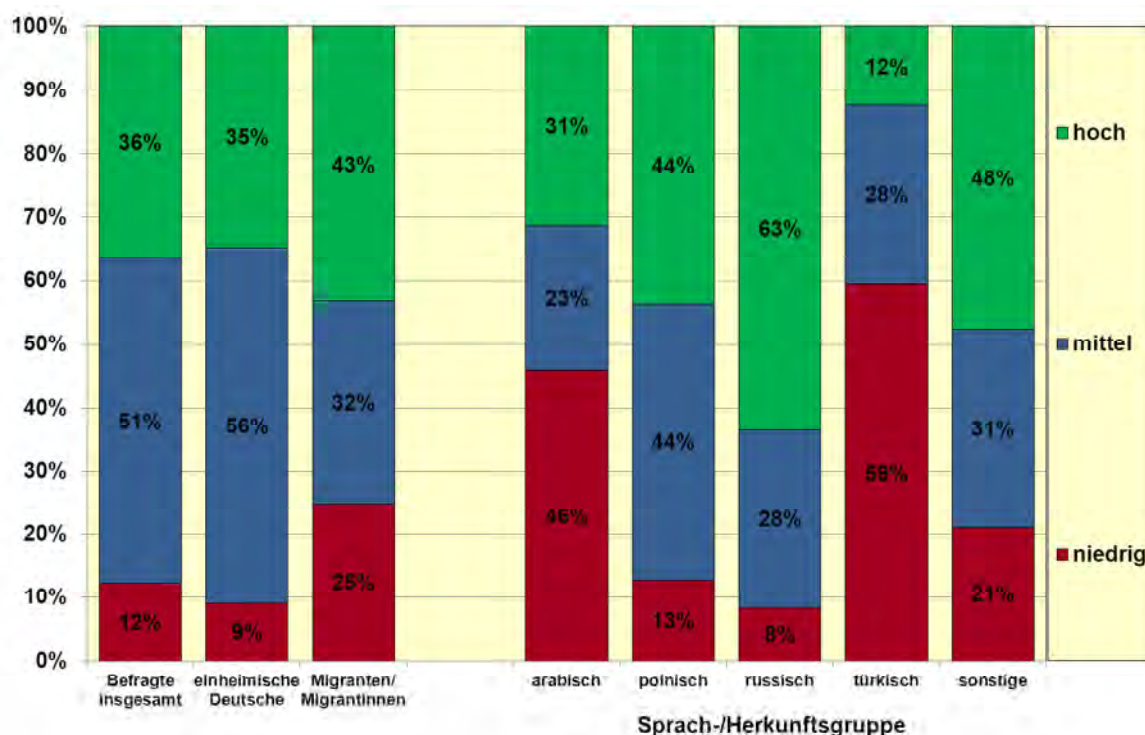
Im Vergleich der Sprach-/Herkunftsgruppen haben **die Befragten mit türkischem (62 %) oder arabischem (53 %) Migrationshintergrund die vergleichsweise schlechtesten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilhabe im Berufsleben: die deutliche Mehrheit hat keinen beruflichen Ausbildungsabschluss**. In der arabischen Gruppe gibt es allerdings auch 18 % mit einem Hochschulabschluss, während der entsprechende Anteil bei der türkischen Gruppe nur bei 4 % liegt.

Die Befragten aus der **russischen Sprach-/Herkunftsgruppe** haben dagegen - nach eigenen Angaben - **besonders gute Ausgangsbedingungen: 34 % haben einen Hochschulabschluss und weitere 46 % einen anderen beruflichen Ausbildungsabschluss. Auch mehr als drei Viertel der Befragten mit polnischem Migrationshintergrund können auf eine berufliche Qualifikation** verweisen, entweder in Form eines Studienabschlusses (15 %) oder aber weit überwiegend in Form eines anderen Berufsabschlusses (63 %).

Bei der heterogenen Gruppe der Befragten mit sonstigem Migrationshintergrund gibt auf der einen Seite knapp ein Viertel (23 %) ohne berufliche Ausbildung, auf der anderen Seite einen fast ebenso hohen Anteil an Hochqualifizierten mit Studienabschluss (21 %). Zusammen mit den 49 %, die einen anderen qualifizierten Berufsabschluss gemacht haben, ist auch hier eine breite Mehrheit von 70 % gut ausgebildet.

Fasst man die Angaben der Befragten zu den allgemeinbildenden schulischen und den beruflichen Bildungsabschlüssen zusammen¹, so ergibt sich folgendes Bild.

Grafik 5.2.5: Schul- und Berufsausbildung nach Sprach-/Herkunftsgruppen



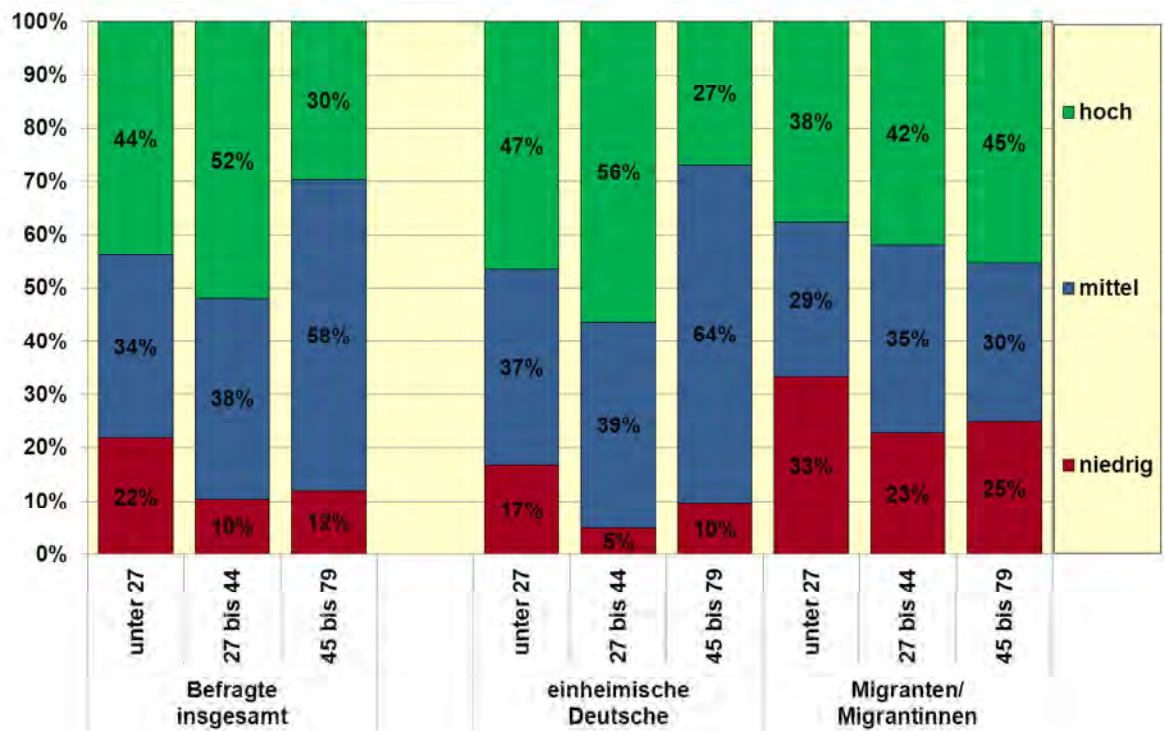
¹ Schul-/Berufsausbildung: niedrig = ohne berufliche Ausbildung und höchstens mittlere Schulbildung (mittlere Reife), mittel = höchstens mittlere Schulbildung (mittlere Reife) mit beruflicher Ausbildung oder höhere Schulbildung ([Fach-]Abitur) ohne berufliche Ausbildung, hoch = höhere Schulbildung ([Fach-]Abitur) mit beruflicher Ausbildung oder [Fach-]Hochschulausbildung

Auffallend ist, dass **mit 56 % die breite Mehrheit der einheimischen Deutschen** über eine **mittlere Schul-/Berufsausbildung** verfügt, während dies für **nur knapp ein Drittel der Migranten und Migrantinnen** zutrifft (vgl. auch Tabelle 5.2.3). **Jede(r) vierte Befragte mit, aber nur jede(r) Zehnte ohne Migrationshintergrund hat nur eine niedrige Schul-/Berufsausbildung.** Auf der anderen Seite gibt es **aber mit 43 % einen höheren Anteil von Migranten und Migrantinnen, als an einheimischen Deutschen (35 %), mit einem hohen Schul- und Berufsausbildungsniveau.**

Es zeigt sich eindeutig, dass **Befragte mit türkischem Migrationshintergrund** mit Blick auf diese zusammengefasste Bildungsdimension **die eindeutig schlechtesten Chancen für eine erfolgreiche Partizipation am Erwerbsleben** mitbringen: 59 % haben eher ein niedriges und nur 12 % ein hohes Ausbildungsniveau. Auch unter den Befragten mit arabischem Migrationshintergrund sind mit 46 % überdurchschnittlich viele mit einer geringen Ausbildung, aber der Anteil der Menschen mit hoher Qualifikation liegt hier immerhin bei 31 %. Bei den Befragten der polnischen (44 %) und der sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppe (48 %) ist der Anteil an Personen mit besonders guten Ausbildungsvoraussetzungen höher als bei einheimischen Deutschen, allerdings ist in beiden Gruppen – insbesondere aber bei den Befragten mit sonstigem Migrationshintergrund (21 %) – auch der Anteil der Geringqualifizierten höher. Unter den Personen aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind diejenigen mit niedriger Schul-/Berufsausbildung dagegen mit 8 % eine kleine Minderheit. Fasst man die Angaben der Befragten zu ihren schulischen und beruflichen Abschlüssen zusammen, haben danach fast zwei Drittel ein hohes Ausbildungsniveau. Nach diesen Ergebnissen haben die **Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe mit Abstand die besten Bildungsvoraussetzungen, um sich an einem Arbeitsmarkt für besser Qualifizierte positionieren zu können.**

Diese Unterschiede im Bildungsniveau zwischen den Befragtengruppen können bei einer altersspezifischen Betrachtung leider wegen zu geringer Fallzahlen nicht berücksichtigt werden. Anhand der in Grafik 5.2.6 veranschaulichten Ergebnisse scheint sich insgesamt – sowohl bei einheimischen Deutschen als auch bei Migrantinnen und Migranten – eine besorgniserregende Entwicklung abzuzeichnen. **Der Anteil an Personen mit einem niedrigen Schul- und Berufsausbildungsniveau ist in der jüngsten Altersgruppe, also bei den unter 27-Jährigen, am höchsten: bei den einheimischen Deutschen sind dies 17 %, bei den Befragten mit Migrationshintergrund ist der Anteil allerdings mit 33 % fast doppelt so hoch** (vgl. auch Tabelle 5.2.4). Der Anteil der hoch gebildeten Migranten und Migrantinnen liegt in der Altersgruppe der unter 27-Jährigen bei 38 %, bei den 45- bis 79-Jährigen dagegen bei 45 %.

Grafik 5.2.6: Schul- und Berufsausbildung von einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen nach Altersgruppen

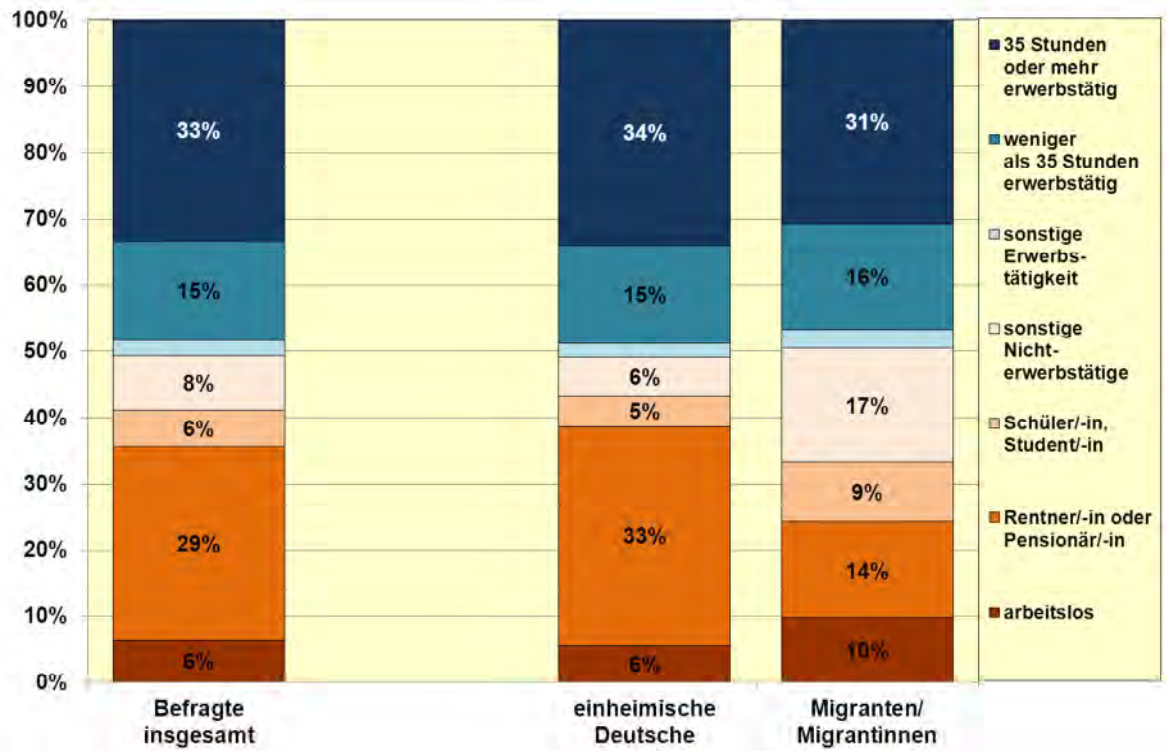


5.2.2 Erwerbstätigkeit und Einkommenssituation

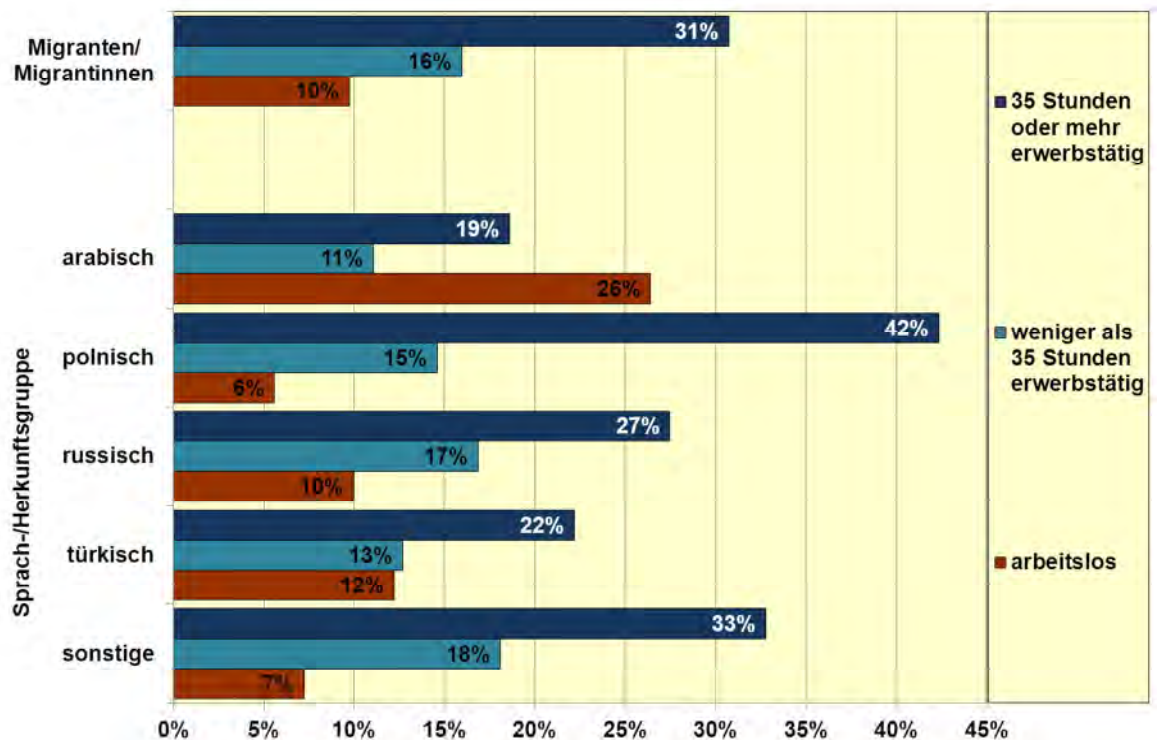
Die festgestellten Unterschiede im Bildungsniveau wirken sich vordergründig nicht unmittelbar auf den Grad der Erwerbstätigkeit aus. **Jeweils etwa die Hälfte der Befragten einheimischen Deutschen und Migranten/-innen gibt an, erwerbstätig zu sein** (vgl. auch Tabelle 5.2.5). Wie die Grafik 5.2.7 auf der nächsten Seite veranschaulicht, dass in beiden Befragtengruppen nur etwa ein Drittel der Personen Vollzeit erwerbstätig ist, also mehr als 35 Stunden in der Woche arbeitet.

Betrachtet man die Gründe, warum die Befragten keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, so zeigen sich dennoch Unterschiede. Zum Teil sind diese auf die Altersstruktur der Befragten zurückzuführen: z.B. geben einerseits mit 33 % deutlich mehr einheimische Deutsche als Migranten/-innen (14 %) an, Rentner/-in oder Pensionär/-in zu sein; andererseits ist der Anteil der Schüler/-innen und Studierenden bei den Befragten mit Migrationshintergrund 9 % höher als bei den einheimischen Deutschen (5 %). Eher als ein Effekt ethnischer oder kultureller Unterschiede

Grafik 5.2.7: Erwerbstätigkeit von einheimischen Deutschen und Migranten/ Migrantinnen



Grafik 5.2.8: Umfang der Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Migranten/ Migrantinnen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



kann der mit 17 % fast drei Mal so hohe Anteil an sonstigen Nichterwerbstätigen, in der Mehrzahl Hausfrauen, unter den Migranten/-innen gewertet werden. Aus Tabelle 5.2.6 ist z.B. in diesem Zusammenhang zu entnehmen, dass 22 % der Migrantinnen, aber nur 6 % der einheimischen deutschen Frauen angeben, nichterwerbstätige Hausfrau zu sein.

Ob der Grad der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit auch oder vor allem auf unterschiedliche Bildungsvoraussetzungen zurückzuführen ist, kann nicht eindeutig geklärt werden. **6 % der einheimischen Deutschen, aber 10 % der Migranten und Migrantinnen geben an, arbeitslos zu sein.** Wie aus Grafik 5.2.8 zu entnehmen ist, sind vor allem die **Befragten aus der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe mit 26 % weit überdurchschnittlich oft arbeitslos.** In dieser Migrantengruppe lag auch der Anteil der Personen mit niedrigem Schul-/Berufsausbildungsniveau weit über dem Durchschnitt (siehe Grafik 5.2.5). Noch deutlich schlechtere Ausgangsvoraussetzungen für den Zugang zum Arbeitsmarkt ergaben sich mit Blick auf das Bildungsniveau aber für die Befragten mit türkischem Migrationshintergrund. In dieser Gruppe sind aber nur 12 % arbeitslos. Möglicherweise eröffnen sich für diese Gruppe - durch die inzwischen aufgebaute Infrastruktur für ethnische Ökonomie - Beschäftigungsmöglichkeiten, die Qualifikationen jenseits der formalen Bildungsabschlüsse in den Mittelpunkt stellen.

Auffällig ist darüber hinaus, dass **für die Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe das erworbene vergleichsweise hohe Bildungsniveau keine entscheidende Verbesserung der Zugangschancen zum Arbeitsmarkt** bedeutet.¹ Auch in dieser Migrantengruppe liegt der Anteil der Arbeitslosen bei 10 %, nur etwa ein Viertel dieser Befragten ist Vollzeit beschäftigt.

Eindeutig am besten in den Arbeitsmarkt integriert sind Befragte mit einer polnischen Migrationsgeschichte; nur 6 % sind arbeitslos, weit überdurchschnittliche 42 % gehen einer Erwerbstätigkeit mit 35 Stunden oder mehr in der Woche nach.

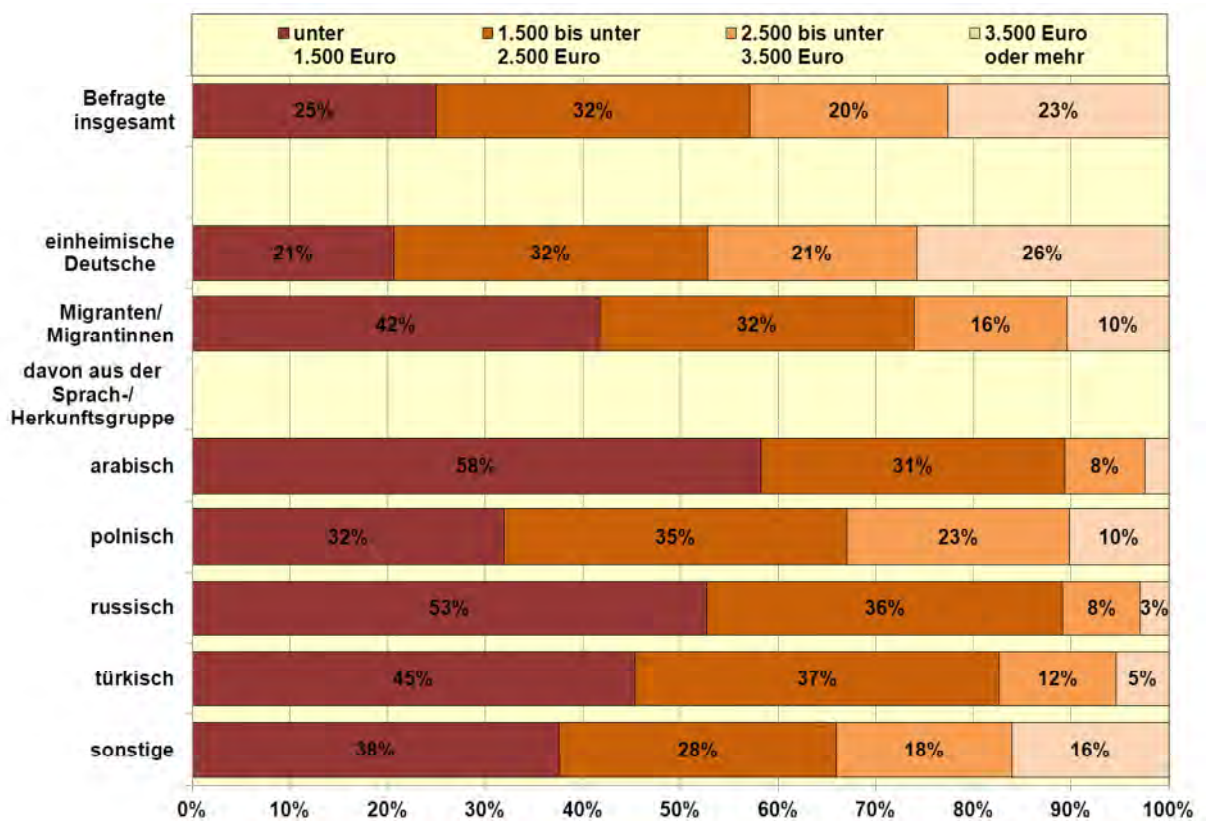
Der Zugang zum Arbeitsmarkt auf der einen Seite und der Grad der Erwerbstätigkeit auf der anderen Seite sind bestimmende Faktoren für die ökonomische Situation und damit für die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten. Die Einkommenssituation einer Familie bestimmt z.B. die Wohnverhältnisse, die Teilnahmemöglichkeiten an Freizeitaktivitäten, den Zugang zu bestimmten Bildungsangeboten, eröffnet oder verschließt wirtschaftliche Weiterentwicklung etc.

¹ Ein im Ausland erworbener hoher Bildungsabschluss, bzw. eine abgeschlossene Berufsausbildung wird in Deutschland zumeist nicht anerkannt, sodass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt leider nicht besser sind. Mit Einführung des Berufsqualifizierungsfeststellungsgesetzes (4/2012) soll dem entgegengewirkt werden.

Sie beeinflusst also die gesamte Lebenssituation – auch den sozialen Kontext – und ist damit mittelbar auch ein wichtiger Integrationsindikator.

Im Rahmen der Umfrage „Zusammen leben in Essen“ wurde entsprechend die Einkommenssituation erfasst und zwar wurde nach dem durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommen des Haushaltes gefragt.¹ 21 % der einheimischen Deutschen und 25 % der Migranten/-innen haben zu dieser Frage keine Angaben gemacht (vgl. Tabelle 5.2.7).² Weit überdurchschnittlich häufig (33 %) haben Befragte mit türkischem Migrationshintergrund keine Angaben zu ihrer Einkommenssituation gemacht. In Grafik 5.2.9 sind nur die Angaben der Befragten dargestellt, die die Frage nach dem Einkommen beantwortet haben.

Grafik 5.2.9: Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Es kristallisieren sich deutliche Unterschiede in der Einkommenssituation der Haushalte von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen heraus, die sich insbesondere in der hier ausgewie-

¹ Siehe Fragebogen und Listensatz im Anhang. Auf der den Befragten vorzulegenden Liste 19 wurden alle zu diesem Einkommen zuzurechnenden Einkommensarten explizit aufgeführt.

² Das Ausmaß der Antwortverweigerung bei der Einkommensfrage ist damit bei dieser Umfrage außergewöhnlich hoch. Z.B. haben bei der großen Elternumfrage 2007 nur 4 % der Befragten sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund keine Angaben zu ihrem Einkommen gemacht.

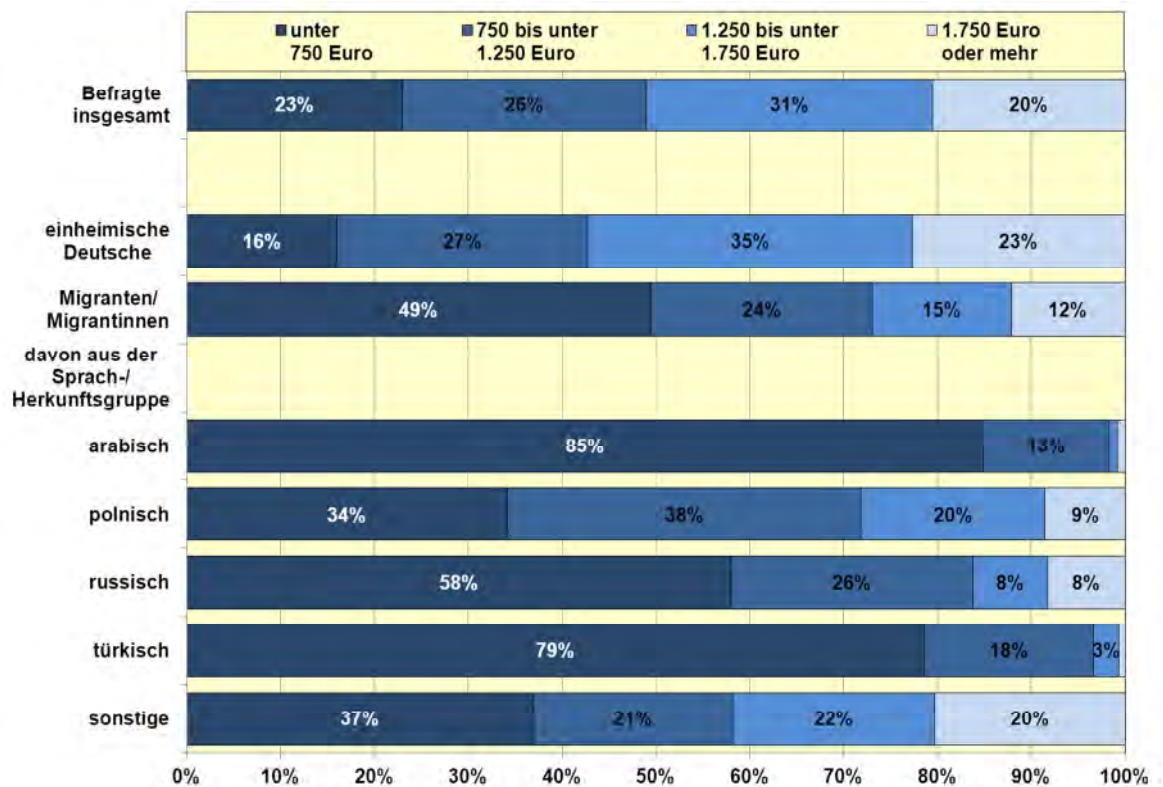
senen unteren und oberen Einkommensklasse festmachen lassen: **42 % der Befragten mit Migrationshintergrund leben in Haushalten mit einem Nettoeinkommen von unter 1.500 Euro, bei den einheimischen Deutschen ist der entsprechende Anteil mit 21 % nur halb so hoch; jedem vierten Haushalt von Befragten einheimischen Deutschen, aber nur jedem zehnten Haushalt von Migranten/-innen steht dagegen ein Budget von 3.500 Euro oder mehr monatlich netto zur Verfügung.**

Bei Befragten aus der arabischen und russischen Sprach-/Herkunftsgruppe liegt das Haushaltsnettoeinkommen bei mehr als 50 % unter 1.500 Euro im Monat; insgesamt fast 90 % der Befragten dieser beiden Gruppen leben in Haushalten mit einem Budget von weniger als 2.500 Euro. Im Vergleich dazu ist das Einkommensniveau der Haushalte von Befragten mit einer polnischen Wanderungsgeschichte höher: knapp ein Drittel muss mit weniger als 1.500 Euro auskommen, rund ein weiteres Drittel kann über 1.500 bis unter 2.500 Euro verfügen.

Bei der Bewertung der Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen ist natürlich zu berücksichtigen, wie viele Personen von diesem Betrag ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen. So liegt z.B. die durchschnittliche Haushaltsgröße von Befragten in Haushalten mit einem Einkommen von unter 1.500 Euro bei den einheimischen Deutschen bei 1,9 Personen, bei den Migranten/-innen aber insgesamt bei 2,9 Personen und in der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe sogar bei 4,6 Personen. Für eine realistische Beurteilung der ökonomischen Situation ist es also erforderlich, auch die Haushaltsgröße zu berücksichtigen, da entsprechend höhere Kosten für Wohnraum, Lebensmittel, Kleidung etc. anfallen. Diese Kosten steigen allerdings nicht exponentiell mit jeder weiteren Person im Haushalt. Um die Einkommenssituation von unterschiedlichen Haushaltstypen zu vergleichen, wurde deshalb von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Skala zur Berechnung des sogenannten Äquivalenzeinkommens entwickelt. Das **Äquivalenzeinkommen beschreibt einen pro Kopf verfügbaren Geldbetrag**, wobei neben dem Haushaltseinkommen die Anzahl und das Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt werden.¹

¹ Nach der hier verwendeten OECD-Skala erhält der Haupteinkommensbezieher des Haushalts das Gewicht 1,0, weitere Personen des Haushalts, die älter als 14 Jahre sind, den Gewichtungsfaktor 0,7 und Kinder bis zu 14 Jahren den Faktor 0,5. Als Basis für Gewichtung wurde die jeweilige Mitte der abgefragten Einkommensklassen verwendet. Bei einem Haushaltsnettoeinkommen in der Klasse von 1.000 bis 1.500 Euro (Mitte = 1.250 Euro) bedeutet dies z.B. bei einem Paarhaushalt mit 1 Kind unter 3 Jahren wird geteilt durch $1 + 0,7 + 0,5 = 2,2$, d.h. es ergibt sich ein Äquivalenzeinkommen von 568 Euro; in einem Haushalt einer Alleinerziehenden mit gleich hohem Haushaltseinkommen würden entsprechend 1.250 Euro geteilt durch $1 + 0,5 = 1,5$, d.h. das Äquivalenzeinkommen liegt mit 833 Euro deutlich höher.

Grafik 5.2.10: Durchschnittliches Äquivalenzeinkommen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Anhand des Äquivalenzeinkommens werden die Unterschiede in der ökonomischen Situation zwischen einheimischen Deutschen und Befragten mit Migrationshintergrund insgesamt, aber auch zwischen den einzelnen Sprach-/Herkunftsgruppen noch deutlicher: Fast die Hälfte der Befragten mit Migrationshintergrund, aber nur 16 % der einheimischen Deutschen sind in der hier gebildeten untersten Einkommensklasse zu finden (siehe Tabelle 5.2.8). **Im Durchschnitt liegt das hier berechnete Äquivalenzeinkommen bei einheimischen Deutschen bei etwa 1.350 Euro, bei Migranten/-innen aber bei nur rund 950 Euro.**

Auch in diesem Zusammenhang erweisen sich die **Ergebnisse für die arabische und türkische Sprach-/Herkunftsgruppe** als vergleichbar (schlecht). Hier sind es sogar **deutlich mehr als drei Viertel der Personen, die im Vergleich über sehr niedrige Einkommen pro Kopf verfügen.** Im Durchschnitt sind es etwa 520 Euro bzw. 620 Euro.

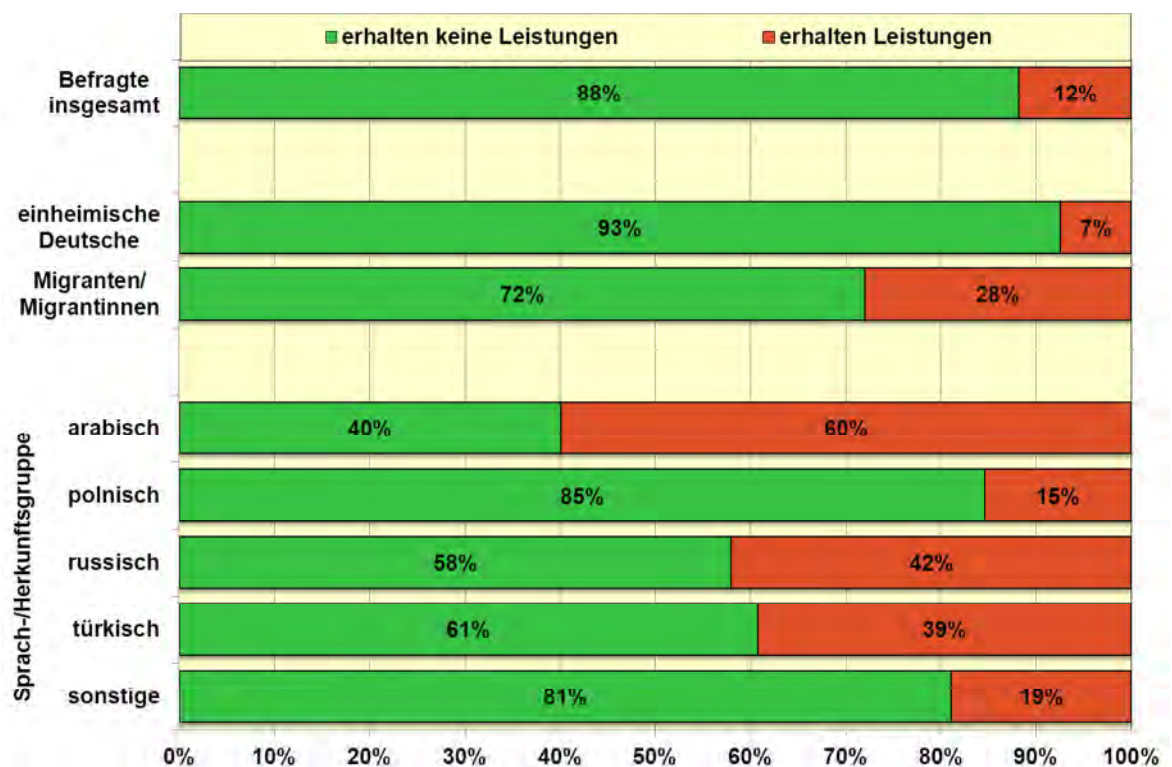
Aufgrund der geringeren Haushaltsgröße stellt sich die ökonomische Situation der Befragten der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe anhand des Äquivalenzeinkommens etwas positiver dar als dies mit Blick auf das Haushaltsnettoeinkommen den Anschein hatte. Dennoch ist auch für die Migrantengruppe zu konstatieren, dass mehr als die Hälfte der Befragten in die untersten Ein-

kommenskategorie einzuordnen ist; der Durchschnittswert liegt mit rund 850 Euro jedoch deutlich über denjenigen der arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe.

Sowohl für die Befragten mit polnischem als auch für die mit sonstigem Migrationshintergrund ergibt sich keine so starke Ungleichverteilung zwischen den einzelnen hier gebildeten Klassen für das Äquivalenzeinkommen. Auf der einen Seite ist zwar mit einem Durchschnittswert über 1.000 bzw. 1.100 Euro und rund jeder dritten Person in der untersten Einkommensklasse auch hier ein im Vergleich zu einheimischen Deutschen geringeres Einkommensniveau gegeben. Auf der anderen Seite ist die ökonomische Situation insgesamt deutlich besser als die der anderen Migrantengruppen.

Dass deutliche Disparitäten hinsichtlich der Einkommenssituation von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen bestehen, die Gesamtaussage über die Befragten mit Migrationshintergrund allerdings sehr große Unterschiede zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen verdeckt, zeigt sich auch noch einmal nachdrücklich am Beispiel der Ergebnisse zum Bezug von Transferleistungen, d.h. hier von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, XII oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Grafik 5.2.11: Bezug von Transferleistungen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



7 % der einheimischen Deutschen, aber mit 28 % ein vier Mal so hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund beziehen nach eigenen Angaben¹ Transferleistungen (vgl. auch Tabelle 5.2.9). Der Bezug von Transferleistungen schränkt die Möglichkeiten zur Teilhabe auf ein Minimum ein.

Die Tatsache, dass **mit 60 % die Mehrheit der Befragten mit arabischem Migrationshintergrund** Transferleistungen beziehen, untermauert noch einmal die besonders prekäre Situation dieser Migrantengruppe. Zusammen mit den Ergebnissen zum Bildungsniveau – weit überdurchschnittlicher Anteil an Personen mit niedriger Schul-/Berufsausbildung – und zur Erwerbssituation – weit überdurchschnittlicher Anteil an Arbeitslosen – verfestigt sich hiermit das Bild einer Migrantengruppe, die besonders ungünstige Bedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit vergleichsweise schlechte Integrationsvoraussetzungen hat.

Auch **rund 40 % der Befragten aus der russischen oder türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe beziehen Leistungen nach SGB II oder XII bzw. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**. Zumindest für die Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe ergibt sich aber keine so eindeutige Argumentationskette, da diese Befragten zumindest aufgrund ihres Bildungsniveaus eher gute Voraussetzungen mitbringen. Der schlechte Zugang zum Arbeitsmarkt ist hier eher die Barriere.

Befragte mit polnischem (15 %) oder sonstigem (19 %) Migrationshintergrund sind zwar auch häufiger als einheimische Deutsche zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes **abhängig von staatlichen Transferleistungen, aber der ökonomische Dispositionsspielraum** und damit insgesamt die Partizipationsmöglichkeiten sind **im Vergleich zu den anderen Migrantengruppen für die breite Mehrheit deutlich höher**.

¹ Insgesamt haben nur wenige Befragte die Angabe zu dieser hoch sensiblen Frage verweigert: 1 % der einheimischen Deutschen und 3 % der Migranten/-innen. Allerdings lag auch hier die Verweigerungsrate bei Befragten der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe mit 9 % weit über dem Durchschnitt.

5.3 Lebenseinstellungen und Religion

Das Verhalten von Menschen unterschiedlicher Herkunft wird wesentlich geprägt durch Wertvorstellungen, die durch Sozialisationsprozesse erworben sind. Wenn sich in wichtigen Lebensbereichen die Grundwerte bzw. Einstellungen nur wenig unterscheiden, dann ist davon auszugehen, dass im Zusammenleben wenige Probleme auftreten. Wenn Grundwerte nur schwer vereinbar sind oder für gleichermaßen als wichtig eingeschätzte Lebensbereiche (z.B. Bildung) nicht für alle ein gleicher Zugang zu den Chancen besteht, dann wächst die Unzufriedenheit.

Vor dem Hintergrund, dass Informationen zu den spezifischen Lebenslagen, Problemen, Einstellungen und zur realen Situation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Essen nur lückenhaft vorliegen, wurde in einem einführenden Fragenblock nach der Wichtigkeit bzw. Bedeutung gefragt, die zentrale Lebensbereiche wie Familie, Bildung, Beruf, Religion oder Nachbarschaft im Leben von Migranten/Migrantinnen und einheimischen Deutschen haben und wie zufrieden beide Gruppen mit diesen zentralen Lebensbereichen sind.

Dem Thema Religion wurde zudem noch ein gesonderter Fragenblock gewidmet. Dies zum einen aus dem Grund, dass die Religionsfreiheit in Deutschland ein hohes Gut ist, das im Grundgesetz (Artikel 4) allen Bürgern als Grundrecht zugesichert wird. Zum anderen zeigen jedoch die zum Teil heftig geführten Debatten um z.B. den Bau von Moscheen, den islamischen Religionsunterricht an Schulen oder den Satz des Bundespräsidenten Wulf „Der Islam gehört zu Deutschland“, dass gerade das Thema Religion bzw. Religionsausübung von zentraler Bedeutung ist.

5.3.1 Wichtigkeit und Zufriedenheit von Lebensbereichen

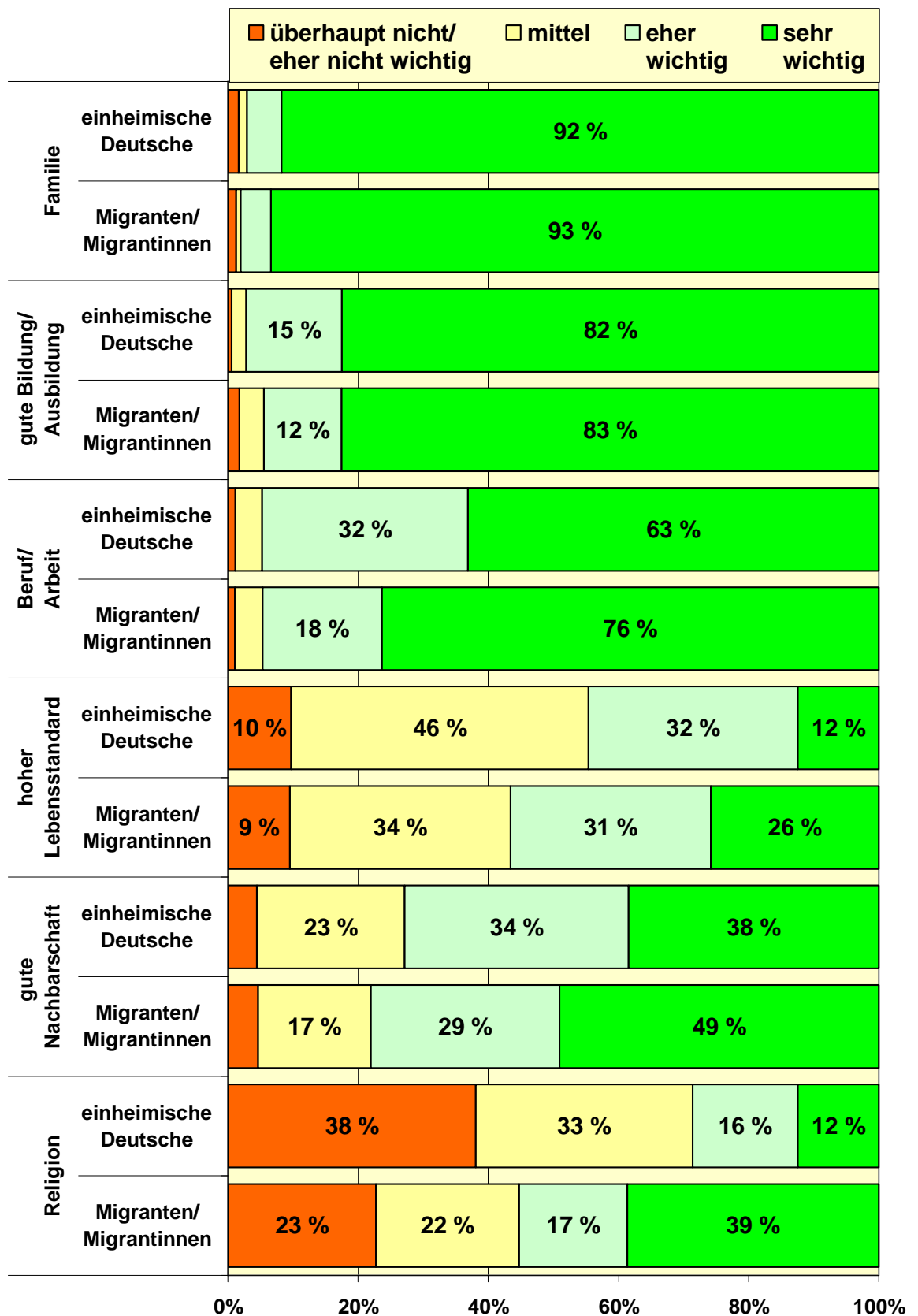
Die Bereiche Familie, Bildung/Ausbildung und Beruf/Arbeit werden sowohl von den einheimischen Deutschen als auch von den befragten Migranten/-innen in ihrer Bedeutung sehr hoch eingeschätzt: jeweils deutlich mehr als 90 % der Befragten stufen diese Dinge als eher oder sehr wichtig und damit als zentrale Lebensbereiche ein (vgl. Tabellen 5.3.1 bis 5.3.6 und Grafik 5.3.1 auf der nächsten Seite). Die differenzierte Betrachtung zeigt jedoch auch noch Abstufungen. Die Familie rangiert bei den Befragten – unabhängig von Alter und Bildung – an erster Stelle: 92 % der einheimischen Deutschen und 93 % der Migranten/-innen vergeben auf der Skala der Wichtigkeit von 1 bis 5 den Wert 5 also sehr wichtig. Der Durchschnittswert ist fast mit diesem Höchstwert identisch (4,9). Bildung bzw. Ausbildung ist jeweils für knapp über 80 % sehr wichtig. Bei der Einstufung der Wichtigkeit von Beruf bzw. Arbeit unterscheiden sich die Bewertungen: von den deutschen Befragten vergeben nur 63 % den höchsten Skalenwert, bei den Migranten/Migrantinnen aber 76 %.

Mit den für sie so wichtigen Lebensbereichen ist die breite Masse der Befragten zufrieden. (vgl. Grafik 5.3.2 und Tabellen 5.3.7 bis 5.3.12). **Mit ihrer Familiensituation sind 89 % der befragten einheimischen Deutschen und rund 86 % der Migranten/-innen eher bzw. sehr zufrieden.** Knapp zwei Drittel der Befragten wählen auf der Zufriedenheitsskala sogar den Wert 5, sind also sehr zufrieden. Deutlichere Unterschiede ergeben sich bei der Zufriedenheit mit der eigenen Bildung/Ausbildung und dem eigenen Beruf bzw. der eigenen Arbeit. Während nahezu **80 % der einheimischen Deutschen ihre Bildungs-/Ausbildungssituation und ihren Beruf/ ihre Arbeit als eher oder sehr zufriedenstellend empfinden, liegt dieser Anteil bei den befragten Migranten/-innen jeweils nur bei 66 %. 15 % bzw. 13 % der Migranten und Migrantinnen geben sogar an, dass sie in dem insgesamt als so wichtig eingeschätzten Lebensbereichen eher nicht mit ihrer derzeitigen Situation zufrieden sind.** Als Durchschnittswerte ergeben sich jeweils 3,8 bei den Befragten mit Migrationshintergrund und 4,2 bzw. 4,1 bei einheimischen Deutschen. Hier spiegeln sich offensichtlich die realen Verhältnisse wieder, da Migranten/-innen zu größeren Anteilen weniger gut gebildet sind und insofern auch einen niedrigeren Berufsstatus haben dürften als einheimische Deutsche. Zumindest mit Blick auf die Ausbildungssituation lässt sich dies auch bestätigen. **Von den Migranten/-innen mit einer niedrigen Bildung sind entsprechend mit ihrer Situation 38 % nicht zufrieden.** Die durchschnittliche Zufriedenheit ist mit 2,9 gering.

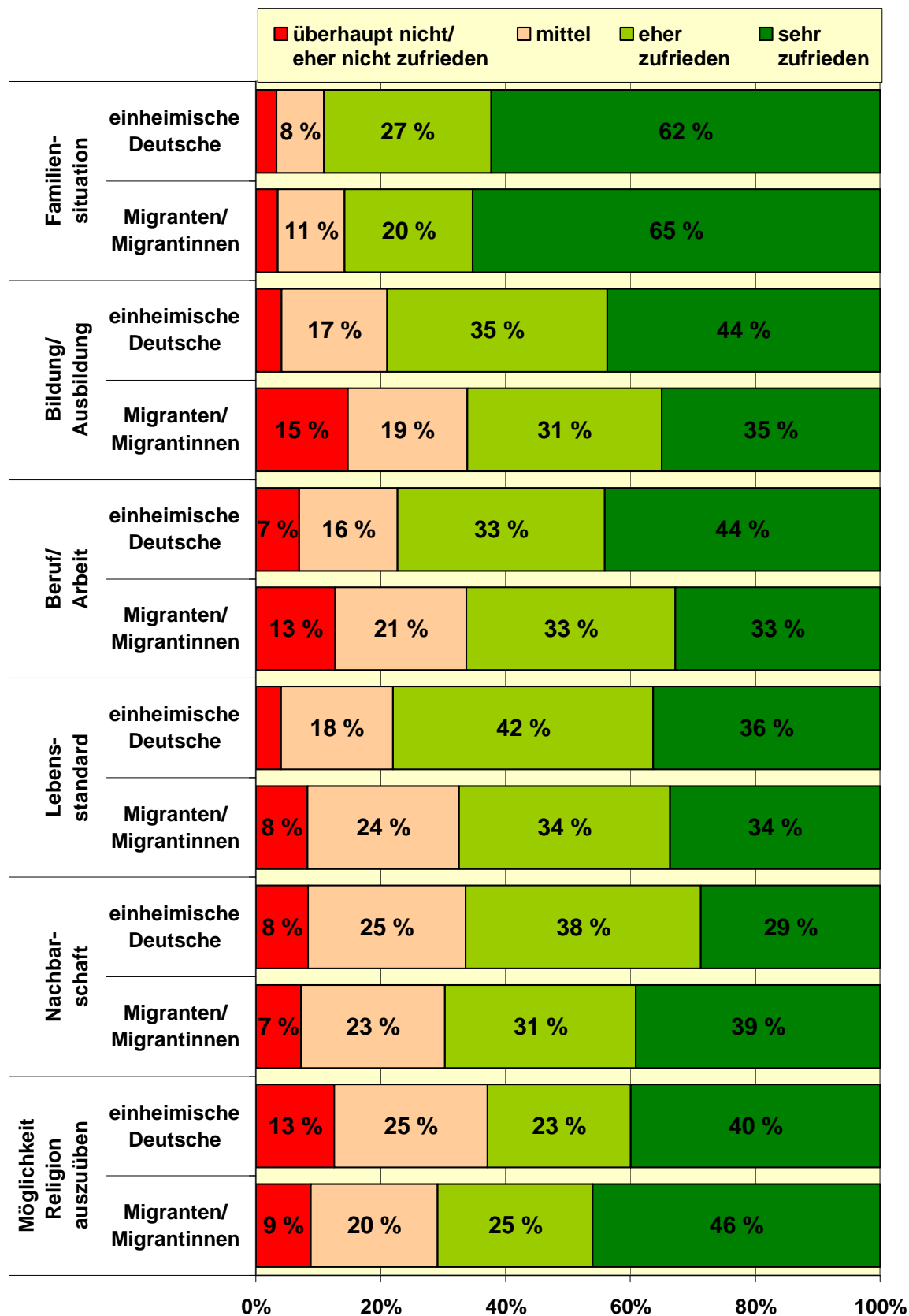
Ausbildung und Beruf bzw. Arbeit beeinflussen unter anderem die Möglichkeit, sich einen **hohen Lebensstandard** zu ermöglichen. **Für mehr als die Hälfte der Migranten/-innen (57 %) ist dies wichtig,** für rund ein Viertel (26 %) sogar sehr wichtig. Hier liegen die vergleichbaren Anteile bei den einheimischen Deutschen mit 44 % bzw. 12 % deutlich darunter.¹ **Hingegen ist die Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard bei beiden Gruppen ausgesprochen hoch:** mehr als drei Viertel (78 %) der befragten einheimischen Deutschen und mehr als zwei Drittel (68 %) der Befragten mit Migrationshintergrund sind mit ihrem Lebensstandard zufrieden, etwas mehr als ein Drittel beider Gruppen sogar sehr zufrieden. Betrachtet man nicht die Befragtengruppe insgesamt, sondern nur diejenigen, für die ein hoher Lebensstandard eher oder sogar sehr wichtig ist, so sind die Unterschiede noch deutlicher: sogar 85 % der einheimischen Deutschen, für

¹ In diesem Zusammenhang ist aber sicherlich zu berücksichtigen, dass der Begriff „hoher Lebensstandard“ relativ ist. D.h. einheimische Deutsche und Migranten/-innen werden vermutlich hier nicht die gleichen Maßstäbe anlegen.

Grafik 5.3.1: Wichtigkeit persönlicher Lebensbereiche bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen



Graphik 5.3.2: Zufriedenheit mit persönlichen Lebensbereichen bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen



die ein hoher Lebensstandard wichtig ist, sind mit ihrem Lebensstandard zufrieden, während der vergleichbare Anteil bei den Migranten auch hier unter 70 % liegt (siehe Tabelle 5.3.13). Bei etwa jeder zehnten Person mit Migrationshintergrund gibt es eine große Diskrepanz zwischen der Wichtigkeit (hoch) und Zufriedenheitseinstufung (niedrig).

Das Wohnumfeld bzw. eine gute Nachbarschaft ist für die Befragten ebenfalls als Lebensbereich sehr wichtig. **Die Migranten/-innen messen einer guten Nachbarschaft eine etwas größere Bedeutung bei als die befragten einheimischen Deutschen.** Sie wählen vor allem deutlich häufiger (49 % im Vergleich zu 38 %) den Wert 5 auf der Wichtigkeitsskala, für fast die Hälfte ist also eine gute Nachbarschaft sehr wichtig. **Mehr als zwei Drittel der Befragten sind zufrieden mit ihrer Nachbarschaft.** Im Durchschnitt liegt der Zufriedenheitswert mit 4,0 bei den Migranten/-innen sogar noch über dem der einheimischen Deutschen mit 3,8. Da die Nachbarschaft vor allem durch ein Miteinander der Menschen in einem Wohngebiet geprägt wird, ist dies mit Blick auf die Integrationsdebatte ein sehr positives Ergebnis.

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Wichtigkeit und Zufriedenheit mit der Religion bzw. der Religionsausübung. **Von den Migranten/-innen misst mit 55 % ein fast doppelt so hoher Anteil der Religion eine wichtige Rolle im eigenen Leben zu, wie dies bei einheimischen Deutschen der Fall ist (29 %).** Dabei ist gerade der höchste Skalenwert 5 (sehr wichtig) nur von 12 % der einheimischen Deutschen, aber von 39 % der Befragten mit Migrationshintergrund gewählt worden. Insgesamt ist bei den einheimischen Deutschen die Gruppe derer, für die dieser Lebensbereich nicht so wichtig oder überhaupt nicht wichtig ist (38 %), größer als die Gruppe, die hier für sich eine eher oder sehr hohe Wichtigkeit verortet. Ohne Berücksichtigung dieser Einstufung der Wichtigkeit ergibt sich **für beide Befragtengruppen eine deutliche Mehrheit, die mit der Möglichkeit der Ausübung ihrer Religion zufrieden ist: einheimische Deutsche 63 %, Migranten/-innen 71 %.** 40 % der einheimischen Deutschen und 46 % der Befragten mit Migrationshintergrund wählen sogar den Höchstwert auf der Zufriedenheitsskala, sind also sogar sehr zufrieden. Bezieht man neben der Einstufung der Zufriedenheit auch die der Wichtigkeit in die Analyse ein, so könnte für den Lebensbereich Religion/Religionsausübung Konfliktpotential ausgemacht werden. Dies wäre gegeben, wenn eine große Gruppe von Personen, für die die Religion eine hohe Wichtigkeit hat, mit den Möglichkeiten der Ausübung ihrer Religion aber unzufrieden ist. Die Ergebnisse zeigen aber, dass dies in Essen nicht der Fall ist: nur eine sehr kleine Minderheit bei den einheimischen Deutschen (2 %) und auch bei den Migranten/-innen (4 %) weisen der Religion in ihrem Leben einen hohen Stellenwert zu, sind aber mit der Möglichkeit der Ausübung ihrer Religion eher unzufrieden.

Gerade bei dem Thema Religion ist aber zu vermuten, dass sich hier die Befragten aus den verschiedenen Sprach-/Herkunftsgruppen vor allem in der Einstufung der Wichtigkeit des Lebensbereiches unterscheiden. In der Grafik 5.3.3 sind für alle vorgegebenen Lebensbereiche die Anteile der Befragten dargestellt, die jeweils eine (sehr oder eher) hohe Wichtigkeit und Zufriedenheit geäußert haben.

Die Religion hat vor allem für die Befragten aus dem islamischen Raum einen hohen Stellenwert: 86 % der Befragten aus der arabischen und 81 % der Befragten aus der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe geben an, die Religion sei ihnen eher (16 % bzw. 9 %) bzw. sehr wichtig (70 % bzw. 72 %). Demgegenüber gibt nur ein Drittel der Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe an, Religion habe eine große Bedeutung für sie. In der Zufriedenheitsbewertung sind dagegen nicht so große Unterschiede auszumachen. Die Möglichkeit, die Religion frei ausüben zu können, wird jeweils zumindest von zwei Dritteln der Befragten unterschiedlicher Herkunft als zufriedenstellend beurteilt.

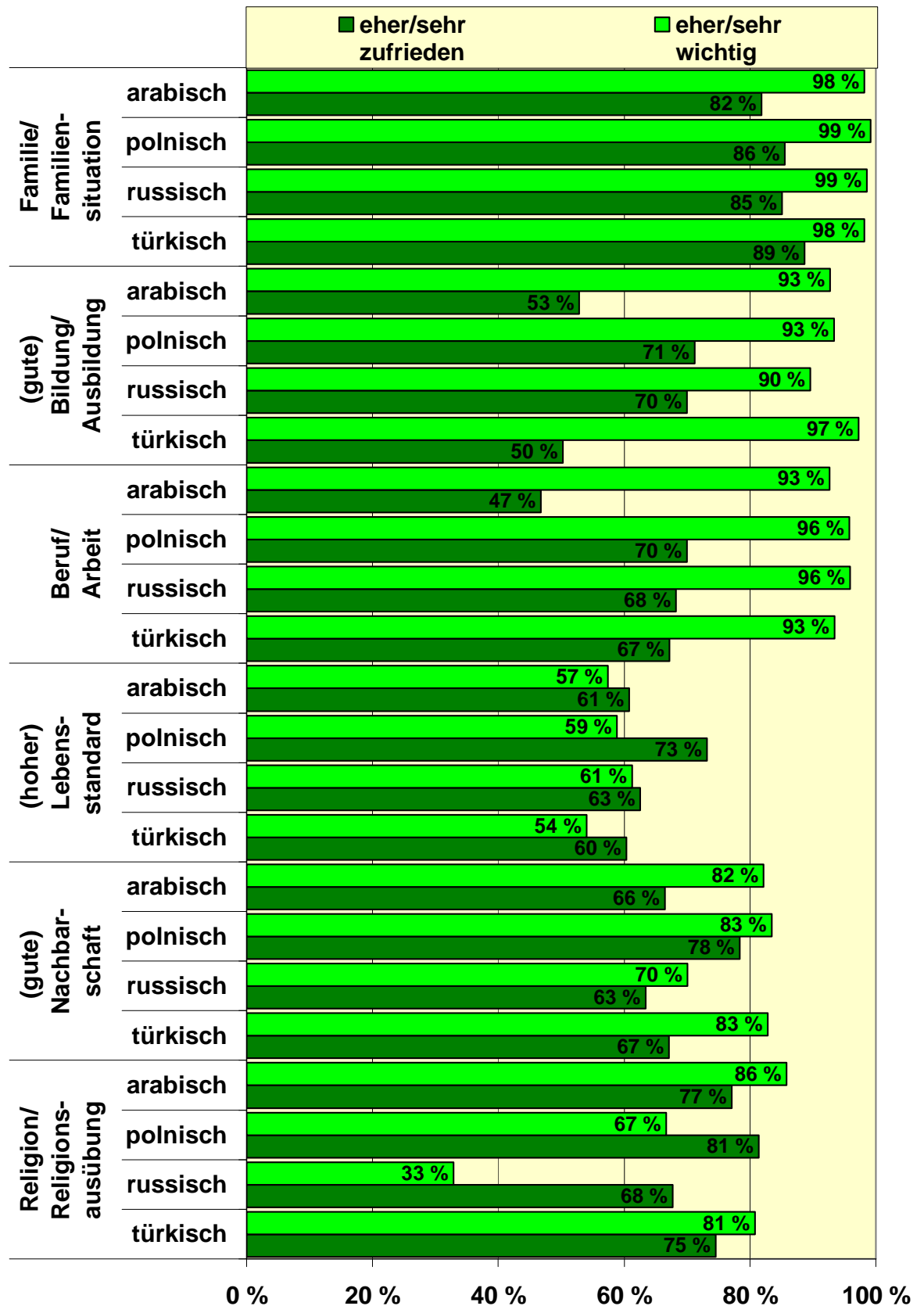
Auch die Nachbarschaft ist Befragten aus dem russischen Sprach-/Herkunftsraum (70 %) weniger wichtig als für andere Migranten/-innen (über 80 %). Jeweils mehr als 60 % sind mit dem Verhältnis zur Nachbarschaft aber zufrieden. Dies gilt vor allem für die Befragten mit polnischem Migrationshintergrund („eher/sehr zufrieden“: 78 %).

In keinem der anderen zur Beurteilung vorgelegten Lebensbereiche zeigen sich vergleichbare Unterschiede. Die allermeisten Befragten (jeweils rund 90 % oder mehr) aus den unterschiedlichen Sprach-/Herkunftsgruppen weisen Familie, Bildung/Ausbildung sowie Beruf und Arbeit eine hohe Wichtigkeit zu. Die persönliche Zufriedenheit mit diesen Dingen ist jedoch zum Teil – Ausnahme Familie – doch sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Nur etwa die Hälfte der Befragten aus der arabischen und der türkischen, aber 70 % der Befragten aus der polnischen oder russischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind mit ihrer Bildung/Ausbildung zufrieden. Alle stufen diesen Lebensbereich gleichermaßen (rund 90 %) als besonders wichtig ein. Dies bedeutet, die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit ist bei den Migranten/-innen mit arabischer oder türkischer Herkunft besonders groß.

Mit Blick auf den eigenen **Beruf bzw. die eigene Arbeit** sind nur die Befragten mit **arabischem Migrationshintergrund deutlich unzufriedener als alle anderen Migranten/-innen: weniger als die Hälfte gibt an, in diesem Bereich zufrieden zu sein (47 %).** Bei den türkischen, polnischen und russisch sprechenden Befragten sind es dagegen zumindest zwei Drittel.

Grafik 5.3.3: Zuweisung hoher Wichtigkeit von und Zufriedenheit mit persönlichen Lebensbereichen bei Migranten/-innen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Auch hier ist die Diskrepanz zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit bei den Befragten aus der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe am größten.

Ein hoher **Lebensstandard** wird von allen Befragten mit Migrationshintergrund mehrheitlich als wichtig eingestuft. Die Anteile liegen hier zwischen 54 % bei den Befragten mit türkischem Migrationshintergrund und 61 % bei den Befragten aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe. Im Gegensatz zu allen anderen abgefragten Lebensbereichen ist in Bezug auf den erreichten Lebensstandard **der Grad der Zufriedenheit jeweils größer als die Wichtigkeit, die den einzelnen Bereichen beigemessen wird**. Sie liegt mit 73 % bei der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe am höchsten.

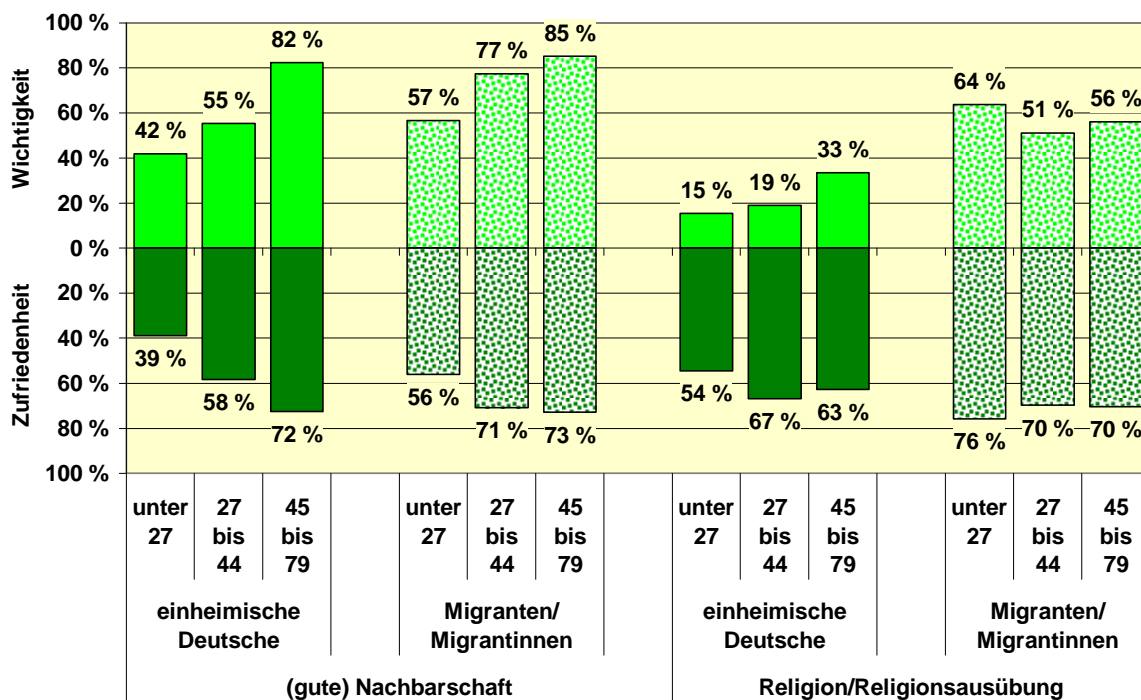
Eine Differenzierung der Ergebnisse nach dem Alter der Befragten zeigt, dass die **Familie für alle gleichermaßen höchst wichtig ist und unabhängig vom Alter hier höchste Zufriedenheit** gegeben ist. Die **Lebensbereiche Bildung/Ausbildung sowie Beruf/Arbeit werden ebenfalls von allen**, einheimischen Deutschen wie von Migranten/-innen, **fast ausnahmslos als besonders wichtig** angesehen. Insgesamt ist auch hier die Mehrheit zufrieden mit der jeweiligen persönlichen Situation. Auffallend ist aber, dass bei den einheimischen Deutschen die Jüngeren (unter 27 Jahre) geringere Zufriedenheitswerte haben, während dies bei den Migranten/-innen auf die 27- bis 44-Jährigen zutrifft, also Personen, die ihre beruflichen Chancen auf der Basis ihrer Ausbildung bereits ausgelotet haben.

Ein hoher Lebensstandard wird jeweils in der Tendenz von jüngeren Befragten stärker in seiner Bedeutung gewichtet als von älteren. Bei der Beantwortung dieser Frage ist sicherlich die Berücksichtigung der faktisch – aus der Sicht der Befragten – gegebenen Entwicklungs- bzw. Veränderungsmöglichkeiten mit entscheidend.

Größere Unterschiede in der Gewichtung der Wichtigkeiten in Abhängigkeit vom Alter sind für die Lebensbereiche Nachbarschaft und Religion zu beobachten. Die **Nachbarschaft** – wie Grafik 5.3.4 verdeutlicht – hat **für ältere Personen unabhängig vom Migrationshintergrund eine ungleich höhere Bedeutung als für jüngere**, der Grad der Zufriedenheit mit der derzeitigen Nachbarschaft ist aber auch deutlich höher. Beim Thema **Religion fallen die deutlichen Unterschiede zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen** ins Auge. **In allen Altersgruppen wird dieser Lebensbereich von deutlich weniger einheimischen Deutschen als Befragten mit Migrationshintergrund als wichtig eingestuft**. Die Bedeutungszuweisung weicht vor allem bei den unter 27-Jährigen ab: **nur 15 % der jungen einheimischen Deutschen, aber**

mit 64 % die deutliche Mehrheit der jungen Migranten/-innen stuft die Religion persönlich als wichtig oder sehr wichtig ein.

Grafik 5.3.4: Zuweisung hoher Wichtigkeit von und Zufriedenheit mit den Lebensbereichen Nachbarschaft und der Religion/Religionsausübung bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen nach Altersgruppen

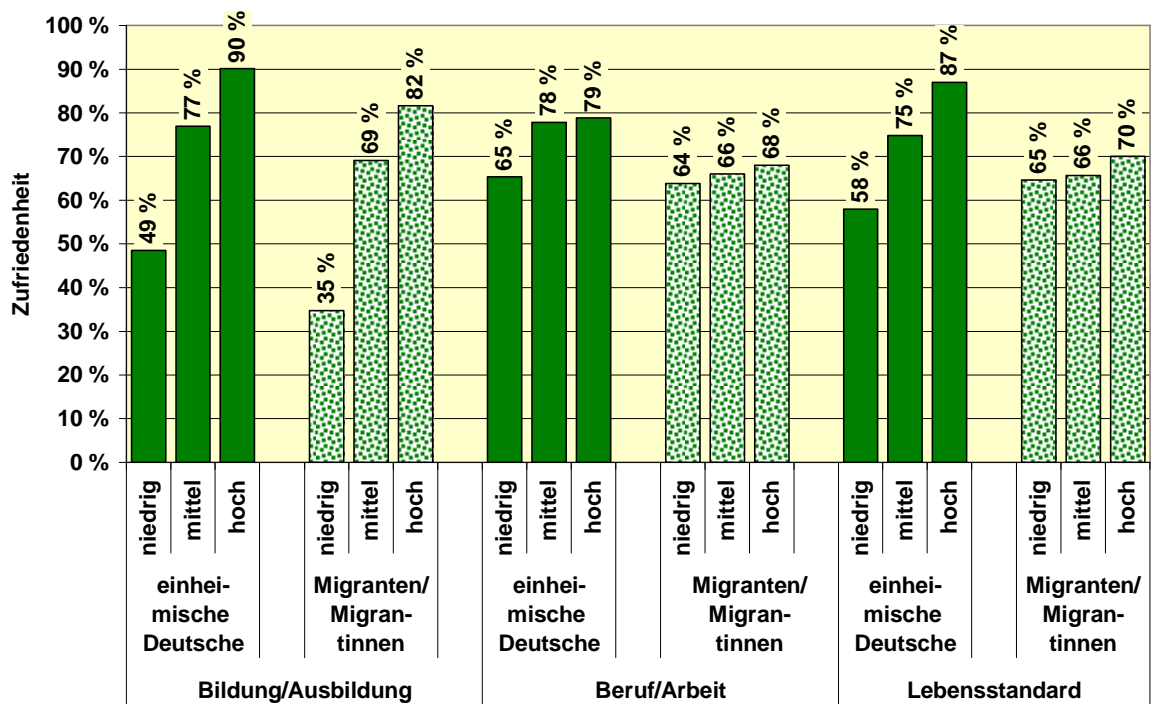


Bei den Befragten mit Migrationshintergrund wird der Lebensbereich Religion damit in der jüngsten Altersgruppe im Vergleich besonders häufig als wichtig eingestuft, bei den einheimischen Deutschen ist dies dagegen bei den Älteren (45 bis 79 Jahren) der Fall.

Beim Thema Religion zeigen sich in der Migrantengruppe auch deutliche Bildungseffekte. Fast drei Viertel der Befragten mit niedriger Schul-/Berufsausbildung (72 %), aber weniger als die Hälfte der Migranten/-innen mit einem hohen Bildungsstatus stufen die Religion für sich persönlich als wichtigen Lebensbereich ein.

Grafik 5.3.5 verdeutlicht darüber hinaus, dass die Zufriedenheit mit den Lebensbereichen Bildung/Ausbildung, Beruf/Arbeit und Lebensstandard, also mit den Bereichen, die unmittelbar mit den materiellen Lebensbedingungen zusammenhängen, mit dem erreichten Schul- bzw. Berufsausbildungsstatus ansteigt.

Grafik 5.3.5: Zufriedenheit mit Lebensbereichen Bildung/Ausbildung, Beruf/Arbeit und Lebensstandard bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen nach der Schul-/Berufsausbildung



Zum einen zeigt sich sehr deutlich, dass **sowohl einheimische Deutsche als auch Migranten/-innen ihre Bildungssituation realistisch einschätzen, denn die Zufriedenheit mit der eigenen Bildung/Ausbildung steigt mit dem erreichten Bildungsstatus deutlich**: bei den einheimischen Deutschen von 49 % bei denjenigen mit einem niedrigen Schul-/Berufsausbildungsstatus bis auf 90 % bei den Befragten mit hohen Schul-/Berufsausbildungsabschlüssen; bei den Befragten mit Migrationshintergrund steigt der vergleichbare Anteil von 35 % auf 82 %. Bei den Lebensbereichen Beruf/Arbeit und insbesondere dem Lebensstandard ist bei den einheimischen Deutschen ein relativ deutlicher Bildungseffekt zu beobachten, bei den Befragten mit Migrationshintergrund ergibt sich dagegen im Vergleich nur eine moderate Steigerung der Zufriedenheit mit einem höheren Ausbildungsniveau.

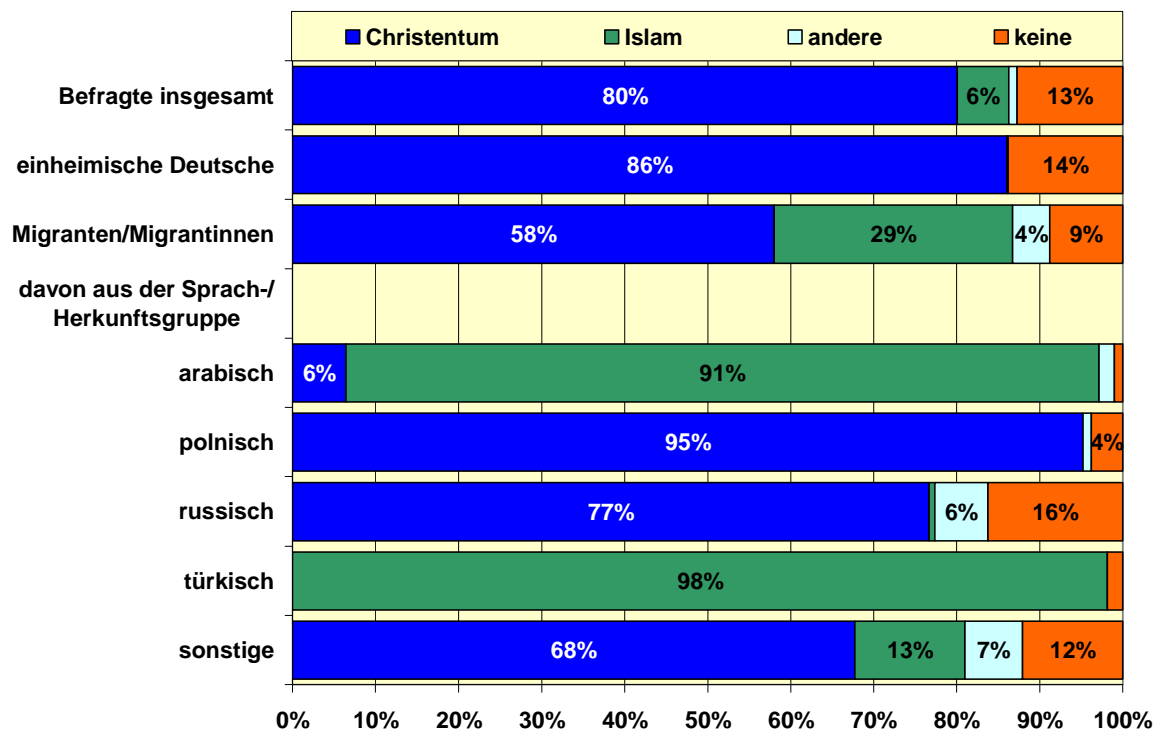
5.3.2 Religionszugehörigkeit und Religiosität

Bei der Migration, das heißt bei der Wanderung von einer Herkunfts- in eine Aufnahmegesellschaft, gehört die Religion zum kulturellen „Reisegepäck“. Die Aufnahmegesellschaft kann dabei die religiöse Zugehörigkeit der Migranten/-innen als Hindernis, als eine Chance für Integration oder sogar als eine Bereicherung der kulturellen Vielfalt betrachten.

In der Umfrage zum „Zusammen leben in Essen“ wurde deshalb nicht nur gefragt, welcher Religionsgemeinschaft die Befragten angehören und ob sie selbst religiös sind, sondern auch, wie sie bestimmte Aussagen zum Thema Religion bewerten. Es ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die Antwortbereitschaft der Befragten bei diesem Thema sehr hoch war (siehe Tabellen 5.3.14 bis 5.3.21)

Grafik 5.3.6 zeigt zunächst, dass **80 % der Befragten Christen** sind (vgl. Tabelle 5.3.14).¹ Die zweitgrößte Gruppe sind mit **13 % die Atheisten**, also Menschen ohne irgendeine Religionszugehörigkeit. **6 % sind Muslime** und das verbleibende Prozent sind Menschen, die anderen Religionsgemeinschaften, wie zum Beispiel dem Buddhismus, dem Hinduismus oder dem Judentum angehören.

Grafik 5.3.6: Zugehörigkeit zu einer Religion/Religionsgemeinschaft nach Sprach-/Herkunftsgruppen



¹ Damit ist der Anteil der Christen überrepräsentiert. In der Altersgruppe der 16- bis 79-Jährigen lag zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung (30.09.2009) der Anteil der Christen bei knapp 70 %.

Von den befragten einheimischen Deutschen definieren sich 86 % als Christen und 14 % ohne Religion.¹ Im Vergleich hierzu ist der Anteil der Befragten, die dem **Christentum** angehören, **bei den Migranten/-innen mit 58 %** wesentlich geringer. **29 % der Befragten mit Migrationshintergrund sind Muslime.** Aber auch unter den Befragten mit Migrationshintergrund ist ein erwähnenswerter **Anteil von rund einem Zehntel (9 %) ohne Religionszugehörigkeit.** Nur eine Minderheit von 4 % gehört einer der sonstigen Religionsgemeinschaften (z.B. Hinduismus, Buddhismus) an.

Eine Betrachtung der unterschiedlichen Sprach-/Herkunftsgruppen lässt erkennen, dass **der Islam bei den Befragten mit arabischem und türkischem Migrationshintergrund die absolut vorherrschende Glaubensgemeinschaft** ist: von den Befragten aus der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe gehören 91 % und von denjenigen aus der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe sogar 98 % dem Islam an. Im Gegensatz dazu sind **95 % der Migranten/-innen aus dem polnischen Sprach-/Herkunftsraum und rund drei Viertel (77 %) der Befragten mit russischem Migrationshintergrund Christen.** Mit 16 % ist der Anteil der Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, bei der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe am höchsten.

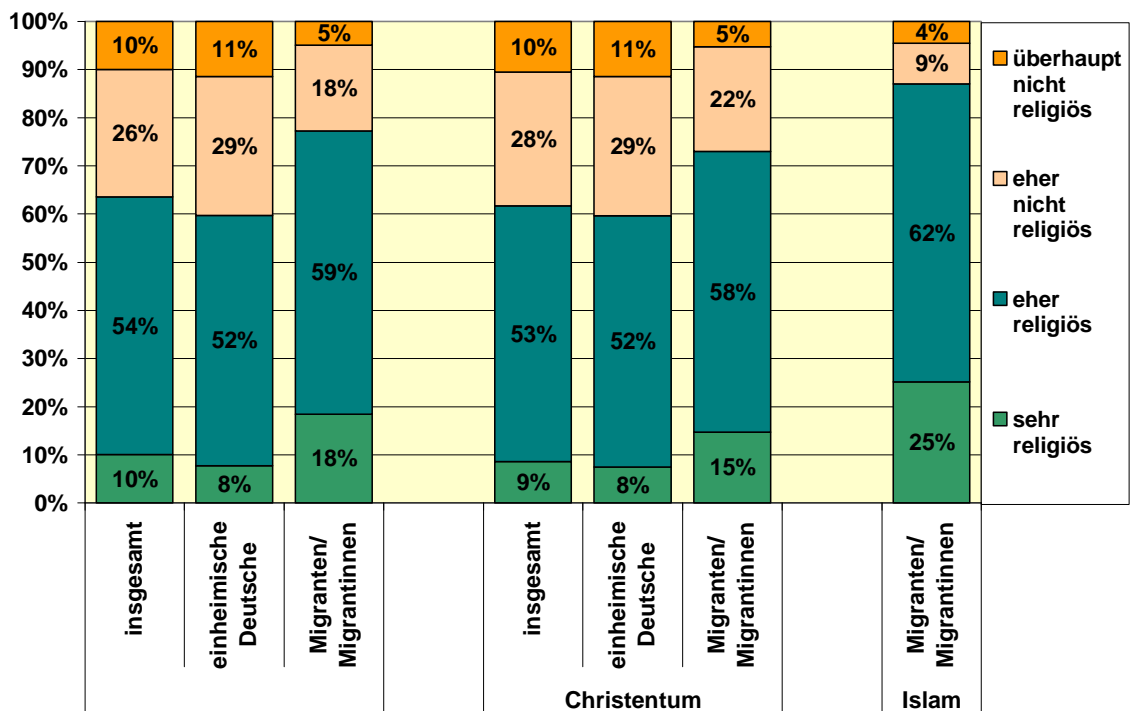
Die Zugehörigkeit zu einer Religion bzw. Religionsgemeinschaft impliziert nicht notwendig, dass nach den Glaubensgrundsätzen gelebt wird. Ob das Handeln und Denken durch die Wertvorstellungen der Religionsgemeinschaft normativ beeinflusst werden, kann eher durch den Grad der Religiosität gemessen werden.

Betrachtet man die Selbsteinstufung zur Religiosität zunächst unabhängig von der Religionsgemeinschaft, zu der die Befragten gehören, so fällt auf, dass sich knapp zwei Drittel der Befragten als religiös bezeichnen: **54 % als eher religiös und weitere 10 % als sehr religiös. Jede(r) Zehnte** gibt aber an, **überhaupt nicht religiös** zu sein (siehe auch Tabelle 5.3.15). **Bei den befragten Migranten und Migrantinnen ist insbesondere der Anteil von Menschen, die sich selbst als sehr religiös einstufen (18 %), deutlich höher als bei den einheimischen Deutschen (8 %).** Dies gilt auch, wenn man nur Menschen der gleichen Religionsgemeinschaft berücksichtigt, wie die Ergebnisse für das Christentum zeigen (vgl. auch Tabelle 5.3.16). **Der Grad**

¹ Insbesondere bei den einheimischen Deutschen scheint der Anteil der Christen deutlich überschätzt, der Anteil der Atheisten deutlich unterschätzt zu sein, denn zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung lag der Anteil der 16- bis 79-Jährigen ohne Religionsbekenntnis bei rund 30 %.

der Religiosität von Muslimen¹ (87 %) ist noch deutlich höher als von Christen mit Migrationshintergrund (73 %): 15 % der Migranten und Migrantinnen, die sich zum Christentum bekennen, bezeichnen sich als sehr religiös, während dies für 25 % derjenigen gilt, die dem Islam angehören.

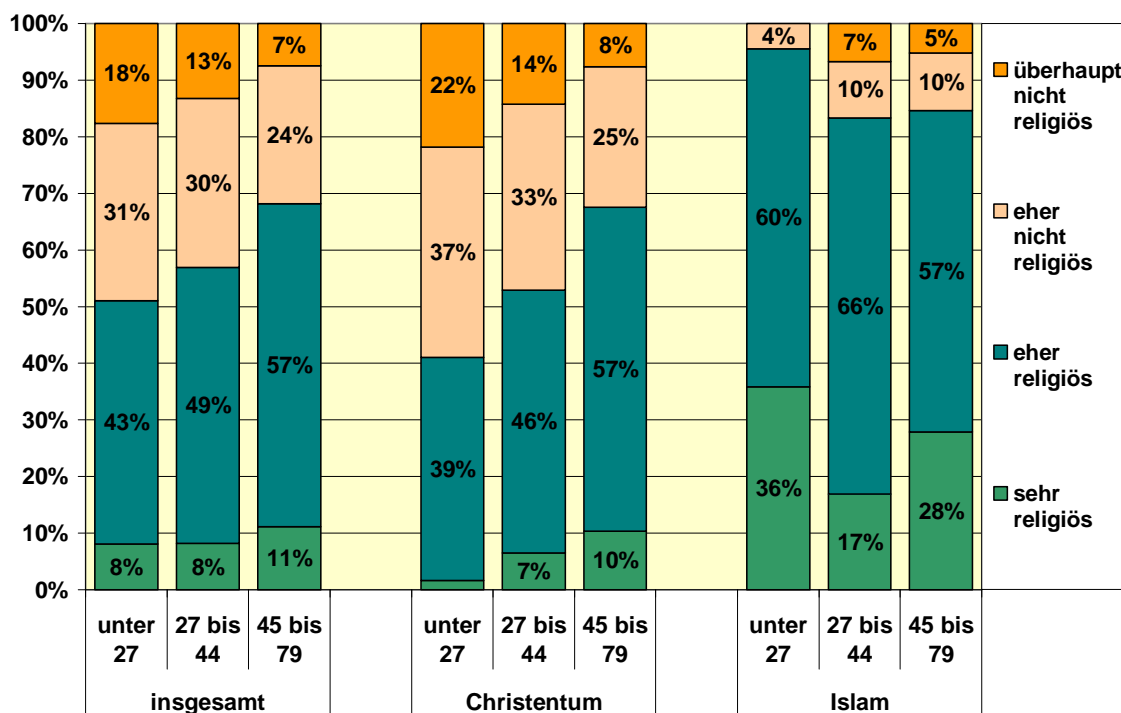
Grafik 5.3.7: Religiosität von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen nach ausgewählten Religionsgemeinschaften



Grafik 5.3.8 verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass **die Religiosität insbesondere von jungen Muslimen betont** wird: mehr als ein Drittel bezeichnet sich selbst als sehr religiös und weitere 60 % als eher religiös. Auch in den anderen Altersgruppen bezeichnen sich die befragten Muslime durchgängig deutlich häufiger als Christen desselben Alters als religiös. **Bei den Christen steigt der Grad der Religiosität eindeutig mit dem Alter:** fast 60 % der unter 27-Jährigen stuft sich selbst als eher oder überhaupt nicht religiös ein, bei den 45- bis 79-Jährigen tun dies nur 33 %.

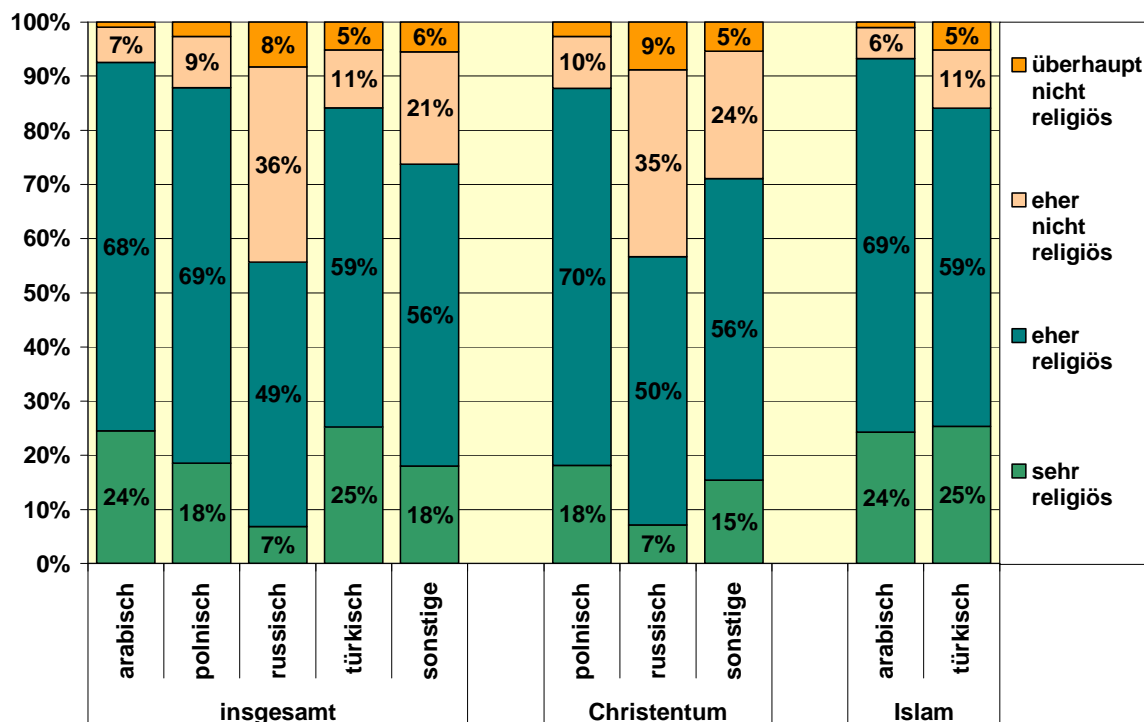
¹ In der Befragung haben nur Befragte mit Migrationshintergrund als Religionsgemeinschaft den Islam angegeben.

Grafik 5.3.8: Religiosität insgesamt und in gewählten Religionsgemeinschaften nach Altersgruppen



Ob es neben diesen eindeutigen Alterseffekten auch noch einen Einfluss des Herkunftsraumes auf den Grad der Religiosität gibt, verdeutlicht Grafik 5.3.9. Die Befragten **mit arabischem Migrationshintergrund** bezeichnen sich zu **über 90 % als eher oder sehr religiös**. Bei den ebenfalls mehrheitlich muslimisch geprägten Befragten **mit türkischem Migrationshintergrund** ist der entsprechende Anteil **um rund 10 Prozentpunkte geringer**. In beiden Migrantengruppen stuft sich rund ein Viertel der Befragten als sehr religiös ein. Bei den Befragten aus der **russischen Sprach-/Herkunftsgruppe** sind dagegen nur 7 % der Befragten sehr religiös; hier liegt der **Grad der Religiosität deutlich unter dem Durchschnitt** der anderen Migrantengruppen. Dies gilt vor allem auch im Vergleich zu den Befragten aus der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe, die sich fast ausschließlich aus Befragten christlichen Glaubens zusammensetzt. **Nur eine Minderheit der polnischen Befragten gibt an, eher oder überhaupt nicht religiös zu sein, fast 90 % betonen dagegen einen starken Glauben.**

Grafik 5.3.9: Religiosität von Migranten/-innen insgesamt und in ausgewählten Religionsgemeinschaften nach Sprach-/Herkunftsgruppen



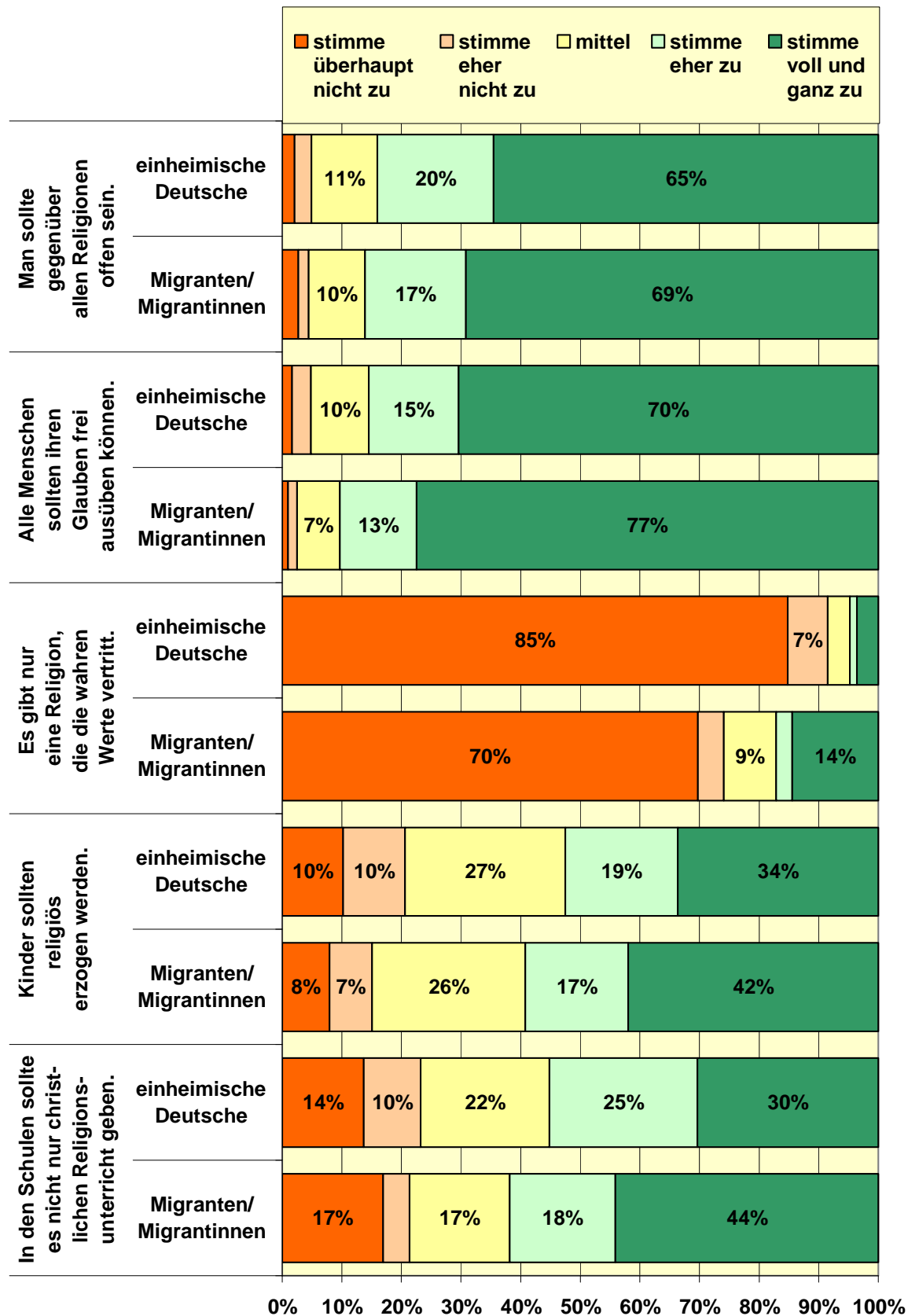
5.3.3 Einstellungen zum Thema Religion

Wenn sich die Mehrheit der Bevölkerung als eher religiös bezeichnet, dann ist davon auszugehen, dass das Thema Religion für das Zusammenleben in dieser Stadt eine wichtige Rolle spielt. Fragen nach der religiösen Toleranz bzw. religiösem Dogmatismus und nach der Bedeutung, die die Religion in der Erziehung bzw. Ausbildung junger Menschen haben sollte, geben insofern einen Hinweis auf möglicherweise bestehende Barrieren zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft bzw. unterschiedlicher religiöser Sozialisation.

Im Rahmen der Umfrage wurden den Befragten in diesem Zusammenhang fünf Aussagen mit der Bitte vorgelegt, den jeweiligen Grad der Zustimmung auf einer Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, anzugeben (vgl. Tabellen 5.3.17 bis 5.3.21).

Grafik 5.3.10 auf der nächsten Seite veranschaulicht, dass **religiöse Toleranz und die grundgesetzlich verbriefte Glaubensfreiheit tatsächlich in der sehr breiten Mehrheit der Bevölkerung als Wert verinnerlicht** ist: über 80 % sowohl der einheimischen Deutschen als auch der Migranten und Migrantinnen stimmen den Aussagen „Man sollte gegenüber allen Religio-

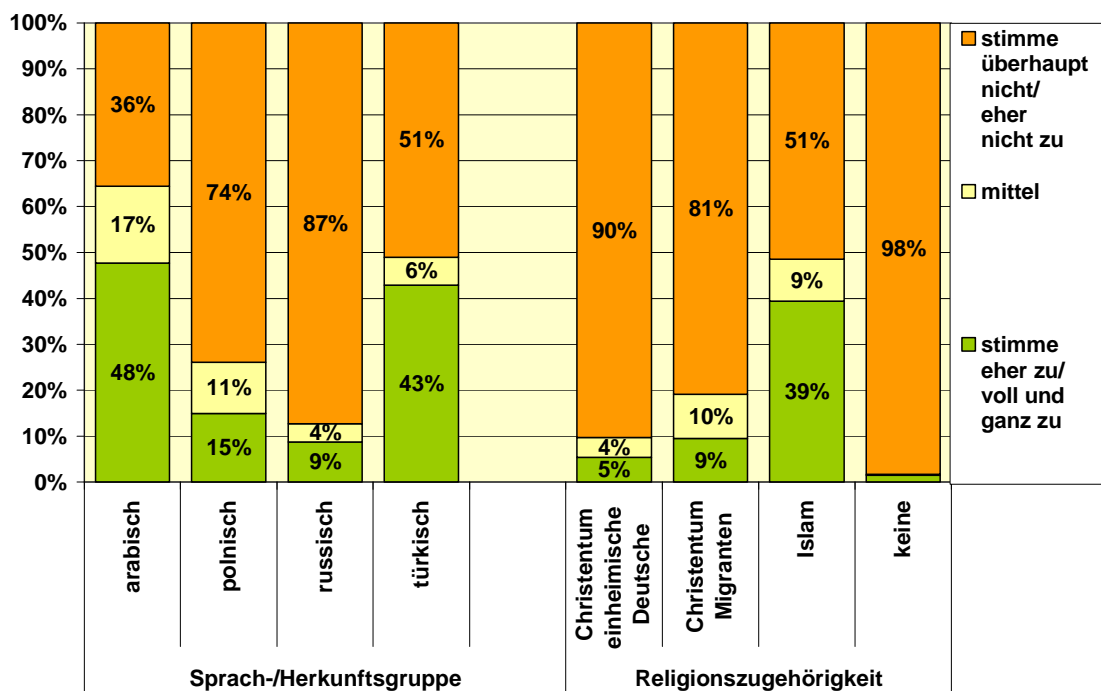
Grafik 5.3.10: Grad der Zustimmung zu Aussagen zum Thema Religion bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen



nen offen sein" und „Alle Menschen sollten ihren Glauben frei ausüben dürfen" eher zu, rund zwei Drittel stimmen jeweils sogar voll und ganz zu. Diese Überzeugungen werden weitgehend unabhängig von Geschlecht, Alter oder Religionszugehörigkeit so deutlich von allen Bevölkerungsgruppen geteilt. Allerdings fällt auf, dass mit dem erreichten Schul-/Berufsausbildungsstatus der Befragten der Grad der Zustimmung und damit der religiösen Toleranz kontinuierlich noch größer wird.

Die Ansicht „ Es gibt nur eine Religion, die die wahren Werte vertritt" wird ebenfalls von einem weit überwiegenden Anteil der Befragten (88 %) nicht geteilt. Doch gibt es hier deutlichere Unterschiede zwischen den befragten einheimischen Deutschen, von denen 91 % diese Aussage ablehnen, und den Migranten/-innen, die nur zu knapp drei Vierteln (74 %) nicht zustimmen. Mit einem Anteil von 17 % (einheimische Deutsche: 5 %) sind mehr als drei Mal so viele der Befragten mit Migrationshintergrund der Meinung, es gäbe nur eine Religion, die die wahren Werte vertritt. Hierbei scheint der **Bildungshintergrund der Antwortenden von Bedeutung** zu sein: rund ein Viertel der Migranten/-innen mit einer niedrigen Schul-/Berufsausbildung, aber nur 7 % der Höhergebildeten stimmen dieser religiös dogmatisch formulierten Aussage voll und ganz zu.

Grafik 5.3.11: Grad der Zustimmung zu der Aussage „Es gibt nur eine Religion, die die wahren Werte vertritt" nach Religionszugehörigkeit und Sprach-/Herkunftsgruppe



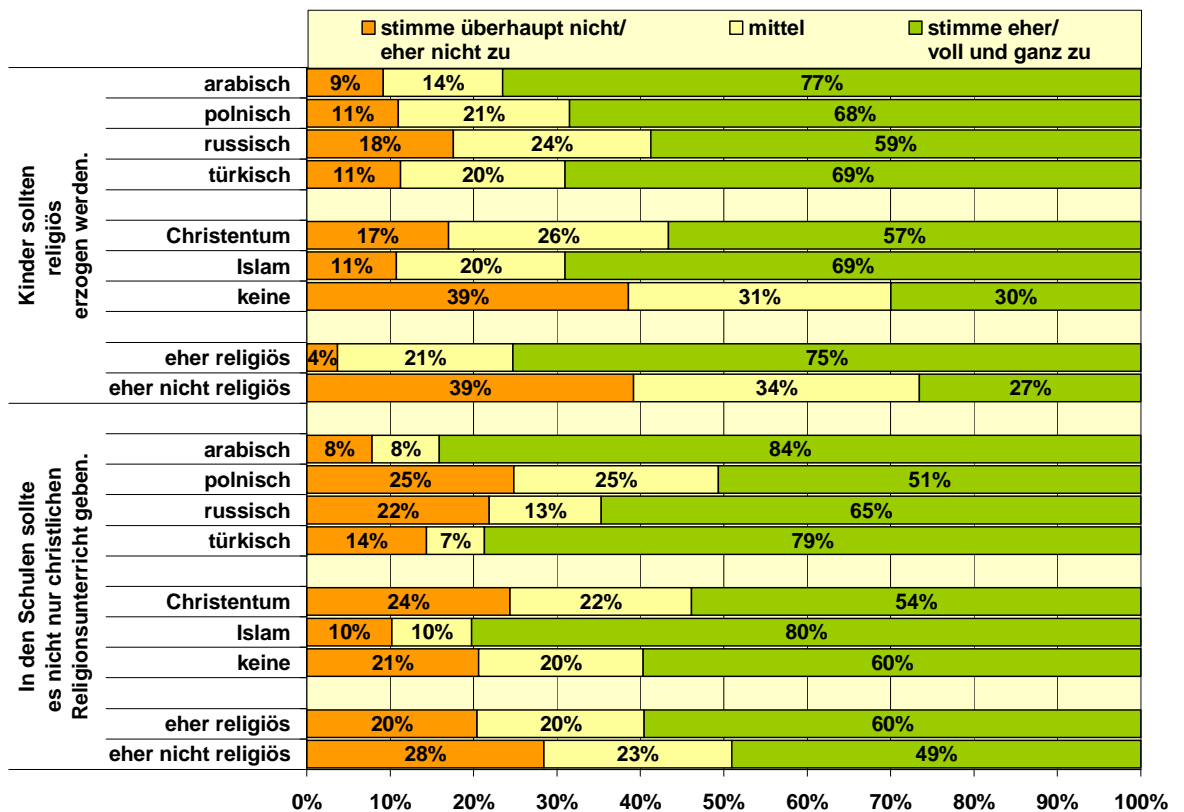
Ein Blick auf Grafik 5.3.11 zeigt in diesem Zusammenhang einen Einfluss der Sprach-/Herkunftsgruppe auf diese Einstellung. **Fast die Hälfte (48 %) der Befragten mit arabischem und 43 % der Befragten mit türkischem Migrationshintergrund stimmen der Aussage, dass es nur eine Religion gibt, die die wahren Werte vertritt, zu.** Bei den Befragten aus dem russischen (9 %) oder polnischen (15 %) Sprach-/Herkunftsraum ist nur eine kleine Minderheit dieser Auffassung. Die Grafik macht aber auch deutlich, dass es eher die in den jeweiligen Herkunftsgebieten hauptsächlich vertretenen Religionszugehörigkeiten sind, die hier die Unterschiede begründen. Es sind **in erster Linie die befragten Muslime (39 %), die der Überzeugung sind, dass nur eine Religion die wahren Werte vertritt.** Diese Gruppe fasst so aber nicht die Mehrheitsmeinung der Muslime zusammen. **51 % stimmen auch hier der religiös dogmatischen Aussage nicht zu.**

In der Frage, wie religiöse Werte vermittelt werden sollten, ergibt sich kein so eindeutiges Bild wie bei den anderen Aussagen zum Thema Religion. **Nur jeweils etwas mehr als die Hälfte der einheimischen Deutschen (53 %) und knapp 60 % der Migranten/-innen stimmen der Aussage zu, dass Kinder religiös erzogen werden sollten. Die Auffassung, in den Schulen sollte es nicht nur christlichen Religionsunterricht geben, wird ebenfalls zurückhaltender, aber dennoch mehrheitlich unterstützt: 55 % der einheimischen Deutschen und 62 % der Migranten/-innen.** Ein Blick zurück auf die Grafik 5.3.10 verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass etwa ein Drittel der einheimischen Deutschen und über 40 % der Migranten/-innen jeweils voll und ganz diese Meinung vertreten. Die Gruppe der Befragten, die eine religiöse Erziehung von Kindern oder die Vermittlung nicht nur christlicher Religionslehre in der Schule überhaupt nicht befürworten, ist demgegenüber zwar deutlich kleiner (8 % bis 17 %), aber **rund ein Fünftel der Befragten ist insgesamt eher gegen nicht-christlichen Religionsunterricht in Schulen und 21 % der einheimischen Deutschen und 15 % der Migranten/-innen stehen einer religiös geprägten Erziehung eher kritisch gegenüber.**

Die Befragten aus der arabischen und der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe, ebenso wie die Befragten mit polnischem Migrationshintergrund (68 %), sind zu einem weit überdurchschnittlichen Anteil der Meinung, Kinder sollten religiös erzogen werden. Zwar ist die **Zustimmung bei Muslimen (69 %) größer als bei Christen (57 %), aber grundlegend scheinen eher die Unterschiede im Grad der Religiosität zu sein.** 75 % der Menschen, die sich selbst als eher religiös einstufen, befürworten auch eine religiöse Erziehung, bei nicht religiösen Menschen liegt der entsprechende Anteil nur bei 27 %.

Die Schule als Ort nicht-christlicher religiöser Wertvorstellungen wird von Befragten mit arabischem (84 %) oder türkischem (79 %) Migrationshintergrund wie erwartet stärker betont, als von den Befragten aus dem polnischen (51 %) oder russischen (65 %) Sprach-/Herkunftsraum. Insgesamt sind die **Unterschiede zwischen Christen (54 %) und Muslimen (80 %) in der Zustimmung zu dieser Frage groß.**

Grafik 5.3.12: Grad der Zustimmung zu Aussagen zu religiöser Erziehung bzw. nicht christlichem Religionsunterricht nach Sprach-/Herkunftsgruppe, Religionszugehörigkeit und Religiosität



5.4 Lebensmittelpunkt, Heimat, Identifikation

Wanderungen gehören in der globalen Welt inzwischen zum Alltag. Wer sein Herkunftsland verlässt – aus welchen Gründen auch immer – verlagert den Lebensmittelpunkt. Die Frage ist, ob dies gleichbedeutend mit dem Verlust der Heimat ist. Kann der Begriff, das Gefühl von Heimat reduziert werden auf die räumliche Herkunft? Oder ist vielmehr die zeitliche Dimension, also der aktuelle Lebensmittelpunkt, d.h. das lange Verbleiben an einem Ort entscheidend? **Neben Raum und Zeit hat der Begriff Heimat aber sicherlich auch eine soziale und kulturelle Komponente.** Dort wo die Familie ist, die kulturellen Werte gelebt werden, die in der Sozialisation gelernt und gelehrt wurden, dort fühlt man sich heimisch. In Zusammenhang mit dem Thema Migration und Integration ist möglicherweise sogar der übliche Gebrauch des Begriffes „Heimat“ im Singular in Frage zu stellen. Gibt es möglicherweise Heimaten, z.B. dort wo man geboren oder aufgewachsen ist, dort wo die Eltern leben, dort wo man den Lebensmittelpunkt hat? Möglicherweise ist Heimat aber auch ein Lebensgefühl, d.h. – frei nach einem von Cicero überlieferten Satz „ubi bene, ibi patria“ – dort wo ich mich wohlfühle, ist meine Heimat.

Nicht alle Dimensionen dieses komplexen Themas konnten in der Umfrage zum Thema „Zusammen leben in Essen“ operationalisiert werden. Zum einen wurde nach der **Dauer des Aufenthaltes in Essen** und damit nach dem – zumindest zeitlichen – Lebensmittelpunkt gefragt. Darüber hinaus wurden Fragen nach der **emotionalen Bindung an die Stadt und das engere Wohngebiet** gestellt. Zum anderen wurde der **räumliche Aspekt des Heimatbegriffes für einheimische Deutsche und Migranten/-innen vergleichbar** erhoben. Als letztlich besonders **intimes Kennzeichen der kulturellen und sozialen Offenheit** für die „neue Heimat“ wurde zudem die **Staatsangehörigkeit des (Ehe-)Partners bzw. der (Ehe-)Partnerin** erhoben.

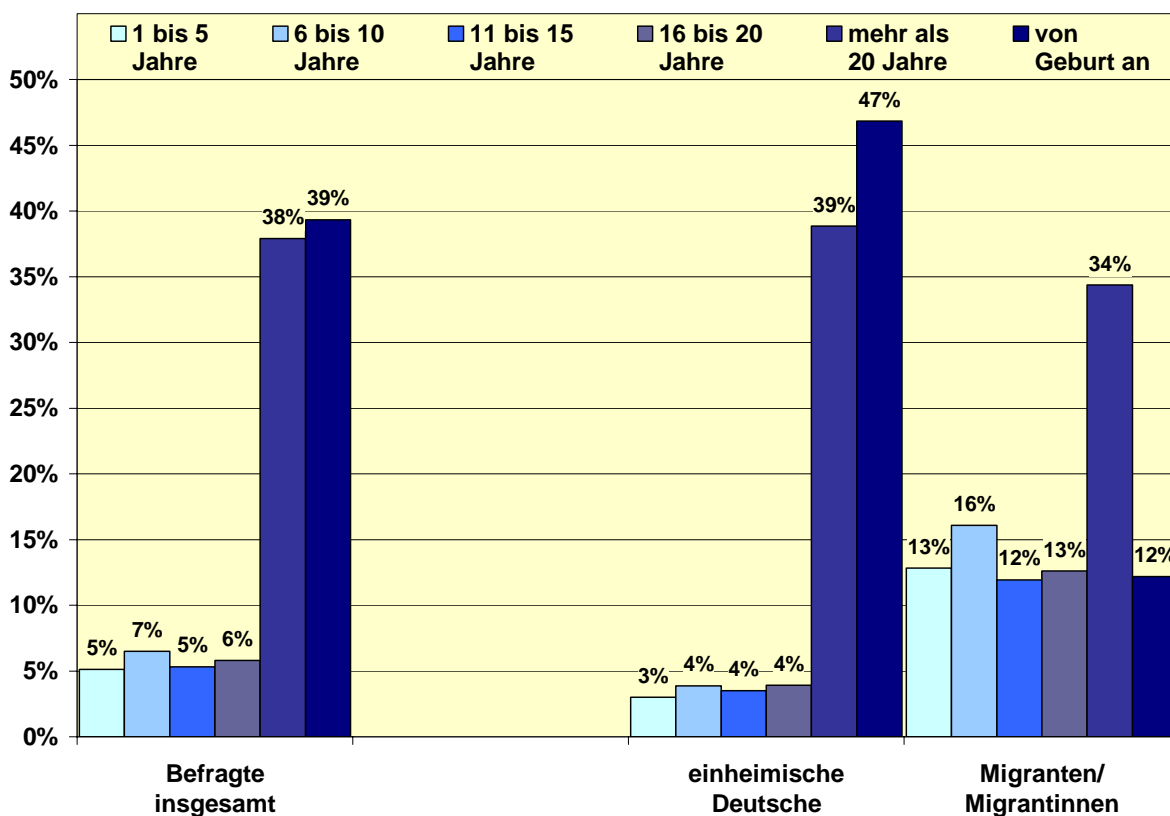
5.4.1 Wohndauer und emotionale Bindung

Die Wohndauer wird häufig als Indikator für die Verbundenheit mit einem Raum, d.h. einer Stadt oder einem Stadtteil, gewertet. In diesem Sinne spricht eine geringe Fluktuation für einen hohen Grad der Identifizierung. Folgt man dieser Definition, dann ist **ein hoher Grad der Identifikation der Befragten sowohl mit der Stadt Essen als auch mit ihrem Wohngebiet** festzustellen:

im Durchschnitt leben sie bereits knapp 38 Jahre in Essen und fast 24 Jahre in ihrem Wohngebiet¹ (siehe Tabellen 5.4.1 und 5.4.2).

Wie Grafik 5.4.1 verdeutlicht, ist eine langjährige Verwurzelung in der Stadt Essen nicht nur bei den einheimischen Deutschen gegeben. 86 % der einheimischen Deutschen wohnen schon von Geburt an bzw. mehr als 20 Jahre in Essen. Dies gilt aber auch für fast die Hälfte der Migrantinnen und Migranten: 12 % sind in Essen geboren und weitere 34 % wohnen bereits seit mehr als 20 Jahren in der Stadt. Ein weiteres Viertel der Befragten mit Migrationshintergrund wohnt zwischen 11 und 20 Jahre in der Stadt. Im Durchschnitt liegt die Wohndauer bei 20,6 Jahren.²

Grafik 5.4.1: Wohndauer in Essen³



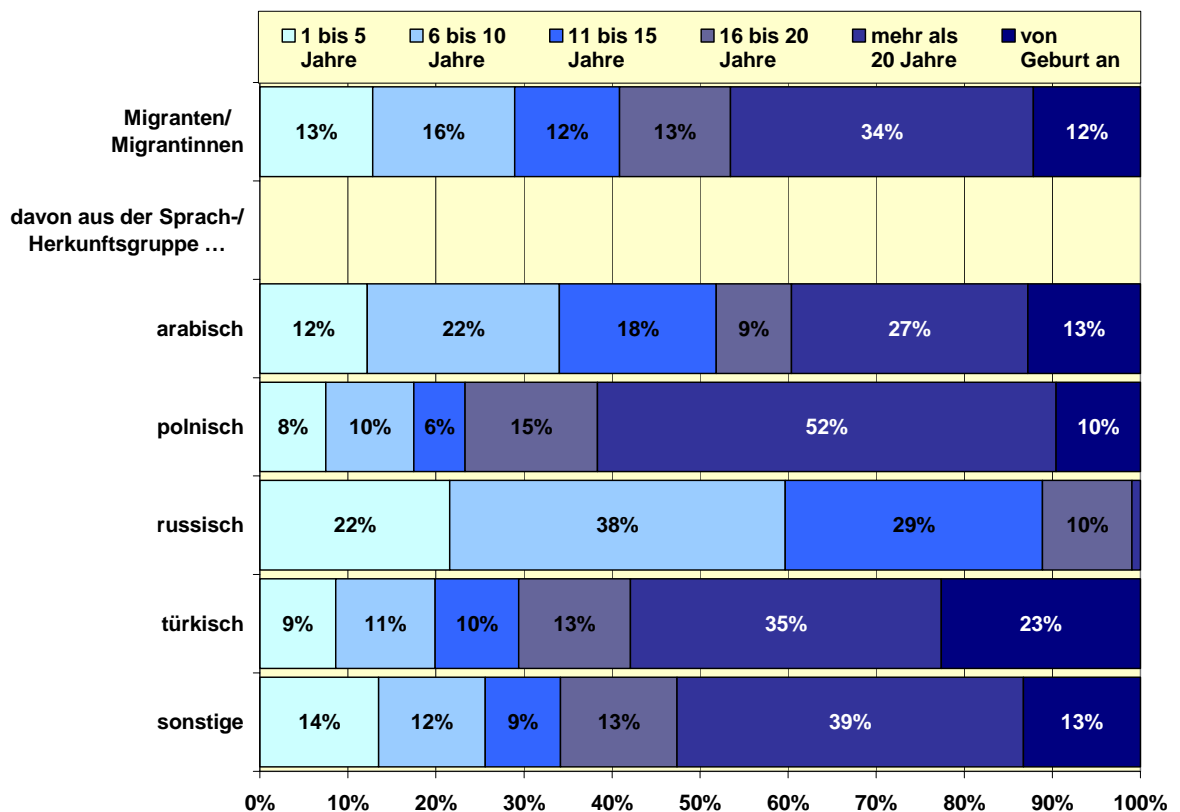
¹ Das Wohngebiet ist als Bereich von ca. 10 Minuten Fußweg von dem jetzigen Wohnhaus aus definiert.

² Die Wohndauer in Deutschland (vgl. Tabelle 5.1.4) liegt mit 26,6 Jahren noch höher. Dies bedeutet, dass Essen für viele Migrantinnen und Migranten nicht die erste Einreisestation in Deutschland war.

³ Die Grundgesamtheit für die Befragung war so definiert, dass die Zielpersonen mindestens ein Jahr an der Adresse in Essen gemeldet sein mussten, um in die Stichprobe zu kommen. Diese Festlegung wurde mit Blick auf verschiedene Fragen zur Wohngegend getroffen.

Es sind allerdings deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Sprach-/Herkunftsgruppen festzustellen. **Polnische und türkisch sprechende Befragte sowie Befragte aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen sind mit einer durchschnittlichen Wohndauer von über 20 Jahren am längsten in Essen.** Fast ein Viertel der türkischen Befragten ist in Essen geboren, ein annähernd doppelt so hoher Anteil wie bei allen anderen Befragtengruppen. Von den polnisch sprechenden Befragten lebt die Mehrheit bereits seit mehr als 20 Jahren in Essen (52 %), im Durchschnitt aller Befragten mit Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 34 %.

Grafik 5.4.2: Wohndauer in Essen nach Sprach-/Herkunftsgruppen

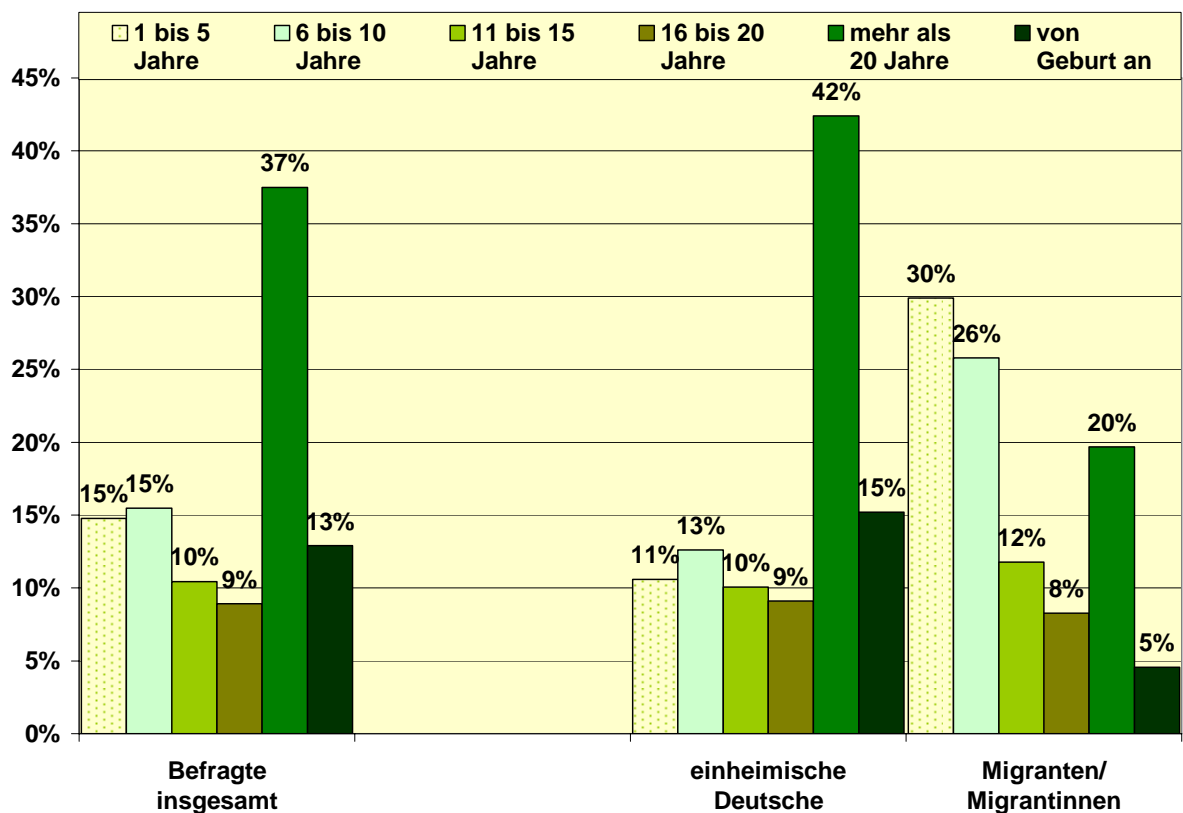


Die arabisch sprechende Migrantengruppe setzt sich mit Blick auf die Wohndauer sehr heterogen zusammen. Insbesondere die Personen, die zwischen 6 und 15 Jahre in Essen leben, sind im Vergleich mit den anderen Sprach-/Herkunftsgruppen aber überdurchschnittlich vertreten.

Befragte aus der **russischen Sprach-/Herkunftsgruppe** sind mit einer durchschnittlichen Wohndauer von weniger als 10 Jahren im Vergleich zu den anderen Befragtengruppen **eindeutig weniger lang bzw. weniger stark in Essen verwurzelt**. Rund 90 % leben zwischen 1 und 15 Jahre in Essen. Fast niemand lebt bereits mehr als 20 Jahre in der Stadt.

Annähernd gleiche Unterschiede zeigen sich natürlich auch mit Bezug auf das unmittelbare Wohngebiet. Die **Verwurzelung mit dem unmittelbaren Wohngebiet ist mit einer durchschnittlichen Wohndauer von rund 27 Jahren bei einheimischen Deutschen und ca. 13 Jahren bei Migranten/-innen relativ stark. Ein Viertel der Migranten/-innen und 57 % der einheimischen Deutschen wohnen seit mehr als 20 Jahren dort, wo sie auch jetzt befragt wurden.** Etwa jede(r) zehnte Befragte ohne Migrationshintergrund und knapp ein Drittel derer mit Migrationshintergrund wohnt erst maximal 5 Jahre an dieser Adresse.

Grafik 5.4.3: Wohndauer im Wohngebiet

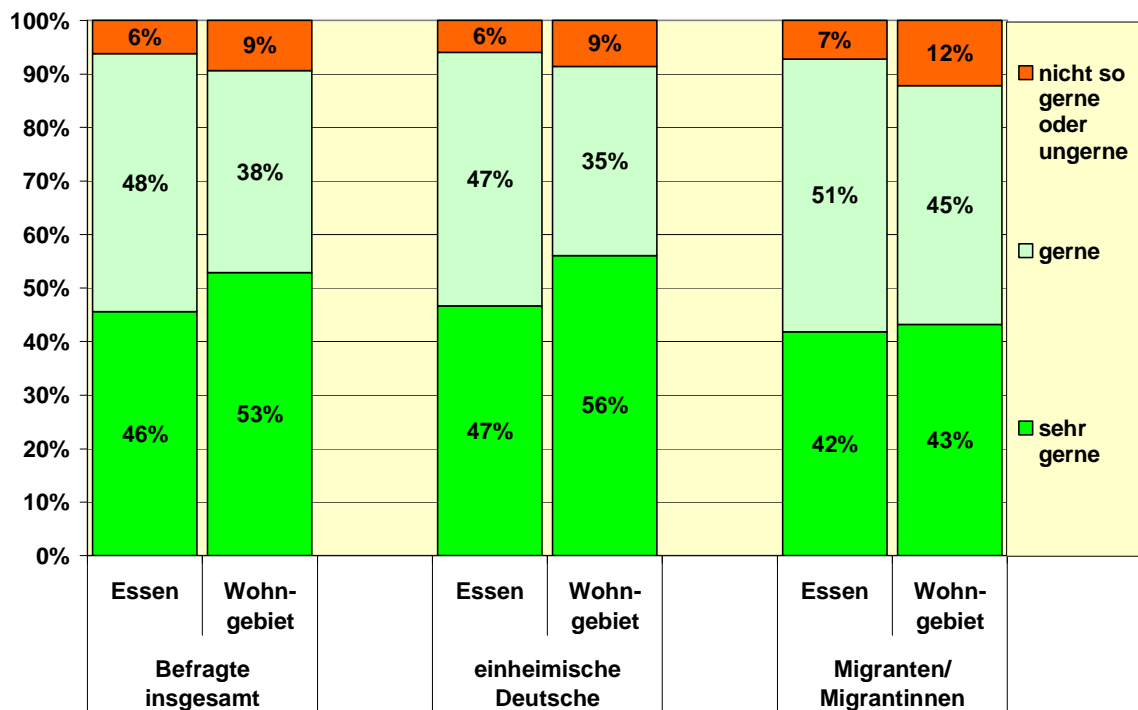


Dass die Menschen so lange in ihrem Wohngebiet und in Essen verweilen, spricht dafür, dass sie sich in ihrer Umgebung wohlfühlen. Dies belegen auch die konkreten Ergebnisse auf die Fragen, wie gerne man dort lebt (siehe Tabellen 5.4.3 und 5.4.4).

Über 90 % der Befragten – sowohl der einheimischen Deutschen als auch der Migrantinnen und Migranten – leben gerne oder sogar sehr gern in Essen und in ihrem Wohngebiet. Bei einheimischen Deutschen ist der emotionale Bezug zum Wohngebiet in der Tendenz intensiver (56 % sehr gerne) als bei Befragten mit Migrationshintergrund (43 %). Allerdings sind auch Unterschiede zwischen den Sprach-/Herkunftgruppen festzustellen, wenngleich in allen Grup-

pen die breite Mehrheit emotional eng mit den jeweiligen Räumen verbunden ist. Bei den türkischen und arabisch sprechenden Befragten liegt der Anteil der Personen, die nicht so gerne oder ungerne in Essen (14 % bzw. 10 %) oder in ihrem Wohngebiet (20 % bzw. 17 %) leben, über dem Durchschnitt. Die polnisch sprechenden Befragten (43 %) und diejenigen aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen (54 %) fühlen sich dagegen besonders stark gerade mit ihrem Wohnquartier emotional verbunden Dies gilt auch für die Befragten aller Altersgruppen. Junge wie alte einheimische Deutsche und Migranten/-innen leben mehrheitlich gerne in Essen und in ihrem Wohngebiet. Einschränkend muss man allerdings erwähnen, dass fast jede(r) Fünfte der unter 27-Jährigen beider Gruppen angibt, nicht so gerne oder ungerne in dem aktuellen Wohngebiet zu leben.

Graphik 5.4.4: Emotionale Bindung an die Stadt Essen und das Wohngebiet

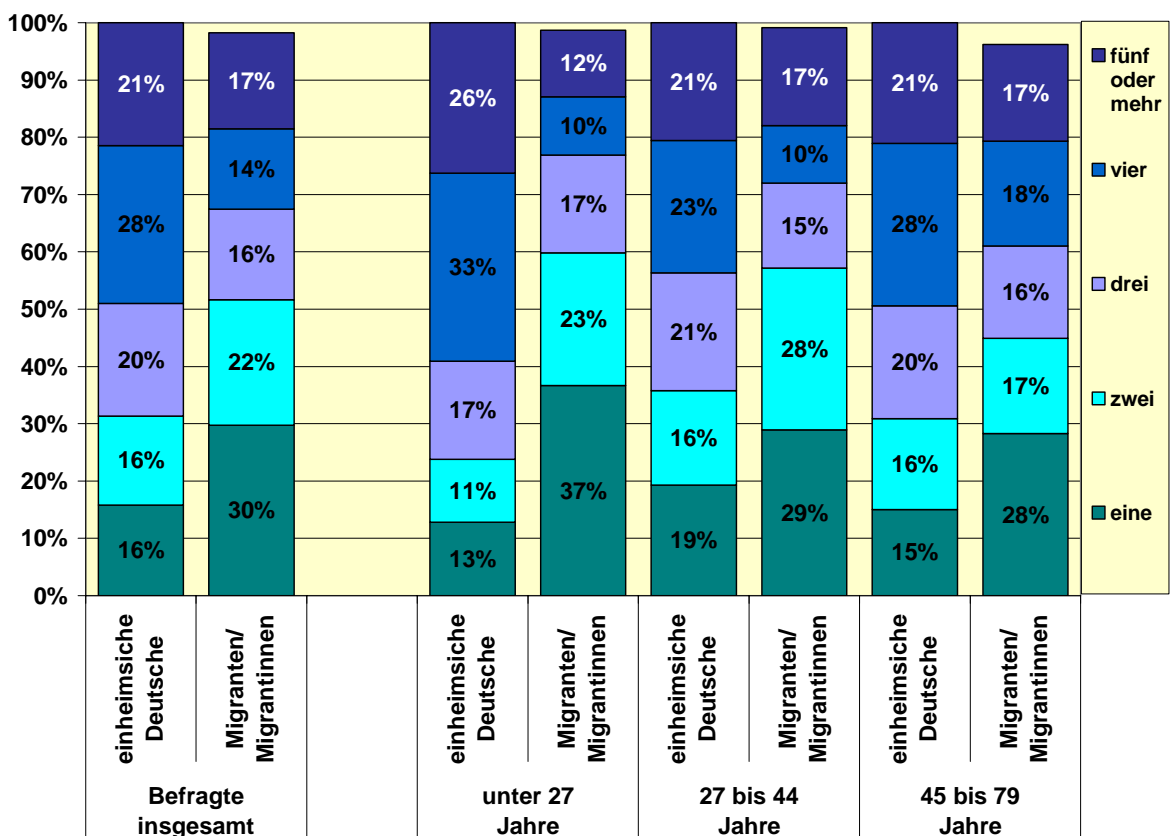


5.4.2 Heimat und zukünftiger Lebensmittelpunkt

Wenn es richtig ist, dass Menschen dort, wo sie gerne leben und sich wohl fühlen, auch ihre Heimat verorten, dann müsste dies für die Mehrheit der Migrantinnen und Migranten die Stadt Essen sein. Im Rahmen der Umfrage wurde den Befragten zur Klärung dieses Zusammenhanges die folgende Frage gestellt: „Der Begriff Heimat bedeutet ja für jeden Menschen etwas anderes. Wie ist das bei Ihnen: wo fühlen Sie sich zuhause?“. Die Liste der Antwortmöglichkeiten, aus der

jeweils alles Zutreffende ausgewählt werden konnte, bildete den räumlichen Aspekt des Heimatbegriffes ab, also von „überall in der Welt“ bis zu „in meinem Stadtteil“.¹ Die Tatsache, dass die Befragten die Möglichkeit zur Mehrfachnennung relativ intensiv genutzt haben (siehe Tabellen 5.4.5 und 5.4.7) verweist darauf, dass der Heimatbegriff auch im Plural gedacht wurde; Menschen können sich offensichtlich an mehreren Orten zuhause fühlen.

Grafik 5.4.5: Anzahl Orte oder Länder, an denen man sich zuhause fühlt, bei einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen nach Altersgruppen



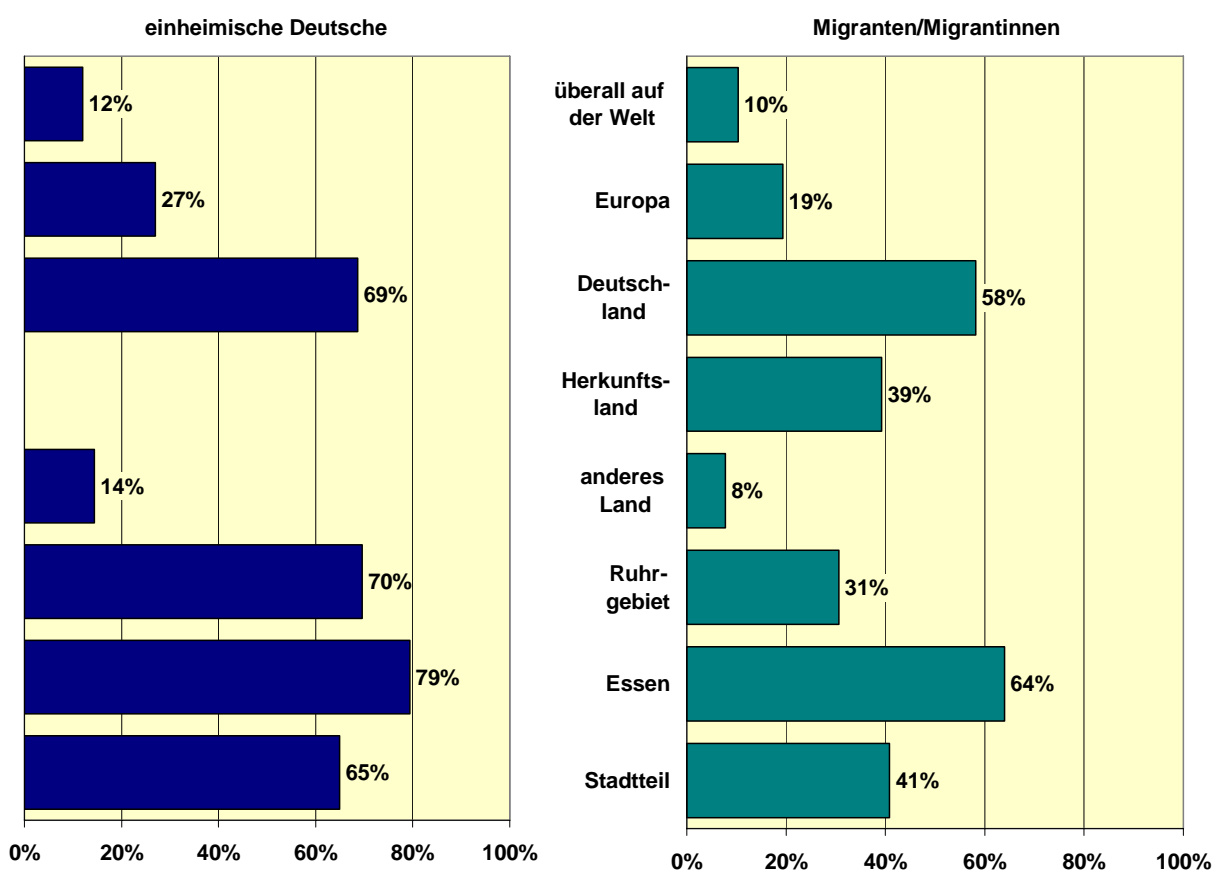
Überraschenderweise sind es eher die Migrantinnen und Migranten (30 %) und hier eher die unter 27-Jährigen (37 %), für die es – wenn man von der Zahl der Nennungen ausgeht – nur eine Heimat gibt. Allerdings ergibt sich kein eindeutiges Bild: 25 % der jungen Befragten mit Migrationshintergrund nennen Deutschland, 22 % ihr Herkunftsland bzw. das der Eltern, 20 % fühlen sich in Essen zuhause und 20 % bezeichnen sich eher als Weltbürger/-in (vgl. Tabelle 5.4.9). Sich

¹ Die Frage wurde in identischer Form an einheimische Deutsche und Befragte mit Migrationshintergrund gestellt. Allerdings wurde für die Migrantinnen und Migranten die Liste der Antwortmöglichkeiten um eine Kategorie „in meinem Herkunftsland bzw. dem Herkunftsland meiner Eltern“ ergänzt (siehe Fragebogen im Anhang Frage 32 und 39)

überall in der Welt zuhause zu fühlen und damit den Heimatbegriff nicht räumlich zu definieren, ist als einzige Nennung auch von den jungen einheimischen Deutschen überdurchschnittlich oft (33 %) angegeben worden.

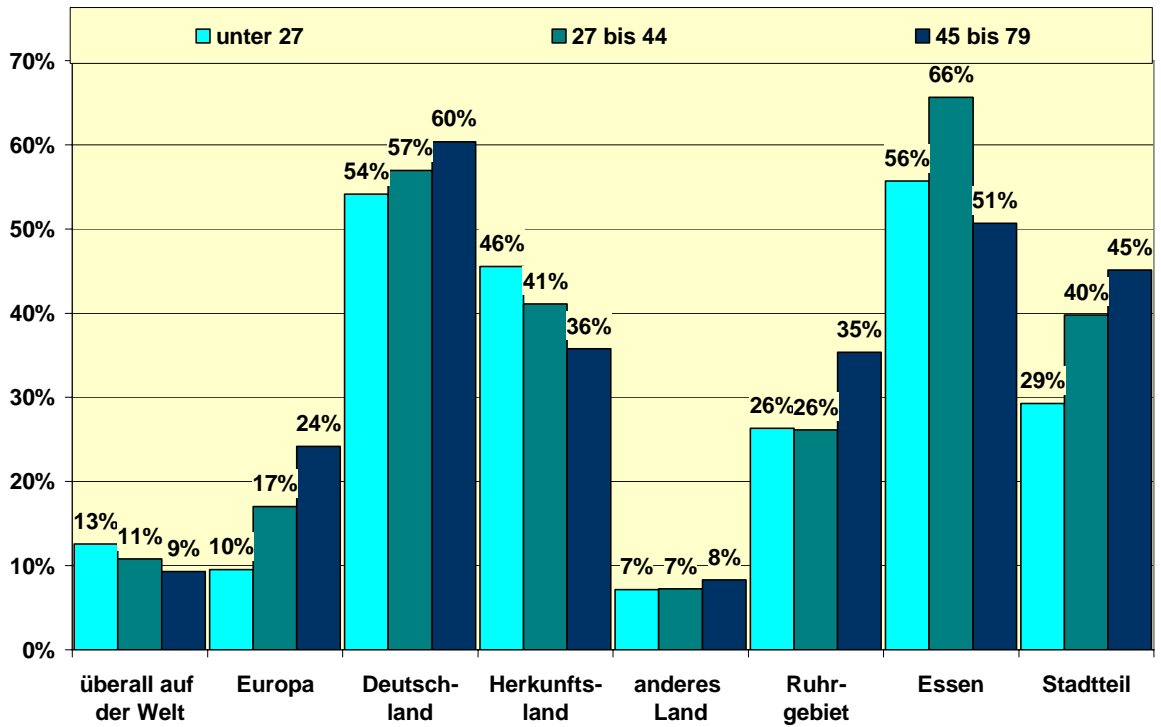
Insgesamt sind aber **Essen und Deutschland sowohl für eine deutliche Mehrheit der einheimischen Deutschen als auch der Migrantinnen und Migranten die Orte, die am häufigsten genannt werden, wenn das Zuhause, die Heimat angesprochen wird** (siehe Tabellen 5.4.5 und 5.4.7). Einheimische Deutsche verbinden – im Gegensatz zu Befragten mit Migrationshintergrund – mehrheitlich auch das Ruhrgebiet (70 %) und ihren Wohnstadtteil (65 %) mit dem Begriff Heimat. Im Herkunftsland bzw. im Herkunftsland der Eltern fühlen sich „nur“ etwa 39 % der Migrantinnen und Migranten (noch) zuhause.

Grafik 5.4.6: Orte oder Länder, an denen sich einheimische Deutsche und Migranten/-innen zuhause fühlen

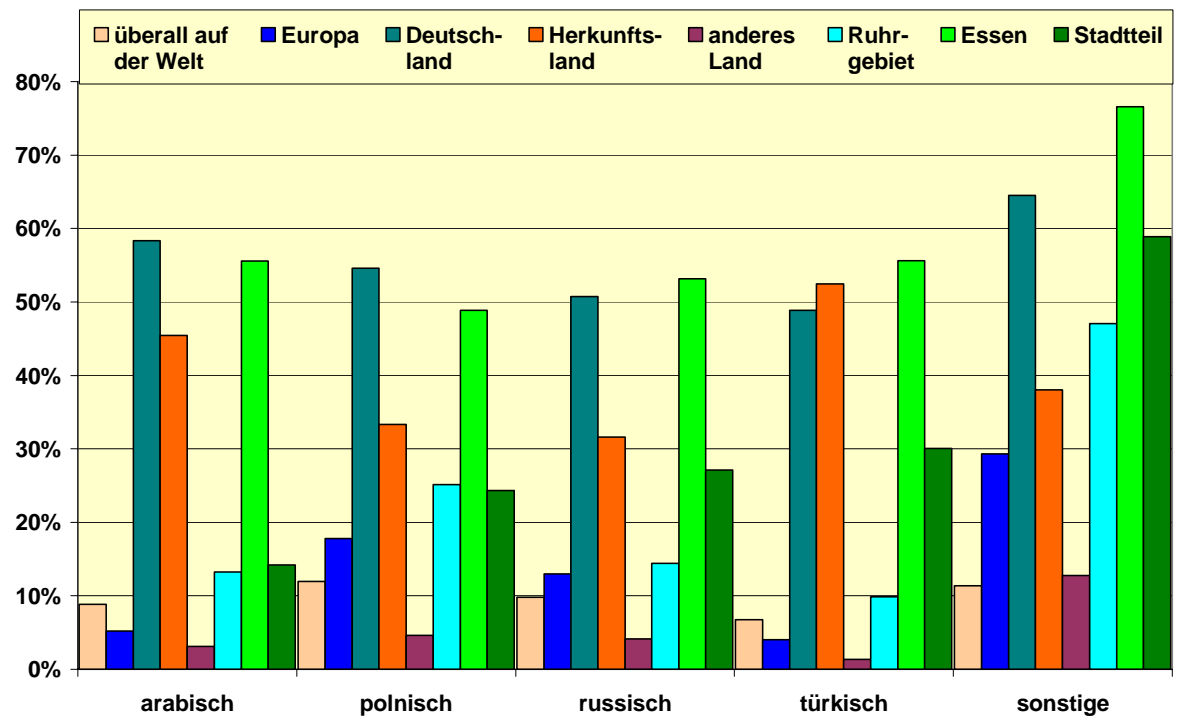


Richtet man den Blick auf die Angaben der Migrantinnen und Migranten, so zeigen sich zum Teil recht deutliche Unterschiede. Auffällig sind zum Beispiel die Gewichtungen in den einzelnen Altersgruppen, wenn es um den Begriff Heimat bzw. das „sich zuhause fühlen“ geht.

Grafik 5.4.7: Orte oder Länder, an denen sich Migrantinnen und Migranten zuhause fühlen, nach Altersgruppen



Grafik 5.4.8: Orte oder Länder, an denen sich Migrantinnen und Migranten zuhause fühlen, nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Essen und Deutschland sind bei allen Altersgruppen die Orte, die am häufigsten genannt werden. Es sind dann aber die jüngeren und nicht die älteren Migrantinnen und Migranten, die in diesem Zusammenhang häufiger auch das Herkunftsland bzw. das Herkunftsland der Eltern nennen. Bei den unter 27-Jährigen wird dieser Heimatbezug häufiger hergestellt als zum Beispiel zum unmittelbaren jetzigen Wohnumfeld: 29 % nennen ihren Wohnstadtteil, aber 46 % das Herkunftsland als Ort, an dem sie sich zuhause fühlen; bei den Älteren (45 bis 79 Jahre) wird der Wohnstadtteil häufiger genannt.

Auch in den Sprach-Herkunftsgruppen ist der Heimatbegriff eng mit den räumlichen Bezügen, in denen sie zur Zeit leben, verknüpft: jeweils rund die Hälfte nennt Deutschland und Essen als zuhause; bei den nicht eindeutig definierten, also den sonstigen Herkunftsgruppen, ist dieser Bezug noch deutlich stärker als bei allen anderen (Deutschland 65 %, Essen 77 %). Für diese Befragten hat auch das unmittelbare Wohnumfeld, der Stadtteil als Ort, an dem man sich wohlfühlt, eine höhere Bedeutung: er wird von 59 % genannt, bei allen anderen Sprach-/Herkunftsgruppen liegt der entsprechende Anteil bei höchstens 30 %.

Besonders auffällig sind die **Einordnungen des eigenen Herkunftslandes bzw. des Herkunftslandes der Eltern als Ort, an dem man sich besonders wohlfühlt, den man als Heimat empfindet. Die türkische Sprach-/Herkunftsgruppe ist die einzige, die dies mehrheitlich (52 %) angegeben hat. Die türkischen Befragten sind auch die einzigen, die in diesem Zusammenhang das Herkunftsland etwas häufiger nennen als Deutschland (49 %).**

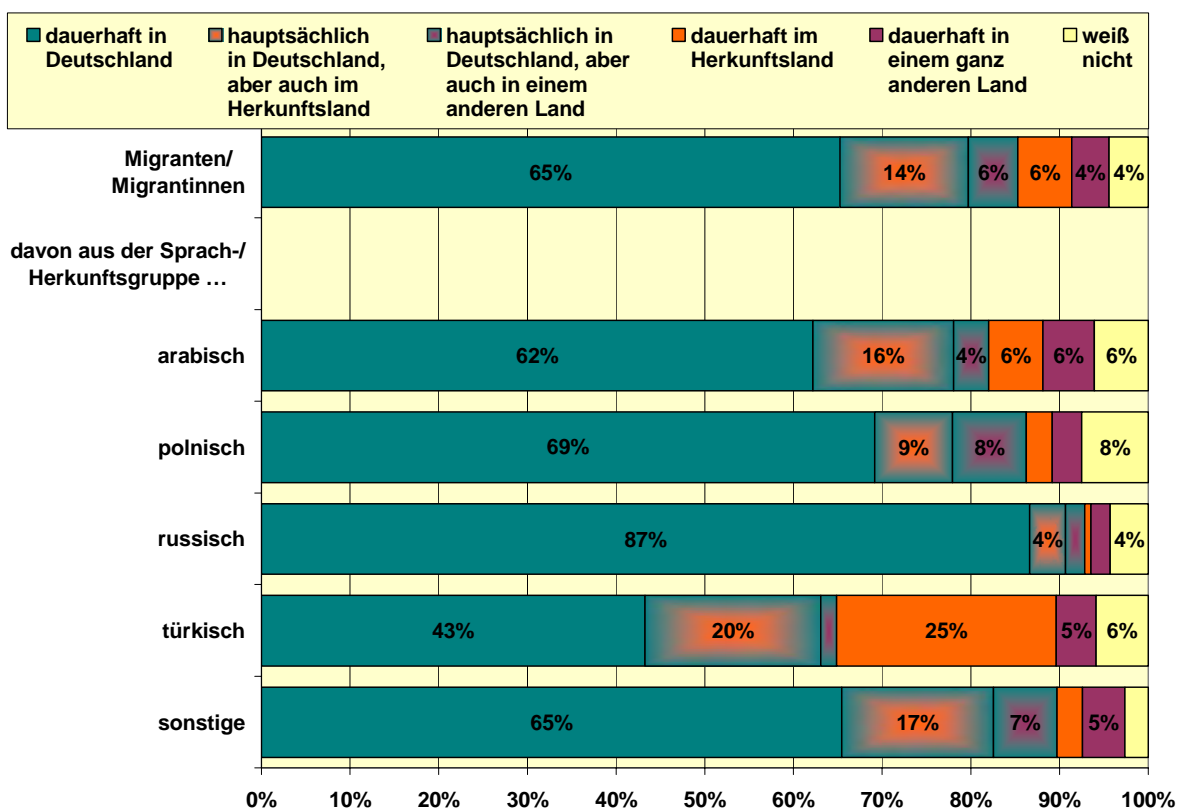
Insgesamt nennen nur **Befragte, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, mehrheitlich neben der Stadt Essen (62 %) und Deutschland (50 %) auch das Herkunftsland (53 %) bei der räumlichen Verortung ihrer Heimat.** Darüber hinaus zeigt sich, dass mit der Entscheidung für die deutsche Staatsangehörigkeit offensichtlich tatsächlich auch eine stärkere emotionale Hinwendung, also ein stärkeres sich zuhause fühlen in Deutschland verbunden ist: **62 % der Eingebürgerten und 72 % der Befragten mit Migrationshintergrund und der deutschen Staatsangehörigkeit von Geburt an fühlen sich in Deutschland zuhause.**

Räumliche und zeitliche Dimension des Heimatbegriffes hängen offensichtlich eng zusammen. Befragt nach dem Land, wo man zukünftig leben möchte, sind die Absichten der Migrantinnen und Migranten ziemlich eindeutig¹: **zwei Drittel erklären, dass ihr Lebensmittelpunkt zukünftig nur in Deutschland liegen wird, weitere 20 % wollen hauptsächlich in Deutschland,**

¹ Nur 4 % antworten mit „weiß nicht“.

aber auch im Herkunftsland (14 %) bzw. einem anderen Land (6 %) leben (siehe auch Tabelle 5.4.10). Nur jede(r) Zehnte möchte in der Zukunft nicht in Deutschland leben, wobei dies für nur 6 % eine Rückkehrabsicht bzw. das Leben im Herkunftsland der Eltern bedeutet.

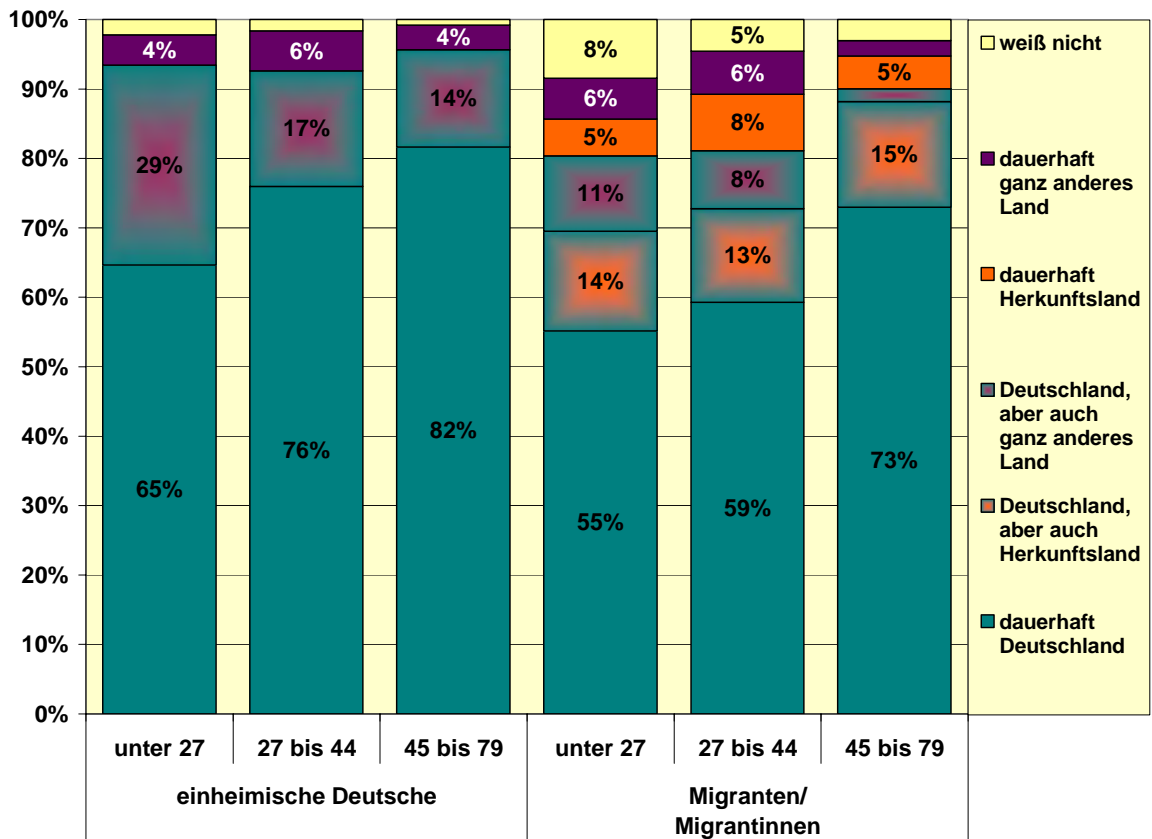
Grafik 5.4.9: Zukünftiger Lebensmittelpunkt der Migrantinnen und Migranten nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Auch in diesem Zusammenhang unterscheidet sich die **türkischsprachige Migrantengruppe**: weniger als die Hälfte wollen dauerhaft in Deutschland leben; mit 25 % erklären weit überdurchschnittlich viele türkischsprachige Befragte, dass der zukünftige Lebensmittelpunkt nicht in Deutschland, sondern **im Herkunftsland bzw. dem der Eltern** liegen soll. Für die Befragten aus der **russischen Sprachgruppe** ist dies dagegen kaum eine Perspektive: **87 % wollen dauerhaft in Deutschland** leben. Damit ist die Verwurzelung in Deutschland bei dieser Migrantengruppe – überwiegend Spätaussiedler aus den GUS Staaten – sogar stärker als bei den einheimischen Deutschen, von denen sich zwar auch nur 4 % einen Lebensmittelpunkt im Ausland vorstellen können, aber immerhin 16 % zukünftig auch länger in einem anderen Land leben wollen (siehe auch Tabelle 5.4.11).

Insgesamt scheint sich sowohl bei einheimischen Deutschen als auch bei Migrantinnen und Migranten ein **Alters- oder sogar Generationeneffekt** in der Gewichtung des Lebensmittelpunktes für die Zukunft abzuzeichnen.

Grafik 5.4.10: Zukünftiger Lebensmittelpunkt von einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen nach Altersgruppen



Jüngere Befragte im Alter von unter 27 Jahren können sich deutlich häufiger als ältere Befragte vorstellen, auch für längere Zeit in einem anderen Land als Deutschland zu leben. Dabei haben die Jüngeren mit Migrationshintergrund nicht nur das Herkunftsland, sondern auch durchaus ganz andere Länder im Blick. Dieses Ergebnis steht in Einklang mit dem Befund, dass sich Jüngere eher als Ältere insgesamt „überall in der Welt“ zuhause fühlen.

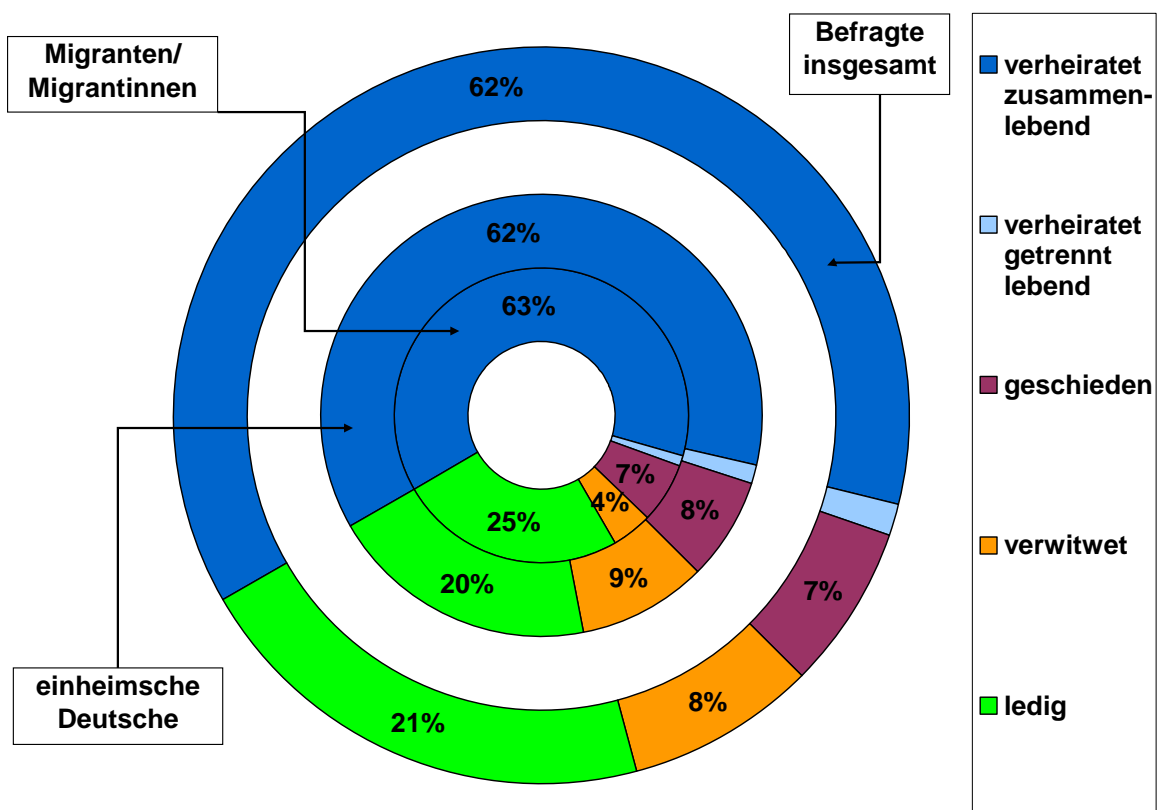
5.4.3 Bikulturelle bzw. binationale Partnerschaften

Positiv verlaufende Kommunikationsbeziehungen zwischen Personen des Herkunftslandes und des Aufnahmelandes sind letztlich die Voraussetzung für ein konfliktfreies Zusammenleben. Mit der Öffnung für eine Beziehung zu einem Partner bzw. einer Partnerin aus einer anderen Ethnie oder einem anderen Kulturkreis wird in diesem Sinne von zwei Seiten - in einem sehr persönli-

chen, intimen Lebensbereich – die Annahme/Aufnahme des jeweils anderen signalisiert. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass das Eingehen von bikulturellen oder binationalen Partnerschaften letztlich auch Konsequenzen für andere soziale Beziehungen haben kann, z.B. in der eigenen Familie, im Freundes- oder Bekanntenkreis etc.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang zunächst die **Familienstandsstrukturen von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen**, so fallen **keine gravierenden Unterschiede** auf (siehe auch Tabelle 5.4.12). Fast zwei Drittel der jeweiligen Befragten sind verheiratet. Aufgrund der Altersstruktur sind mehr einheimische Deutsche als Befragte mit Migrationshintergrund verwitwet; bei den Ledigen ist es entsprechend umgekehrt. Der Anteil der Geschiedenen liegt bei beiden Gruppen unter 10 %.

Grafik 5.4.11: Familienstand der Befragten



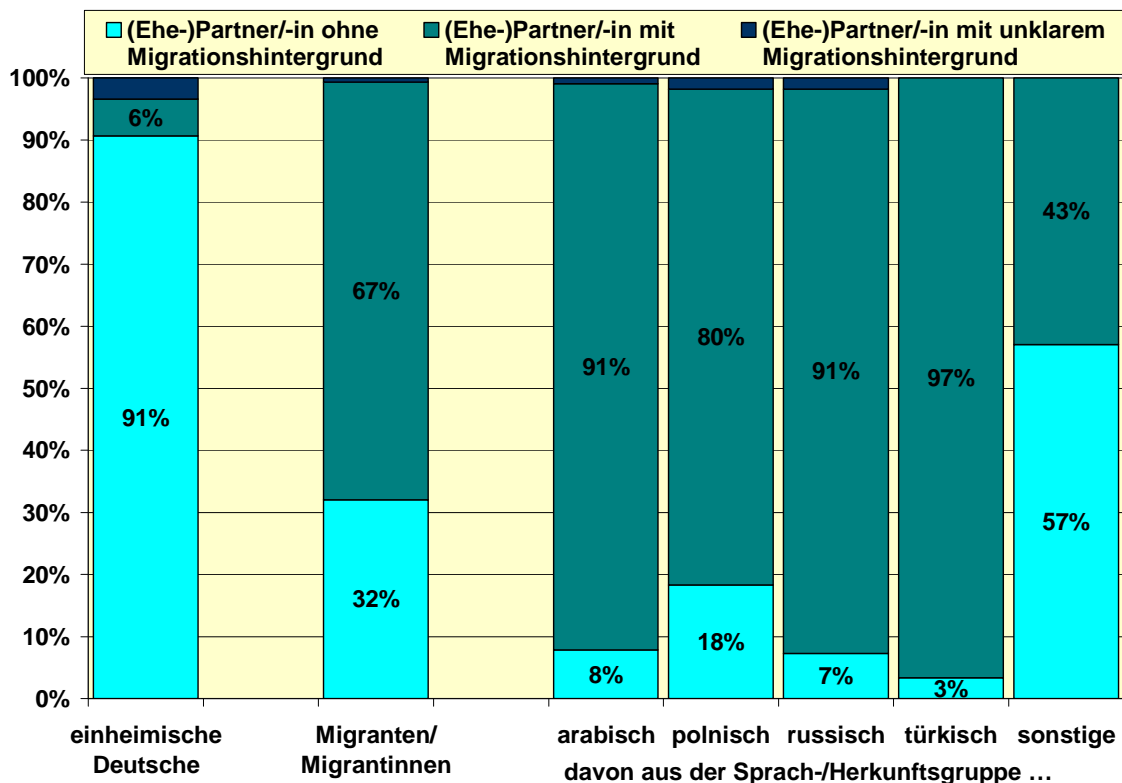
Im Rahmen der Umfrage wurden nicht nur die verheirateten Personen nach dem Migrationshintergrund¹ ihres/ihrer Ehepartner/-in gefragt. Auch alle anderen Personen wurden danach ge-

¹ Es wurde danach gefragt, ob die Person in Deutschland geboren wurde, die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzt oder später erworben hat und ob sie neben der deutschen auch eine ausländische Staatsangehörigkeit hat. Es wurde nicht konkret nach der nichtdeutschen Staatsangehörigkeit gefragt.

fragt, ob sie mit einem/r Partner/-in zusammenleben und ob der Partner bzw. die Partnerin ausländische Wurzeln hat. Insgesamt ein Drittel der Geschiedenen bei beiden Befragtengruppen leben nicht allein, sondern mit einem Partner/einer Partnerin zusammen. Bei den Ledigen sind es 21 % bei den einheimischen Deutschen, aber nur 13 % bei den Migrantinnen und Migranten, die nicht allein leben. Auch bei den Verwitweten gibt es ähnliche Unterschiede (12 % bzw. 3 %). Insgesamt leben fast 70 % der Befragten mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammen.

91 % der einheimischen Deutschen, die in einer Paarbeziehung leben, haben einen **Partner bzw. eine Partnerin, die ebenfalls in Deutschland geboren ist und nur die deutsche Staatsangehörigkeit hat und dies von Geburt an** (siehe auch Tabelle 5.4.13). 6 % geben an, dass der Partner/die Partnerin einen Migrationshintergrund hat.

Grafik 5.4.12: Migrationshintergrund der Partner/-innen von Befragten, die in Paarbeziehungen leben, nach Sprach-/Herkunftsgruppen

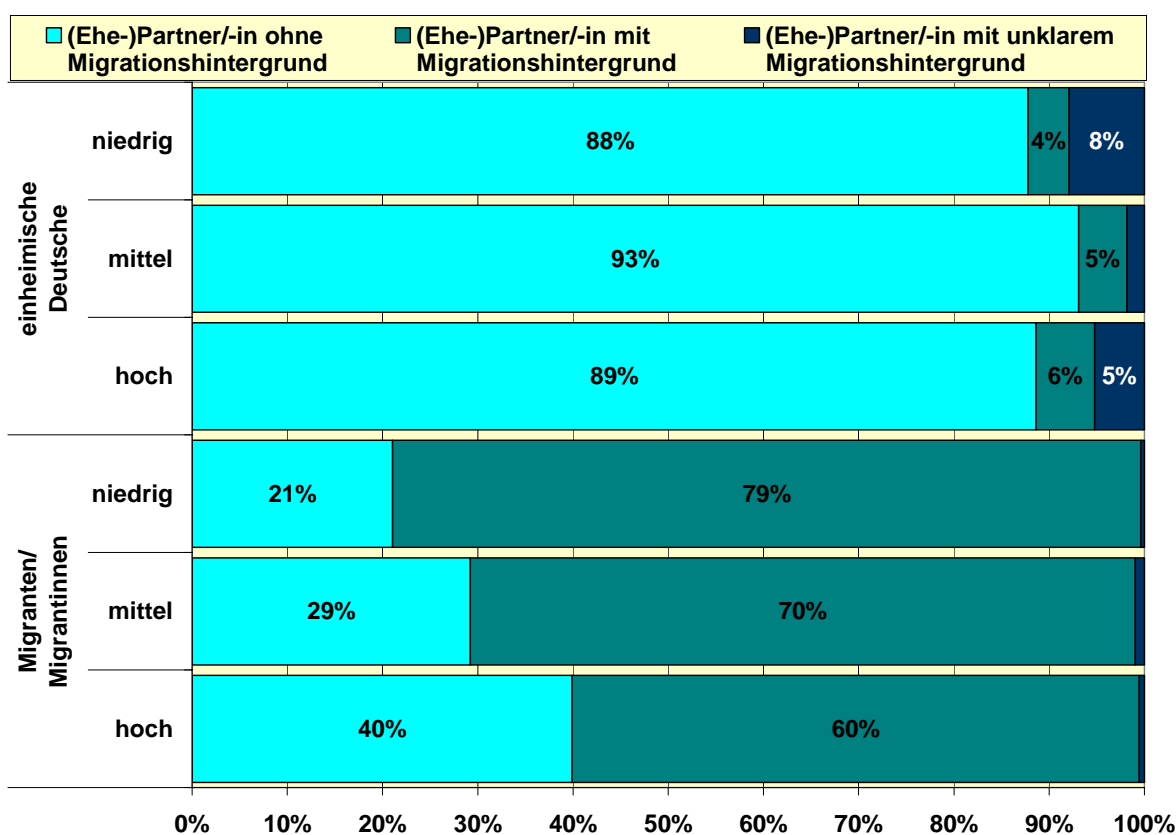


Von den befragten Migrantinnen und Migranten, die in einer Paarbeziehung leben, hat fast ein Drittel einen Partner/eine Partnerin ohne Migrationshintergrund. Allerdings gibt es hier deutliche Unterschiede zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen: bei der arabischen (8 %), russischen (7 %) und vor allem türkischen (3 %) Sprach-/Herkunftsgruppe trifft dies noch nicht einmal auf jede(n) zehnten Befragte(n) zu, bei der polnisch sprechenden Migrantengruppe

auf fast jede fünfte Person; bei den Befragten aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen ist es dagegen mit 57 % die Mehrheit.¹

Es sind eher die älteren Migrantinnen und Migranten, die in Partnerschaften mit einheimischen Deutschen leben: bei den 45- bis 79-Jährigen sind es 36 %, bei den 27- bis 45-Jährigen 28 %.² Auch ein Bildungseffekt ist zu beobachten. Die Offenheit für einen Partner/eine Partnerin ohne Migrationshintergrund steigt mit zunehmender Bildung. Bei einheimischen Deutschen ist kein vergleichbarer Effekt festzustellen.

Grafik 5.4.13: Migrationshintergrund der Partner/-innen von Befragten, die in Partnerschaften leben, nach Schul-/Berufsausbildung



¹ Dies ist die Gruppe mit der längsten durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in Deutschland (32,3 Jahre). Allerdings sind auch z.B. die türkischen Befragten im Durchschnitt bereits fast 25 Jahre in Deutschland, so dass sicherlich nicht von einem ursächlichen Faktor gesprochen werden kann.

² Bei den unter 27-Jährigen sind die Fallzahlen für eine gesicherte Interpretation zu gering.

5.5 Sprachkenntnisse, Sprachkompetenzen, Sprachgewohnheiten

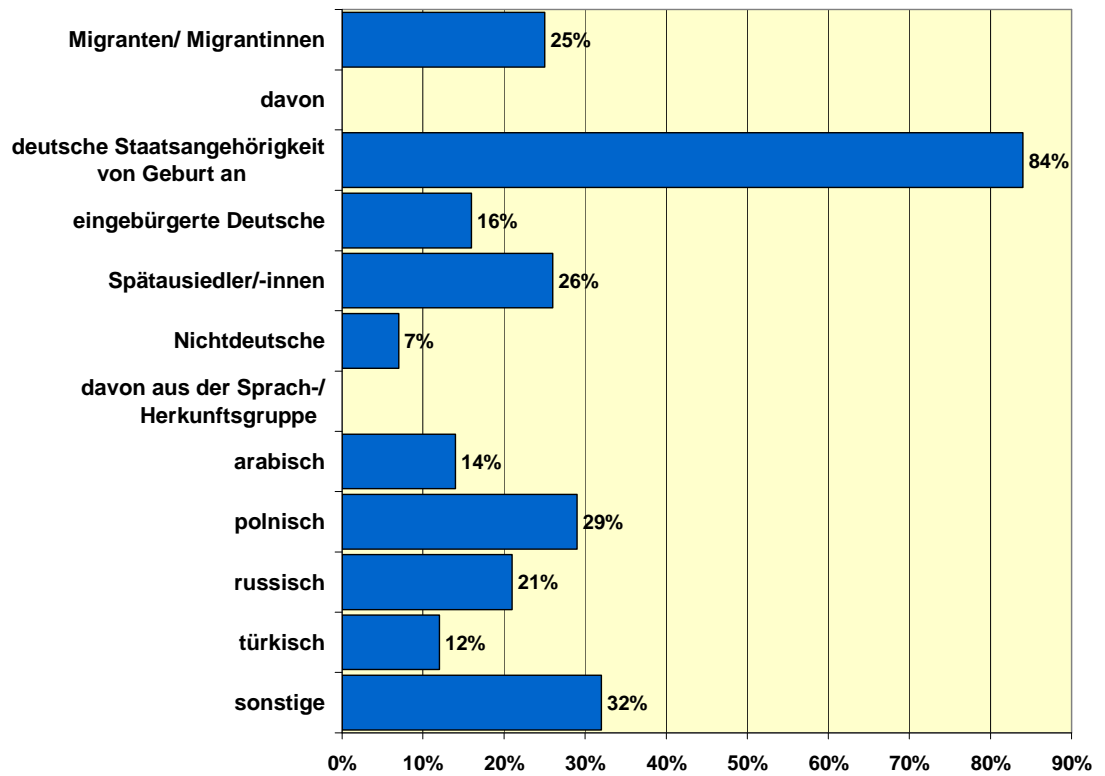
Sprache dient der Verständigung zwischen Menschen. In der Sprache manifestieren sich kulturelle Fähigkeiten, Fertigkeiten und Lebensweisen. In einem Einwanderungsland wie Deutschland können Menschen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft und verschiedenen Sozialisationsbedingungen in Bezug auf sprachlich-kulturelle Milieus nur erfolgreich und zufriedenstellend miteinander kommunizieren, Wünsche und Bedürfnisse äußern, Beziehungen herstellen und eigene Interessen vertreten, wenn sie die gemeinsame Verkehrssprache (Lingua franca) Deutsch verstehen, sprechen, lesen und schreiben können. Diese grundlegenden Kommunikationsfähigkeiten¹ in der deutschen Umgangssprache reichen jedoch in der heutigen Wissensgesellschaft nicht mehr aus, um eine erfolgreiche Bildungsbiografie zu ermöglichen. Der „Generalschlüssel“ für eine darauf aufbauende nachhaltige Arbeitsmarktintegration und umfassende Partizipation in der Gesellschaft ist vielmehr die formalsprachliche Kompetenz „konzeptioneller Schriftlichkeit“, also die Beherrschung der deutschen Bildungssprache. **Insofern werden in der politischen Diskussion zu recht „gute Deutschkenntnisse“ als zentraler Aspekt der Integration angesehen und als eine Basiskompetenz für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bewertet.**

Einen ersten Einblick in die möglicherweise vorhandenen Kommunikationsfähigkeiten in deutscher Sprache lässt sich über die Frage gewinnen, ob Deutsch die Sprache war, mit der man in der Familie aufgewachsen ist. Diese Fragestellung stieß allerdings, wie der Anteil der Antwortverweigerer zeigt (vgl. Tabelle 5.5.1), bei älteren Migrantinnen und Migranten (10 %) und Befragten mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit bereits von Geburt an besitzen (25 %), zum Teil auf Unverständnis.

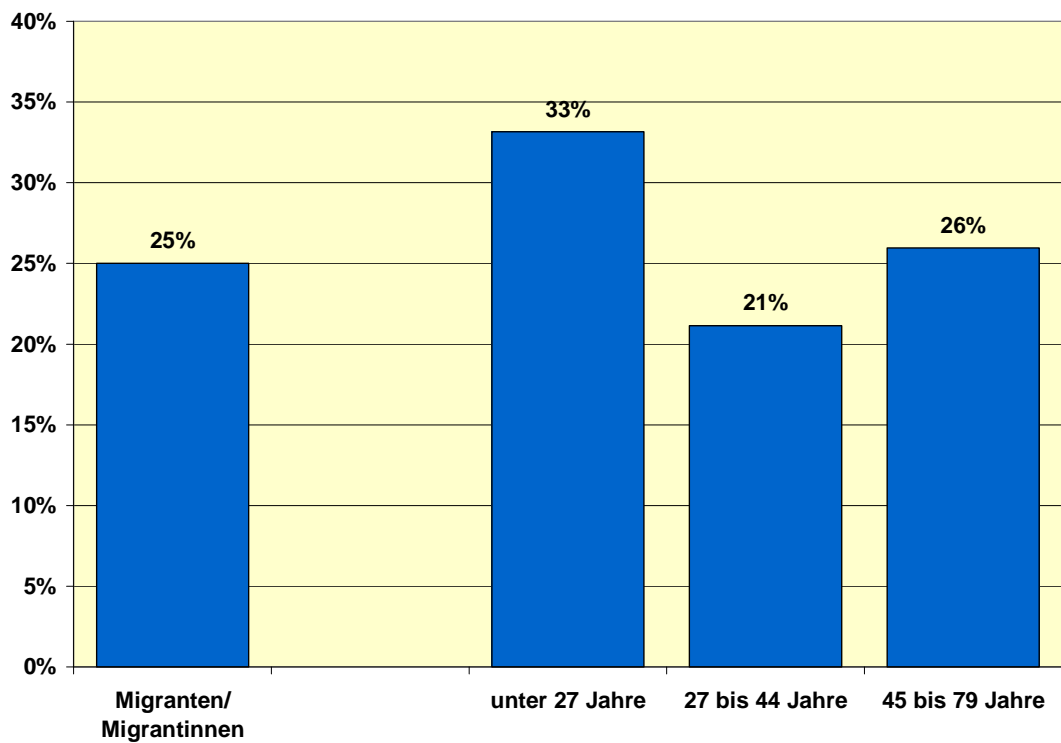
Wie die Grafik 5.5.1 auf der nächsten Seite veranschaulicht, ist **ein Viertel der befragten Migranten und Migrantinnen mit Deutsch in der Familie aufgewachsen**. Diejenigen Befragten, die Angaben zu dieser Frage gemacht haben und die **deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an** besitzen, heben sich deutlich von allen anderen ab: **84 % sind mit Deutsch in der Familie aufgewachsen**. Im Gegensatz dazu ist dies nur bei 7 % der Befragten der Fall, die ausschließlich eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit haben. Befragte aus dem polnischen Sprach-/Herkunftsraum (29 %) und Befragte mit einem sonstigen Migrationshintergrund (32 %) sind überdurchschnittlich häufig mit der deutschen Sprache in der Familie aufgewachsen. Bei den

¹ Cummins (1982) unterscheidet zwischen der Umgangssprache „basic interpersonal communication skills“ (BICS) und der Bildungssprache „cognitive academic language proficiency“ – (CALP)

Grafik 5.5.1: Deutsch als Familiensprache bei Migranten/Migrantinnen nach Art der Staatsangehörigkeit und Sprach-/Herkunftsgruppe



Grafik 5.5.2: Deutsch als Familiensprache bei Migranten/-innen nach Altersgruppen



Befragten aus der arabischen und aus der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe liegt der entsprechende Anteil bei nur 14 % bzw. 12 %.

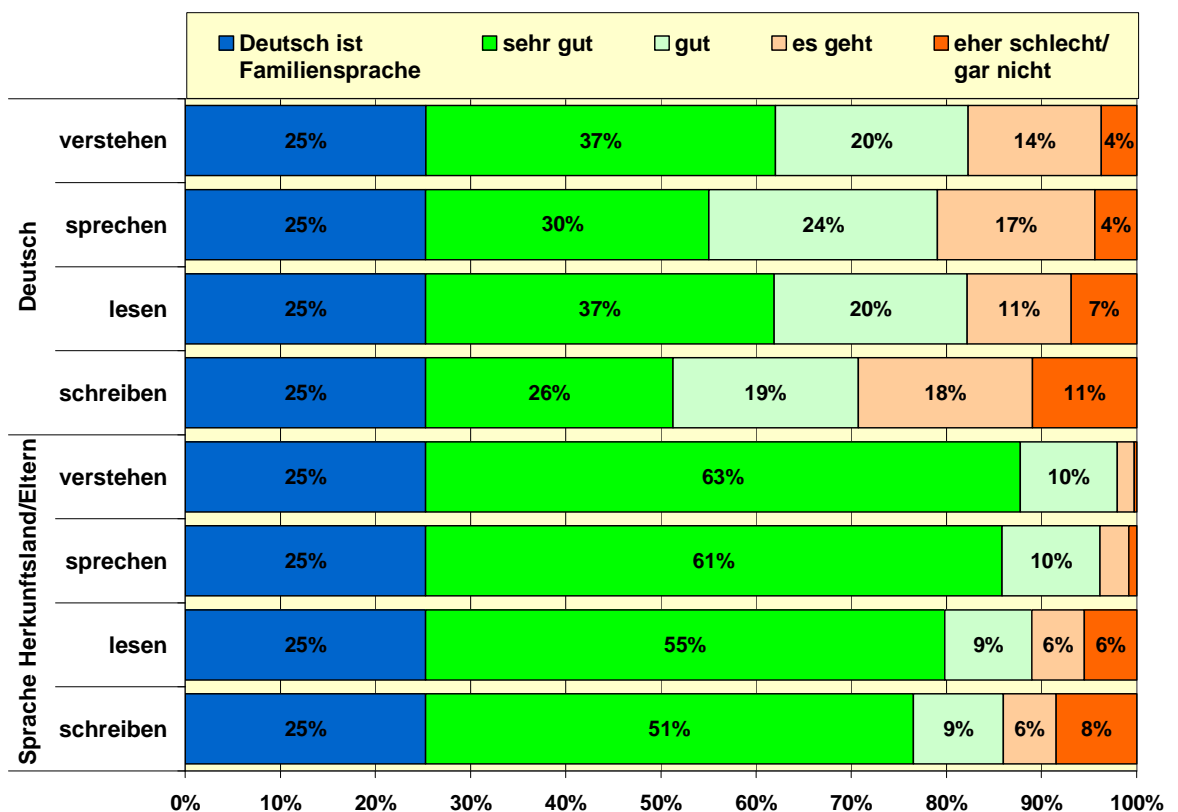
In diesem Zusammenhang lässt sich kein eindeutiger Alterseffekt nachweisen. Auch von den **unter 27-jährigen Migranten und Migrantinnen**, deren Familien vermutlich zum Teil schon in der zweiten oder sogar dritten Generation in Deutschland leben, ist **nur rund ein Drittel mit der deutschen Sprache in der Familie aufgewachsen**.

5.5.1 Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse

Diejenigen Migrantinnen und Migranten, die nicht mit der deutschen Sprache in der Familie aufgewachsen sind, wurden nach ihren Sprachkenntnissen sowohl der deutschen Sprache als auch der Sprache ihres Herkunftslandes bzw. ihrer Eltern gefragt.

Mit Blick auf die Deutschkenntnisse der befragten Migrantinnen und Migranten insgesamt geben **neben den 25 %**, die **Deutsch als Familiensprache** bezeichnet haben, mehr als 50 % der befragten Migranten und Migrantinnen an, **Deutsch sehr oder eher gut verstehen (57 %)**,

Grafik 5.5.3: Sprachkenntnisse von Migranten/-innen



sprechen (54 %) oder lesen (57 %) zu können; beim Schreiben liegt der entsprechende Anteil bei **unter 50 %** (siehe auch Tabellen 5.5.2 bis 5.5.5). Auffallend ist – betrachtet man die Anteile der „sehr gut“-Urteile, dass die Selbsteinschätzung beim Verstehen und Lesen positiver ist, als beim Sprechen oder gar Schreiben.

In der Selbsteinschätzung der Befragten sind die **Kenntnisse der Sprache ihres Herkunftslandes bzw. dem der Eltern¹ eindeutig besser: über 70 % verstehen oder sprechen diese Sprache sehr gut oder gut, beim Lesen und Schreiben gilt dies für über 60 %** (siehe auch Tabellen 5.5.6 bis 5.5.9). **Vor allem sehr gute Sprachkenntnisse** haben die Befragten – wie Grafik 5.5.3 verdeutlicht – **eher in der Herkunftssprache.**

Nur jeweils eine **kleine Minderheit** der befragten Migranten und Migrantinnen gibt an, **Deutsch eher schlecht oder gar nicht verstehen (4 %), sprechen (4 %) oder lesen zu können (7 %).** **Das Schreiben der deutschen Sprache ist zumindest für jede zehnte Person mit Migrationshintergrund (11 %) ein Problem.²**

Grafik 5.5.4 auf der nächsten Seite veranschaulicht, dass die **Kenntnisse der deutschen Sprache bei den Befragten mit türkischem Migrationshintergrund durchweg am schlechtesten ausfallen:** mehr als ein Fünftel der Befragten können Deutsch nur schlecht oder gar nicht schreiben oder lesen. Beim Verstehen und Sprechen sind die entsprechenden Anteile mit 8 % bzw. 6 % zwar niedriger, aber dennoch höher als in den anderen Gruppen.

Auch Migranten und Migrantinnen aus der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind in der **Selbsteinschätzung ihrer Deutschkenntnisse überdurchschnittlich kritisch.** In dieser Gruppe ist insbesondere das Lesen (10 % eher schlecht/gar nicht) und Schreiben (15 %) problematischer als das Verstehen (3 %) oder Sprechen (4 %).

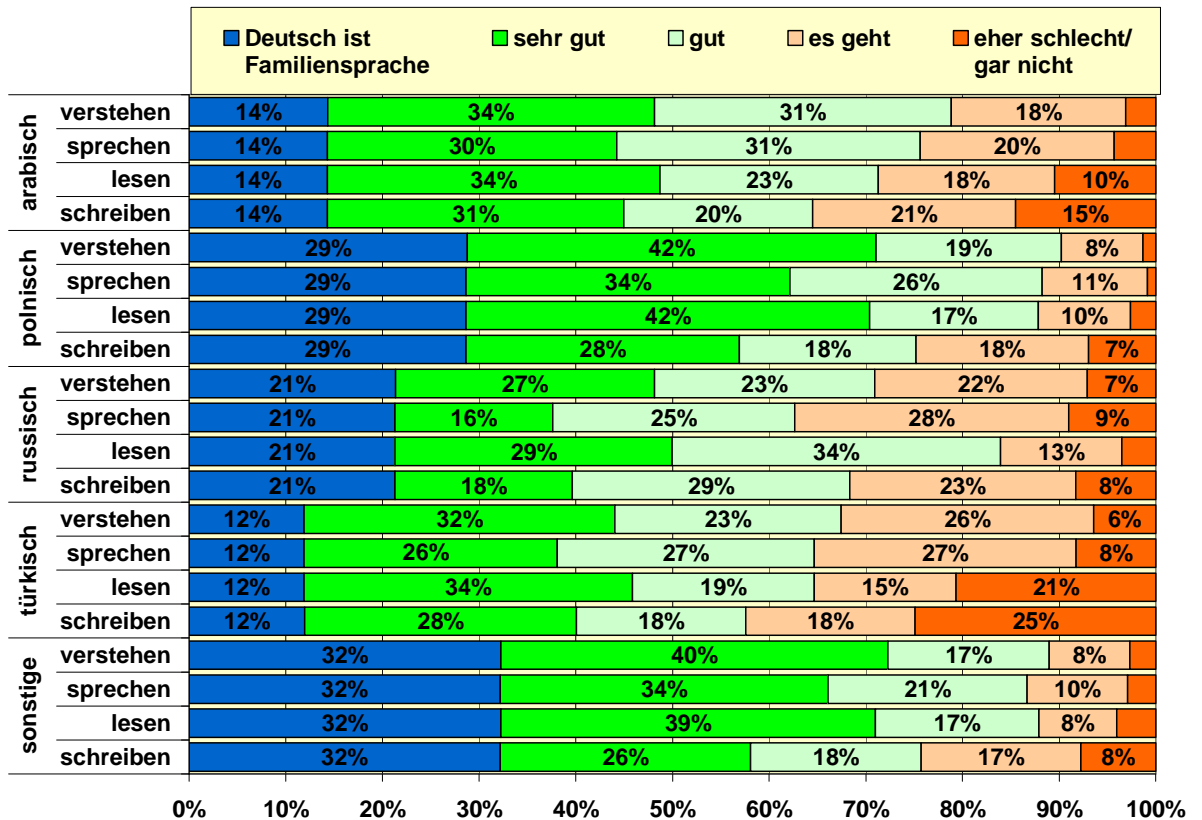
Bei den **polnischen Befragten und Befragten aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen sind demgegenüber die Deutschkenntnisse überdurchschnittlich gut.** Berücksichtigt man die Personen, die mit Deutsch in der Familie aufgewachsen sind und diejenigen, die ihre Kenntnisse positiv einschätzen, so können hier für fast 90 % gute oder sehr gute Kenntnisse im Verstehen,

¹ Zu berücksichtigen ist, dass von den Befragten, die mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen sind, keine Informationen über Sprachkenntnisse vorliegen. Der Anteil der Personen, die angeben, dass die Sprachkenntnisse des Herkunftslandes bzw. dem der Eltern gut ist, wird also eher unterschätzt.

² Berücksichtigt man nur die Befragten, die nicht mit der deutschen Sprache in der Familie aufgewachsen sind, so gibt die große Mehrheit an, beide Sprachen – Deutsch und die Sprache des Herkunftslandes – sehr gut oder eher gut zu beherrschen und zwar in Bezug auf das Verstehen (74 %, siehe Tabelle 5.5.10), Sprechen (67 %) oder Lesen (65 %); beim Schreiben ist es dagegen nur knapp die Hälfte.

Sprechen und Lesen konstatiert werden. Für zumindest drei Viertel dieser Befragten gilt dies auch für das Schreiben der deutschen Sprache.

Grafik 5.5.4: Deutsche Sprachkenntnisse von Migranten/-innen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Bei den Befragten aus der **russischen Sprach-/Herkunftsgruppe** fällt die **vergleichsweise kritischere Selbsteinstufung** auf. Die Personen, die nicht mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen sind, vergeben seltener als andere das Urteil „sehr gut“ für ihre Sprachkenntnisse. Auffallend ist überdies, dass bei dieser Sprach-/Herkunftsgruppe die Fähigkeit in der deutschen Sprache zu lesen besser eingeschätzt wird als die interaktiven Formen der Verständigung in Deutsch, also das Verstehen oder Sprechen.

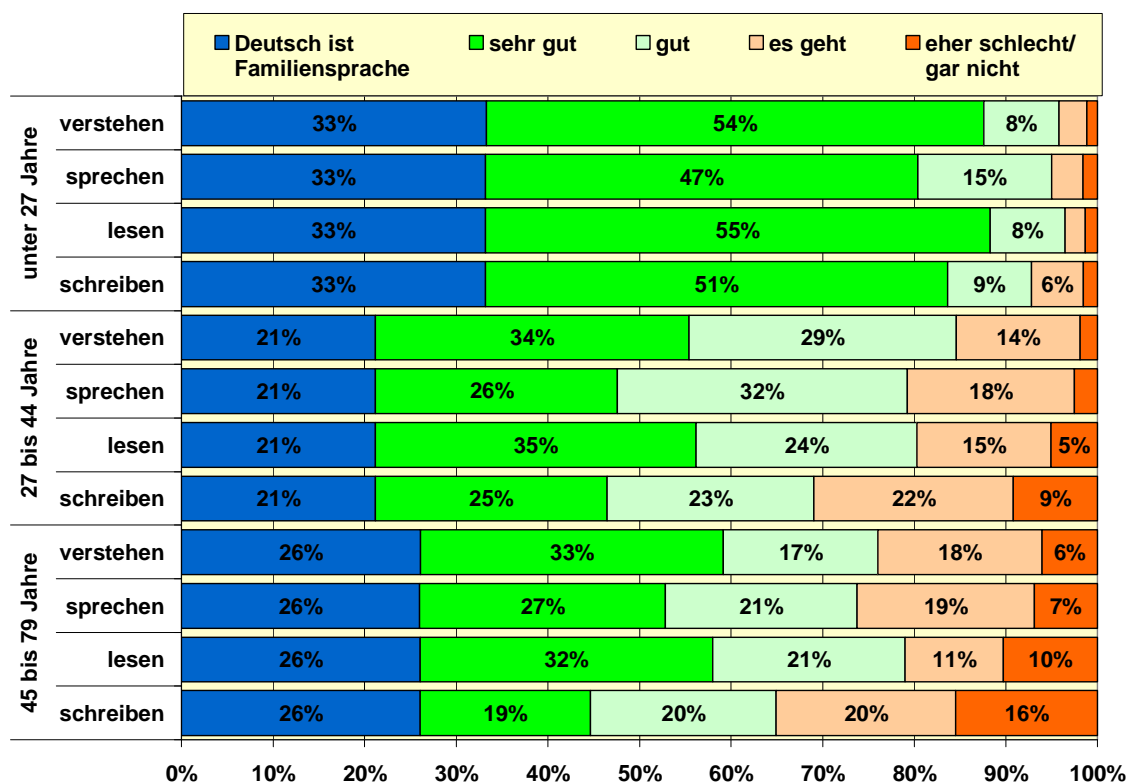
Die Sprache ihres Herkunftslandes bzw. dem der Eltern beherrscht jeweils die breite Mehrheit der Befragten aller Sprach-/Herkunftsgruppen. Die Anteile derjenigen, die diese Sprache sehr oder eher gut verstehen und sprechen, ist jedoch sehr unterschiedlich: dies gilt z.B. für rund 80 % der Migranten und Migrantinnen aus dem arabischen, russischen und türkischen Sprachraum, aber nur für weniger als 70 % aus der polnischen oder sonstigen Herkunftsgruppe. Auch beim Lesen und Schreiben der Sprache ihres Herkunftslandes sind diese Unterschiede zu beobachten. **Hier fällt allerdings auf, dass insbesondere arabisch sprechende**

Befragte überdurchschnittlich häufig angeben, auch ihre „Muttersprache“ nicht oder nur schlecht schreiben (23 %) oder lesen (19 %) zu können. Auch für jede(n) zehnte(n) Befragte(n) mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei gilt, dass die türkische Schriftsprache nicht oder nur schlecht beherrscht wird.

Es zeigt sich zudem ein deutlicher Alterseffekt. Deutlich weniger als die Hälfte aller befragten Migranten und Migrantinnen im Alter von unter 27 Jahren können die Sprache ihres Herkunftslandes bzw. dem der Eltern sehr gut oder eher gut lesen (43 %) oder schreiben (38 %).¹ Bei den 27- bis 44-Jährigen und den 45- bis 79-Jährigen beherrschen dies dagegen rund zwei Drittel der Befragten.

In Bezug auf die Deutschkenntnisse ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass - unterstellt man bei denjenigen, die mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen sind, gute Sprachkenntnisse - **mehr als 90 % der befragten Migranten und Migrantinnen im Alter von unter 27 Jahren Deutsch eher bzw. sehr gut verstehen, sprechen, lesen und schreiben können.**

Grafik 5.5.5: Deutsche Sprachkenntnisse von Migranten/-innen nach Altersgruppen



¹ Zu berücksichtigen ist, dass von den Befragten, die mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen sind, keine Informationen über Sprachkenntnisse vorliegen. Bei den unter 27-Jährigen sind dies 33 %, bei den älteren Befragten 21 % bzw. 26 %.

Die deutsche Umgangssprache ist also in der Regel für jüngere Migrantinnen und Migranten kein Integrationshindernis.¹ Bei den älteren Befragten mit Zuwanderungsgeschichte dagegen könnte dies durchaus nicht nur bei einer Minderheit der Fall sein. In der Selbsteinstufung stufen zwischen 16 % und 20 % der 27- bis 44-Jährigen und zwischen 21 % bis 26 % der 45- bis 79-Jährigen ihre Deutschkenntnisse beim Verstehen, Sprechen oder Lesen zumindest nicht als gut ein, d.h. sie wählen die Kategorien „es geht so“ oder „eher schlecht bzw. gar nicht“. Beim Schreiben der deutschen Sprache trifft dies sogar auf rund jede dritte befragte Person in diesen Altersgruppen zu. 16 % der 45- bis 79-Jährigen geben sogar an, die deutsche Schriftsprache (d.h. letztlich Bildungssprache) eher schlecht oder gar nicht zu beherrschen.

Darüber hinaus ist auch ein **Bildungseffekt** festzustellen, **weniger in Bezug auf das Verstehen oder Sprechen, aber eindeutig mit Blick auf das Lesen oder Schreiben der deutschen Sprache**: 36 % der Migranten/-innen mit niedriger Bildung können Deutsch schreiben, 50 % lesen; bei den Befragten mit Migrationshintergrund und hoher Schul-/Berufsausbildung liegen die entsprechenden Anteile bei 52 % (Schreiben) und 62 % (Lesen).

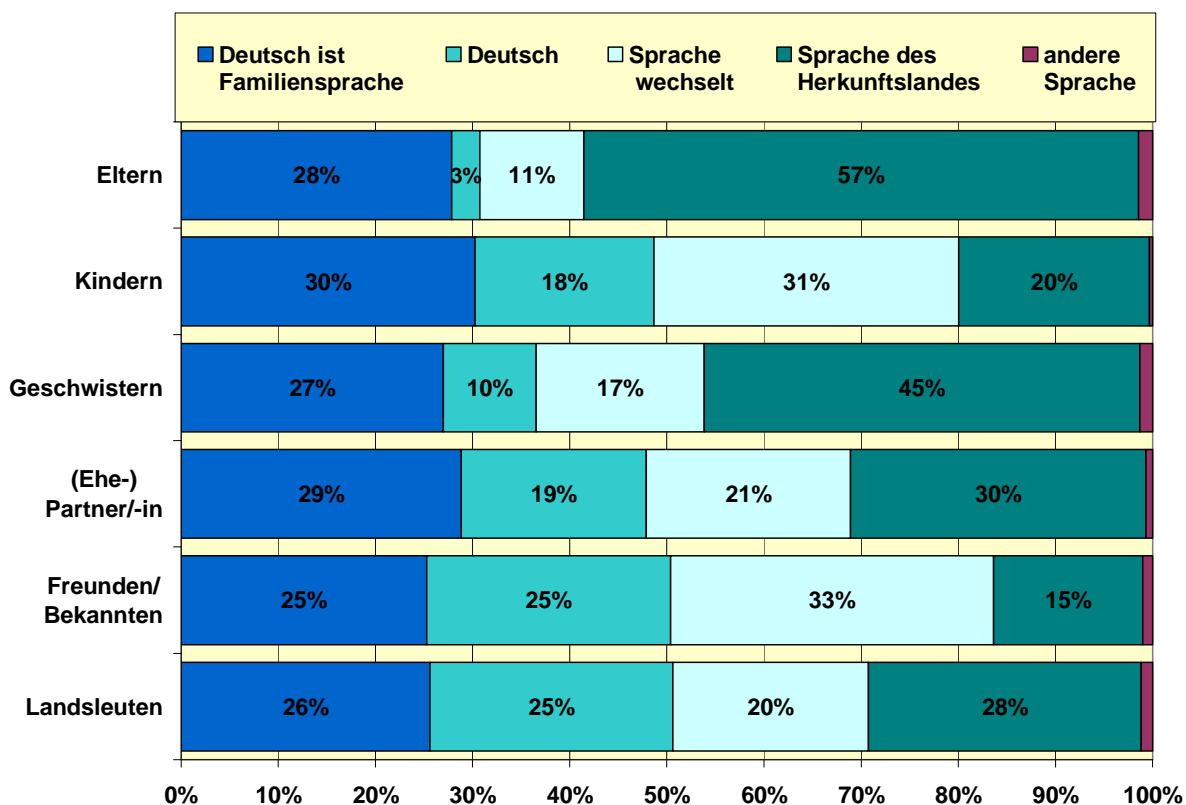
5.5.2 Sprache in der persönlichen Kommunikation

Kulturelle und sprachliche Vielfalt ist eine Folge von Zuwanderung und Mobilität und beeinflusst die gesellschaftliche Realität und ihre Institutionen. Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Ressource für jedes Individuum in der globalisierten Gesellschaft. Wer mehrsprachig ist, kann sich im Alltag zweier oder mehrerer Sprachen bedienen und von einer Sprache in die andere wechseln. Dabei können die Gebrauchssituationen für die jeweilige Sprache ganz unterschiedlich sein, da mit der Sprache auch Traditionen, kulturelle Deutungen, Werte, Erfahrungen und Emotionen transportiert werden. Aus diesem Grunde ist es wichtig zu wissen, in welchem Umfeld und bei welchen Kontakten welche Sprache gesprochen wird.

Wie die Grafik 5.5.6 (vgl. auch Tabellen 5.5.10 bis 5.5.16) auf der nächsten Seite zeigt, sprechen die befragten Migranten und Migrantinnen **am häufigsten mit ihren Freunden/Bekannt**

¹ Hartmut Esser formuliert z.B., dass „der Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes eine zentrale Bedingung zunächst jeder weiteren Sozialintegration der Migranten außerhalb des ethnischen Kontextes (ist): Bildungserfolg, die Platzierung auf interessanten Positionen, die Aufnahme von Kontakten und die Strukturierung von Identitäten hängen allesamt deutlich von sprachlichen Kompetenzen ab ...“, in Hartmut Esser, Sprache und Integration, Frankfurt am Main 2006, S. 52

Grafik 5.5.6: Sprache bei Unterhaltungen mit verschiedenen Personengruppen bei Migranten/-innen



Deutsch. Neben denjenigen, die mit der deutschen Sprache in der Familie aufgewachsen sind¹, gibt ein Viertel der Befragten mit Migrationshintergrund an, Unterhaltungen in Deutsch zu führen. Weitere 33 % sprechen mit Freunden/Bekanntem zumindest teilweise Deutsch, d.h. wechseln zwischen der Muttersprache und Deutsch. **Deutsch gehört also insgesamt für über 80 % der Migrantinnen und Migranten zur üblichen Verständigung im Freizeitbereich, also mit Freunden und Bekannten.**

Bei Unterhaltungen mit Landsleuten wird nicht die Sprache des Herkunftslandes überwiegend genutzt. **Nur etwa 28 % der befragten Migranten/-innen geben an, bei solchen Gesprächen nie deutsch zu sprechen.**

Deutsch gehört bei Unterhaltungen mit den Kindern für eine breite Mehrheit zum Alltag: neben denjenigen, für die Deutsch die Sprache ist, mit der sie selbst aufgewachsen sind, geben

¹ Der Anteil bei den einzelnen Items schwankt zwischen 25 % und 30 %, da jeweils auf die Gruppe der Befragten, die die Frage bzw. das Item beantworten konnte, prozentuiert wurde. Da manche Befragte z.B. keine Kinder oder Geschwister haben oder deren Eltern nicht mehr leben, ändert sich diese Prozentuierungsbasis.

18 % an, dass sie mit ihren Kindern nur Deutsch sprechen. Ebenfalls fast ein Drittel (31 %) wechselt zwischen Deutsch und der Sprache des Herkunftslandes. Wenn die Beherrschung der deutschen Sprache eine Basiskompetenz für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist, so ist insbesondere der Sprachgebrauch bei Unterhaltungen mit Kindern von Bedeutung, da diese sich sozusagen noch im Prozess des Hineinwachsens in die Gesellschaft befinden. **Nur ein Fünftel der befragten Migranten und Migrantinnen gibt an, sich mit den Kindern in der Sprache des Herkunftslandes zu unterhalten.** Potentiell wird damit die Herausbildung von Mehrsprachigkeit als Ressource unterstützt. Allerdings gibt es hier große Unterschiede zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen.

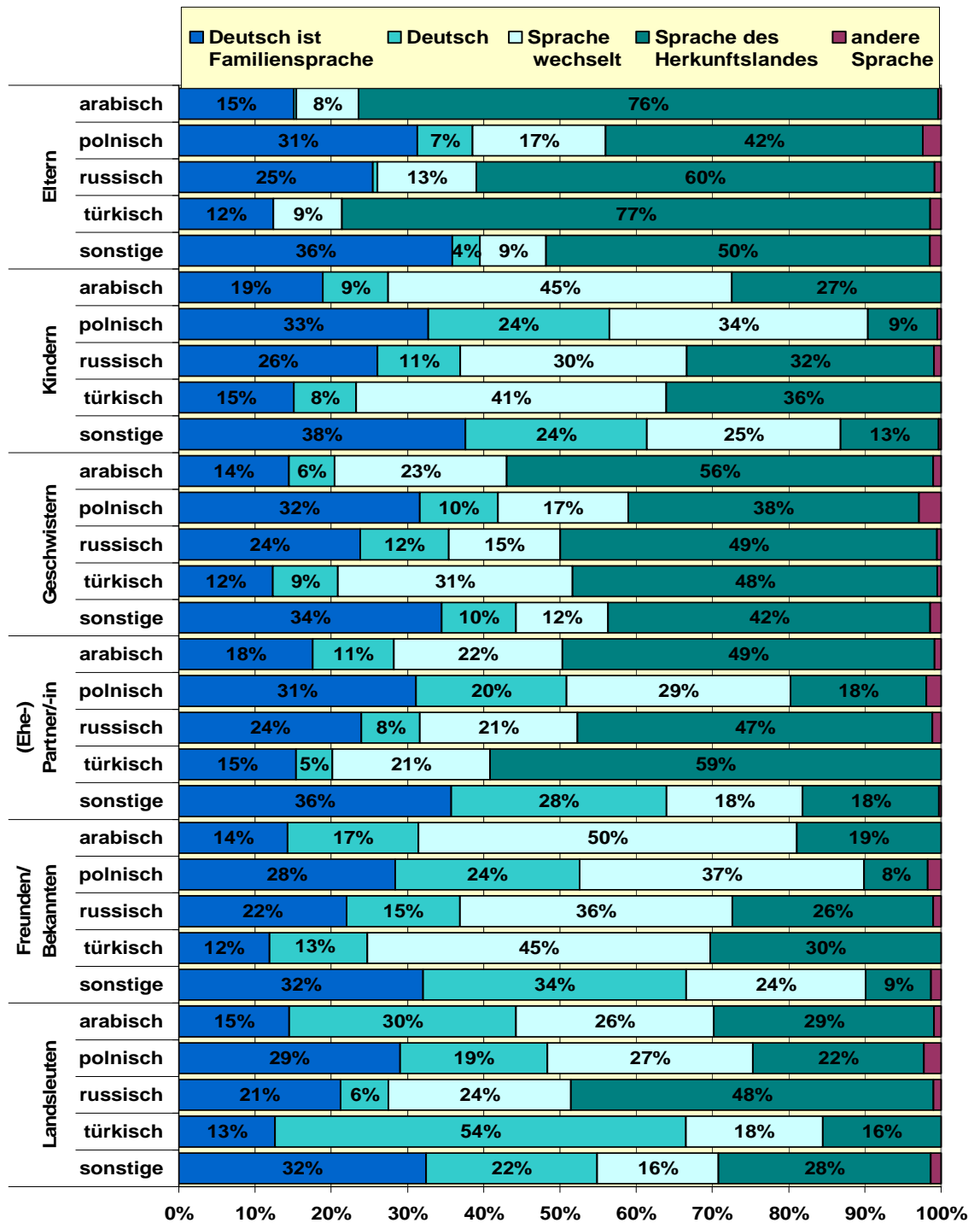
Grafik 5.5.7 auf der nächsten Seite zeigt, dass eine kleine Minderheit der Befragten aus der polnischen (9 %) und aus den sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppen (13 %) nicht deutsch spricht. Bei Befragten, die zur russischen (32 %) und zur türkischen (36 %) Migrantengruppe gehören, unterhalten sich rund ein Drittel mit ihren Kindern ausschließlich in der Sprache ihres Herkunftslandes.

Auffällig ist allerdings, dass **Mehrsprachigkeit, also auch der natürliche Wechsel der Sprache während einer Unterhaltung, mit den eigenen Kindern gerade bei türkischen Befragten (41 %) und vor allem auch bei arabischen Befragten (45 %) besonders ausgeprägt ist.** Hier wird also in der Familie mit der Mehrsprachigkeit eine wichtige Ressource in der globalen Gesellschaft vermittelt.

Mit dem Ehepartner bzw. der Ehepartnerin unterhält sich fast ein Drittel nicht in Deutsch, sondern in der Sprache des Herkunftslandes, weitere 21 % wechseln zwischen dieser und der deutschen Sprache. Auch hier unterschieden sich die Sprach-/Herkunftsgruppen: mehr als die Hälfte der türkischen Befragten (59 %) und knapp die Hälfte der Befragten mit arabischem (49 %) oder russischem (47 %) Migrationshintergrund sprechen mit ihren (Ehe-)Partnern nur die Sprache des Herkunftslandes, bei polnischen Befragten liegt dieser Anteil nur bei 18 %.

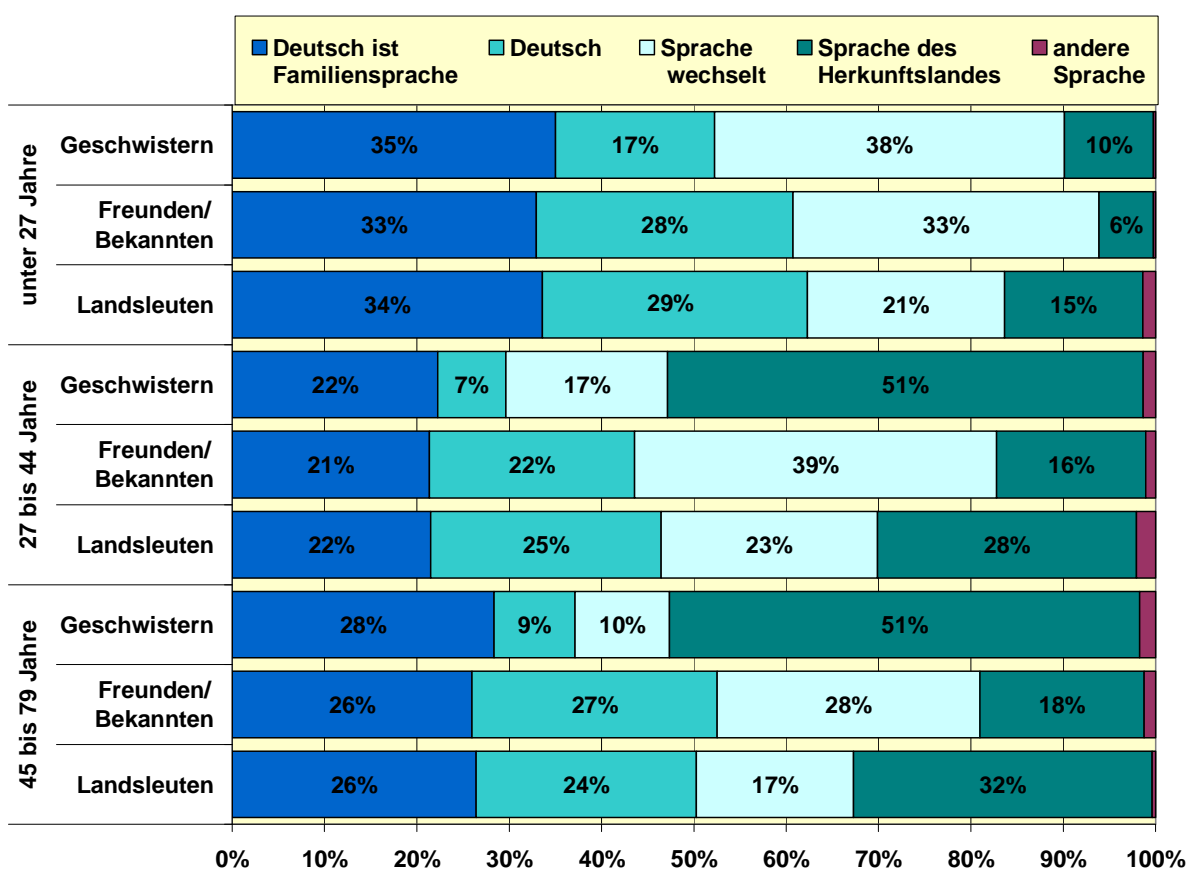
Mit den eigenen Eltern (57 %) werden von den Migranten und Migrantinnen insgesamt Gespräche hauptsächlich in der Sprache des Herkunftslandes geführt. Dies gilt mit Ausnahme der polnischen Befragten (42 %) für alle anderen Sprach-/Herkunftsgruppen, **vor allem aber für die Befragten aus dem türkischen (77 %) und arabischen (76 %) Sprachraum.**

Grafik 5.5.7: Sprache bei Unterhaltungen mit verschiedenen Personengruppen bei Migranten/-innen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Auch bei Unterhaltungen mit den Geschwistern ist die Sprache des Herkunftslandes von hoher Bedeutung: fast die Hälfte der Befragten mit Migrationshintergrund insgesamt (45 %) sprechen nicht Deutsch miteinander. Auch in diesem Zusammenhang gilt dies weniger ausgeprägt für polnische (38 %) und verstärkt für arabische (56 %) Befragte. Allerdings ist hier auch ein deutlicher Alterseffekt festzustellen. Wie Grafik 5.5.8 zeigt, sprechen nur 10 % der unter 27-Jährigen mit ihren Geschwistern ausschließlich die Sprache ihres Herkunftslandes bzw. der Eltern, bei den älteren Befragten ist es dagegen mit 51 % die Mehrheit. Bei den unter 27-Jährigen wechselt die größte Gruppe (38 %) zwischen Deutsch und der Herkunftssprache.

Grafik 5.5.8: Sprache bei Unterhaltungen mit verschiedenen Personengruppen bei Migranten/-innen nach Altersgruppen



Im Vergleich der Personengruppen, mit denen in allen Altersgruppen Kontakte und damit Gespräche unterstellt werden können, fällt positiv auf, dass für die jüngeren Befragten in der breiten Mehrheit Deutsch zu ihrem Alltag gehört. Nur eine kleine Minderheit kommuniziert nicht in Deutsch. Dies bestätigt den Befund, der bereits in Zusammenhang mit der Analyse der Sprachkenntnisse herausgestellt wurde.

5.5.3 Mediennutzung und Sprache

Je nach Ausprägung der Sprachkenntnisse und des Sprachgebrauchs haben Mehrsprachige die Möglichkeit, eine breitere Palette von Medien- und Informationsangeboten zu nutzen, d.h. in Deutsch und/oder in der jeweiligen Herkunftssprache.

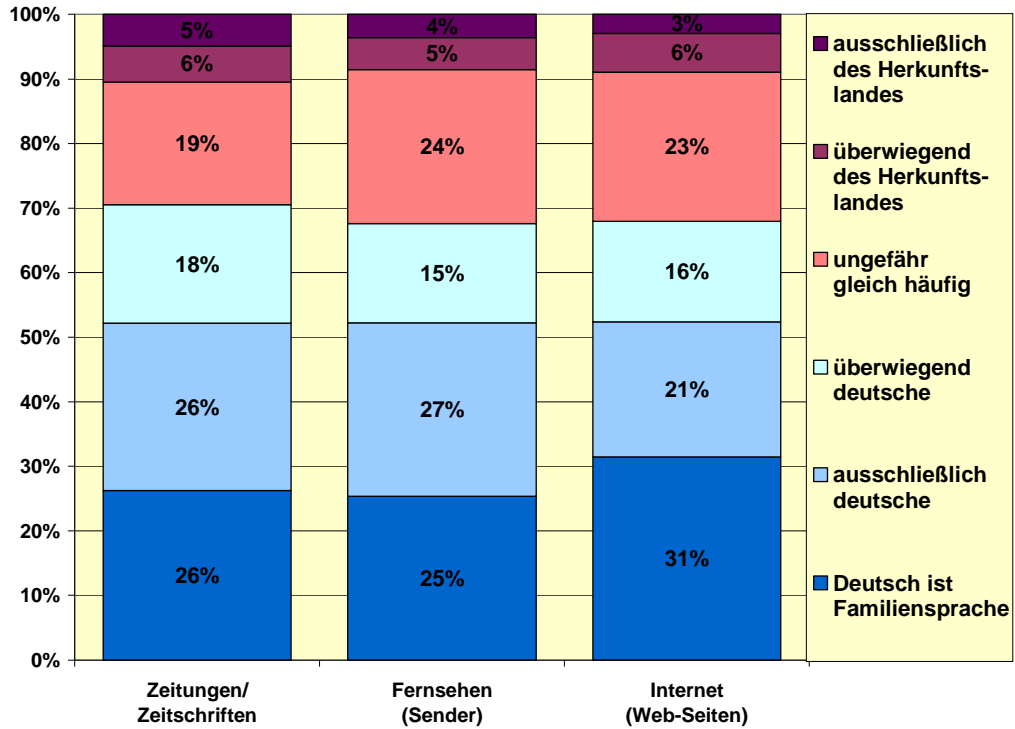
Im Rahmen der Umfrage wurde gefragt, in welcher Sprache die Befragten die Medien Zeitungen bzw. Zeitschriften, Fernsehen und Internet nutzen.¹ Aus den Tabellen 5.5.17 bis 5.5.19 ist in diesem Zusammenhang zu entnehmen, dass das Fernsehen für nahezu alle Befragten mit Migrationshintergrund genutzt wird.² Auch Zeitungen und Zeitschriften liest die breite Mehrheit, nur bei arabisch sprechenden Befragten liegt der Anteil, der angibt dies nicht zu tun, mit 9 % vergleichsweise hoch. Beim Internet bzw. den hier genutzten Web-Seiten können dagegen zum Teil größere Gruppen keine Angaben machen, da kein Zugang besteht oder dieses Medium nicht genutzt wird. Dies sind vor allem Befragte mit niedriger Schul-/Berufsausbildung (28 %), ältere Befragte ab 45 Jahren (23 %) und Frauen (17 %).

In Bezug auf die Nutzung von Zeitungen/Zeitschriften, Fernsehen und Internet ist zunächst aber festzustellen, dass **jeweils die Mehrheit der Befragten mit Migrationshintergrund überwiegend oder sogar ausschließlich deutsche Medien** nutzt. Neben denjenigen, die mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen sind, sind dies – wie Grafik 5.5.9 auf der nächsten Seite verdeutlicht – bei den Zeitungen/Zeitschriften 44 %, bei den Fernsehsendern 42 % und bei den Web-Seiten im Internet 37 %. Mehrsprachigkeit ist auch bei der Mediennutzung durchaus häufig gegeben: 19 % nutzen deutsche und „muttersprachliche“ Zeitungen/Zeitschriften ungefähr gleich häufig; beim Fernsehen und der Internetnutzung trifft dies auf knapp ein Viertel der Befragten mit Migrationshintergrund zu. **Nur etwa jede zehnte Person konzentriert sich ausschließlich oder überwiegend auf Medien in der Sprache des Herkunftslandes.**

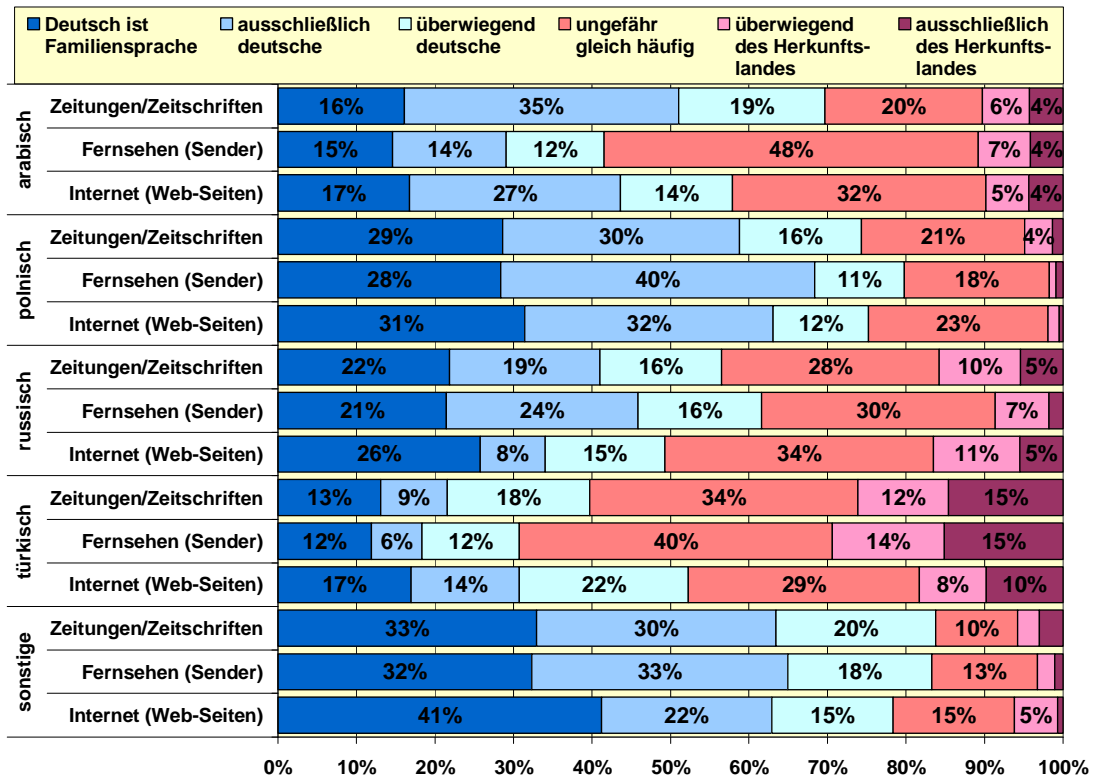
¹ Auch diese Frage ist allerdings nicht an die Personen gerichtet worden, die mit Deutsch in der Familie aufgewachsen sind. Dies bedeutet, für diese Personengruppe liegen keine Informationen zur Mediennutzung vor. Hier wird unterstellt, dass sie die Medien in deutscher Sprache nutzen.

² Es ist zu berücksichtigen, dass ein relativ hoher Anteil (zwischen 8 % und 13 %) keine Angabe zu der Frage der Mediennutzung gemacht hat. Aus diesem Grunde ändert sich auch je nach Item die Prozentuierungsbasis und damit der Anteil der Personen, die mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen sind.

Grafik 5.5.9: Sprache bei der Nutzung von verschiedenen Informationsquellen durch Migranten/-innen



Grafik 5.5.10: Sprache bei der Nutzung von verschiedenen Informationsquellen durch Migranten/-innen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Eine Einzelbetrachtung nach Sprach- bzw. Herkunftsgruppen lässt aber erkennen, dass die **Befragten mit türkischer Herkunft weit überdurchschnittlich häufig Medien in der Sprache des Herkunftslandes** nutzen. Jeweils mehr als ein Viertel liest überwiegend oder ausschließlich türkische Zeitungen/Zeitschriften (27 %) oder schaut türkisches Fernsehen (29 %) und knapp ein Fünftel (18 %) surft im Internet auf türkischen Web-Seiten. Ein nicht unbeträchtlicher Anteil der Befragten aus der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe verwendet etwa gleich häufig deutsche und türkische Medien; dies gilt insbesondere für das Lesen von Zeitungen/Zeitschriften (34 %) und das Fernsehen (40 %). Nur beim Internet ist die Nutzung des Mediums in deutscher Sprache vorrangig.

Auch russisch sprechende Migranten und Migrantinnen lesen vergleichsweise häufig Zeitungen/Zeitschriften (15 %) überwiegend oder ausschließlich in ihrer Herkunftssprache oder nutzen entsprechend kyrillische Web-Seiten im Internet (16 %).

Bei Befragten mit arabischem Einwanderungshintergrund spielen insbesondere beim Fernsehen arabische Sender eine große Rolle: fast die Hälfte sieht diese ebenso häufig wie deutsche Sender, jede(r) Zehnte schaut überwiegend oder ausschließlich Sender in arabischer Sprache.

Medien in deutscher Sprache werden jeweils zu den größten Anteilen von den Befragten mit polnischem Migrationshintergrund und vor allem von denjenigen aus den sonstigen Herkunftsgruppen genutzt.

Insgesamt zeigen sich bei der Nutzung der verschiedenen Medien keine großen Alterseffekte in der verwendeten Sprache. In der Tendenz werden Medien in der Sprache des Herkunftslandes (des eigenen oder das der Eltern) von jüngeren Befragten (unter 27 Jahren) mit Migrationshintergrund noch seltener als von älteren – überwiegend oder ausschließlich – genutzt.

Mit Blick auf die Bildung der befragten Migrantinnen und Migranten ergibt sich ein leicht überdurchschnittlicher Medienkonsum auch in der Sprache des Herkunftslandes, wenn nur eine niedrige Schul-/Berufsausbildung gegeben ist. Dies gilt insbesondere für die Wahl der Sender beim Fernsehen.

5.6 Zusammen leben

Die subjektiv wahrgenommenen Lebensbedingungen in einer Stadt, einem Stadtteil und im eigenen Wohnquartier sind entscheidend für das Gefühl der Verbundenheit und den Grad der Identifikation mit dem lokalen Raum.¹ Hierbei spielen die individuellen Beziehungsnetze im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft eine große Rolle. Das Erscheinungsbild, die Lebensformen, die kulturelle und ethnische Vielfalt und die Art der Kontakte im Wohnquartier sind prägend dafür, ob die unmittelbare Lebensumwelt eher positiv oder eher negativ wahrgenommen wird.

Dabei gehört zur Alltagsrealität einer Großstadt, dass sich Bevölkerungsgruppen nach Merkmalen wie sozialer Schicht, ethnisch-kulturellem Hintergrund oder Lebensstil unterschiedlich auf Wohnstandorte verteilen (Segregation²). Diese Verteilung wird je nach Gruppenmerkmal, Ausprägung und Korrespondenzen mit sozialen Ungleichheiten als förderlich oder überfordernd wahrgenommen.

Mit einer Reihe von Fragen sollte ermittelt werden, wie die einheimischen Deutschen und die Migrantinnen und Migranten ihr Lebensumfeld und ihr „Zusammen leben“ im Wohngebiet wahrnehmen, ihr Verhältnis untereinander bewerten und welche Netzwerke, Nachbarschaften und Freundschaften ihre sozialen Kontakte in der Freizeit bestimmen.

5.6.1 Nachbarschaftliches Miteinander bzw. Nebeneinander

Eine der Fragen zum Thema Nachbarschaft bezog sich auf das unmittelbare Wohngebiet der Befragten. Zunächst ist festzustellen, dass rund ein Fünftel (19 %, siehe Tabelle 5.6.1) der Befragten keine Auskunft zum „Zusammen leben“ von Menschen unterschiedlicher Herkunft im unmittelbaren Wohngebiet geben kann. Von den einheimischen Deutschen geben 23 % an, dass keine Migrantinnen oder Migranten in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, d.h. im Umkreis von ca. 10 Minuten Fußweg) leben. Von den Migranten/-innen sagen 5 %, dass in ihrem Wohngebiet keine einheimischen Deutschen wohnen. Da die Fallzahl allerdings viel zu gering ist (6 Befragte), kann hieraus nicht abgeleitet werden, dass es in Essen einzelne Wohngebiete gibt, in denen die Segregation bereits weit fortgeschritten ist.

Insgesamt ist der Anteil der Befragten, die sich nicht zu ihrer Einschätzung des Verhältnisses von einheimischen Deutschen und Migranten/-innen äußern wollen (ohne Angabe 1 %) oder können (weiß nicht 2 %), gering. **44 % der Befragten** geben an, dass in ihrem Wohngebiet die Men-

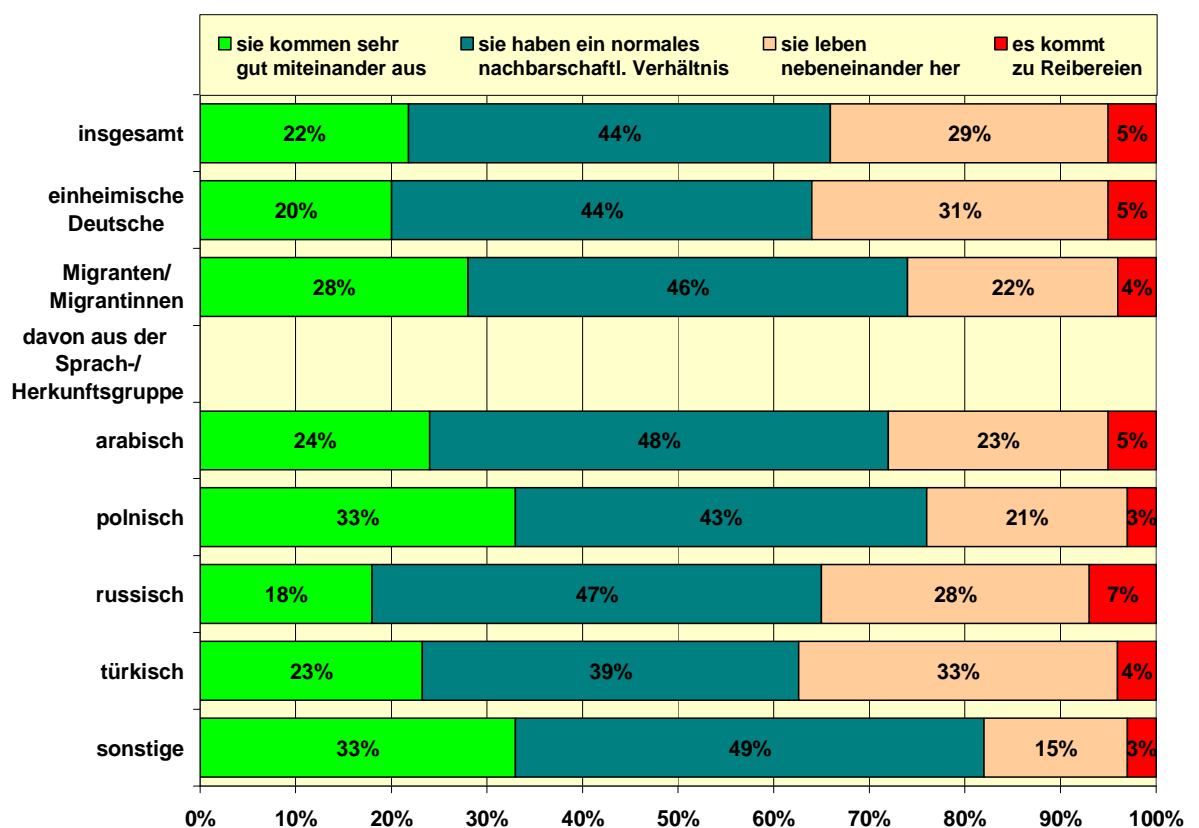
¹ zur emotionalen Bindung der Befragten an die Stadt Essen bzw. das unmittelbare Wohngebiet siehe Kapitel 5.4

² vgl.: Definition Segregation des Deutschen Instituts für Urbanistik, DIFU Berichte 1/2006

schen unterschiedlicher Herkunft ein **normales nachbarschaftliches Verhältnis** haben. **22 %** beurteilen das Zusammenleben sehr positiv und sagen einheimische Deutsche und Migranten/-innen **kommen sehr gut miteinander aus**. Die Gruppe der Befragten, die **weniger von einem Zusammenleben als eher einem Nebeneinanderleben** sprechen würden, ist mit **29 %** allerdings etwas größer. **Nur eine kleine Minderheit von 5 % sieht Probleme bzw. berichtet von Reibereien.**¹

Wie aus Grafik 5.6.1 zu entnehmen ist, **beurteilen die Migrantinnen und Migranten das Verhältnis positiver als die einheimischen Deutschen**. Bei den Migrantinnen und Migranten ist die Gruppe derjenigen, die von einem sehr guten Miteinander (28 %) spricht, größer als die Gruppe, die nur von einem nebeneinanderher Leben berichtet (22 %). Dies gilt allerdings nicht

Graphik 5.6.1: Einschätzung des Zusammenlebens von einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen im Wohngebiet nach Sprach-/Herkunftsgruppen



¹ Nur 67 Befragte machten Angaben zu dieser Frage. Eine sich anschließende Frage nach dem Anlass für diese Reibereien ist insofern nur in der Tendenz auszuwerten. Soweit Angaben gemacht wurden, stehen bei den Migranten/-innen Probleme im Vordergrund, die auf unterschiedliche Lebensstile von Deutschen und Migranten/-innen zurückgeführt werden, von den einheimischen Deutschen werden vorrangig Probleme aufgrund von Belästigungen durch Lärm, Geruch oder Müll etc. genannt.

für die Migranten und Migrantinnen, die die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an haben (siehe Tabelle 5.6.1). Bei den einheimischen Deutschen dagegen wählen nur 20 % die Antwortkategorie „kommen gut miteinander aus“, aber 31 % „leben nebeneinander her“. Ein eindeutiger Alters- oder Bildungseffekt ist bei beiden Gruppen nicht festzustellen.

Eine Betrachtung der Sprach-/Herkunftsgruppen zeigt jedoch, dass sich die Einschätzungen bei Migrantinnen und Migranten unterscheiden. **Befragte aus den russischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppen sehen das Verhältnis zu einheimischen Deutschen insgesamt distanzierter bzw. kritischer:** der Anteil der Personen, die ein sehr gutes Miteinander in ihrem Wohngebiet (18 % bzw. 23 %) erleben, liegt unter dem Durchschnitt (28 %) und zudem deutlich unter dem Anteil an Befragten, die das Zusammenleben nur als „nebeneinander leben“ beschreiben.

Unabhängig von dem konkreten Verhältnis in dem eigenen Wohngebiet ist **mit einem Anteil von rund drei Vierteln (74 %) eine überwältigende Mehrheit der Befragten der Meinung, dass es gut sei, wenn einheimische Deutsche und Migrantinnen und Migranten als Nachbarn zusammen leben** (vgl. Tabelle 5.6.2). Nur 6 % vertreten die Auffassung, es sei besser, wenn sie getrennt leben und ein Fünftel ist in dieser Frage indifferent („es ist mir egal“).¹

Migranten und Migrantinnen (80 %) betonen noch stärker als einheimische Deutsche (73 %) die Bedeutung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Allerdings fällt auf, dass Befragte aus der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe (23 %) häufiger als alle anderen Migranten/-innen (zwischen 10 % und 17 %) sagen, dass es ihnen egal sei, ob die Gruppen zusammen oder getrennt leben.

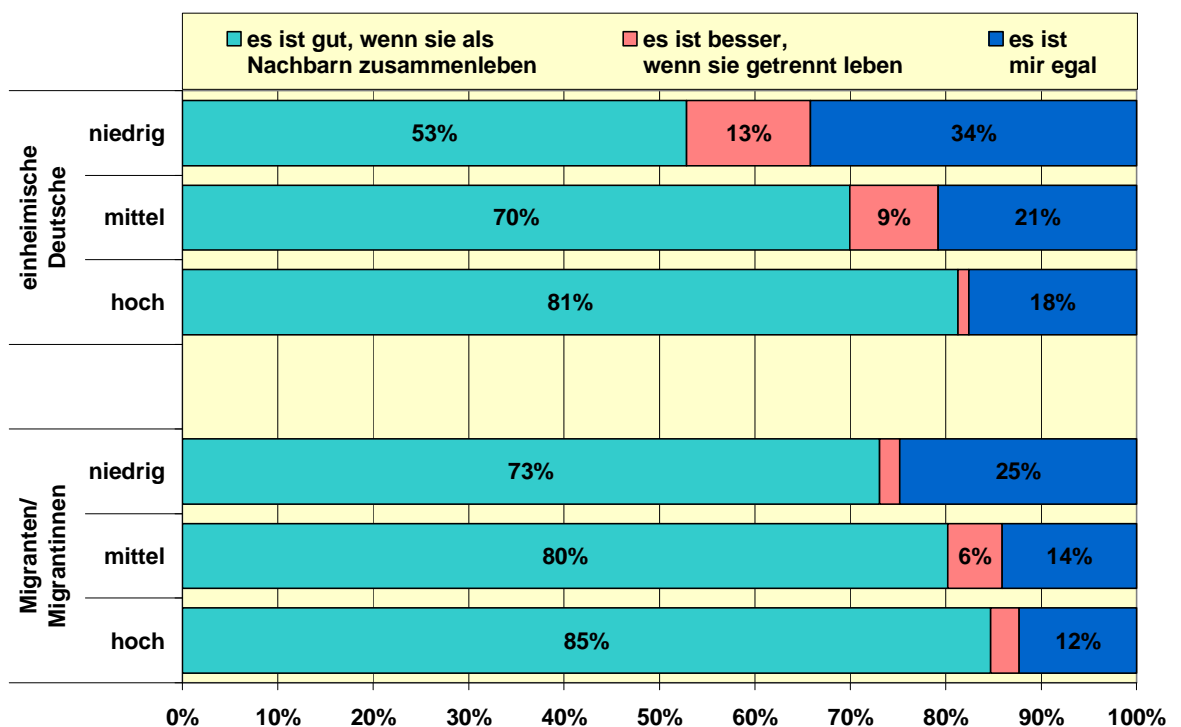
Gebildete Befragte stehen sowohl bei den einheimischen Deutschen wie bei den Migranten/-innen dem Zusammenleben als Nachbarn positiver gegenüber als weniger Gebildete. Die Unterschiede sind – wie Grafik 5.6.2 auf der nächsten Seite zeigt – bei einheimischen Deutschen stärker ausgeprägt als bei Migranten/-innen: z. B. schwankt der Anteil der Personen, die ein Zusammenleben der Gruppen deutlich befürwortet, bei einheimischen Deutschen zwischen 53 % bei einem niedrigen Schul-/Ausbildungsstatus und 81 % bei den Befragten mit einem hohen Schul-/Ausbildungsstatus. In der Migrantengruppe liegt die Spannweite diese Anteilswerte zwischen 73 % und 85 %. **Der Anteil der Befragten, der die Meinung vertritt, es sei besser,**

¹ 4 % aller Befragten machen die Antwort auf die Frage des Zusammenlebens als Nachbarn von der Herkunft der Migrantinnen und Migranten abhängig. Dies war allerdings keine Antwortmöglichkeit, die dem Befragten vorgelesen wurde, sondern wurde nur bei spontaner Meinungsäußerung der Befragten vermerkt.

wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft getrennt leben, ist bei den einheimischen Deutschen mit niedriger Bildung/Ausbildung mit 13 % am höchsten.

Auffallend ist, dass bei den Befragten mit niedriger Schul-/Berufsausbildung das Thema offensichtlich von geringem Interesse ist: mehr als ein Drittel der einheimischen Deutschen und 25 % der Migranten/-innen antworten auf die Frage nach der besten Form des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft mit „es ist mir egal“. Darüber hinaus zeigt eine differenziertere Betrachtung nach Altersgruppen, dass insbesondere die jüngeren deutschen Befragten unter 27 Jahre überdurchschnittlich häufig (29 %) indifferent bezüglich dieser Frage sind.

Graphik 5.6.2: Einschätzung des Zusammenlebens von einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen als Nachbarn nach der Schul-/Berufsausbildung



5.6.2 Persönliche Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten bzw. Migrantinnen

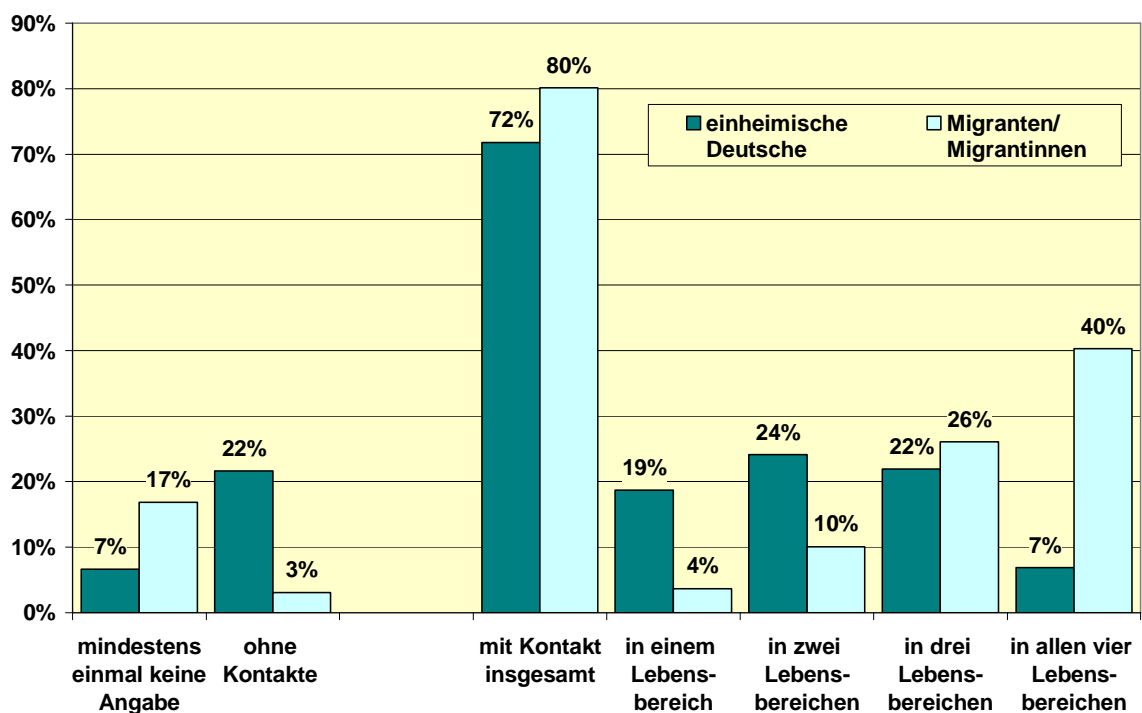
Persönliche Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen, das Kennenlernen der unterschiedlichen Kulturen, Lebensgewohnheiten und Mentalitäten können dazu beitragen, gegenseitige Vorurteile abzubauen und damit das Zusammenleben zu fördern. Wenn der

Kontakt jedoch nicht positiv verläuft, kann auch das Gegenteil eintreten, können Hürden aufgebaut werden, die nur schwer zu überwinden sind. ¹

Sowohl die einheimischen Deutschen als auch die Migrantinnen und Migranten wurden deshalb nach ihren persönlichen Kontakten zur jeweils anderen Gruppe befragt und zwar bezogen auf vier Lebensbereiche: eigene Familie oder nähere Verwandtschaft, Arbeitsplatz/Schule bzw. Universität, Nachbarschaft und sonstiger Freundes-/Bekanntekreis. ²

Migrantinnen und Migranten machen häufiger keine Angaben zu diesen Kontaktfragen als einheimische Deutsche (siehe auch Tabellen 5.6.3 und 5.6.4). Möglicherweise ist dies nicht als Verweigerung der Auskunft zu werten, sondern vielmehr als Ausdruck des Unverständnisses für diese Fragestellung in ihrer Lebenssituation. Dies gilt zumindest für eine Befragtengruppe, nämlich Migrantinnen und Migranten, die die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an haben. Von diesen Befragten macht rund ein Drittel nicht alle Angaben.

Graphik 5.6.3: Angaben zu Kontakten zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/ Migrantinnen in verschiedenen Lebensbereichen



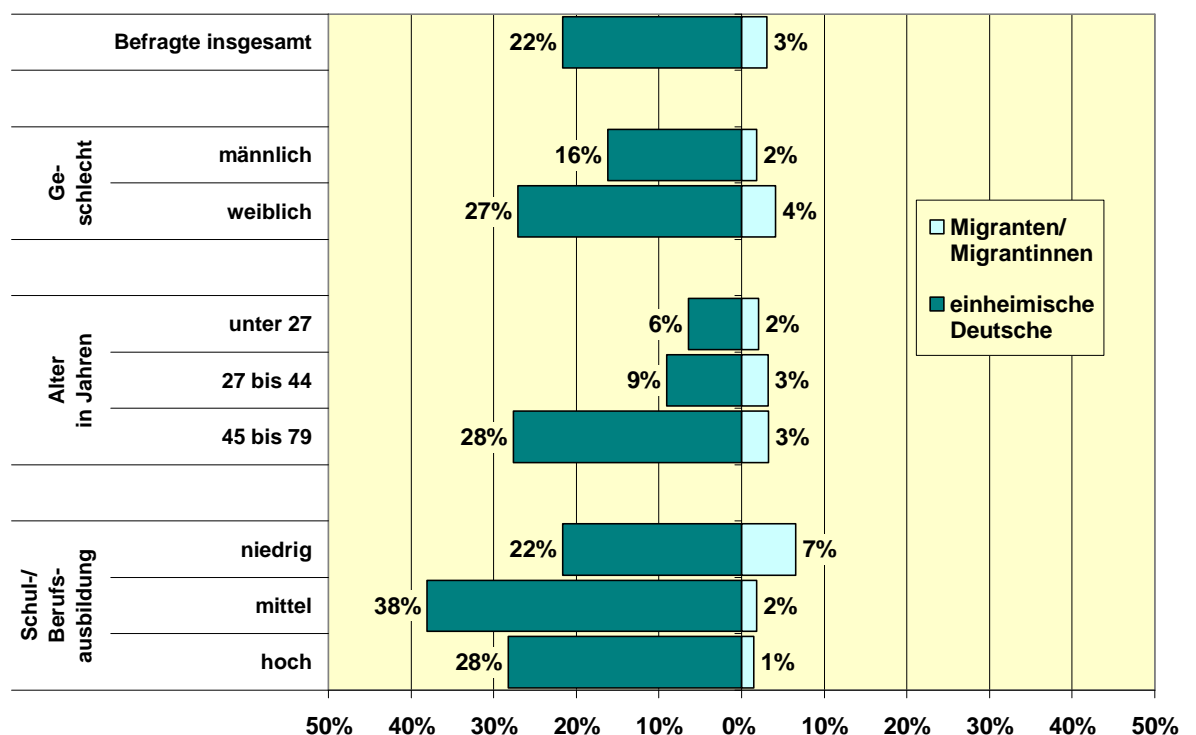
¹ Zu den zwiespältigen Bedingungen und Auswertungen von „Interethnischen Kontakten“ vgl. Miller, N.D./Brewer, M.B., Eds. (1984) Groups in Contact. The Psychology of Desegregation. Orlando, Florida)

² Dabei ging es in erster Linie um Selbstauskünfte zum Umfang des Kontakts, nicht zu dessen Form, also der Kontaktqualität, z. B. Art der Kommunikation (nur „sehen“ oder „miteinander kommunizieren“).

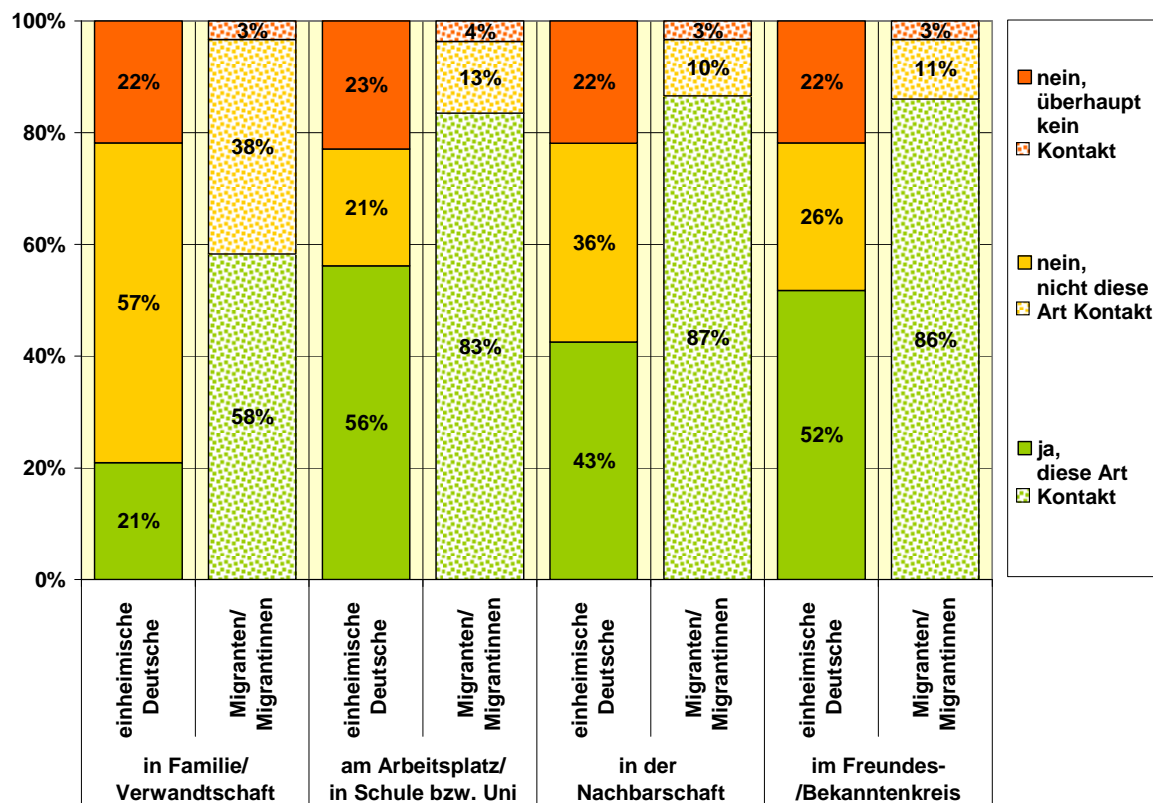
Aus Grafik 5.6.3 ist aber dennoch eindeutig zu entnehmen, dass **die große Mehrheit der Befragten eindeutig Kontakte zu Bevölkerungsgruppen anderer Herkunft hat**. Natürlich liegt dieser Anteil bei den **Migranten/-innen (80 %)** höher als bei den **einheimischen Deutschen (72 %)**, da hier die Vermeidung von Kontakt deutlich schwerer ist. Dies zeigt sich auch in der Tatsache, dass Migrantinnen und Migranten (40 %) deutlich häufiger als einheimische Deutsche (7 %) angeben, in allen vier Lebensbereichen Kontakt zu haben.

Gut ein Fünftel (22 %) der befragten einheimischen Deutschen hat keinerlei Kontakte zu Migranten/-innen in den angesprochenen Lebensbereichen. Wie Grafik 5.6.4 zeigt, trifft dies in dieser Befragtengruppe überdurchschnittlich häufig auf Frauen, ältere Befragte ab 45 Jahre und Personen mit mittlerer Bildung zu. Von den befragten **Migrantinnen und Migranten haben insgesamt nur 3 % keinerlei Kontakt zu einheimischen Deutschen.**

Graphik 5.6.4: Befragte ohne Kontakt zu Personen anderer Herkunft nach Geschlecht, Alter und Schul-/Berufsausbildung



Graphik 5.6.5: Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen in verschiedenen Lebensbereichen aus Sicht der jeweiligen Herkunftsgruppe



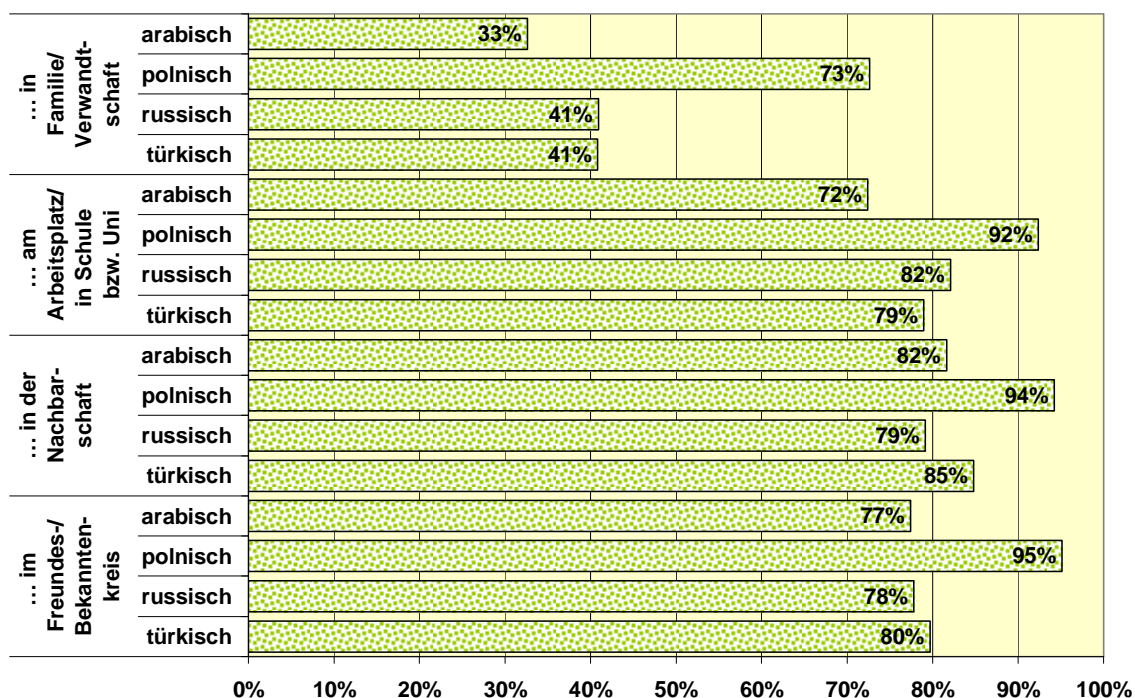
Persönliche Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft sind im Vergleich zu den anderen abgefragten Lebensbereichen deutlich seltener genannt worden: 21 % der einheimischen Deutschen haben Kontakte zu Migrantinnen oder Migranten in der eigenen Familie/Verwandtschaft, umgekehrt sagen mit 58 % mehr als die Hälfte der Befragten mit Migrationshintergrund, dass in der Familie Kontakte zu einheimischen Deutschen bestehen (siehe auch Tabellen 5.6.5 bis 5.6.12). 57 % der einheimischen Deutschen haben zwar in anderen Lebensbereichen Kontakte, nicht jedoch in der eigenen Familie; bei den Migranten/-innen trifft dies auf 38 % zu.

Kontakte zu Menschen aus anderen Herkunftsregionen haben im eigenen Wohngebiet bzw. in der Nachbarschaft mit 43 % weniger als die Hälfte der einheimischen Deutschen. Von den befragten Migrantinnen und Migranten pflegt demgegenüber ein wesentlich größerer Anteil von 87 % persönliche Kontakte zu deutschen Nachbarn. In diesem Zusammenhang ist natürlich die Zusammensetzung der Nachbarschaft und damit die Möglichkeit, mit Menschen anderer Herkunft Kontakt aufzunehmen, entscheidend (vgl. Kapitel 5.6.1).

Der Arbeitsplatz bzw. bei Jüngeren die Schule oder Universität bietet für 56 % der einheimischen Deutschen und 83 % der Migranten/-innen einen eher formalen Rahmen, persönliche Kontakte mit der jeweils anderen Herkunftsgruppe aufzunehmen.¹ Bei den einheimischen Deutschen ist das damit der Lebensbereich, in dem am häufigsten persönliche Kontakt bestehen. Aber auch im informellen Bereich, dem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis, haben mit 52 % mehr als die Hälfte der einheimischen Deutschen Kontakte zu Personen mit Migrationshintergrund. Migranten und Migrantinnen sind hier anscheinend in ihrem persönlichen Umfeld offener: 86 % zählen einheimische Deutsche zu ihrem Freundes-/Bekanntenkreis.

Wie aus Grafik 5.6.6 zu entnehmen ist, sind die für Migrantinnen und Migranten insgesamt beschriebenen Kontaktstrukturen für fast alle Sprach-/Herkunftsgruppen typisch; die Ausnahme sind die polnischen Befragten. Sie haben in allen Lebensbereichen überdurchschnittlich häufig Kontakte zu einheimischen Deutschen. Die größten Unterschiede sind im Bereich der eigenen Familie bzw. näheren Verwandtschaft zu verzeichnen: nur ein Drittel der Befragten

Graphik 5.6.6: Kontakte von Migranten/Migrantinnen zu einheimischen Deutschen in verschiedenen Lebensbereichen nach Sprach-/Herkunftsgruppen

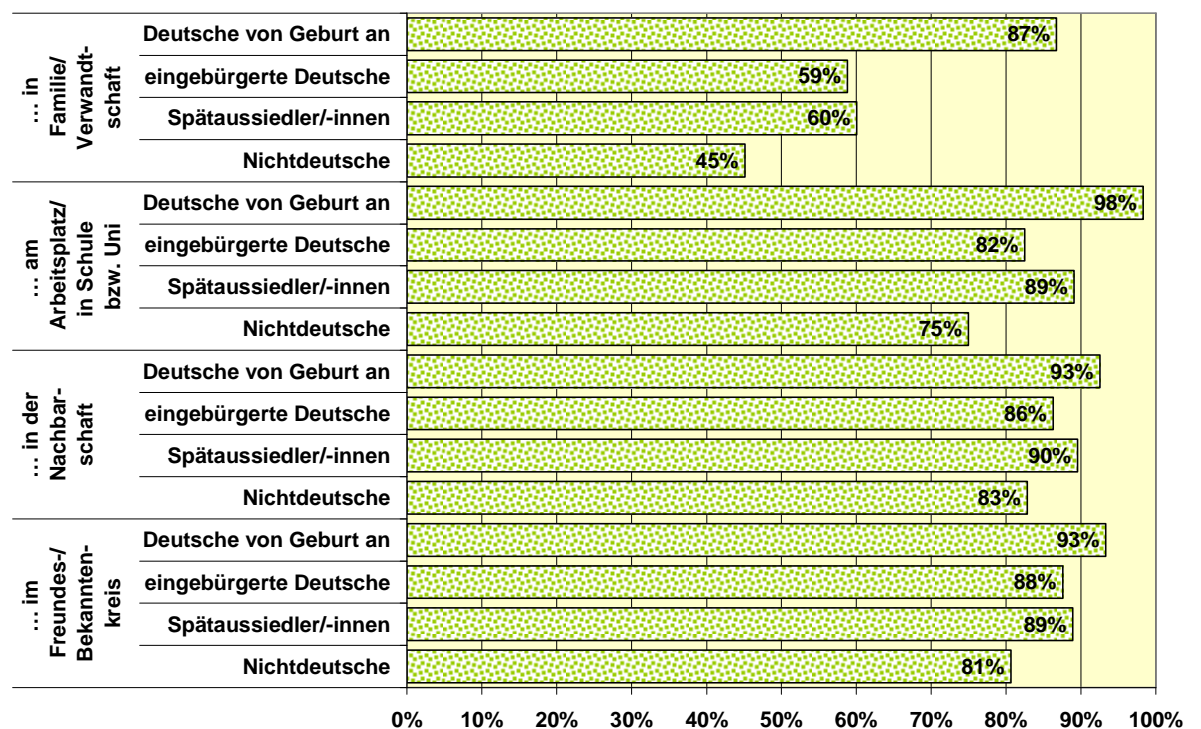


¹ Bei der Frage nach Kontakten am Arbeitsplatz/in der Schule bzw. Universität ist der Anteil der fehlenden Angaben sowohl bei einheimischen Deutschen als auch bei Migrantinnen höher, da sich hier nicht erwerbstätige oder nicht mehr in Ausbildung befindliche Personen natürlich nicht angesprochen fühlen.

aus der arabischen und 41 % der russischen oder türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe aber 73 % der polnischen haben in dem nahen familiären Lebensbereich persönliche Kontakte.

Zu vermuten ist bei diesem Befund, dass die eigene Biografie – also z.B. der Status als Spätaussiedler/-in bzw. eine vollzogene Einbürgerung oder die Tatsache, dass eine Person mit Migrationshintergrund von Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt – eher als die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sprach-/Herkunftsgruppe die Kontakthäufigkeit in den verschiedenen Lebensbereichen bestimmt.

Graphik 5.6.7: Kontakte von Migranten/Migrantinnen zu einheimischen Deutschen in verschiedenen Lebensbereichen nach Art der Staatsangehörigkeit



Die in Grafik 5.6.7 dargestellten Ergebnisse bestätigen dies. **Nichtdeutsche Befragte haben in allen Lebensbereichen seltener Kontakt zu einheimischen Deutschen** als z.B. einbürgerte Deutsche oder Spätaussiedler/-innen, vor allem aber **als Befragte mit Migrationshintergrund, die von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit haben**. Am deutlichsten sind die Unterschiede im engeren Umfeld, also in der Familie oder Verwandtschaft: 45 % der Nichtdeutschen, aber 87 % der Befragten Migranten/-innen, die von Geburt an Deutsche sind, haben zu einheimischen Deutschen in diesem Lebensbereich Kontakte.

Darüber hinaus ergeben sich auch bei Differenzierung der Kontakte nach demografischen Merkmalen (Geschlecht, Alter, Schul-/Berufsausbildung) zum Teil sehr auffallende Unterschiede.

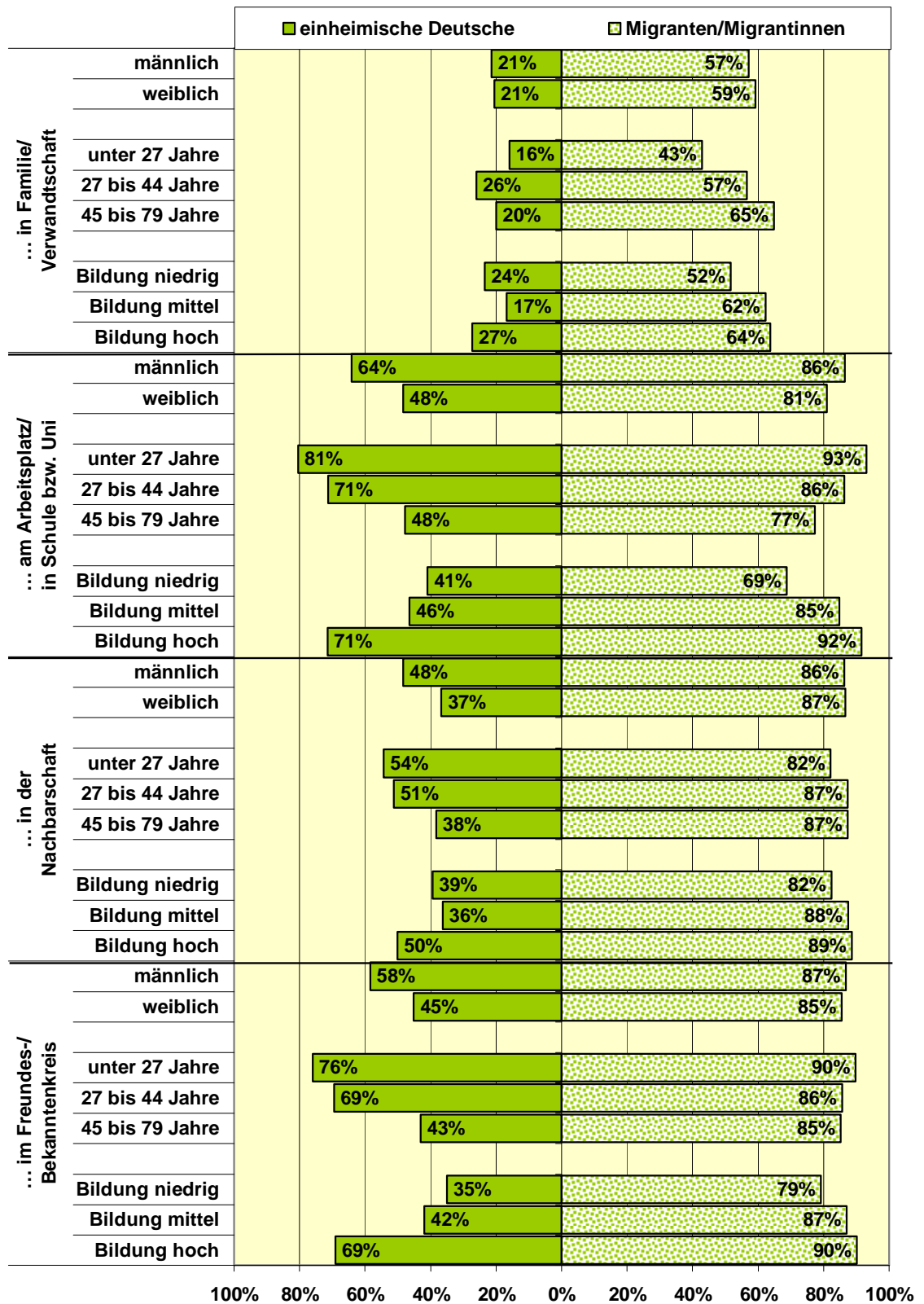
Diese sind – wie Grafik 5.6.8 auf der nächsten Seite verdeutlicht – bei einheimischen Deutschen stärker ausgeprägt als bei Migrantinnen und Migranten. Für beide Gruppen gilt, dass die Unterschiede im Lebensbereich „eigene Familie oder nähere Verwandtschaft“ geringer sind als in den anderen.

Entgegen der allgemein häufig formulierten These haben Migrantinnen in allen Lebensbereichen nahezu ebenso häufig Kontakt zu einheimischen Deutschen wie die männlichen Befragten mit Migrationshintergrund. Die befragten einheimischen deutschen Frauen dagegen geben in drei der vier vorgegebenen Bereiche – Ausnahme ist der Lebensbereich „eigene Familie oder nähere Verwandtschaft“ – seltener als Männer an, Kontakt zu Migrantinnen oder Migranten zu haben.

Auch **altersspezifische Unterschiede** sind **vor allem bei einheimischen Deutschen** zu beobachten: **die 45-Jährigen und älteren Befragten pflegen am Arbeitsplatz etc., in der Nachbarschaft und im Freundeskreis deutlich seltener als Jüngere** Kontakt zu Personen anderer Herkunft.

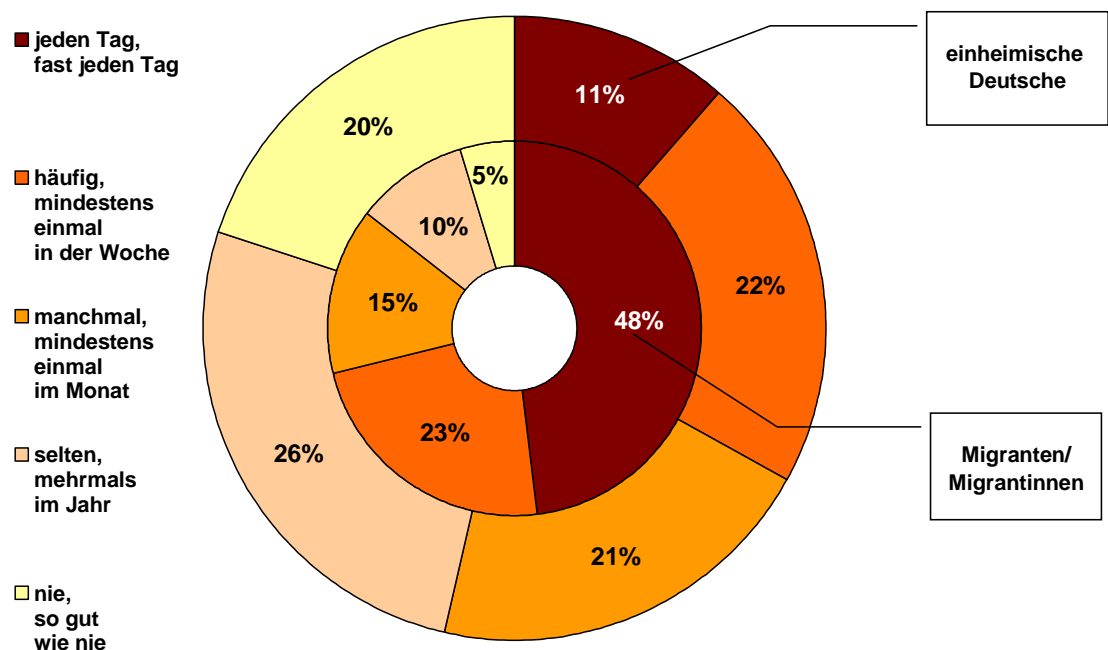
Die Bereitschaft, persönliche Kontakte mit Menschen anderer Herkunft aufzunehmen steigt mit dem Grad der erreichten Schul-/Berufsausbildung. Menschen mit höherer Bildung geben deutlich häufiger als Menschen mit geringerer Bildung an, solche Kontakte zu haben. Diese bildungsspezifischen Effekte sind besonders deutlich bei Kontakten im Bereich des eigenen Freundes-/Bekanntekreises und im Bereich der Berufs- bzw. Ausbildungswelt. Bei einheimischen Deutschen ergeben sich wesentlich stärkere Unterschiede in Abhängigkeit vom Grad der Schul-/Berufsausbildung als bei Migrantinnen und Migranten.

Graphik 5.6.8: Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen in verschiedenen Lebensbereichen aus Sicht der jeweiligen Herkunftsgruppe nach Geschlecht, Alter und Schul-/Berufsausbildung



Bestehende, positiv erlebte Kontakte in verschiedenen Lebensbereichen schaffen die Voraussetzungen Menschen anderer Herkunft und Kultur kennenzulernen. Hierbei ist aber sicherlich zum einen noch einmal zu unterscheiden zwischen frei gewählten Kontaktfeldern und solchen, die z.B. im Bereich der Arbeitswelt oder im Wohnumfeld kaum zu beeinflussen sind. Darüber hinaus schafft natürlich erst ein häufigerer Kontakt die Möglichkeit, sich gegenseitig näher kennen zu lernen. Aus diesem Grunde wurden im Rahmen der Umfrage diejenigen Befragten, die Kontakt zu der jeweils anderen Herkunftsgruppe haben, nach der Häufigkeit von Kontakten in der Freizeit gefragt.¹

Graphik 5.6.9: Häufigkeit von Freizeitkontakten zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/Migrantinnen aus Sicht der jeweiligen Herkunftsgruppe



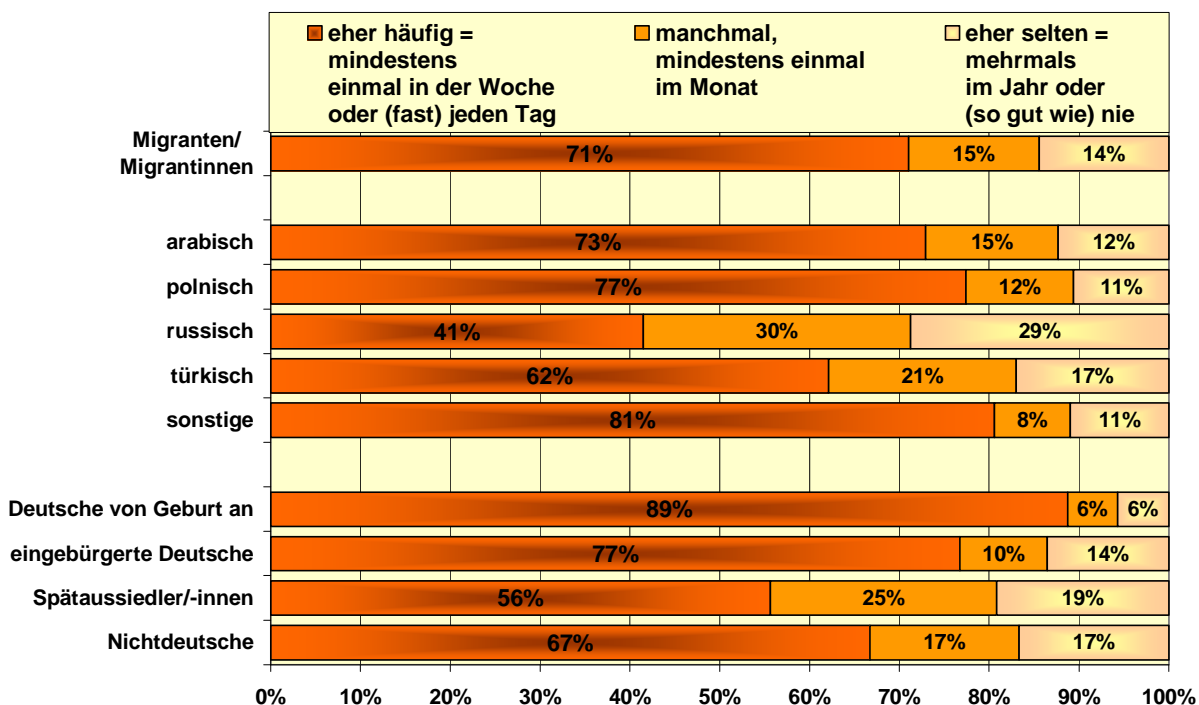
Knapp ein Drittel der einheimischen Deutschen verbringt eher häufig Freizeit mit Migrantinnen oder Migranten: 11 % jeden oder fast jeden Tag, weitere 22 % mindestens einmal in der Woche (Tabelle 5.6.13). Auf der anderen Seite gibt **fast die Hälfte** an, **selten** (mehrmals im Jahr, 26 %) **oder nie bzw. so gut wie nie** (20 %) Freizeitkontakte zu Personen mit Migrationshintergrund zu haben.

¹ Insgesamt machten 3 % der einheimischen Deutschen, aber 8 % der Migrantinnen und Migranten zu dieser Frage keine Angabe. Auch in diesem Zusammenhang ist die Rate der nicht antwortenden Personen bei denjenigen, die von Geburt an die deutsche Staatsangehörigkeit haben, mit 24 % besonders hoch. Hier zeigt sich erneut, dass die Fragestellung für diese Gruppe schwierig nachzuvollziehen ist.

Umgekehrt ist die Kontaktintensität wesentlich größer, denn hier berichten über 70 % der befragten Migranten/-innen von (sehr) häufigen Freizeitaktivitäten mit einheimischen Deutschen (vgl. Tabelle 5.6.14): rund die Hälfte (48 %) hat nach eigenen Angaben jeden Tag oder doch zumindest fast jeden Tag und fast ein weiteres Viertel (23 %) mindestens einmal in der Woche solche Kontakte. Nur 15 % der Migrantinnen und Migranten haben wenig Freizeitkontakte zu einheimischen Deutschen: 10 % selten (mehrmals im Jahr) und 5 % nie oder so gut wie nie.

Allerdings gilt diese Kontakthäufigkeit in der Freizeit mit einheimischen Deutschen nicht für alle Migrantinnen und Migranten gleichermaßen wie Grafik 5.6.10 verdeutlicht. Befragte aus dem russischen Sprachraum unterscheiden sich deutlich von allen anderen Sprach-/Herkunftsgruppen durch weit unterdurchschnittliche Werte: nur 41 % haben eher häufig also zumindest wöchentlich, aber fast ein Drittel (29 %) hat eher selten, d.h. höchstens mehrmals im Jahr, in der Freizeit Kontakte zu einheimischen Deutschen. In der Tendenz haben auch türkische Befragte weniger häufig als der Durchschnitt Freizeitkontakte zu Deutschen. Im Gegensatz wird von der nicht eindeutig definierten Gruppe der sonstigen Migranten/-innen im Vergleich eine sehr hohe Kontaktintensität berichtet.

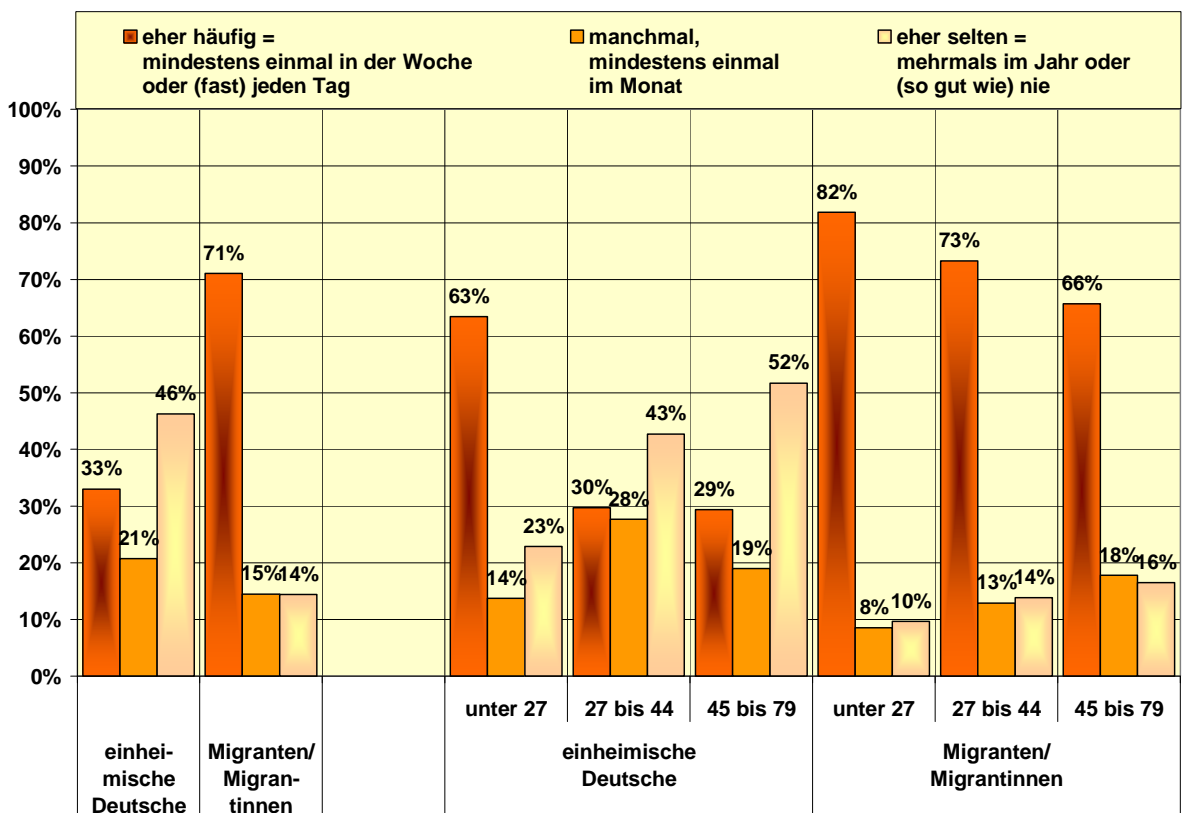
Graphik 5.6.10: Häufigkeit von Freizeitkontakten von Migranten/Migrantinnen zu einheimischen Deutschen nach Sprach-/Herkunftsgruppen und Art der Staatsangehörigkeit



Befragte **Migranten/-innen**, die die deutsche Staatsbürgerschaft bereits von Geburt an besitzen, unterhalten mit **89 % am häufigsten intensive Freizeitkontakte zu Deutschen**. Überraschend ist allerdings der Befund, dass **dieser Wert bei Spätaussiedler/-innen bei nur 56 %** und damit sogar unter dem Wert der Befragten liegt, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Wie die Aufnahme von Kontakten in verschiedenen Lebensbereichen steht auch die Häufigkeit von Freizeitkontakten in Zusammenhang mit dem Alter. **Jüngere Befragte haben häufiger Freizeitkontakte mit Menschen anderer Herkunft**, dies gilt sowohl für einheimische Deutsche wie für Migranten/-innen wie die Grafik 5.6.11 zeigt. Bei den **Migrantinnen und Migranten pflegt in allen Altersgruppen eine sehr breite Mehrheit häufigen Kontakt zu einheimischen Deutschen**. Der Anteil steigt kontinuierlich von 66 % bei den 45- bis 79-Jährigen bis auf 82 % bei den unter 27-Jährigen. Bei den **einheimischen Deutschen hat fast zwei Drittel der Befragten im Alter von unter 27 Jahren (63 %) mindestens einmal in der Woche**

Graphik 5.6.11: Häufigkeit von Freizeitkontakten von Migranten/Migrantinnen zu einheimischen Deutschen bzw. einheimischen Deutschen zu Migranten/Migrantinnen nach verschiedenen Altersgruppen



oder sogar (fast) jeden Tag Kontakt zu Migrantinnen oder Migranten. In den anderen Altersgruppen gilt dies nur für knapp ein Drittel. Bei den 45-Jährigen und älteren hat sogar eine Mehrheit von 52 % nur eher selten, als höchstens mehrmals in einem Jahr Kontakt.

Wenn Kontakte in der Freizeit zu Menschen nicht nur eher selten, sondern zumindest einmal im Monat oder häufiger stattfinden, so kann dies auch als ein Indiz für die Aufgeschlossenheit gegenüber Menschen aus anderen Herkunftsländern gewertet werden. Ein Ziel der durchgeführten Umfrage war es unter anderem in diesem Zusammenhang zu ermitteln, ob sich eine solche Offenheit auf bestimmte Sprach-/Herkunftsgruppen beschränkt. Entsprechend wurden **einheimische Deutsche¹** nach den **Herkunftsländern der Personen mit Migrationshintergrund** gefragt, **mit denen sie ihre Freizeit zumindest einmal im Monat oder häufiger verbringen.** Die Befragten konnten bis zu drei Herkunftsländer nennen. 60 % der Befragten, die hierzu Angaben machten, nutzen alle drei Möglichkeiten, d.h. hier gibt es eine **multikulturelle Kontaktstruktur.** Weitere 22 % nennen zwei Herkunftsländer, 17 % der befragten einheimischen Deutschen haben Freizeitkontakte zu Migranten/-innen aus einem Herkunftsland (vgl. Tabelle 5.6.15). Fasst man die einzelnen Herkunftsländer zu Sprach-/Herkunftsgruppen zusammen, so ergibt sich das in Grafik 5.6.12 auf der nächsten Seite dargestellte Bild.

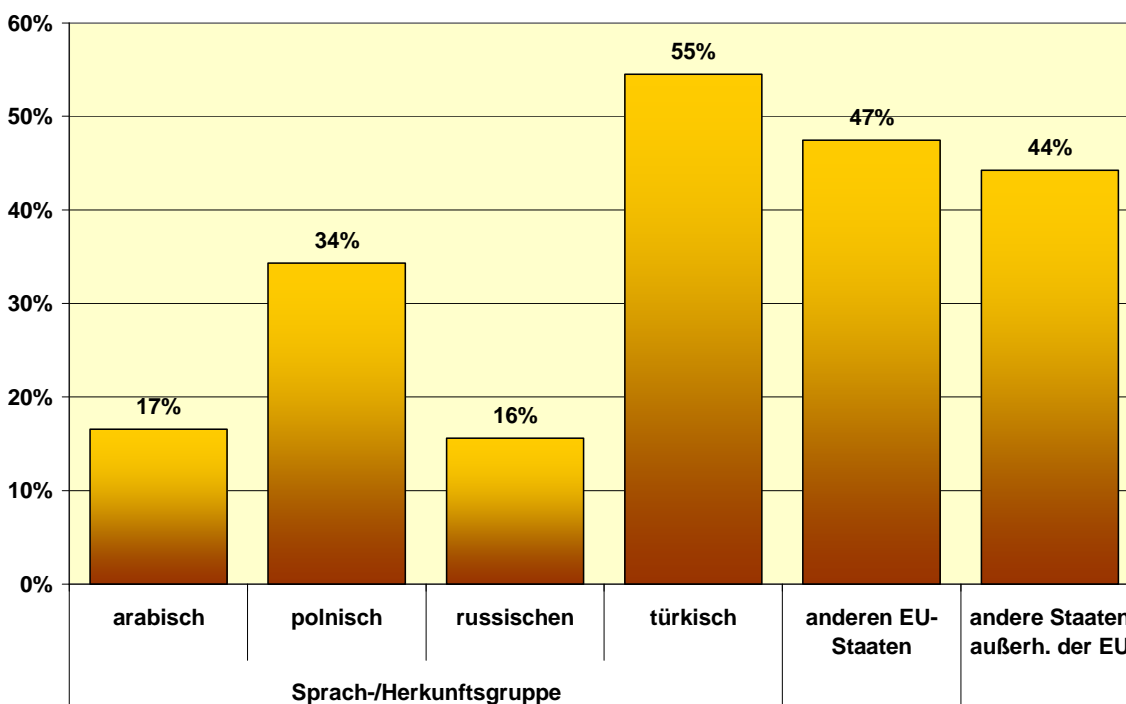
In erster Linie bestehen solche Freizeitkontakte zu Zugewanderten aus dem türkischen Sprach-/Herkunftsraum (55 %; vgl. Tabelle 5.5.16), Dies ist nicht überraschend, da dies die in Essen am stärksten vertretene Migrantengruppe ist. **Rund ein Drittel (34 %) hat häufiger als einmal im Monat Freizeitkontakte zu Personen mit polnischem Migrationshintergrund,** also der in Essen am zweitstärksten vertretenen Migrantengruppe. **Mit Anteilen von über 40 % geben mehr einheimische Deutsche intensivere (mehr als einmal im Monat) Kontakte zu Migrantinnen und Migranten aus anderen EU-Staaten (47 %)² oder aus Staaten außerhalb der EU³ an.** Nur etwa jede(r) sechste Befragte einheimische Deutsche hat solche Freizeitkontakte zu zugewanderten Personen aus der arabischen (17 %) und aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe (16 %).

¹ Insgesamt richtete sich die Frage an 55 % der einheimischen Deutschen. 4 % machten aber keine Angaben.

² Besonders häufig werden die ehemaligen „Gastarbeiterländer“ Italien (14 %), Griechenland (10 %), Spanien (8 %), Portugal (2 %) genannt.

³ Besonders häufig wird hier das ehemalige „Gastarbeiterland“ (ehemaliges) Jugoslawien (11 %) genannt.

Graphik 5.6.12: Herkunft der Migranten/-innen, mit denen einheimische Deutsche zumindest einmal im Monat Kontakt haben, nach Sprach-/Herkunftsgruppen



5.6.3 Persönliche Kontakte zwischen Migranten und Migrantinnen aus unterschiedlichen Herkunftsländern

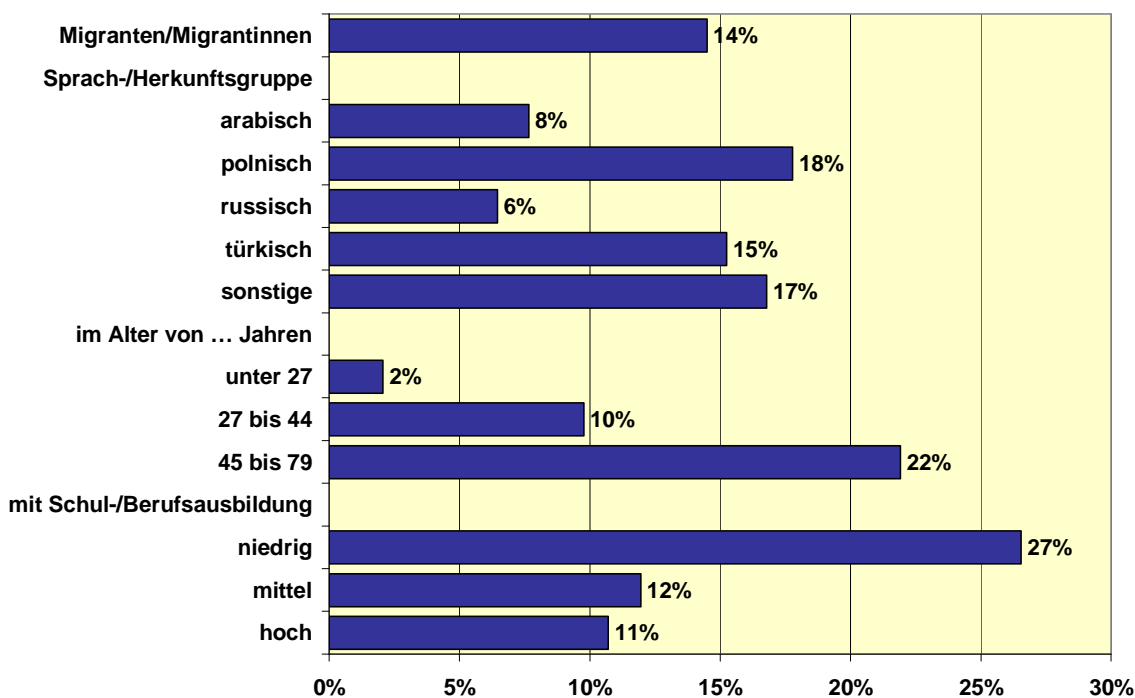
Die Offenheit gegenüber Menschen aus anderen Herkunftsländern wurde im Rahmen der Umfrage nicht nur bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen über die Abfrage von Bestehen von Kontakten in verschiedenen Lebensbereichen und Häufigkeit von Freizeitkontakten untereinander gemessen. Innerhalb der Migrantengruppe selbst wurde auch nach den Kontakten zwischen Personen mit unterschiedlichen Herkunftsländern gefragt.

Jede zehnte Person mit Migrationshintergrund macht bei der Frage zu Kontakten mit Migranten/-innen aus anderen Herkunftsländern als dem eigenen bzw. dem der Eltern zu mindestens einem Lebensbereich keine Angaben (vgl. Tabelle 5.6.17).¹

¹ Wie bei der Frage nach Kontakten zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen zeigt sich auch hier, dass insbesondere bei der Frage zu Kontakten am Arbeitsplatz, in der Schule oder Universität viele Angaben fehlen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass diese Frage für Befragte, die nicht erwerbstätig sind oder sich nicht mehr in Ausbildung befinden, nicht zutrifft. Insbesondere Befragte mit russischem Migrationshintergrund haben hier besonders häufig keine Angabe gemacht (siehe Tabelle 5.6.19).

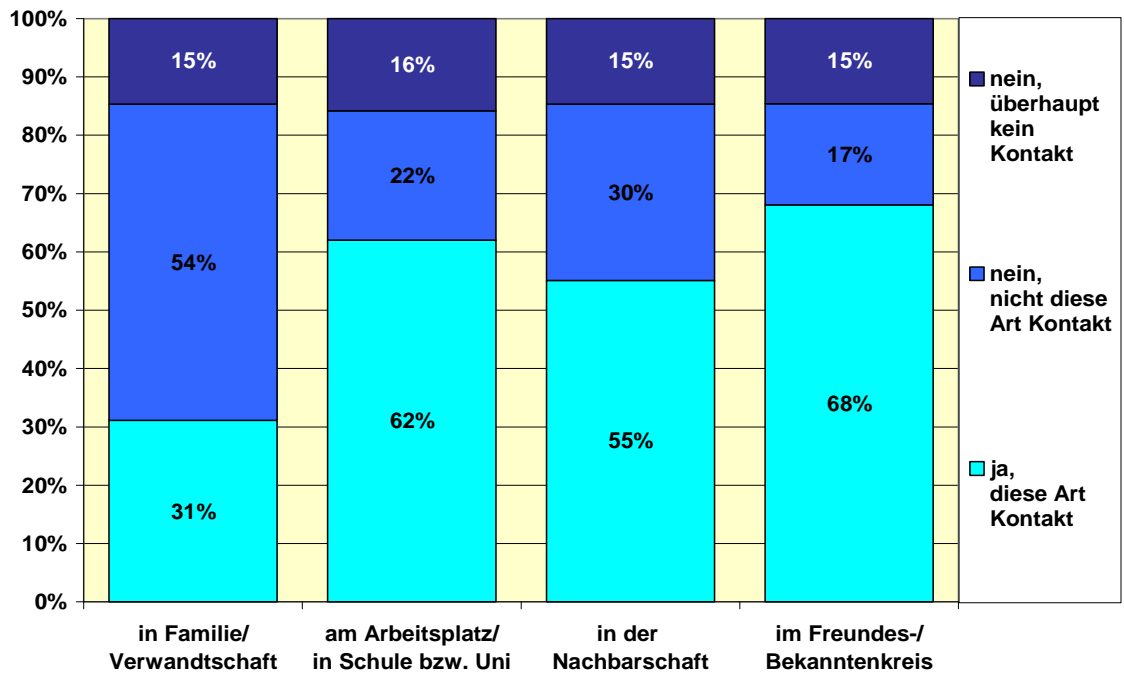
14 % der befragten Migrantinnen und Migranten geben an, keinerlei Kontakte zu zugewanderten Personen aus anderen Herkunftsländern zu haben. Dieser Anteil liegt damit deutlich über dem der Befragten, die z.B. keinen Kontakt zu einheimischen Deutschen haben (3 %). Befragte aus der **polnischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe** sowie die **Gruppe der sonstigen Migranten/-innen** bewegen sich stärker in ihrer eigenen Ethnie als Personen aus der arabischen und aus der russischen Sprach-/Herkunftsgruppe. Auch rund **ein Viertel der älteren Migranten/-innen** und der **Personen mit Migrationshintergrund und einem niedrigen Schul-/ Berufsausbildungsstatus** sind in der Kontaktstruktur **auf Menschen aus dem eigenen Herkunftsraum zentriert.**

Graphik 5.6.13: Befragte Migranten/-innen ohne Kontakt zu Migranten/-innen aus anderen Herkunftsländern nach Sprach-/Herkunftsgruppen, Alter und Schul-/Berufsausbildung

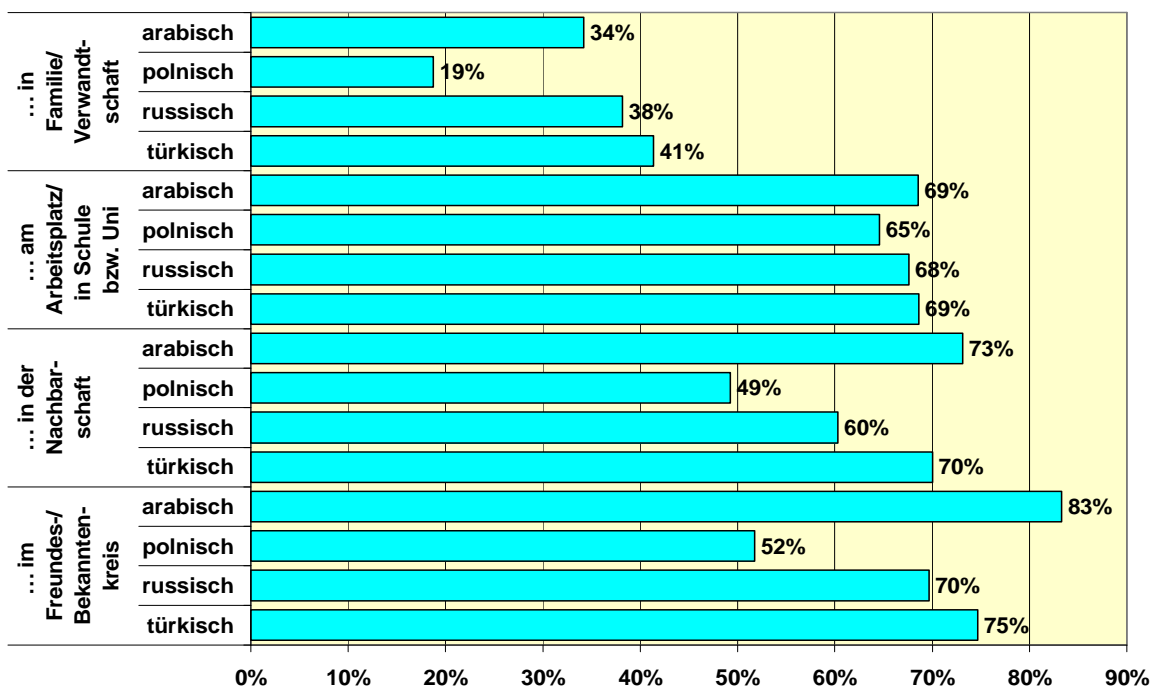


Im Vergleich der Angaben der befragten Migranten/-innen zu den vier vorgegebenen Lebensbereichen zeigt sich eine eindeutige Struktur (vgl. Tabellen 5.6.18 bis 5.6.21), die sehr vergleichbar ist zu den Kontaktstrukturen zwischen einheimischen Deutschen und Personen mit Migrationshintergrund.

Graphik 5.6.14: Kontakte zwischen Migranten/Migrantinnen unterschiedlicher Herkunft in verschiedenen Lebensbereichen



Graphik 5.6.15: Kontakte zwischen Migranten/Migrantinnen unterschiedlicher Herkunft in verschiedenen Lebensbereichen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



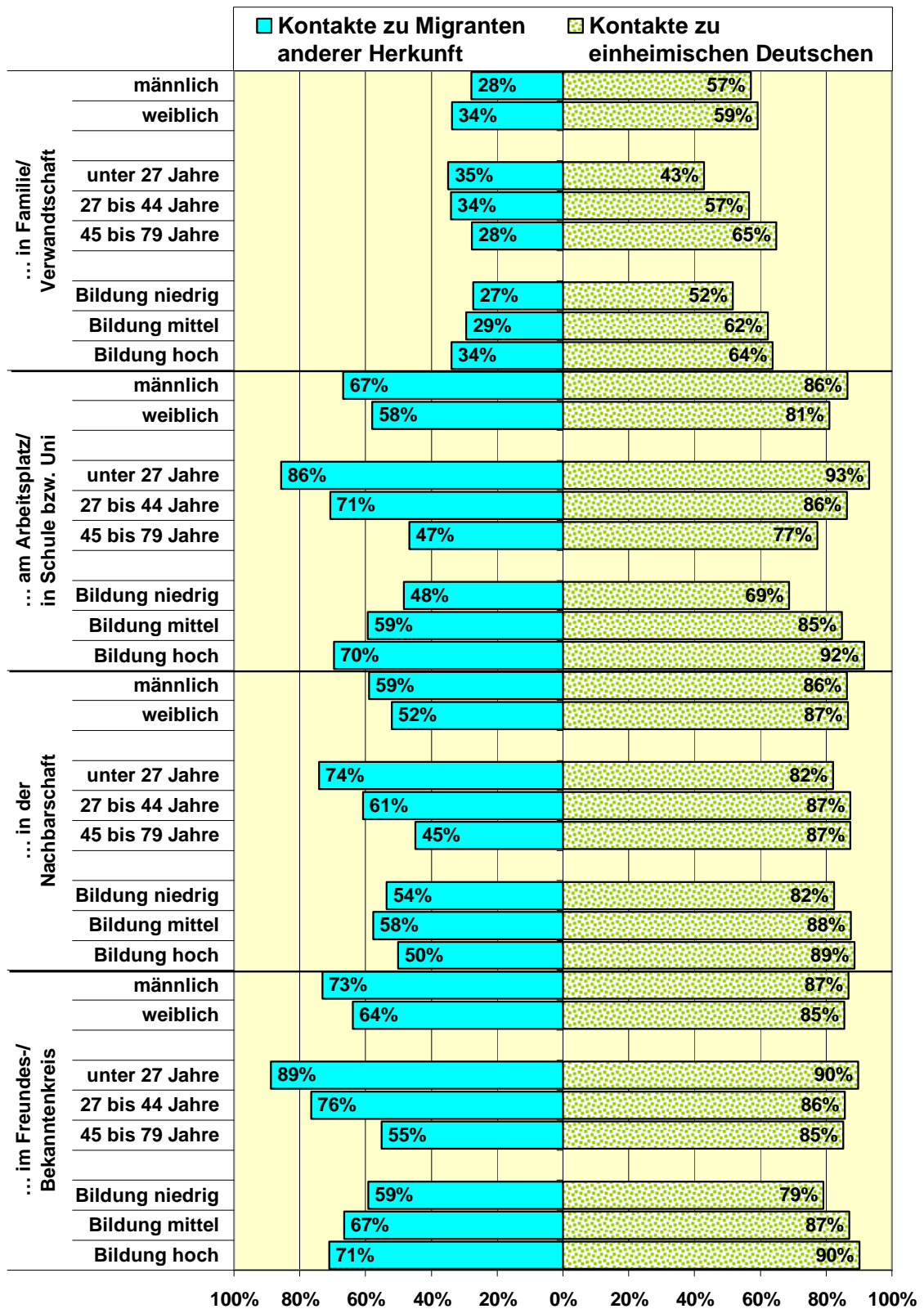
Die Familie und Verwandtschaft ist der Lebensbereich, in dem es mit Abstand die wenigsten Kontakte zu Migranten/-innen aus anderen Herkunftsländern als dem eigenen gibt. Weniger als ein Drittel der Befragten mit Migrationshintergrund haben diese familiären Verbindungen. Für alle anderen vorgegebenen Lebensbereiche gilt, dass die Mehrheit hier Kontakte zu Personen aus einem anderen Herkunftsraum als dem eigenen hat.

Diese Kontaktstrukturen in den verschiedenen Lebensbereichen gelten im Prinzip für alle Sprach-/Herkunftsgruppen, allerdings auf sehr unterschiedlichem Niveau. **Polnische Migranten und Migrantinnen**, die weit überdurchschnittlich viele Kontakte zu einheimischen Deutschen pflegen (siehe noch einmal Grafik 5.6.6), **haben in fast allen Lebensbereichen – Ausnahme Arbeit/Ausbildung – deutlich weniger Kontakt zu Menschen aus anderen Herkunftsgebieten** als alle anderen Sprach-/Herkunftsgruppen. Nur jede(r) Fünfte in der eigenen Familie und Verwandtschaft und rund die Hälfte im eigenen Freundeskreis oder in der Nachbarschaft. Im Unterschied dazu haben **Befragte aus dem arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsraum in allen Lebensbereichen weit überdurchschnittlich häufig Kontakt zu anderen Migranten/-innen**. Im Freundeskreis gilt dies z.B. für mehr als drei Viertel der Befragten mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund.

Mit Blick auf demografische Unterschiede im Bereich der Kontaktstrukturen in verschiedenen Lebensbereichen verdeutlicht Grafik 5.6.16 auf der nächsten Seite, dass in allen Lebensbereichen – in der Familie und Verwandtschaft allerdings nur sehr schwach – **der Anteil der Personen mit Kontakten zu Migrantinnen und Migranten aus anderen Herkunftsländern mit dem Alter abnimmt**. Zum Beispiel im Freundes- und Bekanntenkreis von 89 % (unter 27 Jahre) bis auf 55 % (45 bis 79 Jahre).

Die Grafik veranschaulicht darüber hinaus sehr klar, dass **Befragte mit Migrationshintergrund mehr Kontakte zu einheimischen Deutschen pflegen als zu Migranten/-innen anderer Herkunftsregionen**. Dies gilt unabhängig vom Geschlecht, der Bildung oder dem Alter. **Bei jüngeren Befragten sind diese Unterschiede allerdings in allen Lebensbereichen, vor allem aber im Freundes- und Bekanntenkreis, relativ gering**.

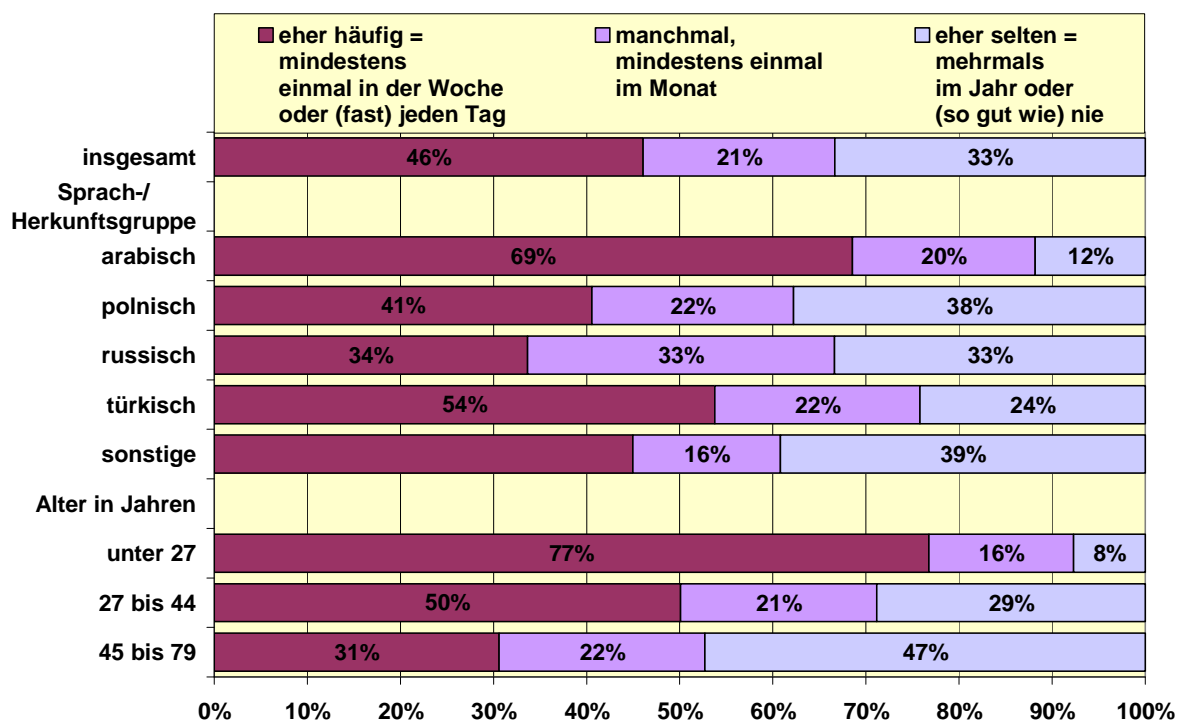
Graphik 5.6.16: Kontakte von Migranten/Migrantinnen zu Migranten/-innen anderer Herkunft und zu einheimischen Deutschen in verschiedenen Lebensbereichen nach Geschlecht, Alter und Schul-/Berufsausbildung



Knapp die Hälfte (46 %) der befragten Migrantinnen und Migranten, die persönliche Kontakte zu ebenfalls Zugewanderten aus anderen Herkunftsländern als dem eigenen haben, verbringt eher häufig ihre Freizeit mit diesen Personen (jeden Tag, fast jeden Tag: 22 %; manchmal, mindestens einmal in der Woche: 24 %; vgl. Tabelle 5.6.22). Auch die Häufigkeit der Kontakte ist bei den Befragten aus der arabischen und der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe am höchsten. Bei rund einem Drittel (33 %) der befragten Migranten und Migrantinnen sind die Freizeitkontakte zu anderen Migranten/-innen eher selten, d.h. nur mehrmals im Jahr (21 %) oder kommen so gut wie nie vor (12 %).

Insgesamt zeigt sich hier auch in diesem Zusammenhang ein deutlicher Alterseffekt: mehr als drei Viertel der unter 27-Jährigen, aber weniger als ein Drittel der 45- bis 79-Jährigen verbringt relativ häufig Freizeit mit Personen aus anderen Herkunftsregionen als der eigenen.

Graphik 5.6.17: Häufigkeit von Freizeitkontakten von Migranten/Migrantinnen zu Migranten/-innen anderer Herkunft nach Sprach-/Herkunftsgruppen und Alter



Wie die einheimischen Deutschen, so wurden auch die Migrantinnen und Migranten, die mindestens einmal im Monat Freizeitkontakt zu anderen Personen mit Migrationshintergrund pflegen¹, nach den Herkunftsländern dieser Freizeitpartner/-innen gefragt. Knapp die Hälfte dieser Befragten machte von der Möglichkeit bis zu drei Länder zu nennen Gebrauch, hat also multikulturelle Freizeitstrukturen (vgl. Tabellen 5.6.23). Anhand der Ergebnisse für die Befragten aus der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe lässt sich vermuten, dass solche Kontakte dann leichter fallen, wenn keine Sprachprobleme bestehen: über 40 % haben jeweils Kontakte zu Menschen, die aus dem gleichen Sprachraum kommen, aber aus anderen Ländern stammen (vgl. Tabelle 5.6.24). Darüber hinaus ist auffallend, dass etwa ein Viertel der Befragten aus dem arabischen und polnischen, aber nur jede(r) Zehnte aus dem russischen Sprachraum Freizeit mit Menschen aus der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe verbringt.

¹ Die Frage richtete sich entsprechend an 67 % der befragten Migranten/-innen.

5.7 Einstellungen und (Vor-)Urteile zum Thema Zuwanderung

Das Werben um eine gesellschaftliche Akzeptanz von Einwanderung, um eine offene Haltung gegenüber kultureller Vielfalt und die Gewährung gleicher Chancen, dies sind für alle gesellschaftlichen Bereiche dauerhafte Herausforderungen. Mit der Anerkennung der Einwanderungsrealität als Normalität geht nicht zwangsläufig eine offene Haltung zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprachen und Lebensweisen einher. Eine solche Offenheit ist aber für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in einer sich wandelnden Gesellschaft im Zuge der Globalisierung unerlässlich. Ob in der Familie erlernt, im Medienalltag überliefert oder aus konkreten Erfahrungen heraus, oftmals bestimmen ausgeprägte Wertungen die Verhaltensweisen. Sie werden nicht selten für ganze Gruppierungen verallgemeinert und können sich in Vorurteilen und einer grundsätzlich verschlossenen Haltung gegenüber anderen Kulturen, Lebensstilen oder Ethnien äußern. Dies führt dann zur Verstärkung statt Auflösung von Orientierungen zwischen „uns“ und „den anderen“.

5.7.1 Offenheit oder Begrenzung – Zuzug von Migrantinnen und Migranten

Zuwanderung aus arbeitsmarktpolitischen, wirtschaftlichen und humanitären Gründen prägt die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland seit den 1960er Jahren. Die jüngste Diskussion um einen mehr oder weniger unbürokratischen Zuzug für qualifizierte, ausländische Fachkräfte¹ auf der einen Seite und Sanktionsmöglichkeiten für bereits hier lebende sogenannte „Nicht Integrationswillige“ auf der anderen Seite verdeutlicht, dass die **gesellschaftspolitische Debatte um Zuwanderung und Integration noch lange nicht abgeschlossen** ist. Von daher stellt sich die Frage, wie eine weitere Zuwanderung nach Deutschland in der Bevölkerung beurteilt wird. Sollte der Zuzug weiterer Personengruppen aus dem Ausland, wie zum Beispiel Spätaussiedler/-innen, Menschen aus EU-Staaten oder Nicht-EU-Staaten, in Zukunft uneingeschränkt möglich sein, der Zuzug begrenzt oder völlig unterbunden werden?

¹ Diese Diskussion wird in Anlehnung an die sogenannte „Green-Card“-Regelung in den Jahren 2000 bis 2004 geführt. Im Rahmen des damaligen Sofortprogramms zur Deckung des Fachkräftebedarfs in der Informations- und Kommunikationstechnologie wurde Experten in diesem Bereich, die aus Ländern außerhalb der Europäischen Union kamen, eine auf 5 Jahre befristete Aufenthaltsbewilligung und Arbeitserlaubnis in Deutschland angeboten. Dieses Programm wurde im Jahr 2005 durch Regelungen im Zuwanderungsgesetz ersetzt. Im Rahmen einer angepassten „Anwerbestoppausnahmereordnung“ ist es den Fachkräften aus der Informations- und Kommunikationstechnologie weiterhin privilegiert erlaubt, nach Deutschland einzuwandern. Diese Regelungen haben jedoch die Attraktivität der Einwanderung nach Deutschland nicht vergrößert.

Bei der Beantwortung dieser Fragen geht es nicht um die tatsächlich gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten des Zuzugs. So ist zu berücksichtigen, dass für vollwertige Mitglieder der Europäischen Union, wie z.B. Italien, Spanien oder Griechenland, Freizügigkeit ohnehin gilt. Das heißt, das Recht in einem anderen EU-Land zu leben und legal zu arbeiten, steht den Bürger/-innen ohne jede Einschränkungen zu. Insofern ist gar keine Begrenzung des Zuzugs möglich.

Mit der Frage sollte vielmehr die **subjektive Offenheit oder „Abschottung“ der Befragten gegenüber verschiedenen potentiellen Zuwanderungsgruppen** gemessen werden. Werden Unterschiede nach dem Herkunftsland oder nach – vermuteten – Wanderungsmotiven gemacht? Gibt es grundsätzliche Unterschiede zwischen einheimischen Deutschen und den bereits hier lebenden Migranten und Migrantinnen?

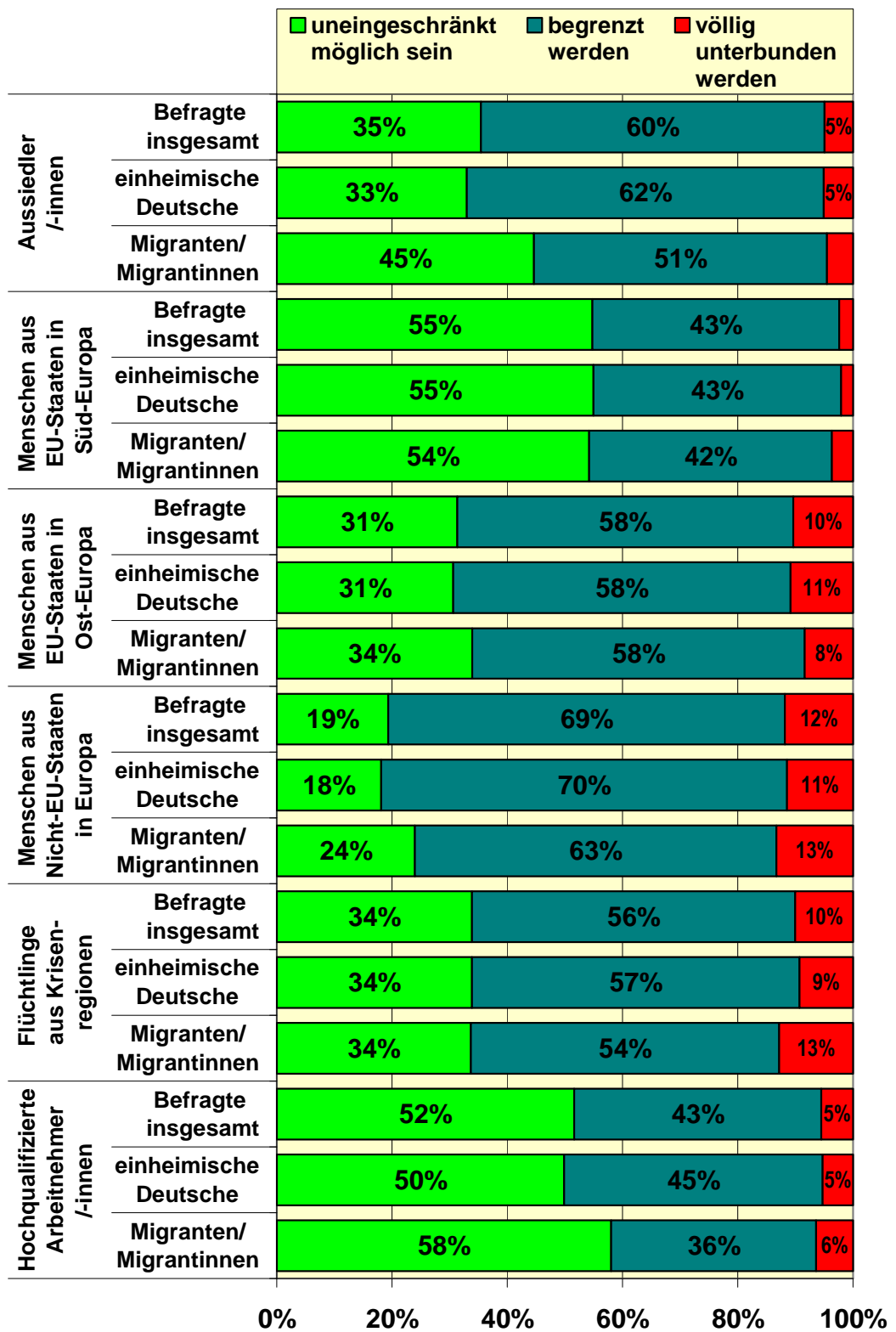
Grafik 5.7.1 auf der folgenden Seite verdeutlicht (vgl. auch Tabelle 5.7.1 bis 5.7.6), dass **Migranten und Migrantinnen** – ohne Differenzierung nach der Herkunft – **überwiegend ähnlich** über den Zuzug von bestimmten Bevölkerungsgruppen denken **wie einheimische Deutsche**. **Gemeinsam ist beiden Gruppen, dass jeweils nur eine kleine Minderheit für eine völlige Abschottung gegenüber Zuwanderungsgruppen ist.**

Die Mehrheit beider Gruppen (54 % bzw. 55 %) **ist offen für den Zuzug von Menschen aus EU-Staaten in Südeuropa**, also z.B. Italien, Spanien oder Griechenland. **Ebenfalls mehrheitlich**, wenn auch etwas stärker von der Migrantengruppe (58 %) als von den einheimischen Deutschen (50 %), **wird der uneingeschränkte Zuzug von hochqualifizierten Arbeitnehmer/-innen und ihrer Familien befürwortet.**

Auch bei der Einschätzung der **Zuzugsmöglichkeiten für Menschen aus EU-Staaten in Osteuropa** (z.B. Litauen, Polen, Rumänien) **und Flüchtlingen aus Krisenregionen** (z.B. Irak, Libanon, Nigeria) ergeben sich **bei Migranten und Migrantinnen und einheimischen Deutschen keine gravierende Unterschiede**. Hier ist allerdings **nur jeweils ein Drittel** der Befragten der Meinung, dass ein Zuzug **uneingeschränkt möglich** sein sollte. Die **Mehrheit ist jeweils** (zwischen 54 % und 58 %) **für eine Begrenzung des Zuzugs** nach Deutschland. Rund 10 % befürworten eine völlige Unterbindung des Zuzugs dieser Gruppen.

Der **Zuzug von Aussiedlern und Aussiedlerinnen** sollte nach Meinung der Mehrheit in beiden Gruppen ebenfalls begrenzt werden, allerdings sind 62 % der einheimischen Deutschen, aber 51 % der Migranten/-innen dieser Meinung. **Nur ein Drittel der einheimischen Deutschen, aber 45 % der Migranten/-innen befürworten einen uneingeschränkten Zuzug.**

Grafik 5.7.1: Einstellung zur Beschränkung des Zuzugs verschiedener Bevölkerungsgruppen bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen



Sowohl **bei einheimischen Deutschen als auch bei der Migrantengruppe ist die Abgrenzung gegenüber Menschen aus Nicht-EU-Staaten in Europa (z.B. Türkei, Serbien, Kroatien) am größten**: nur etwa ein Viertel aller Migranten/-innen und weniger als ein Fünftel der einheimischen Deutschen befürwortet einen uneingeschränkten Zuzug, zumindest jede(r) Zehnte plädiert aber dafür, dass der Zuzug dieser Gruppe völlig unterbunden werden sollte.

Differenziert man jedoch die Ergebnisse nach der Herkunft der befragten Migranten und Migrantinnen, so wird deutlich, dass die persönliche Migrationsgeschichte, der familiäre oder kulturelle Hintergrund unter anderem entscheidend dafür ist, wie offen die Befragten für bestimmte andere Zuwanderungsgruppen sind. Die Unterschiede in der Bewertung sind für die eindeutig definierten Sprach-/Herkunftsgruppen in Grafik 5.7.2 auf der folgenden Seite dargestellt.

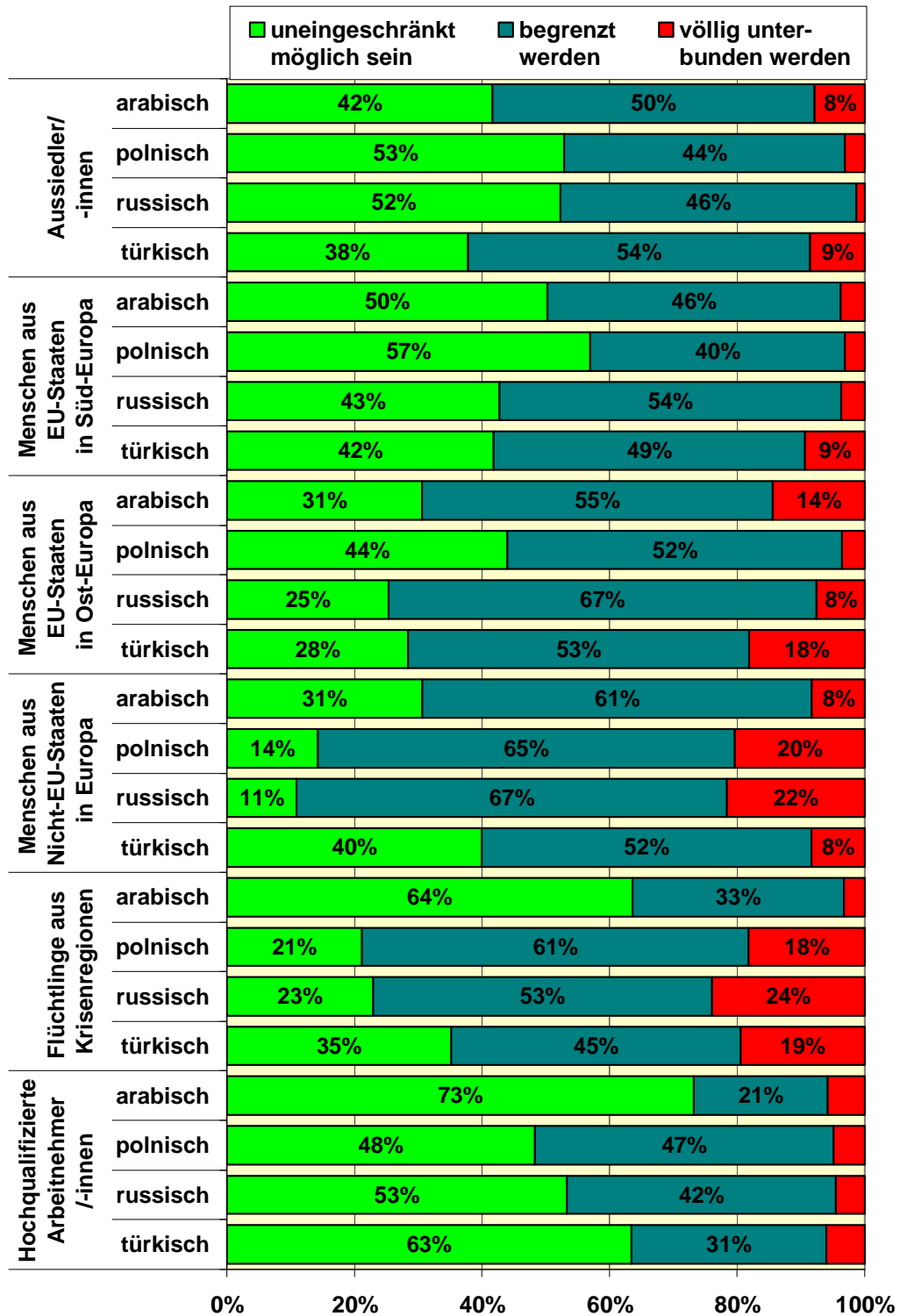
Befragte der arabischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind deutlicher als alle anderen Befragten mit Migrationshintergrund der Meinung, dass der Zuzug von Flüchtlingen aus Krisenregionen (64 %) uneingeschränkt möglich sein sollte. Fast zwei Drittel dieser Befragtengruppe, aber z.B. weniger als ein Viertel der Befragten aus der polnischen oder russischen Sprach-/Herkunftsgruppe, sehen dies so. Den Zuzug von hochqualifizierten Arbeitnehmer/-innen befürworten fast alle Migrantengruppen mehrheitlich. Aber auch hier ist die Offenheit der Befragten aus dem arabisch sprechenden Herkunftsraum für diese Zuzugsgruppe mit Abstand am größten (73 %).

Befragte aus der **türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe sind erwartungsgemäß zum größten Anteil (40 %) der Meinung, dass der Zuzug von Menschen aus Nicht-EU-Staaten in Europa uneingeschränkt möglich sein sollte.** Dies gilt auch für Befragte aus dem arabischen Sprachraum (31 %). Von den Befragten aus Polen oder dem russischen Sprachraum ist dagegen die Gruppe, die einen uneingeschränkten Zuzug befürwortet deutlich kleiner als die Gruppe, die den Zuzug von Menschen aus Nicht-EU-Staaten völlig unterbinden möchte.

Ähnlich deutlich sind die herkunftsspezifischen Unterschiede in Bezug auf die Einstellungen zum weiteren **Zuzug von Aussiedler/-innen**. Türkische und arabisch sprechende Migrantinnen und Migranten sprechen sich eindeutig für eine Beschränkung oder gar Unterbindung des Zuzugs aus. Erwartungsgemäß votiert aber die **Mehrheit der Befragten aus der polnischen (53 %) und russischen (52 %) Sprach-/Herkunftsgruppe für einen uneingeschränkten Zuzug**. Viele dieser Befragten werden vermutlich selber Spätaussiedler/-innen sein oder Familienangehörige mit entsprechenden Wanderungserfahrungen haben. Überraschend ist bei dieser Frage jedoch der Befund, dass zwar die Mehrheit der **Personen, die selber eine Aussiedlergeschichte haben,**

also Spätaussiedler/-innen (55 %) für einen uneingeschränkten Zuzug ist, aber immerhin 42 % für zukünftige Beschränkungen in Bezug auf ihre eigene Gruppe plädieren.

Grafik 5.7.2: Einstellung zur Beschränkung des Zuzugs verschiedener Bevölkerungsgruppen bei ausgewählten Sprach-/Herkunftsgruppen

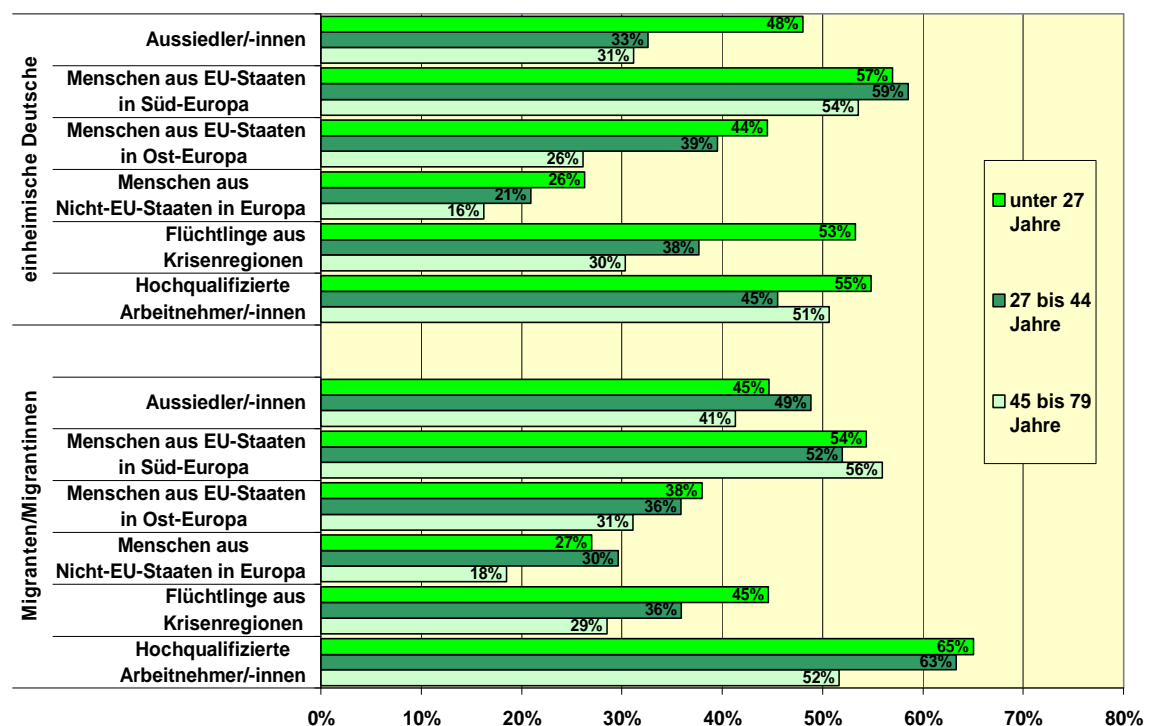


Türkische und arabisch sprechende Migrantinnen und Migranten sehen auch die Zuwanderung aus EU-Ländern in Ost-Europa eher sehr kritisch. Überraschend ist hier, dass dies auch für russisch sprechende Befragte gilt: zwei Drittel sind für eine Beschränkung und nur ein Viertel für einen unbegrenzten Zuzug. Menschen der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe zeigen sich da deutlich offener (44 %), aber selbst hier ist die Mehrheit für eine zukünftige Begrenzung des Zuzugs.

Insgesamt zeigt sich, dass die Öffnung für die Aufnahme von Menschen aus anderen Herkunftsländern und Kulturen sowohl eine Aufgabe für einheimische Deutsche, wie für die hier lebenden Migrantinnen und Migranten ist. Ab- und Ausgrenzung ist in beiden Gruppen nicht untypisch. Auch hier gilt es bei den verschiedenen Sprach-/Herkunftsgruppen für eine Integration aller zu werben.

Die Tatsache, dass **insbesondere die unter 27-Jährigen – sowohl bei den einheimischen Deutschen als auch bei den Migrantinnen und Migranten – in Bezug auf fast jede Bevölkerungsgruppe – die größte Offenheit** signalisieren, ist sicherlich für die zukünftige Akzeptanz einer multikulturellen Gesellschaft als Normalität ein guter Indikator.

Grafik 5.7.3: Befürwortung des uneingeschränkten Zuzugs verschiedener Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Altersgruppen



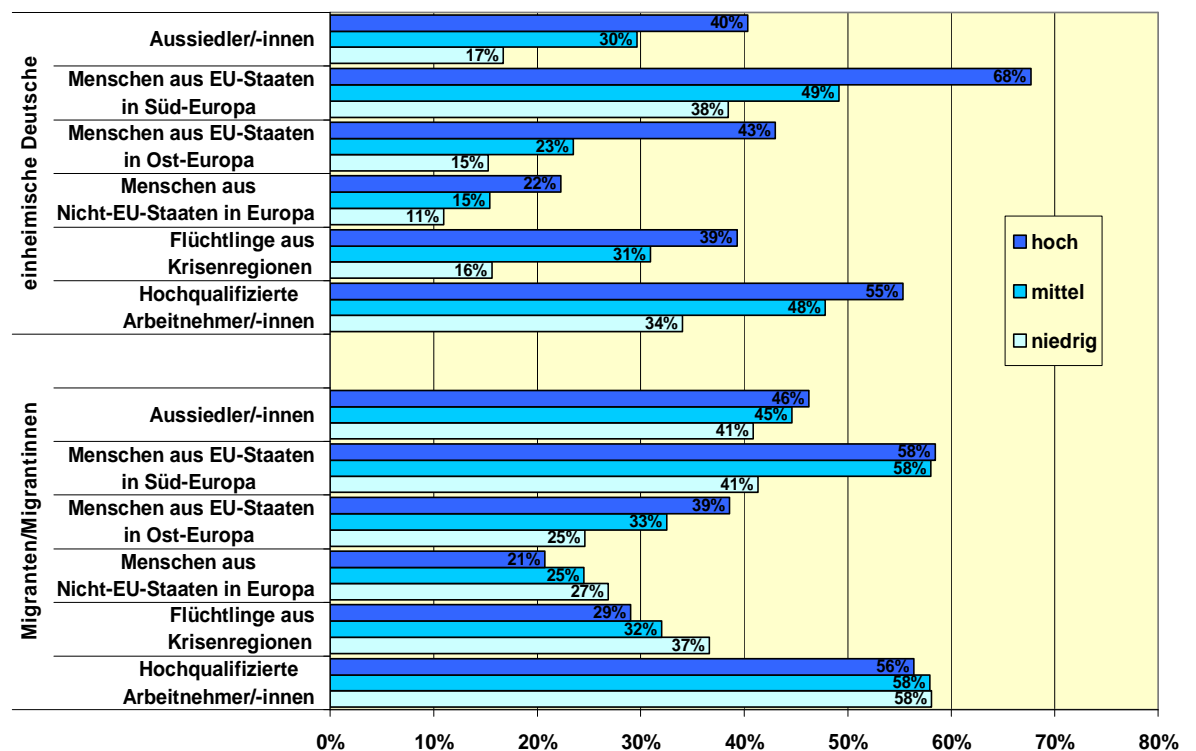
Deutlich reservierter sind hier die 45-Jährigen und älteren. Die größten Unterschiede gibt es bei den einheimischen Deutschen in der Frage des uneingeschränkten Zuzugs für Flüchtlinge aus Krisenregionen: die Mehrheit der jungen Befragten (53 %), aber weniger als ein Drittel der 45- bis 79-Jährigen (30 %) ist hier für eine Zuwanderung ohne Beschränkungen. Auch bei den Migrantinnen und Migranten ist hier ein deutlicher Alterseffekt festzustellen (45 % im Vergleich zu 29 %).

Mit Ausnahme der Beurteilung des unbegrenzten Zuzugs von Menschen aus Süd-Europa, der weitgehend unabhängig vom Alter von jeweils einer Mehrheit der Befragten befürwortet wird, gibt es bei allen anderen Gruppen deutliche altersspezifische Abstufungen. Herausgehoben werden soll an dieser Stelle nur die Einstellung zur Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitnehmer/-innen. Bei den einheimischen Deutschen fällt auf, dass hier in der Altersgruppe der 27- bis 44-Jährigen der geringste Anteil an Zustimmung für einen unbegrenzten Zuzug zu verbuchen ist. Möglicherweise spielt an dieser Stelle der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle. Bei den Migranten und Migrantinnen ist kein vergleichbarer Effekt festzustellen.

Wie Grafik 5.7.4 auf der nächsten Seite zeigt, gibt es neben dem Alterseffekt zumindest bei den einheimischen Deutschen einen **deutlichen Zusammenhang zwischen dem Grad der Schul- und Berufsausbildung und der Offenheit für die Zuwanderung** verschiedener Bevölkerungsgruppen. Die Befragten **mit einer niedrigen Bildung sind durchgängig deutlich weniger aufgeschlossen** als Befragte mit einer hohen Bildung. Der Unterschied beträgt bei fast allen Items mehr als 20 Prozentpunkte. **Insbesondere die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Krisenregionen, von Menschen aus EU-Staaten in Ost-Europa und Nicht-EU-Staaten in Europa wird von Personen mit niedrigem Bildungsniveau kritisch gesehen.** Hier befürwortet mit deutlich mehr als 20 % eine größere Gruppe von Befragten sogar eine völlige Unterbindung eines weiteren Zuzugs (vgl. Tabellen 5.7.3 bis 5.7.5). Möglicherweise spielen auch hier vermutete Konkurrenzen um Arbeitsplätze eine Rolle.

Bei den Migranten und Migrantinnen ist kein vergleichbarer Bildungseffekt zu verzeichnen. Hier ist sogar bei zwei Zuzugsgruppen – Menschen aus Nicht-EU-Staaten in Europa und Flüchtlingen aus Krisenregionen – ein gegenteiliger Zusammenhang zu beobachten, d.h. höher Gebildete plädieren weniger häufig als gering Gebildete für eine uneingeschränkte Einreisemöglichkeit.

Grafik 5.7.4: Befürwortung des uneingeschränkten Zuzugs verschiedener Bevölkerungsgruppen nach der Schul- und Berufsausbildung

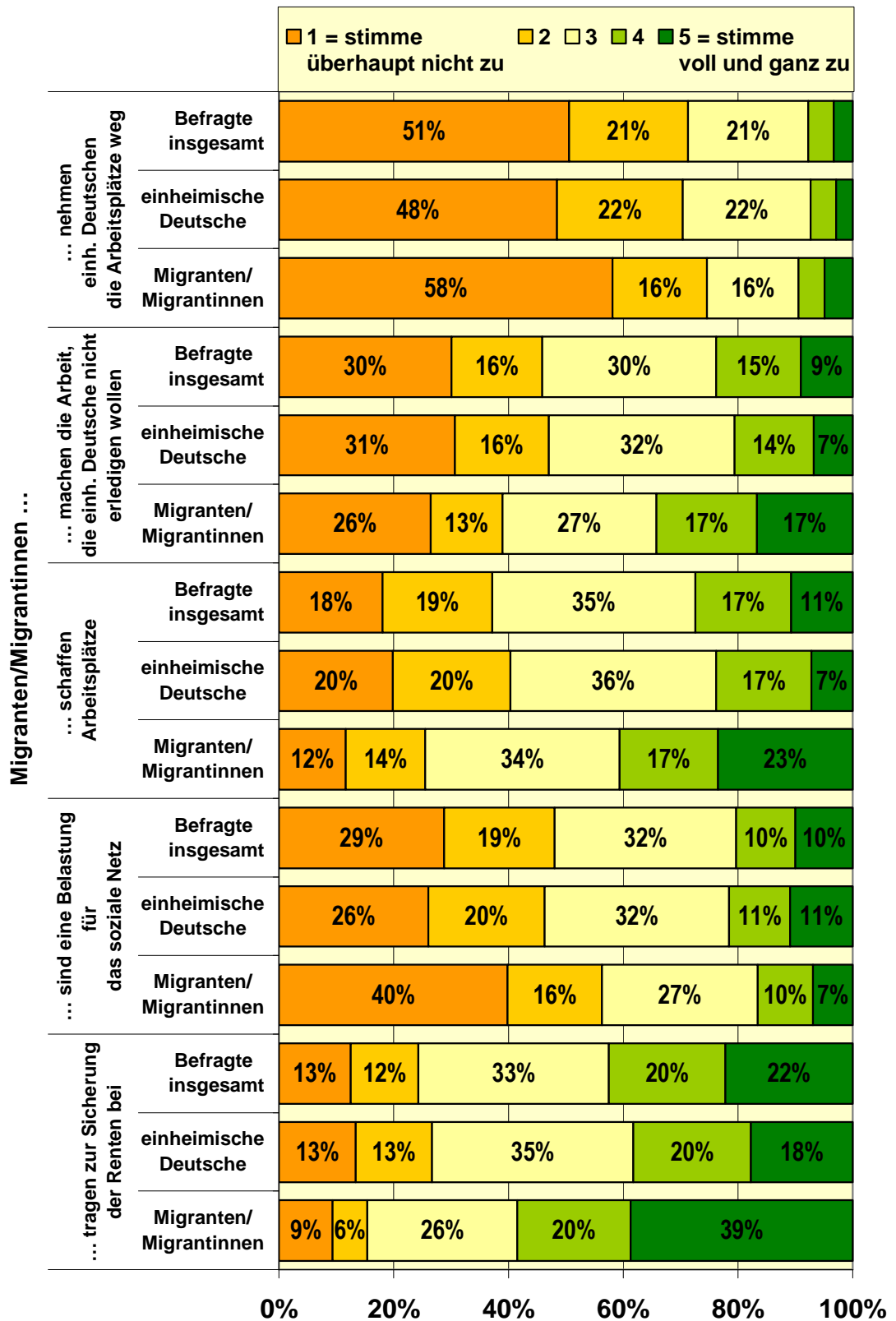


5.7.2 (Vor-)Urteile über Migranten und Migrantinnen als Teil des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems

Der ablehnenden Haltung gegenüber Zuwanderung können zum einen persönliche Erfahrungen, Vorurteile und /oder eine allgemeine Abneigung gegenüber „Fremden“ bzw. fremden Kulturen zu Grunde liegen. Zum anderen ist es jedoch sicherlich häufig auch die Wahrnehmung von Zuwanderern als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt bzw. im Netz der sozialen Sicherung, die Ablehnung oder Abgrenzung zur Folge hat. Damit wäre dann eher der eigene soziökonomische Status der Befragten, z.B. eine geringe Ausbildung, die keinen „Wettbewerbsvorteil“ bietet, Grund für eine ablehnende Haltung.

Mit Blick auf diese Hypothesen wurden den Befragten – einheimischen Deutsche wie Migrantinnen und Migranten – verschiedene Aussagen zur Bedeutung von Migration für den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme, zum Thema Assimilation, also Anpassung, oder im Gegensatz dazu Vielfalt und Bereicherung von Lebensstil und Kultur vorgelegt.

Grafik 5.7.5: Grad der Zustimmung zu verschiedenen Aussagen bezüglich des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung bei einheimischen Deutschen und Migranten/-innen



Nicht alle Befragten trauen sich zu diesen Fragen eine eindeutige Meinungsäußerung zu (siehe auch Tabellen 5.7.7 bis 5.7.13). Insbesondere bei den Aussagen „Migranten schaffen Arbeitsplätze“ und „Migranten tragen zur Sicherung der Renten bei“ ist der Anteil der „weiß nicht- Antworten“ mit 6 % relativ hoch. Grafik 5.7.5 verdeutlicht zudem, dass bei vielen Aussagen fast ein Drittel der Befragten die Mittelkategorie wählen, also keine eindeutige Bewertung vornehmen wollen. Einheimische Deutsche vermeiden dabei häufiger als Migrantinnen und Migranten eine eindeutige Meinungsäußerung.

Insgesamt lassen sich aus den Ergebnissen der Umfrage die in der Öffentlichkeit immer noch weit verbreiteten Vorstellungen, Konkurrenzen auf dem Arbeitsmarkt oder vermutete Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme seien Grundlage für eine negative Haltung zu Migranten/-innen, nicht bestätigen.

Mit Blick auf den Arbeitsmarkt sind **sowohl einheimische Deutsche (70 %) als auch Migrantinnen und Migranten (74 %) mehrheitlich der Meinung, dass es keine verdrängende Konkurrenz zwischen diesen beiden Gruppen auf dem Arbeitsmarkt gibt.** Auch wird die häufig formulierte These, dass **Migranten die Arbeit machen, die einheimische Deutsche nicht erledigen wollen**, von den Befragten ebenfalls nicht befürwortet. Nur ein Fünftel der einheimische Deutschen stimmt dieser Aussage eher zu. Mit 47 % ist aber **fast die Hälfte der einheimischen Deutsche nicht dieser Überzeugung.** Bei den Befragten mit Migrationshintergrund sind die beiden Gruppen dagegen fast gleich groß: 39 % stimmen der Aussage eher nicht zu, aber 34 % stimmen ihr eher zu. Insbesondere bei den türkischen Befragten ist das Meinungsbild nicht homogen. Hier entfallen auf die beiden Extrempole (stimme überhaupt nicht zu = 31 %, stimme voll und ganz zu = 28 %, vgl. Tabelle 5.7.7) fast gleich große Anteile.

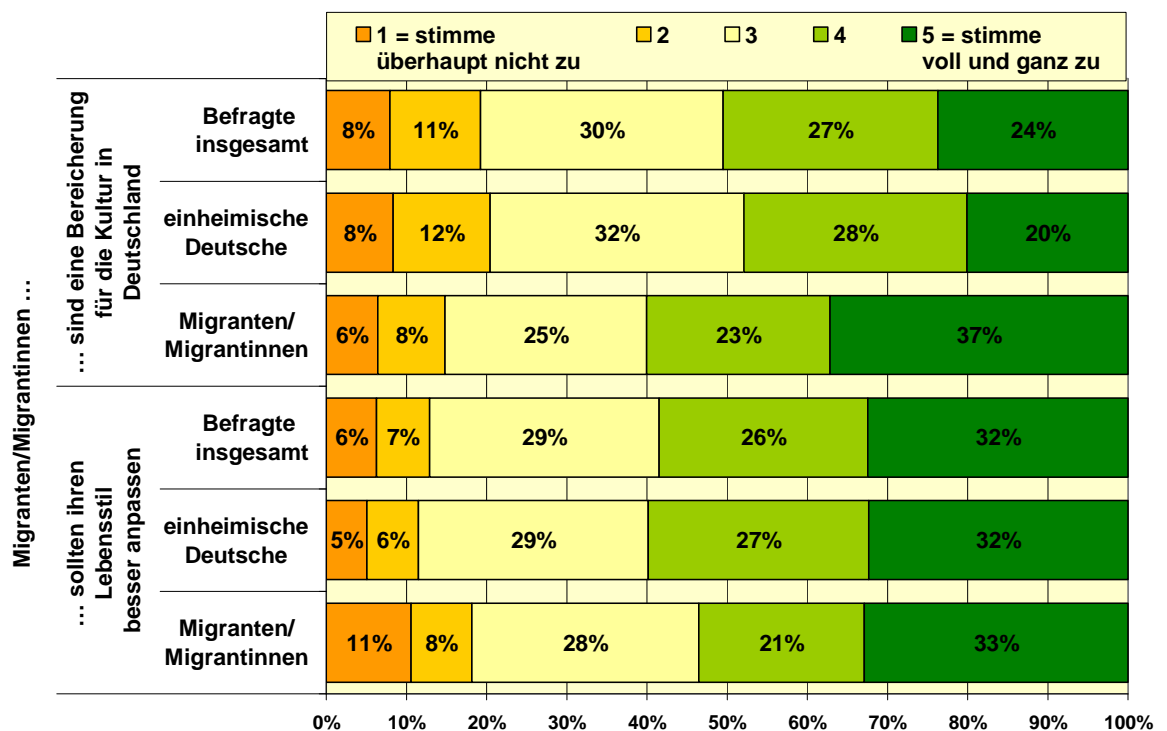
Dass **Migranten positive Impulse für den Arbeitsmarkt** setzen, d.h. **Arbeitsplätze in Deutschland schaffen**, ist eher die Auffassung von Migranten (40 %, vgl. Tabelle 5.7.10) als von einheimischen Deutschen (24 %). Dies **ist vor allem die Überzeugung von türkischen (77 %) und arabischen Befragten (54 %).**

Migranten stellen mehrheitlich keine Belastung für das soziale Netz dar: Nur rund ein Fünftel der einheimischen Deutschen (22 %) und der Migranten (17 %) selbst sind der Meinung, Menschen mit Zuwanderungshintergrund seien eine Belastung für die Sozialsysteme. Auf der anderen Seite wird der Beitrag den Migranten zur Sicherung der Renten beitragen. doch sehr unterschiedlich bewertet. Bei Migrantinnen und Migranten ist mit 59 % die Mehrheit eher der Überzeugung, dass sie selbst zur Sicherung der Renten beitragen. Dies gilt insbesondere für die

Migranten aus dem türkischen Sprach-/Herkunftsraum (76 %). Bei den einheimischen Deutschen vertreten nur 38 % diese Auffassung.

Die zweite Hypothese, dass Abgrenzung gegenüber Zuwanderung auf Verallgemeinerungen persönlicher negativer Erfahrungen zurückzuführen ist, lässt sich für die Essener Befragten nicht bestätigen. **Die Mehrheit der Befragten ist offen gegenüber fremden Kulturen**, erwartet jedoch eine „bessere Anpassung“ der unterschiedlichen Lebensstile (vgl. auch Tabellen 5.7.9 und 5.7.11).

Grafik 5.7.6: Grad der Zustimmung zu Aussagen über die Bedeutung fremder Kulturen bzw. unterschiedlicher Lebensstile für die deutsche Gesellschaft bei Migranten/-innen und einheimischen Deutschen



Wie Grafik 5.7.6 verdeutlicht, ist auch die größte Gruppe der einheimischen Deutschen (48 %) der Überzeugung, dass Migration eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland ist. 20 % teilen diese Meinung nicht. Dieser Anteil wird allerdings durch die Tatsache relativiert, dass auch 14 % der Migrantinnen und Migranten hier eher skeptisch zu sein scheinen, obwohl insgesamt die breite Mehrheit der Befragten mit Migrationshintergrund (60 %) eher die positiven Bedeutung der Bereicherung der Kultur hervorhebt.

Weitgehend einig sind sich einheimische Deutsche und Migranten bzw. Migrantinnen in der Einschätzung, dass eine Anpassung des Lebensstils an den der einheimischen Deutschen sinnvoll ist, wenn Integration gelingen soll. Mehr als die Hälfte beider Befragtengruppen stimmen der Aussage zu „Migranten sollten ihren Lebensstil besser an den der einheimischen Deutschen anpassen“. Jeweils ein Drittel ist sogar voll und ganz dieser Überzeugung.

Türkisch- und arabischsprachige Befragte betonen überdurchschnittlich häufig den Aspekt der Bereicherung für die Kultur in Deutschland, während Befragte aus der polnischen oder russischen Sprach-/ Herkunftsgruppe deutlich stärker für eine Anpassung der Lebensstile an den der einheimischen Deutschen plädieren.

Nachdenklich stimmt die Tatsache, dass **insbesondere junge einheimische Deutsche zu beiden Themen, der Bereicherung der Kultur und der Anpassung des Lebensstils, keine eindeutige Meinung** haben: weit überdurchschnittlich (52 % bzw. 40 %) wird hier von den unter 27-Jährigen auf der Skala von 1 bis 5 die Mittelkategorie gewählt.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass **Bildungseffekte bei den beiden Indikatoren, die die Einstellungen zum Thema Assimilation messen, deutlich stärker** sind als bei den Indikatoren, die die Einflüsse von Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt oder die sozialen Sicherungssysteme ermitteln. So stimmen z.B. nur 24 % der einheimischen deutschen Befragten mit niedriger Schul-/Berufsbildung der Aussage eher zu, dass Migranten eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland sind, aber 56 % der Vergleichsgruppe mit hoher Bildung. Einheimische Deutsche mit niedriger Bildung sind auch mit 76 % überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Migranten ihren Lebensstil besser an den der einheimischen Deutschen anpassen sollten. Nur etwas mehr als die Hälfte (55 %) der höher Gebildeten vertreten diese Auffassung.

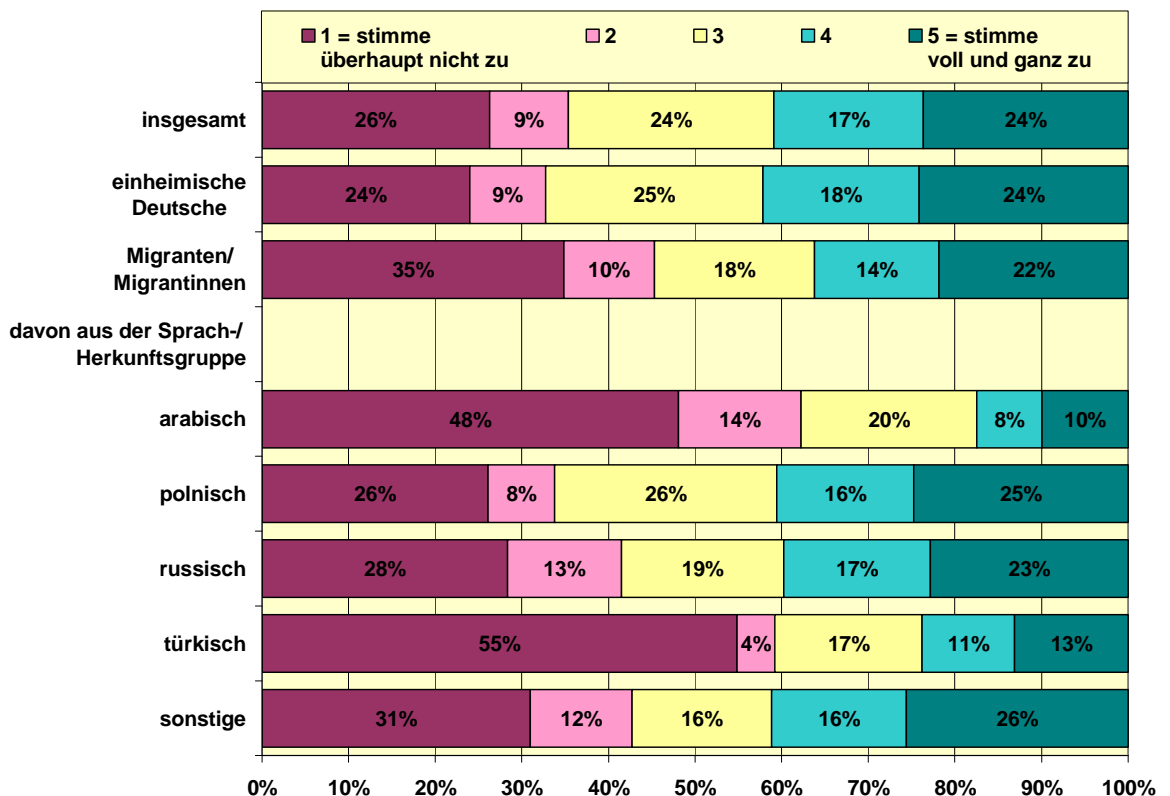
5.7.3 Gelingen der Integration – (k)eine Frage der Herkunft

Das konfliktfreie Zusammenleben in einer von Migration geprägten Gesellschaft beinhaltet auch die Anerkennung der kulturellen Identität jedes Einzelnen. Die Kultur, die Religion, Traditionen, der prägende Lebensstil im Herkunftsland gehören zur Identität. Die Suche nach Gemeinsamkeiten oder Unterschieden als Basis für die Annäherung wird sicherlich individuell andere Anforderungen an die jeweils beteiligten Interaktionspartner stellen. Die Tatsache, dass die Mehrheit der Befragten die Anpassung der Lebensstile als sinnvoll ansieht, verweist auf unterschiedlich hohe Hürden. Im Rahmen der Umfrage sollte deshalb explizit die Zustimmung zu folgender – dem

vorherrschenden „kulturalistischen“ Integrationsdiskurs¹ entsprechenden - Aussage erhoben werden: „Es hängt hauptsächlich von der Herkunft der Migranten ab, ob die Integration gelingt“.

Die Ergebnisse in Grafik 5.7.7 und Tabelle 5.7.14 verdeutlichen, dass sich ein Viertel der einheimischen Deutschen und knapp ein Fünftel der Migrantinnen und Migranten in dieser Frage nicht eindeutig festlegen können oder wollen und die Mittelkategorie wählen.² Bei den einheimischen Deutschen ist aber dennoch mit 42 % die Gruppe derer, die die **Herkunft als entscheidend für den Integrationserfolg** hält, etwas größer als die Gruppe, die den Integrationserfolg unabhängig von der Herkunft sieht (33 %). Bei der **Zuwanderergruppe** wird dagegen von 45 % der Befragten eher kein Zusammenhang zur Herkunft der Migranten gesehen.

Grafik 5.7.7: Grad der Zustimmung zu der Aussage, dass die Integration von der Herkunft der Migranten abhängt, nach Sprach-/Herkunftsgruppen



¹ Vgl. dazu kritisch Paul Mercheril: Wirklichkeit schaffen: Integration als Dispositiv. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Wochenbeilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ Nr. 43 /2011, S.49-54

² Dies könnte auch ein Indiz für die Variationsbreite des Begriffes „Integration“ in der Öffentlichkeit sein (vgl. auch Kapitel 1)

Die Grafik veranschaulicht aber auch sehr nachdrücklich, dass die **Einschätzungen in den verschiedenen Migrantengruppen sehr unterschiedlich** sind. **Es sind die Zuwanderer/-innen aus der polnischen (41 %) und russischen (40 %) Sprach-/Herkunftsgruppen die einen deutlicheren Zusammenhang mit der Herkunft der Zuwanderer sehen. Hingegen ist die Mehrheit der Befragten aus dem arabischen (62 %) und dem türkischen Sprachraum (59 %) davon überzeugt, dass ein solcher Zusammenhang nicht besteht.** Weit überdurchschnittlich viele wählen in diesem Zusammenhang sogar die Extremposition „stimme überhaupt nicht zu“.

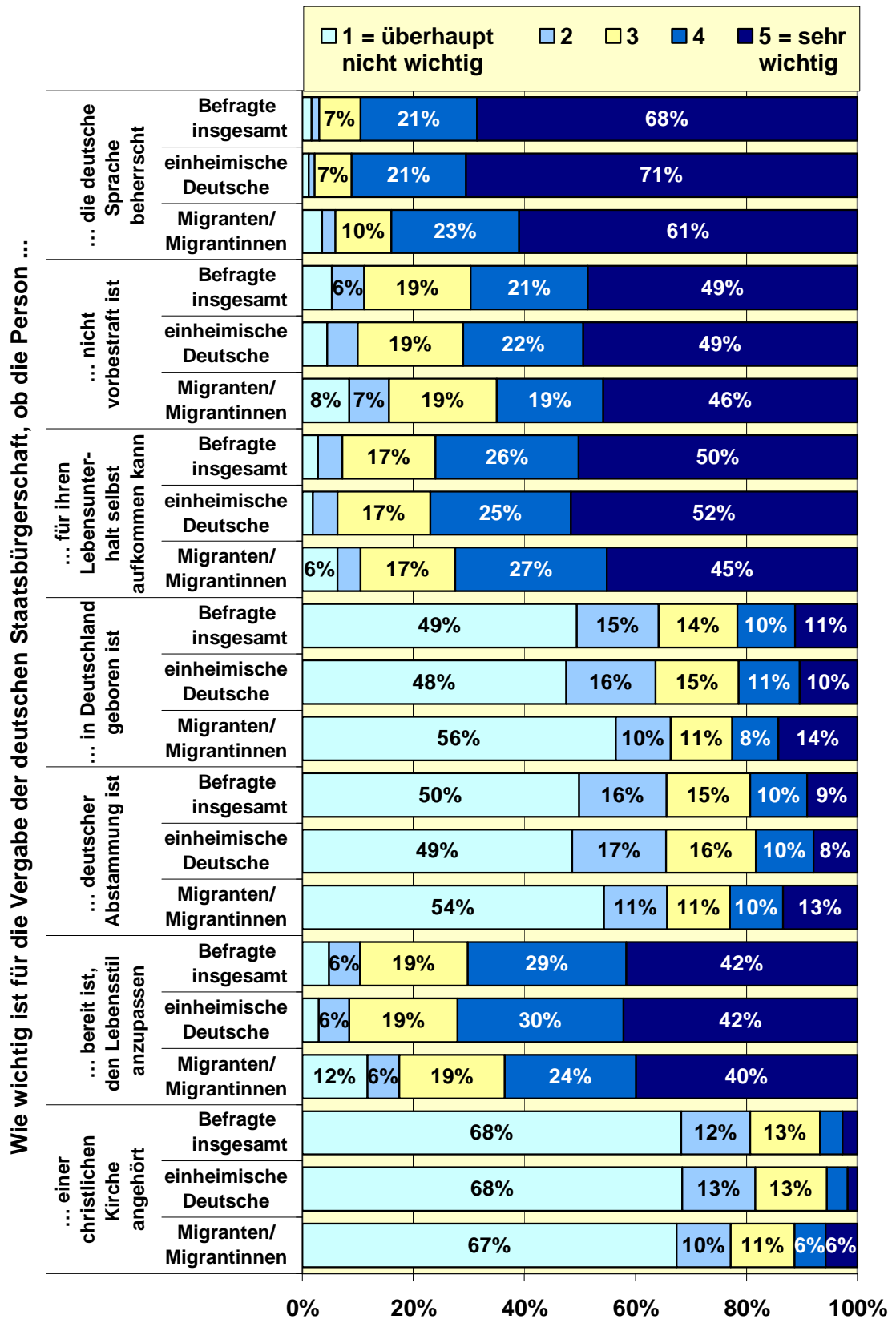
5.7.4 Kriterien für die Einbürgerung

Viele Migrantinnen und Migranten leben seit Jahrzehnten in Deutschland bzw. in Essen, haben aber gleichwohl die deutsche Staatsangehörigkeit bisher nicht angenommen. Die Annahme bzw. Zuerkennung der deutschen Staatsangehörigkeit beinhaltet nicht nur den Erwerb von Staatsbürgerrechten – wie z.B. den Schutz vor Ausweisung, das Recht auf staatliche Unterstützungsleistungen oder das Wahlrecht – sondern auch die Anerkennung der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und damit das Bekenntnis zum sozialen deutschen Rechtsstaat. Häufig ist die Aufgabe der alten Staatsangehörigkeit mit einem Verlust der Identifikation mit dem Herkunftsland verbunden. Aus Sicht der Aufnahmegesellschaft ist die Einbürgerung ein wichtiges formales Signal der Migranten/-innen, für den Willen dazu gehören zu wollen.

In diesem Zusammenhang sollte die durchgeführte Umfrage darüber Aufschluss geben, welche Kriterien an die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft geknüpft sein sollten. Die Befragten wurden gebeten, verschiedene Kriterien nach ihrer Wichtigkeit einzustufen. Dabei wurden zum einen Punkte zur Beurteilung vorgelegt, die tatsächlich rechtliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung sind, wie z.B. Sicherung des Lebensunterhaltes, Deutschkenntnisse oder das Fehlen von Vorstrafen. Zum anderen wurde auch nach der Wichtigkeit des Abstammungs- oder Geburtsortprinzips gefragt. Darüber hinaus sollten aber auch Kriterien, die in der Integrationsdebatte immer wieder von zentraler Bedeutung sind – wie die Bereitschaft zur Anpassung des eigenen Lebensstils an den der einheimischen Deutschen oder die Frage der Religionszugehörigkeit –, als Voraussetzung für die deutsche Staatsangehörigkeit eingestuft werden. Die Frage richtete sich an alle Befragten, nicht nur an einheimische Deutsche.

Die in Grafik 5.7.8 dargestellten Ergebnisse zeigen kaum Unterschiede zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen (siehe auch Tabellen 5.7.15 bis 5.7.21). Dies gilt für alle zur Beurteilung gestellten Kriterien. **Mit Abstand am wichtigsten für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit** sollten nach Ansicht aller Befragten die **Deutschkenntnisse** sein: 71 % der

Graphik 5.7.8: Einstufung der Wichtigkeit von Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit bei Migranten/-innen und einheimischen Deutschen



einheimischen Deutschen und 61 % der Migranten und Migrantinnen wählen hier sogar den höchsten Wert auf der Skala von 1 = überhaupt nicht wichtig bis 5 = sehr wichtig, ein weiteres Fünftel der Befragten weist mit dem Wert 4 ebenfalls noch eine hohe Wichtigkeit zu. Allerdings ist festzustellen, dass die unter 27-jährigen Migranten und Migrantinnen die Wichtigkeit der Beherrschung der deutschen Sprache nicht so stark betonen (Wert 4 oder 5 = eher wichtig = 76 %) wie die 45- bis 79-Jährigen (87 %).

Auch die beiden anderen gesetzlich verankerten Voraussetzungen für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit werden von den Befragten als besonders bedeutsam eingestuft: die **selbstständige Sicherung des Lebensunterhaltes** wird von **rund drei Vierteln (76 %)**, das **Fehlen von Vorstrafen von 70 % der Befragten** als **eher wichtige Voraussetzungen** für die deutsche Staatsangehörigkeit eingestuft.

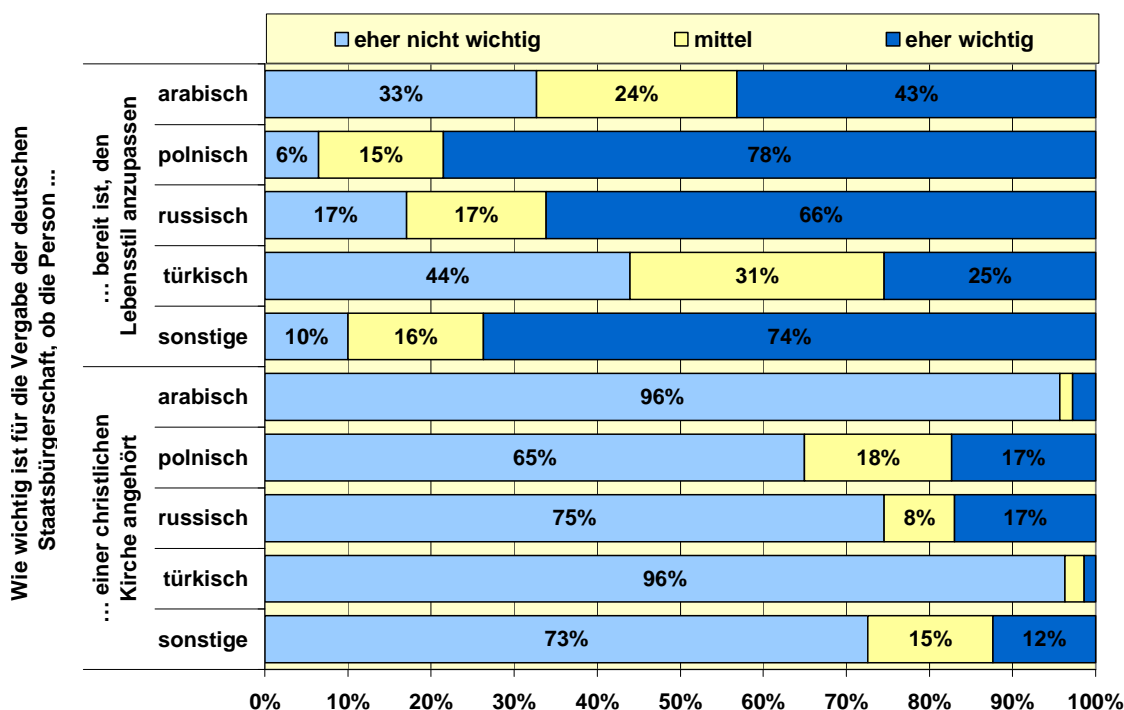
Weder das **Abstammungs-** noch das **Geburtsortprinzip** sollte nach Ansicht der Befragten eine Rolle für den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit spielen, **knapp die Hälfte der einheimischen Deutschen und gut die Hälfte der Migranten** halten diese Kriterien für **überhaupt nicht wichtig**. Spätaussiedler/-innen betonen dagegen natürlich stärker (eher/sehr wichtig = 48 %) als alle anderen Befragten mit Migrationshintergrund (eher/sehr wichtig = 23 %) die Bedeutung der Abstammung.

Eindeutig ist auch die Einschätzung der Befragten in Bezug auf die Religionszugehörigkeit: **rund zwei Drittel** beider Befragtengruppen halten die **Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche in Bezug auf die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit für überhaupt nicht bedeutsam**. Die Religionsfreiheit wird also als hohes Gut nicht mit staatsbürgerlichen Kriterien verknüpft. Überraschend ist, dass dies jedoch sehr wohl bei dem eher diffusen Kriterium des Lebensstils geschieht. Die **Anpassung an „den“ Lebensstil der einheimischen Deutschen** wird von **rund 40 %** der einheimischen Deutschen und auch der Migranten als **sehr wichtig** erachtet, ein weiteres Viertel hält dies für eher wichtig. Auch wenn dieser Begriff des Lebensstils hier undefiniert ist, so betonen die beiden Befragtengruppen damit dennoch sehr deutlich, dass neben der Sprache noch mehr dazu gehört, um in Deutschland als Deutsche(r) zu leben.

Betrachtet man allerdings die Ergebnisse für die verschiedenen Migranten und Migrantinnen, so fällt auf, dass sich gerade bei den Kriterien christliche Religionszugehörigkeit und Lebensstilanpassung die Befragten aus der arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe besonders deutlich von allen anderen abheben. Mit 96 % bzw. 97 % sind **fast alle türkisch und arabisch sprechenden Befragten** der Meinung, dass die **christliche Religionszugehörigkeit eher keine**

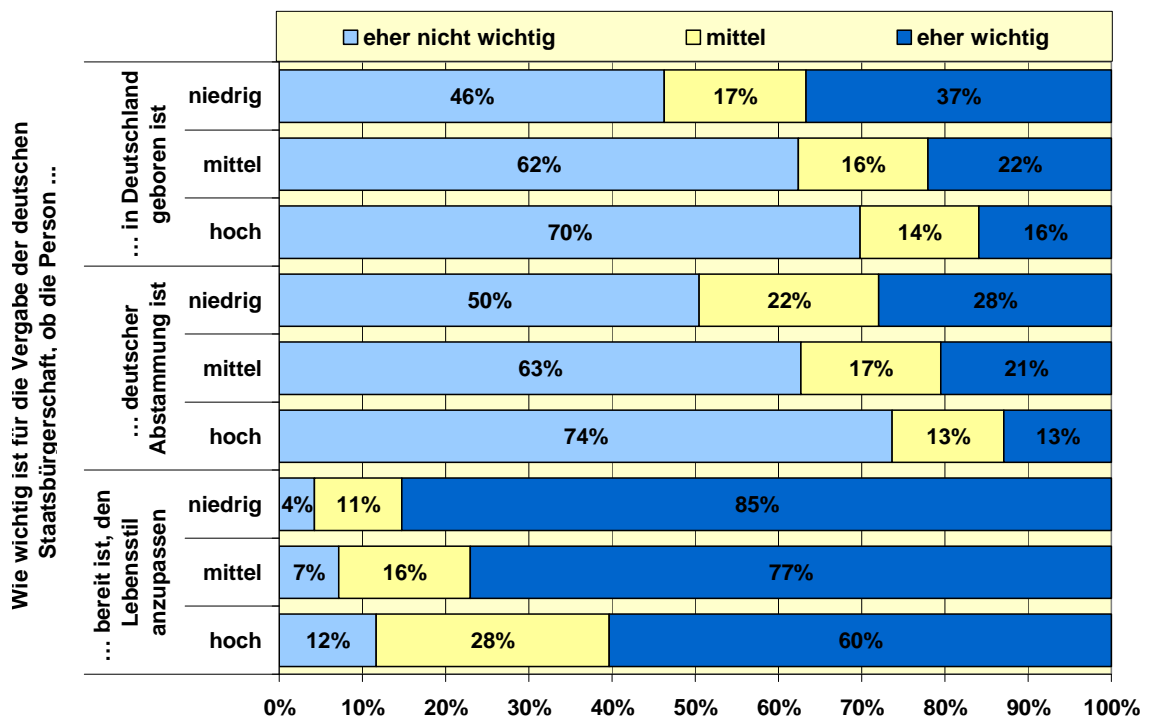
Bedeutung haben sollte, bei den polnischen Befragten sagen dies rund zwei Drittel, bei den russisch sprechenden drei Viertel. Auch die **Bereitschaft, sich an den Lebensstil der Deutschen anzupassen, wird von weniger türkisch und arabisch sprechenden Befragten als bedeutsam angesehen.** Hier ist, wie Grafik 5.7.9 veranschaulicht, sogar die Gruppe derer, die dies als eher unwichtig ansieht, bei den Befragten aus der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe mit 44 % größer. Darüber hinaus wird der deutschen Sprache bei den Befragten mit arabischem und türkischem Migrationshintergrund eine nicht ganz so hohe Bedeutung (77 % bzw. 75 %) zugemessen wie von Personen mit Migrationshintergrund insgesamt (84 %).

Grafik 5.7.9: Einstufung der Wichtigkeit von ausgewählten Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft bei Migranten/-innen nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Grafik 5.7.10 auf der nächsten Seite verdeutlicht, dass es **bei den einheimischen Deutschen** gerade mit Blick auf die Einstufung der **Wichtigkeit des Geburtsort- und Abstammungsprinzips** für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit einen **deutlichen Bildungseffekt** gibt. Diese Kriterien sind zwar bei allen Befragten im Vergleich von untergeordneter Bedeutung. Allerdings sind Befragte mit niedriger Schul-/Berufsausbildung deutlich häufiger als die mit hoher Bildung der Meinung, dass ein deutscher Geburtsort bzw. die deutsche Abstammung für die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit eher wichtig sein sollte. Daraus leitet sich offenbar auch eine stärkere Betonung der Bereitschaft zur Anpassung an den Lebensstil der Deutschen ab.

Grafik 5.7.10: Einstufung der Wichtigkeit von ausgewählten Kriterien für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft bei einheimischen Deutschen nach Schul-/Berufsausbildung



5.8 Beobachtung und Erfahrung von Diskriminierung

Die Tatsache, dass eine Person die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, ist ein Kriterium für die formale Gleichbehandlung in unserem Staat, z.B. durch die Möglichkeit zur Teilnahme an Wahlen. Die Urteile oder Vorurteile über Menschen haben aber oft nichts mit solchen nicht sichtbaren Merkmalen zu tun, sind also in der Regel nicht auf das Verhalten oder Handeln – z.B. die Bereitschaft zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft oder die vollzogene Einbürgerung – zurückzuführen, sondern vielmehr z.B. durch die vermeintlich andere Herkunft, die Hautfarbe oder die Religion begründet.

Ziel des bundesdeutschen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)¹ von 2006 ist es gerade, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen. Gestützt wird der gesetzliche Schutz gegen Diskriminierung durch Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft und durch das Grundgesetz (GG)².

Im Kontext der Umfrage zum „Zusammen leben in Essen“ wurde die Frage nach wahrgenommener bzw. selbst erlebter ungleicher Behandlung konkret auf die Herkunft, hier also die beiden Bevölkerungsgruppen – einheimische Deutsche und Migranten bzw. Migrantinnen – bezogen. Einheimische Deutsche wurden danach gefragt, ob ihnen persönlich eine ungleiche Behandlung von Migrantinnen und Migranten innerhalb der letzten beiden Jahre aufgefallen ist. Falls dies der Fall war, wurde nach der Häufigkeit dieser Beobachtungen in verschiedenen Lebensbereichen gefragt. Den Befragten mit Migrationshintergrund wurde entsprechend konkret die Frage gestellt, ob sie persönlich in den letzten zwei Jahren die Erfahrung einer ungleichen Behandlung gemacht haben. Sie wurden dann gegebenenfalls auch gebeten, die Häufigkeit der erfahrenen Benachteiligung in den verschiedenen Lebensbereichen anzugeben.

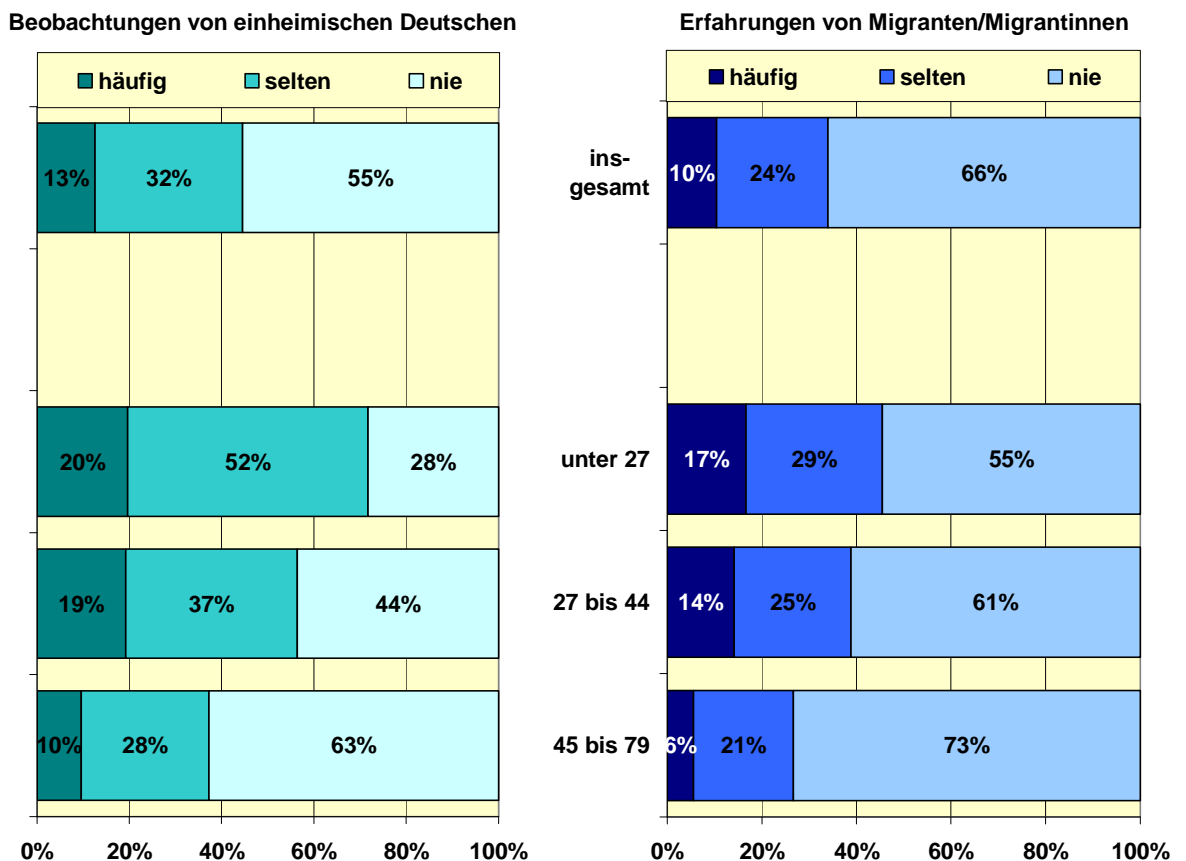
Auch wenn die Angaben zu wahrgenommenen oder berichteten Ungleichbehandlungen nicht notwendig gleichzusetzen sind mit tatsächlich stattgefundener Diskriminierung, so können die Angaben aber gleichwohl Lebensbereiche beleuchten, in denen das Zusammenleben durch eine besondere Problematik geprägt ist. Denn häufig geht eine Ungleichbehandlung bzw. Schlechterbehandlung einer Bevölkerungsgruppe einher mit faktischen Nachteilen z.B. bei der Suche nach einer Wohnung oder einer Beschäftigung bzw. Arbeitsstelle.

¹ vgl. AGG vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1897)

² vgl. EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse (2000/43/vom 29. Juni 2000) und Richtlinie zur Gleichbehandlung im Bereich Beschäftigung Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (Richtlinie 2000/78/vom 27. November 2000)

Grafik 5.8.1 (siehe auch Tabelle 5.8.1 und 5.8.2) zeigt, dass fast zwei Drittel der Migranten und Migrantinnen – in den letzten zwei Jahren – nie eine ungleiche Behandlung erfahren haben. Auch eine deutliche Mehrheit der einheimischen Deutschen (55 %) hat keinerlei Diskriminierung wahrgenommen. Dennoch gehören trotz der bestehenden gesetzlichen Regelungen Benachteiligungen und Diskriminierungen noch zum Lebensalltag. Etwa jede(r) zehnte Befragte(r) mit Migrationshintergrund gibt an, häufig aufgrund der Herkunft benachteiligt worden zu sein, und knapp ein weiteres Viertel hat zwar nicht häufig, aber – wenn auch selten – schon einmal eine Diskriminierungserfahrung gemacht. Auch 32 % der einheimischen Deutschen formulieren, zwar nicht häufig, aber zumindest selten eine Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten wahrgenommen zu haben. 13 % berichten hier sogar von häufigen Beobachtungen.

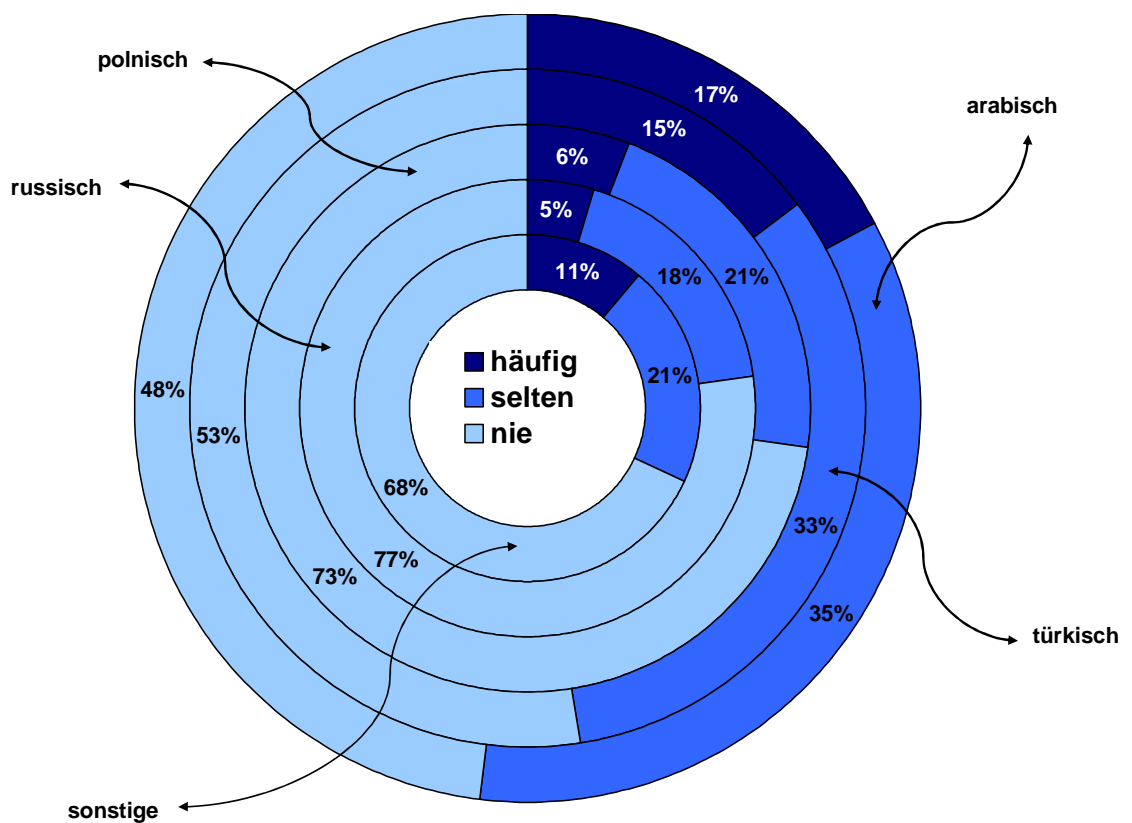
Grafik 5.8.1: Häufigkeit der Beobachtung und Erfahrung von Diskriminierung



Dabei scheinen solche **Beobachtungen und Erfahrungen von Benachteiligungen eher zur Lebenswelt von jüngeren Menschen** zu gehören oder – anders interpretiert – bei Jüngeren ist die Sensibilität für Diskriminierung höher als bei Älteren: 20 % der unter 27-jährigen einheimischen Deutschen, aber nur 10 % der 45-Jährigen und Älteren haben z.B. schon häufig solche Situatio-

nen beobachtet. Bei den Migrantinnen und Migranten ist der Unterschied ebenfalls deutlich: 17 % der Jüngeren geben an, wegen ihrer Herkunft schon häufig benachteiligt worden zu sein, bei den Älteren liegt der entsprechende Anteil bei 6 %. Zudem zeigt sich, dass Diskriminierungserfahrungen tatsächlich mit sichtbaren Herkunftsmerkmalen wie Lebensweise, Religion, Haut- oder Haarfarbe einhergehen. **Befragte aus der arabischen oder türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe berichten deutlich häufiger als z.B. Befragte mit polnischem oder russischem Migrationshintergrund von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft.**

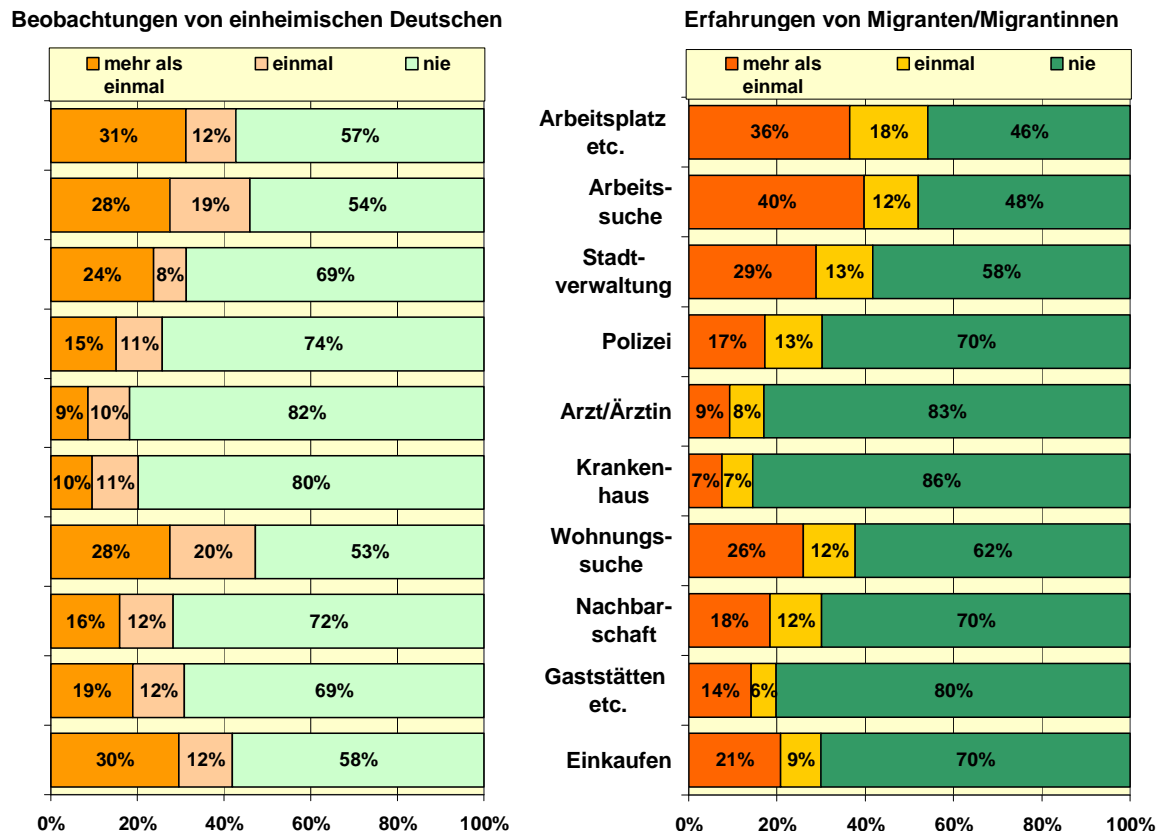
Grafik 5.8.2: Häufigkeit der Beobachtung und Erfahrung von Diskriminierung nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Denjenigen Befragten, die angegeben haben selten oder häufig Diskriminierung beobachtet oder erlebt zu haben, wurde eine Liste mit 11 Lebensbereichen vorgelegt für die jeweils anzugeben war, wie häufig hier Benachteiligungen aus der persönlichen Sicht (mit)erlebt wurden. Drei Viertel der Befragten haben schon in mehr als einem Lebensbereich solche Erlebnisse gehabt (siehe auch Tabellen 5.8.3 und 5.8.4). Stellt man die Beobachtungen von einheimischen Deutschen und

die Erfahrungen von Migranten/-innen gegenüber, so ergibt sich ein relativ eindeutiges Bild (siehe auch Tabellen 5.8.5 bis 5.8.25).¹

Grafik 5.8.3: Beobachtung und Erfahrung von Diskriminierung in verschiedenen Lebensbereichen



Insbesondere in den existentiell wichtigen Bereichen Arbeit und Ausbildung (Arbeitsplatz/Schule/Universität und Arbeitssuche) wird überdurchschnittlich häufig von beobachteten oder erlebten **Diskriminierungen** berichtet: bei 31 % der einheimischen Deutschen, die schon einmal Benachteiligungen von Menschen mit Migrationshintergrund beobachtet haben, war dies schon mehrmals, bei weiteren 12 % zumindest einmal am Arbeitsplatz, in der Schule oder Universität der Fall. Auch im Rahmen der Arbeitssuche wird dieses Problem relativ häufig wahrgenommen: 28 % mehr als einmal, 19 % einmal. Die besondere Betroffenheit von ungleicher Behandlung in diesen Bereichen bestätigen die Angaben von den Befragten mit Migrationshintergrund, die schon einmal eine diskriminierende Situation erlebt haben: über 50 % geben an, am Arbeitsplatz, in der Ausbildung oder in der Universität (36 % mehr als einmal) bzw. bei der Arbeitssuche (40 % mehr als einmal) benachteiligt worden zu sein.

¹ Aufgrund der geringen Fallzahlen werden die in den Tabellen ausgewiesenen Ergebnisse nach Alter, Bildung oder Herkunft hier nicht weiter interpretiert.

Auch in einem weiteren elementaren Lebensbereich, nämlich bei der **Wohnungssuche** wird von beiden Befragtengruppen **vergleichsweise häufig** über **ungleiche Behandlung** berichtet. Bei 48 % der einheimischen Deutschen und 38 % der Migranten/-innen, die Benachteiligungen aufgrund der Herkunft (mit-)erlebt haben, war dies in Zusammenhang mit einer Wohnungssuche (20 % bzw. 12 % mehrmals).

Auch bei Kontakten mit der Stadtverwaltung oder mit anderen Behörden wird von **Diskriminierung** aufgrund der Herkunft berichtet: 32 % der einheimischen Deutschen und 42 % der Migrantinnen und Migranten, die angegeben haben, jemals entsprechende Beobachtungen oder Erfahrungen gemacht zu haben, nannten hier diese offiziellen amtlichen Stellen. Auf die weitergehende offene konkretisierende Frage haben nur wenige Personen geantwortet (siehe Tabelle 5.8.26). Am häufigsten wurden von beiden Gruppen die Arbeitsagentur bzw. das Jobcenter und die Ausländerbehörde genannt. Auf die explizite Frage nach ungleicher Behandlung bei der Polizei geben 26 % der einheimischen Deutschen und 30 % der Befragten mit Migrationshintergrund, die hier geantwortet haben, an, dass eine ungleiche Behandlung passiert sei. 15 % bzw. 17 % sagen sogar, dass dies beobachtet bzw. erlebt wurde.

Bei mehr oder weniger täglichen Begebenheiten wie beim Einkaufen oder in der Nachbarschaft haben fast ein Drittel der Befragten mit Migrationshintergrund und mit entsprechenden Erfahrungen schon einmal eine ungleiche Behandlung aufgrund der Herkunft erlebt.

Im Vergleich zu den anderen Lebensbereichen scheinen dagegen **Diskriminierungen im Gesundheitswesen relativ selten** stattzufinden: bei weit über 80 % der Personen beider Befragtengruppen, die Beobachtungen oder Erfahrungen der Ungleichbehandlungen gemacht haben, war dies nicht bei Kontakten zu Ärzten/Ärztinnen oder im Krankenhaus. In diesen Bereichen berichtet nur etwa jede 10. bis 14. befragte Person nicht von Einzelfällen, sondern von häufigeren Vorfällen.

Abschließend wurde den Befragten mit Migrationshintergrund und Diskriminierungserfahrung noch die Frage gestellt, ob sie in einem anderen als den explizit benannten Lebensbereichen selbst eine ungleiche Behandlung erlebt haben. Dies bejaht knapp ein Drittel. Der Bitte, zu beschreiben, bei welchen Gelegenheiten dies der Fall war, sind insgesamt nur 59 Befragte gefolgt. Aus den entsprechenden Angaben (siehe Tabelle 5.8.27) ergeben sich keine besonderen weiteren Schwerpunkte.

5.9 Partizipation

Der Begriff Partizipation wird im allgemeinen Sprachgebrauch und in der Wissenschaft in unterschiedlichen Kontexten verwendet und steht für verschiedene Formen und Funktionen von Teilhabe, Mitwirkung und Beteiligung am gesellschaftlichen Leben oder auch am Arbeitsleben. **In einem engeren politischen Sinne meint Partizipation die Einbindung von Individuen und Organisationen in öffentliche Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse.**¹ Entsprechend wird Partizipation als ein wichtiger Bestandteil bzw. eine Grundvoraussetzung von Demokratie verstanden. Im Wesentlichen wird zwischen gesetzlich verfasster, stark formalisierter Partizipation (wie u. a. Wahlen oder Bürgerentscheide) und nicht gesetzlich verankerten, wenig formalisierten Partizipationsformen (wie u. a. Initiativen, Vereinen) unterschieden. Im Nationalen Integrationsplan nimmt der Begriff der Partizipation eine Schlüsselrolle ein. Integration wird als Prozess verstanden, „der sich auf Partizipation und Teilhabe aller in Deutschland richtet“.²

5.9.1 Deutsche Staatsbürgerschaft als formale Partizipationsvoraussetzung

Mit dem Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind alle Bürgerrechte nach dem Grundgesetz garantiert, z. B. das uneingeschränkte aktive und passive Wahlrecht oder das Recht auf Zugang als Beamter/-in in den öffentlichen Dienst und vieles mehr. Die deutsche Staatsbürgerschaft eröffnet aber nicht nur eine allumfassende politische Partizipationsmöglichkeit in Deutschland. Sie macht die Inhaber/-innen gleichzeitig zu Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union, verbunden z. B. mit dem Wahlrecht zum Europäischen Parlament oder mit dem Recht der uneingeschränkten Wahl des Arbeits- und Aufenthaltsortes innerhalb der meisten Staaten der Europäischen Union. **Die formalen Partizipationsmöglichkeiten am gesellschaftlichen und politischen Leben können ganz wesentlich durch die Einbürgerung erhöht werden.**

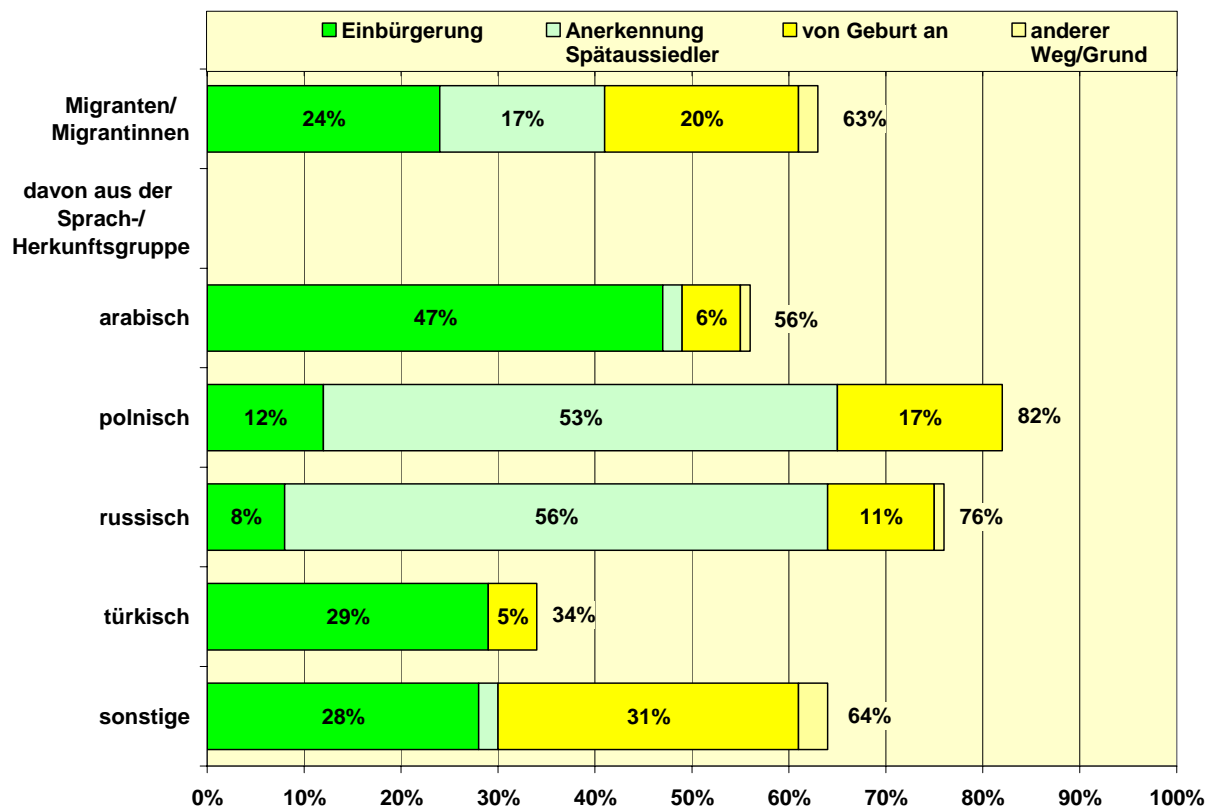
Wie bereits in Kapitel 5.1 dargelegt, besitzen **63 % der Befragten mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit: 20 % bereits von Geburt an. 17 % durch die Anerkennung als Spätaussiedler/-in und 24 % durch die Einbürgerung** (vgl. Tabelle 5.9.1).

¹ Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Engagiert in NRW – Lexikon im Internet (www.engagiert-in-nrw.de/lexikon/index.php)

² Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen, Berlin im Juli 2007, S. 173, seit 2010 NAP (Nationales Aktionsprogramm)

Wenn die Befragten nicht bereits seit ihrer Geburt Deutsche sind, bedeutet dies, dass sie sich selbst erfolgreich bemüht haben, in Deutschland die vollen Rechte und Pflichten als Bürger/-innen dieses demokratischen Rechtsstaates wahrzunehmen zu können. Nicht selten heißt dies auch, dass die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes abgelegt werden muss. Der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft ist damit ein starker Indikator für die „strukturelle Integration“¹:

Graphik 5.9.1: Migranten und Migrantinnen mit deutscher Staatsangehörigkeit nach der Art des Erwerbs der Staatsangehörigkeit



In der polnischen und russischen Sprach- bzw. Herkunftsgruppe haben mehr als drei Viertel der Befragten die deutsche Staatsangehörigkeit. Wie nicht anders zu erwarten, ist dies bei der Mehrheit der Befragten auf eine Anerkennung als Spätaussiedler/-in zurückzuführen, nur rund jede(r) Zehnte hat eine Einbürgerung erfolgreich beantragt. Auch in der arabischen Sprach-/ Herkunftsgruppe hat mit 56 % die Mehrheit der Befragten die deutsche Staatsbürgerschaft. Der Anteil der Eingebürgerten liegt mit 47 % aber weit über dem Durchschnitt. In der großen türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe hat dagegen nur jede dritte befragte Person (34 %) die deutsche Staatsangehörigkeit. Die große Mehrheit dieser deutschen Befragten mit türkischem Migrations-

¹ Heckmann, Friedrich. Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992, 210ff)

hintergrund (29 %) hat sich aber auch in dieser Gruppe über die Einbürgerung aktiv um den deutschen Paß und damit zumindest um die formal gleichen Voraussetzungen zur Teilhabe in der deutschen Gesellschaft bemüht. In der sonstigen Sprach-/Herkunftsgruppe hat fast ein Drittel der Befragten die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an, d. h. in der Regel bereits die Eltern dieser Befragten haben die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Weitere 28 % sind diesen Weg selbst aktiv gegangen.

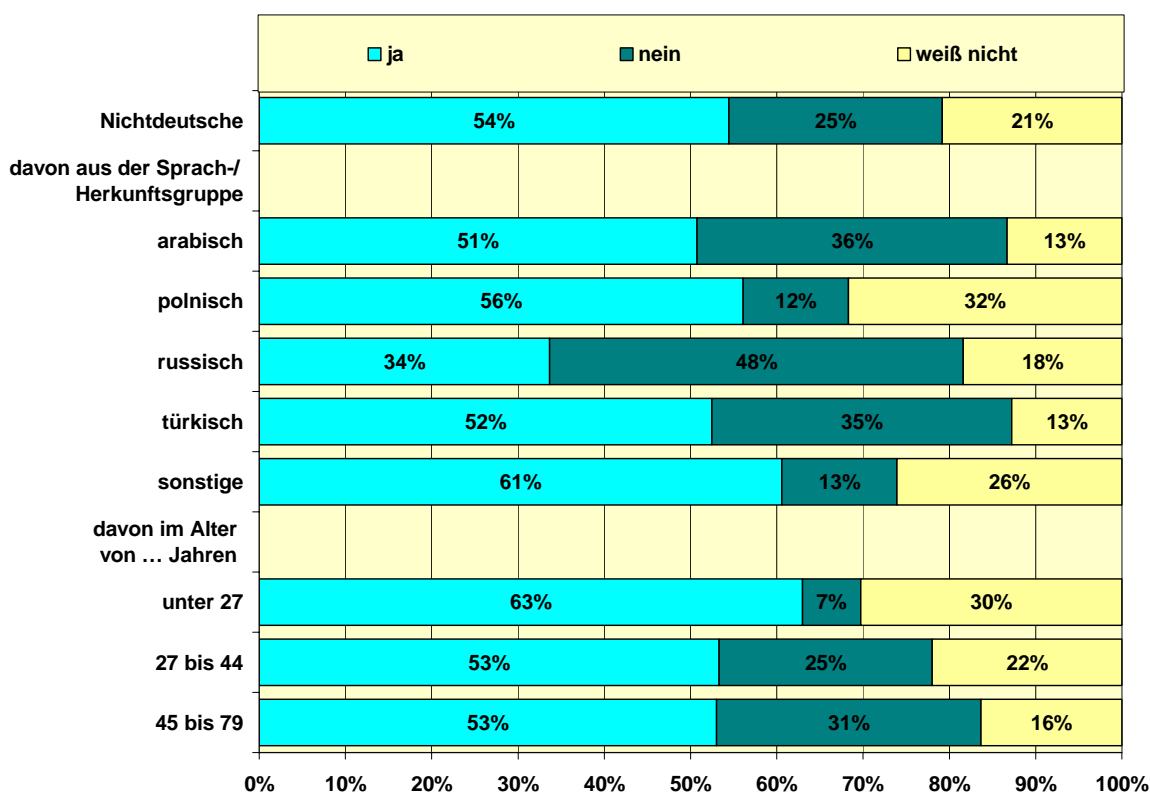
Nach einer neuen Studie von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) besteht ein **Zusammenhang zwischen sozialer Integration und Einbürgerung(sbereitschaft)**, wobei nichts über die kausale Richtung gesagt werden kann. Man könnte formulieren: diejenigen, die gut integriert sind, stellen eher einen Einbürgerungsantrag; oder: durch die Einbürgerung verbessern sich die Chancen auf Integration oder Partizipation z. B. auf dem Arbeitsmarkt.¹ Tatsache ist, dass Eingebürgerte im Vergleich zur ausländischen Bevölkerung besser gebildet und am Arbeitsmarkt integriert, seltener erwerbslos sind und im Durchschnitt ein höheres Einkommen haben. Gleichwohl sind die Unterschiede zu den einheimischen Deutschen noch deutlich.

Mit Blick auf das Thema Integration ist also auch die Erfassung der Einbürgerungsbereitschaft von Bedeutung. Bei den Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit (37 %) wurde zunächst erfasst, ob sie überhaupt die Voraussetzungen für die Einbürgerung nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht erfüllen. Wenn die Befragten diese nicht kennen und folglich mit „weiß nicht“ antworten, so bedeutet dies, dass sie sich bislang noch nicht mit dem Thema der Einbürgerung auseinandergesetzt haben. Wenn die Voraussetzungen vorliegen, aber gleichwohl (noch) keine Einbürgerung beantragt wurde, so ist dies auch ein Indikator für Partizipations- bzw. Integrationsbereitschaft.

Wie die Grafik 5.9.2 auf der nächsten Seite und die Tabelle 5.9.2 zeigen, gibt die Mehrheit (54 %) der Befragten ohne deutsche Staatsangehörigkeit an, dass in ihrem Fall die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht vorliegen. Ein Viertel ist der Meinung, dass dies nicht der Fall ist. Ein Fünftel (21 %) antwortet mit „weiß nicht“. Das heißt, **rund 80 % der Nichtdeutschen haben sich mit der Frage einer Einbürgerung bereits befasst**. Dies bedeutet **aber** auch, dass ein **nicht unerhebliches Informationsdefizit** besteht.

¹ Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Geschäftsbereich Statistik (Hrsg.): Integration von Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen. Eingebürgerte und ausländische Bevölkerung im Vergleich, in: Statistik kompakt, 01/2011. Die Ergebnisse basieren auf dem Mikrozensus für Nordrhein-Westfalen.

Graphik 5.9.2: Kenntnisse über die Voraussetzungen der Einbürgerung bei Nichtdeutschen



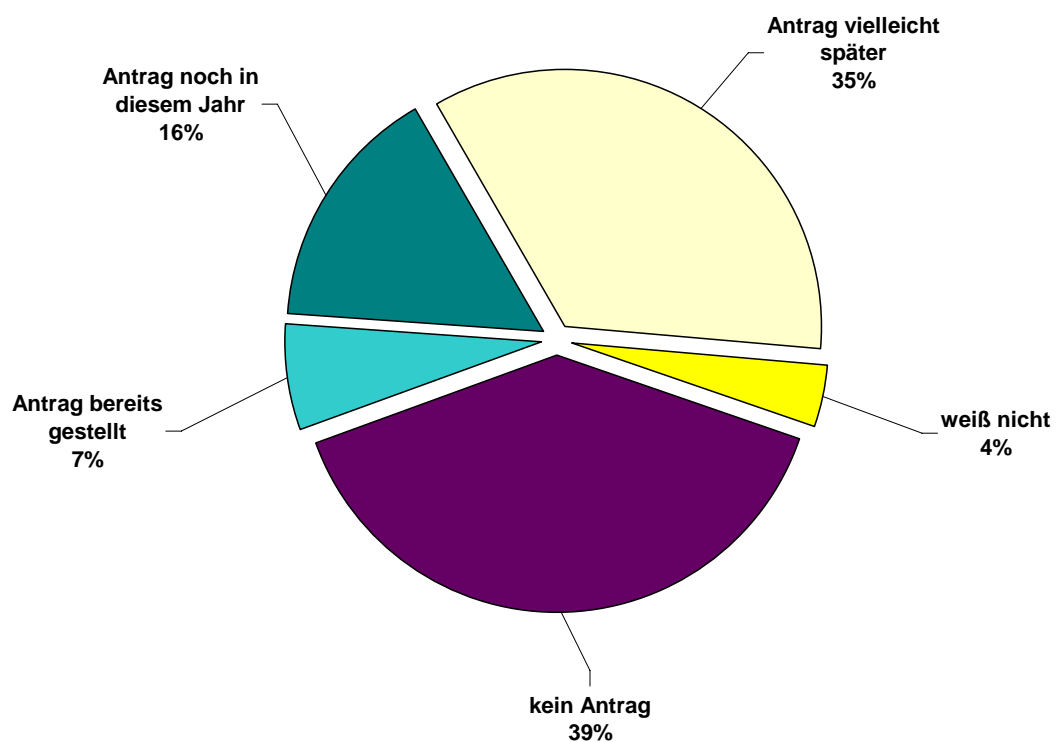
Die Unwissenheit über die Voraussetzungen für die Einbürgerung nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht ist insbesondere bei den Nichtdeutschen der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe (32 %) sowie in der heterogen zusammengesetzten sonstigen Migrantengruppe (26 %) überdurchschnittlich hoch. Darüber hinaus fällt auf, dass jüngere Nichtdeutsche offensichtlich über die Voraussetzungen der Einbürgerung weniger informiert sind als ältere: der Anteil der „weiß nicht“-Antworten sinkt von 30 % bei den unter 27-Jährigen bis auf 16 % bei den 45- bis 79-Jährigen.

Möglicherweise könnte die Zahl der Einbürgerungen durch noch bessere – altersspezifisch aufbereitete – Informationen der Zielgruppen über die entsprechenden Voraussetzungen gesteigert werden. Dass dies nicht in jedem Fall zum gewünschten Erfolg führen wird, zeigen Aussagen von Befragten zu ihrer Absicht die deutsche Staatsbürgerschaft tatsächlich zu beantragen.

Mehr als die Hälfte der Befragten, die nach eigener Einschätzung die Voraussetzungen für eine Einbürgerung besitzen, spielen zumindest mit dem Gedanken, die deutsche Staatsangehörigkeit auch tatsächlich zu beantragen (vgl. Grafik 5.9.3 und Tabelle 5.9.3): 16 % wollen

einen Antrag noch in diesem Jahr stellen und 36 % wollen vielleicht später einen Einbürgerungsantrag stellen. 7 % haben bereits einen Antrag gestellt, aber 39 % der Nichtdeutschen mit den entsprechenden Voraussetzungen **wollen überhaupt keinen Antrag auf Einbürgerung stellen**. Dieser Anteil ist bei Befragten aus der türkischen (48 %) und polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe (53 %) überdurchschnittlich hoch. Insbesondere (61 %) die älteren Befragten (45 bis 79 Jahre), die sich – wie gezeigt wurde – gut über das Vorliegen der Voraussetzungen informieren, schließen eine Einbürgerung aus, entscheiden sich also bewusst für das Beibehalten der Staatsbürgerschaft ihres Herkunftslandes. Dies kann aber auch bedeuten, dass wahrgenommene Hürden zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft – z.B. die relativ hohen Kosten – subjektiv höher eingeschätzt werden als der mögliche Nutzen.

Graphik 5.9.3: Bereitschaft bei Vorliegen der Voraussetzungen einen Einbürgerungsantrag zu stellen

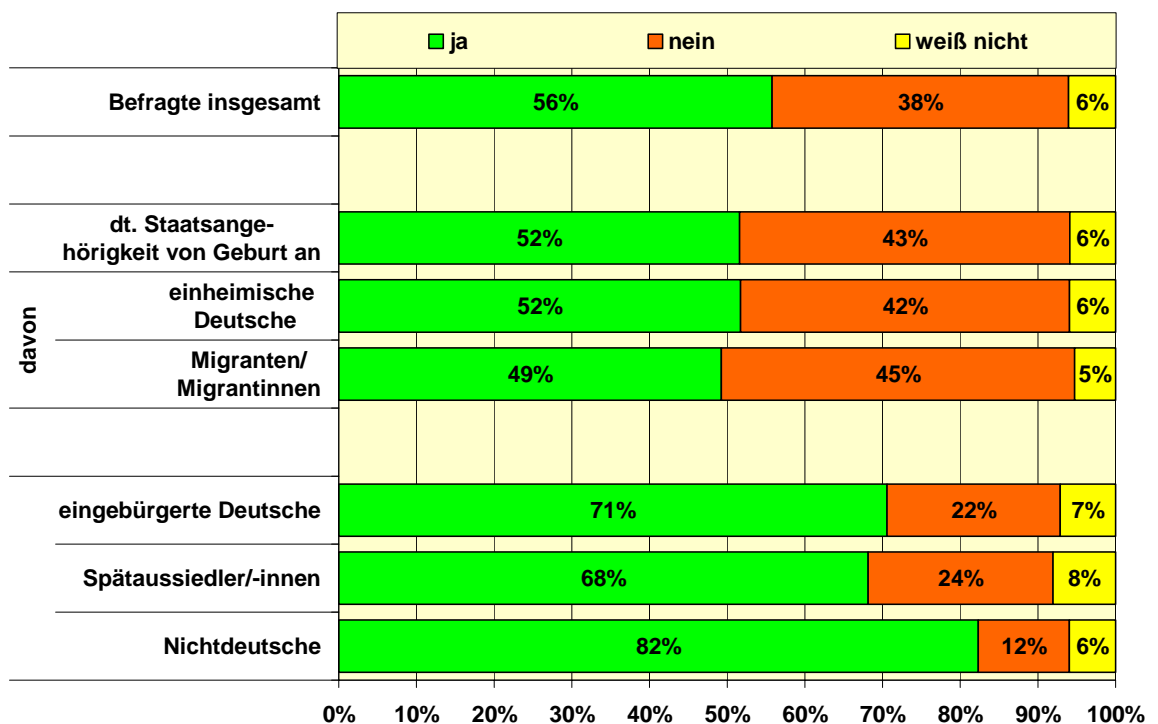


5.9.2 Kommunales Wahlrecht für Nicht EU-Bürger/-innen als Partizipationsmöglichkeit

Das Grundgesetz garantiert nicht allen dauerhaft in der Bundesrepublik lebenden Personen die Mitgestaltung des öffentlich-politischen Lebens auf kommunaler Ebene per Wahl. Das Wahlrecht bei der Wahl zum Oberbürgermeister bzw. zur Oberbürgermeisterin, bei der Wahl zum Rat der Stadt sowie bei den Wahlen zu den Bezirksvertretungen ist Personen vorbehalten, die das 16. Lebensjahr¹ vollendet haben und die deutsche Staatsangehörigkeit oder diejenige eines der übrigen Staaten der Europäischen Gemeinschaft besitzen. Die Koppelung des kommunalen Wahlrechts an die EU-Nationalität schließt viele Migrantinnen und Migranten vor Ort aus und eine Reihe von Kommunen haben sich in den letzten Jahren für die Einrichtung eines kommunalen Wahlrechts für alle Einwohner/-innen ausgesprochen.²

Im Rahmen der Befragung wurde deshalb allgemein erfasst, ob die Menschen in Essen der Meinung sind, dass alle Bürger/-innen und Bürger das Recht haben sollten, unabhängig von ihrer Herkunft in ihrem unmittelbaren Lebensbereich - nämlich der Stadt, in der sie wohnen, - politisch Einfluss zu nehmen.

Graphik 5.9.4: Kommunales Wahlrecht für Migranten und Migrantinnen



¹ aktives Wahlrecht GO NRW (passives Wahlrecht ab 18 Jahre)

² Beschluss Rat der Stadt Essen vom 28.11.2007

Wie Grafik 5.9.4 veranschaulicht, ist insgesamt **mit 56 % die Mehrheit** der Befragten der Meinung, dass **bei Kommunalwahlen die Herkunft nicht ausschlaggebend für die Wahlberechtigung** sein sollte (vgl. auch Tabelle 5.9.4). Allerdings **vertreten 52 % der einheimischen Deutschen, aber 70 % der Befragten mit Migrationshintergrund** diese Auffassung.

Die Meinungen der Befragten, die die **deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an haben, heben sich allerdings von allen anderen ab**. Hier ist etwa die Hälfte – sowohl bei Befragten mit als auch ohne Migrationshintergrund – der Meinung, dass die Migranten/-innen bei Kommunalwahlen stimmberechtigt sein sollten. Bei allen anderen ist dieser Anteil mit mehr als zwei Dritteln deutlich höher. Nicht überraschend ist der Befund, dass **Nichtdeutsche mit 82 % mit Abstand am häufigsten die Überzeugung haben, dass die Herkunft für das kommunale Wahlrecht ohne Bedeutung sein sollte**. Die große Gruppe der **Befragten mit einem türkischen Migrationshintergrund** vertritt **fast ausnahmslos (96 %)** diese Meinung.

Sowohl bei einheimischen Deutschen als auch bei Migranten und Migrantinnen **befürworten Jüngere** das kommunale Wahlrecht unabhängig von der Herkunft **deutlich häufiger als Ältere**. Ein eindeutiger Bildungseffekt ist dagegen nicht festzustellen.

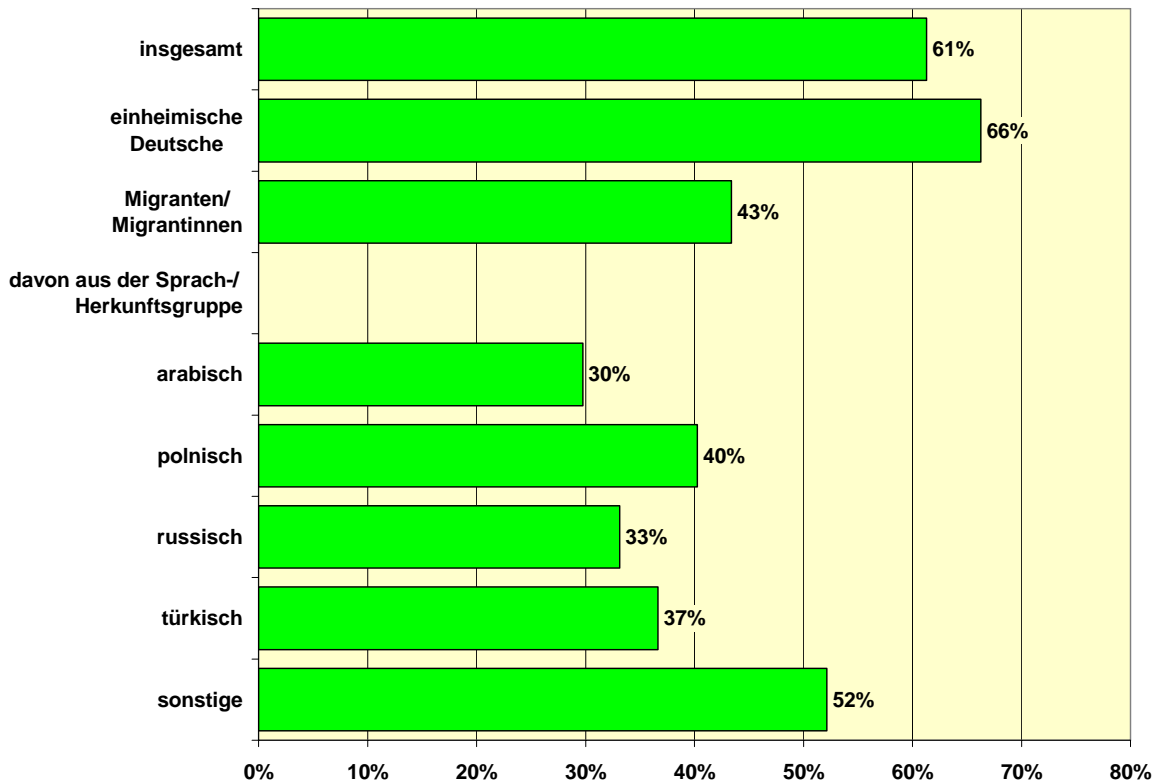
5.9.3 Mitgliedschaften als Ausdruck von wenig formalisierter Partizipation

Eine der sichtbarsten, zwar wenig formalisierten, aber vielleicht wirksamsten Formen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Mitgliedschaft in einem Interessenverband, einer Organisation, einem Verein oder Verband.

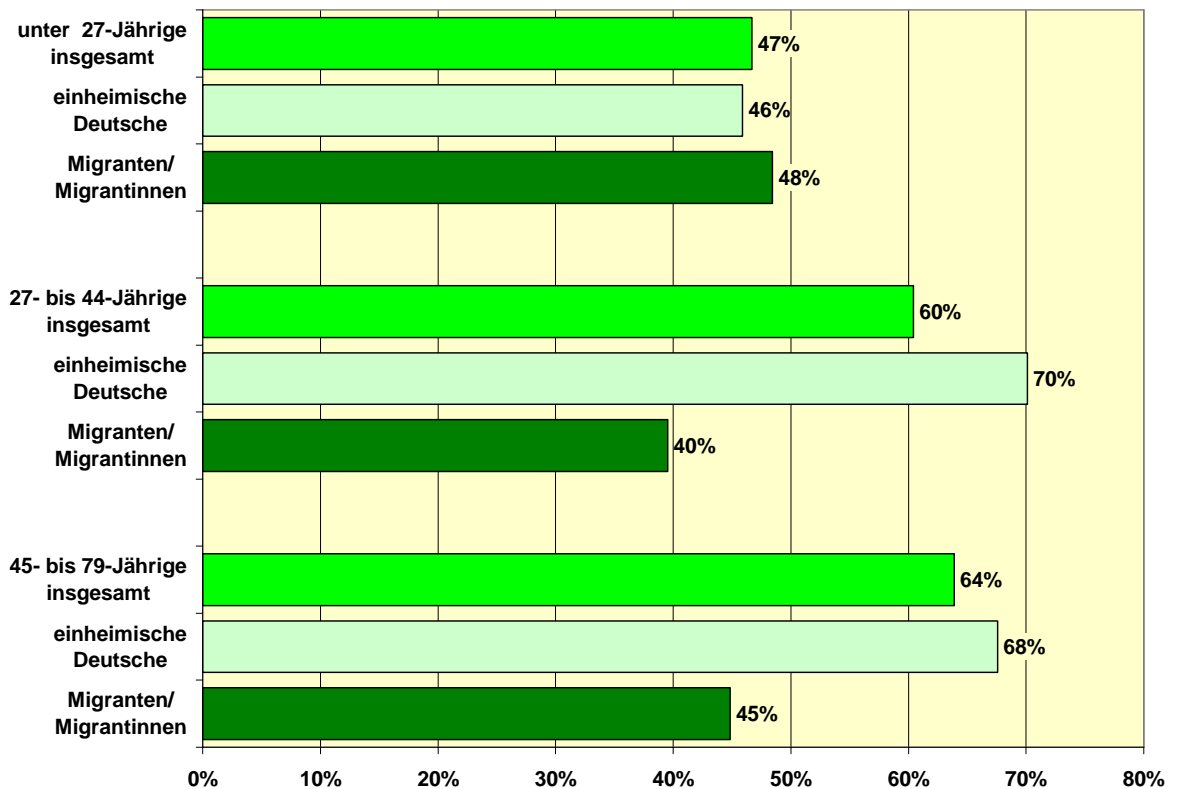
Grafik 5.9.5 auf der nächsten Seite verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass **zwei Drittel der einheimischen Deutschen (66 %), aber mit 43 % deutlich weniger als die Hälfte der Migranten und Migrantinnen Mitglied in einer solchen Organisation oder einem solchen Verein sind** (vgl. Tabelle 5.9.5). Dieser Anteil ist allerdings mit rund einem Drittel **bei den arabischen (30 %) und russischen (33 %) Sprach-/Herkunftsgruppen** noch einmal deutlich **niedriger**.

Auffallend ist – anhand der in Grafik 5.9.6 dargestellten altersspezifischen Ergebnisse – darüber hinaus, dass **bei den unter 27-Jährigen der Grad dieser Partizipation vergleichsweise gering ist (47 %)**; dies gilt aber **unabhängig von der Herkunft**. In den anderen Altersgruppen dagegen zeigt sich, dass sich Migranten und Migrantinnen durchgängig weniger als einheimische Deutsche engagieren.

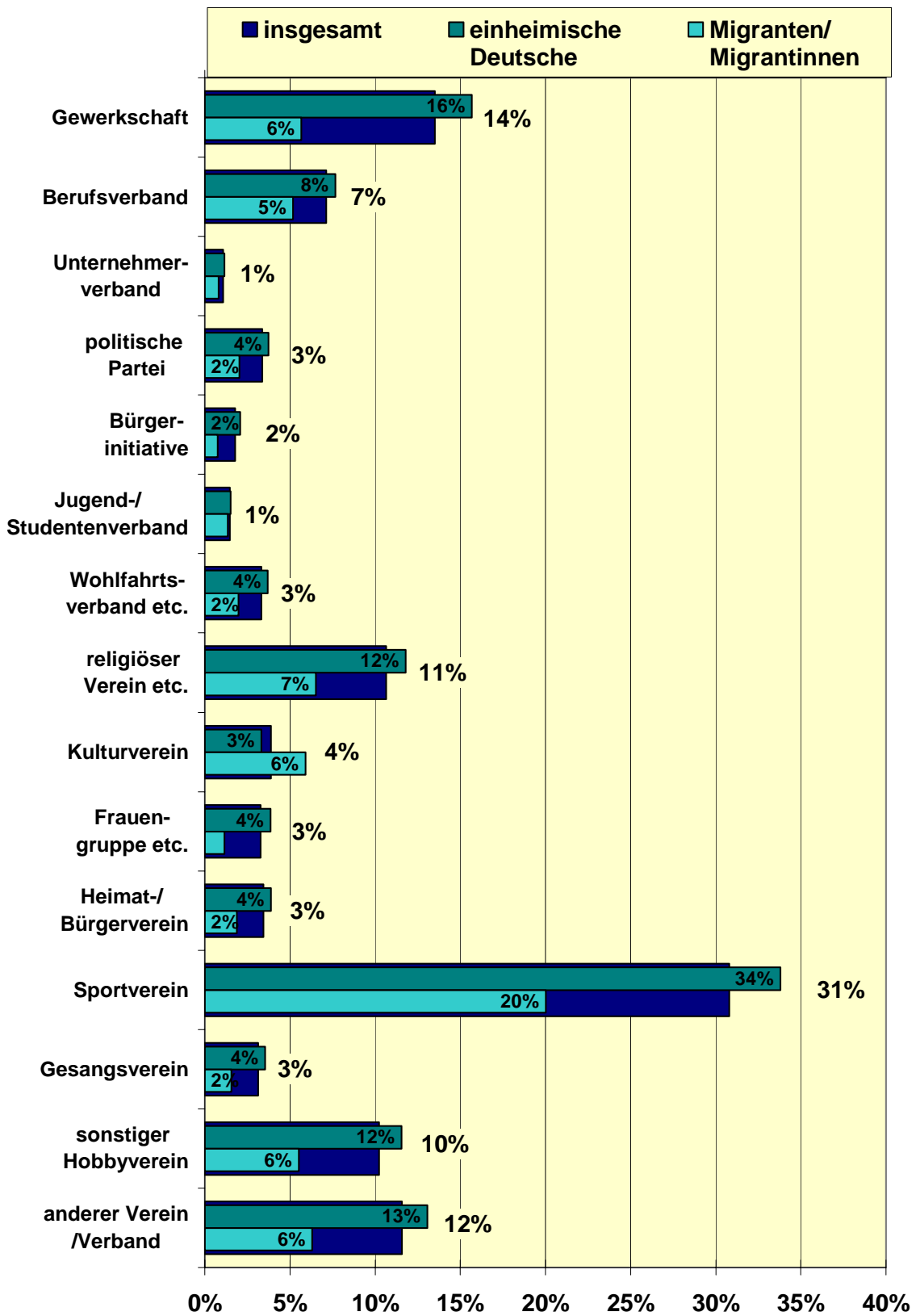
Graphik 5.9.5: Mitgliedschaft in einer Organisation, einem Verein oder einem Verband



Graphik 5.9.6: Mitgliedschaft in einer Organisation, einem Verein oder einem Verband nach Altersgruppen



Graphik 5.9.7: Art der Mitgliedschaft in Organisationen, Vereinen oder einem Verband



Die Mitgliedschaft in einem Sportverein wurde insgesamt mit Abstand am häufigsten (31 %) genannt (Grafik 5.9.7 und Tabelle 5.9.6). 14% sind Mitglied in einer Gewerkschaft und weitere 7 % in einem Berufsverband, etwa jede(r) Zehnte ist Mitglied in einem kirchlichen/religiösen Verein oder Verband, in einem sonstigen Hobbyverein/geselligen Verein oder einem sonstigen Verein oder Verband (z.B. Greenpeace, Tierschutzverein etc.). Die Nennungen für alle anderen Vereine und Verbände (1%) sind praktisch zu vernachlässigen.

Durchgängig sind Frauen seltener als Männer Mitglied in Organisationen, Vereinen oder Verbänden, dies gilt sowohl für einheimische Deutsche als auch für die Migrantengruppe. Dabei sind die Unterschiede im Bereich der Gewerkschaften und Berufsverbände aufgrund der Unterschiede im Grad der Erwerbstätigkeit besonders groß.

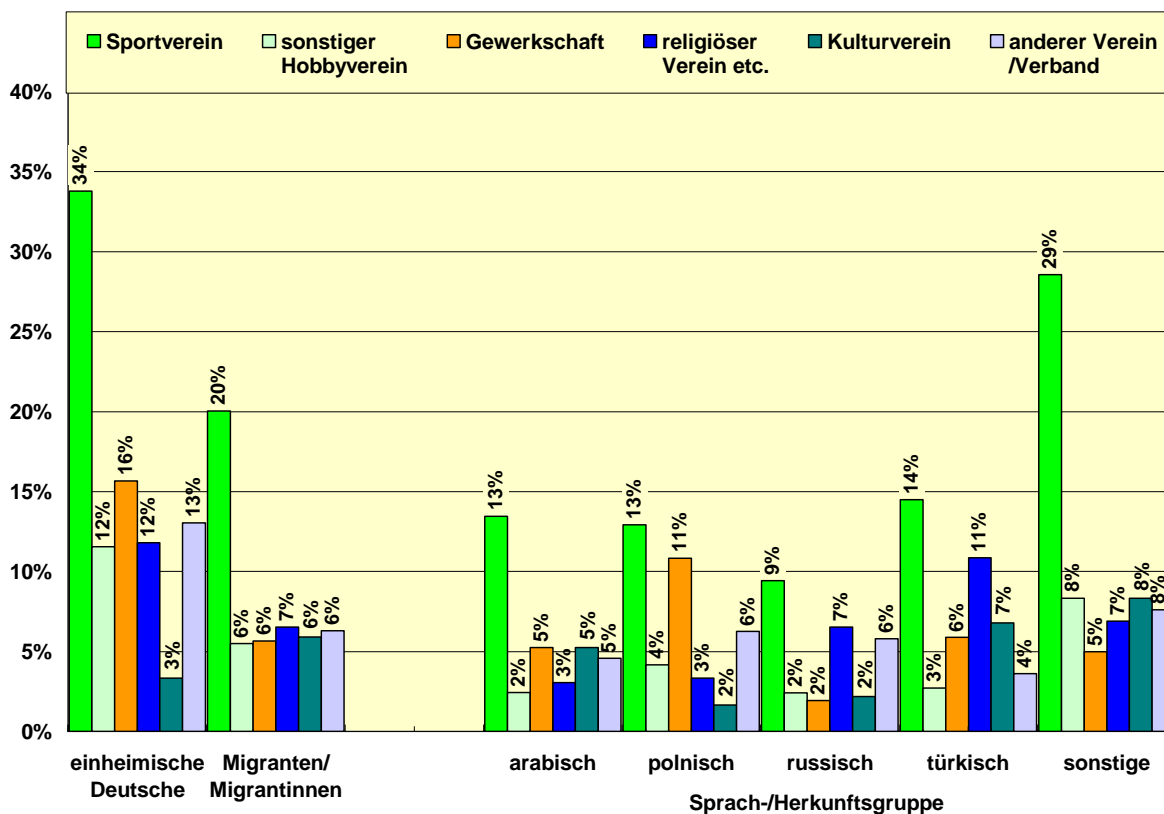
Insgesamt steht bei einheimischen Deutschen wie bei Migranten und Migrantinnen die **Mitgliedschaft in einem Sportverein mit großem Abstand an der Spitze**; allerdings geben diese nur ein Fünftel der **befragten Migranten/-innen (20 %)**, dagegen ein Drittel der **einheimischen Deutschen (34 %)** an. **Es bestätigt sich die wichtige Funktion des Sports für das Integrationsgeschehen.** Diese wird unter anderem seit über 10 Jahren in den Programmansätzen „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) und seinen Mitgliedsorganisationen und dem Projekt „spin - sport interkulturell“ der Sportjugend NRW im Landessportbund e.V. betont. Sport begeistert und verbindet wie kein anderer Bereich Nationen und Kulturen. Er bietet neben sportlichen und gesundheitlichen Aspekten eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und macht Gemeinschaft erlebbar. Über die Teilhabe an sportlichen Aktivitäten entstehen vor Ort Räume für Integration und Verständigung.

Allerdings spricht der Sport nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen an. Grafik 5.9.8 auf der nächsten Seite veranschaulicht die Unterschiede sowohl für den Bereich Sport als auch für die anderen häufiger genannten Vereine und Verbände mit Blick auf die unterschiedlichen Sprach- bzw. Herkunftsgruppen.

Über die Mitgliedschaft in einem Sportverein werden in Essen die großen Sprach- bzw. Herkunftsgruppen bezogen auf die befragte Altersgruppe der über 16-Jährigen eher nicht erreicht, nur zwischen 9 % und 13 % sind dort engagiert. Hier haben die Befragten aus den sonstigen Sprachgruppen mit 29 % den höchsten Organisationsgrad. Es muss offen bleiben, ob dieses Ergebnis möglicherweise ein Effekt der Altersgruppe, der Aufenthaltsdauer bzw. der Vertrautheit mit den hier üblichen Organisationsformen ist. Differenzierte Analysen (vgl. Tabelle 5.9.5) zeigen, dass z.B. Migranten und Migrantinnen, die die deutsche Staatsangehörigkeit von

Geburt an oder durch Einbürgerung erhalten haben, fast ebenso häufig wie einheimische Deutsche in Sportvereinen Mitglied sind.

Graphik 5.9.8: Mitgliedschaft in ausgewählten Organisationen, Vereinen oder Verbänden nach Sprach-/Herkunftsgruppen



Auch die Mitgliedschaft in sonstigen Hobbyvereinen oder geselligen Vereinen ist eher für einheimische Deutsche (12 %) als für die Migrantengruppe (6 %) kennzeichnend. Migranten/-innen, die die deutsche Staatsbürgerschaft von Geburt an besitzen, sind jedoch zu einem überproportionalen Anteil (15 %) Mitglied in einem solchen Verein.

Die Häufigkeit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ist deutlich von dem jeweiligen ländertypischen Hintergrund geprägt. Von den einheimischen Deutschen sind mit 16 % fast drei Mal so viele Mitglieder in einer Gewerkschaft wie bei den Migranten/-innen mit nur 6 %. Bei der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe liegt der entsprechende Anteil aber mit 11 % deutlich über diesem Wert. Ein Zusammenhang mit der erfolgreichen polnischen Gewerkschaftsbewegung „Solidarnosc“ in den 1980er Jahren ist zu vermuten.

Überraschend ist das Ergebnis, dass die befragten einheimischen Deutschen (12 %) eher als Migranten/-innen (7 %) eine Mitgliedschaft in einem kirchlichen oder religiösen Verein

oder Verband angeben. Eine Erklärung mag in der Tatsache liegen, dass in islamischen Gemeinden immer nur ein Familienmitglied stellvertretend für die gesamte Familie eingetragenes Mitglied des Vereins ist. Innerhalb der Gruppe der Migrantinnen und Migranten heben sich diejenigen aus der **türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe mit einem überdurchschnittlichen Anteil von 11 %** ab.

Die Mitgliedschaft in einem Kulturverein ist zwar nur für eine Minderheit typisch, aber sie ist die einzige, die häufiger von Migrantinnen und Migranten (6 %) als von einheimischen Deutschen genannt (3 %) wird.

Wie bei den anderen explizit vorgegebenen Vereinen, Verbänden und Organisationen nutzen einheimische Deutsche (13 %) eher als Migranten und Migrantinnen (6 %) die Chance, andere - vielleicht eher im eigenen Kulturkreis typische - Formen von Mitgliedschaften zu nennen. Die hier verzeichneten näheren Beschreibungen legen aber keine solchen Unterschiede zwischen den Gruppen nahe: hier wird z. B. der Fitnessclub, der Kleingartenverein, der Angelclub, der Tierchutzverein oder Greenpeace weitgehend unabhängig von der Herkunft genannt.

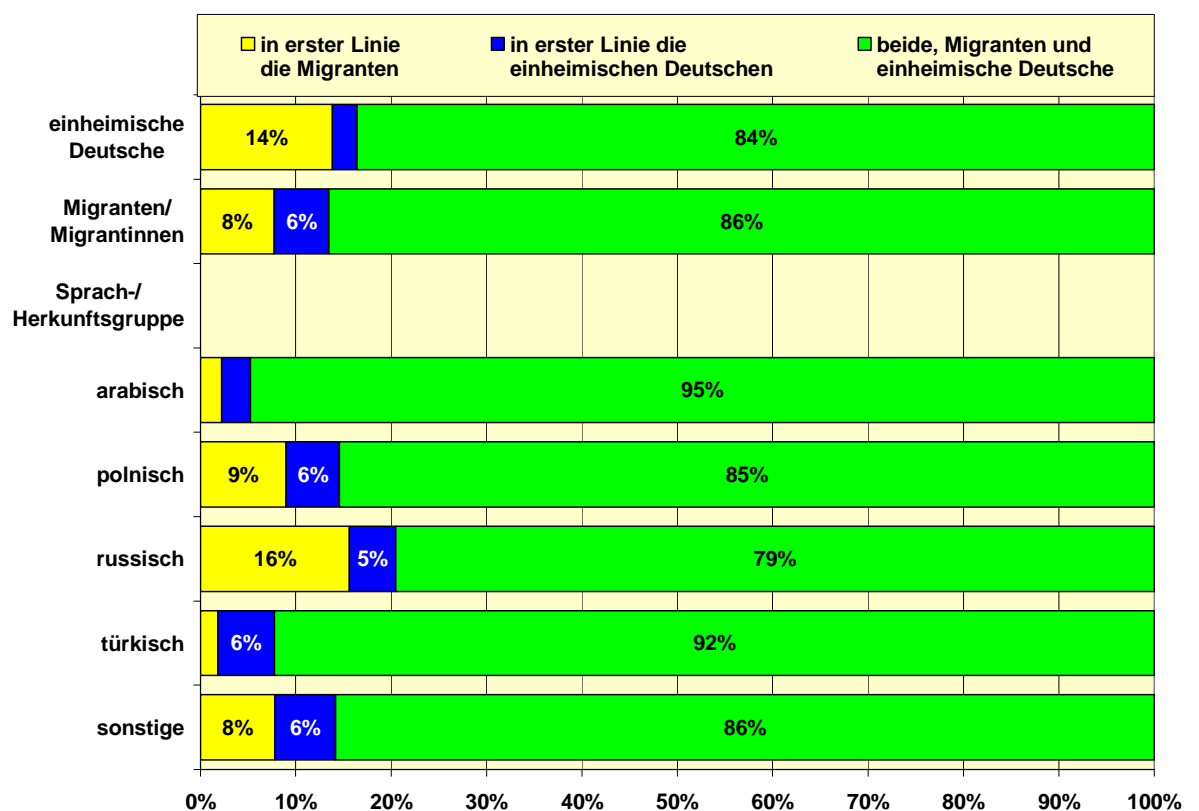
5.10 Verantwortung für Zusammenleben und Integration

In der öffentlichen Diskussion über erfolgreiche und verfehlte Politik im Umgang mit dem Thema Zuwanderung und Integration wird die Frage, wer denn für die heutige Situation verantwortlich ist – Migranten/-innen oder die Einheimischen –, häufig kontrovers diskutiert. Damit sind in der Regel entsprechende Schuldzuschreibungen verbunden. Aus diesem Grunde wurden die Befragten um ihre Einschätzung gebeten und darüber hinaus – in einer offenen Frage – aufgefordert Vorschläge zu machen, wie denn ihrer Meinung nach die Integration in Essen verbessert werden könnte.

5.10.1 Integration als gemeinsame Verantwortung

Die **übergroße Mehrheit** der Befragten (84 % bzw. 86 %) sieht eine gemeinsame **Verantwortung** von einheimischen Deutschen und Migrantinnen und Migranten **für den Integrationsprozess** (siehe auch Tabelle 5.10.1).

Grafik 5.10.1: Zuweisung von Verantwortung für das Gelingen von Integration nach Sprach-/Herkunftsgruppen

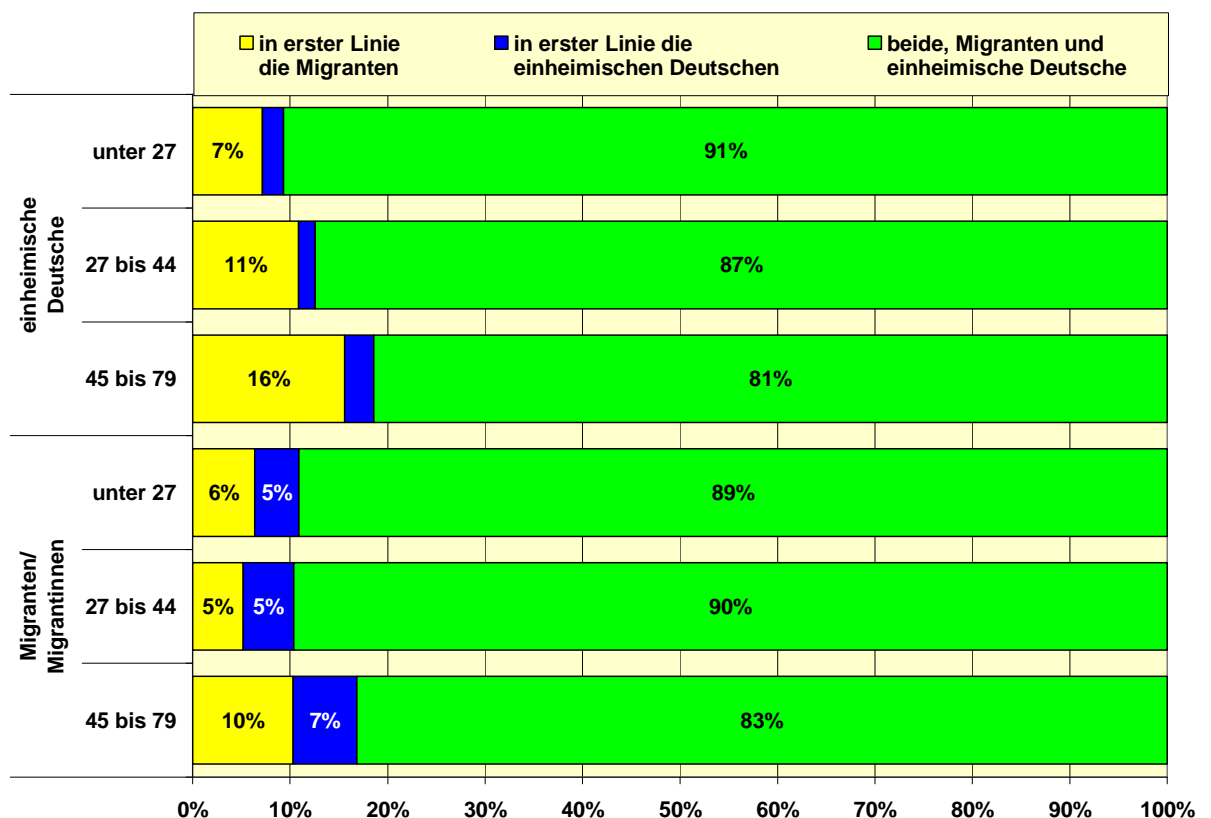


Der Anteil derjenigen, die in erster Linie die Migranten/-innen für das Gelingen von Integration verantwortlich machen, ist bei den einheimischen Deutschen höher (14%) als bei den Migranten/-innen (8 %). 6 % der Befragten mit Migrationshintergrund sehen allein die einheimischen Deutschen in der Verantwortung.

In der arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe ist die Auffassung, dass die einheimischen Deutschen sowie die Migrantinnen und Migranten in der Verantwortung stehen mit 95 % bzw. 92 % im Vergleich zur russischsprachigen Herkunftsgruppe (79 %) deutlich ausgeprägter. Die Befragten der polnischen Sprach-/Herkunftsgruppe und die Gruppe der sonstigen sind in ihrer Einschätzung fast identisch mit der Gruppe der einheimischen Deutschen.

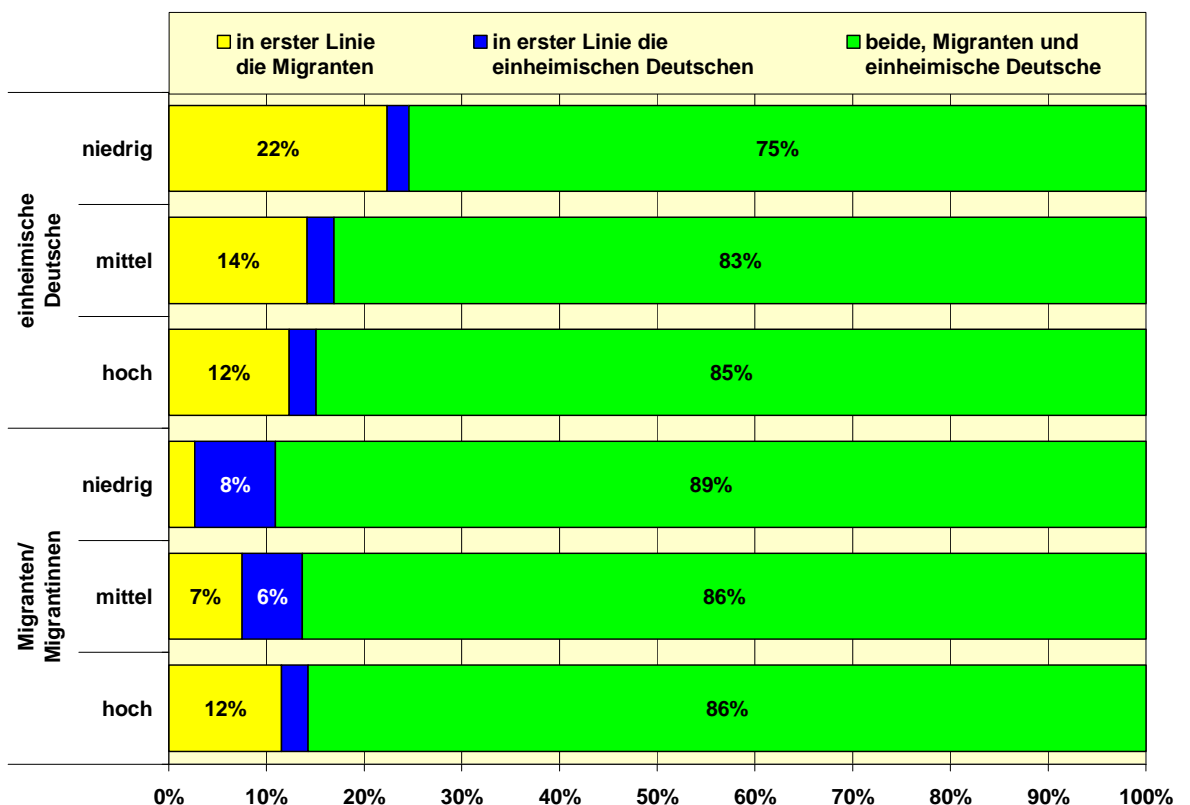
Wie Grafik 5.10.2 zeigt, ist ein Alterseffekt festzustellen. **Insbesondere jüngere Befragte unter 27 Jahre sehen sehr selten (7 % bzw. 6 %) die Verantwortung für den Integrationsprozess in erster Linie bei den Migrantinnen und Migranten.** Bei der Gruppe der 45-Jährigen und Älteren ergibt sich kein so einheitliches Bild der beiden Befragtengruppen. Bei den älteren einheimischen Deutschen ist der entsprechende Anteil mit 16 % am höchsten. Unter den älteren Migrantinnen und Migranten hingegen ist nur jede(r) Zehnte dieser Auffassung.

Grafik 5.10.2: Zuweisung von Verantwortung für das Gelingen von Integration durch einheimische Deutsche und Migranten/-innen nach Altersgruppen



Darüber hinaus gibt es – wie Grafik 5.10.3 verdeutlicht – einen **Bildungseffekt**. Je geringer die Bildung der einheimischen Deutschen ist, desto größer ist der Anteil derjenigen, die die Verantwortung für Integration in erster Linie den Migrantinnen und Migranten zuweisen: 12 % Befragte mit hoher, aber 22 % bei denjenigen mit niedriger Schul-/Berufsausbildung. Die Zuweisung der gemeinsamen Verantwortung für Integration befürworteten 75 % der einheimischen Deutschen mit vergleichsweise niedriger Bildung, aber deutlich über 80 % der besser Ausgebildeten.

Grafik 5.10.3: Zuweisung von Verantwortung für das Gelingen von Integration durch einheimische Deutsche und Migranten/-innen nach Schul-/Berufsausbildung



86 % bis 89 % der Zuwanderinnen und Zuwanderer sehen unabhängig vom Bildungsgrad diese gemeinsame Verantwortung. In Abhängigkeit vom Bildungsniveau variiert allerdings die Einschätzung, wer eine alleinige Verantwortung für das Gelingen der Integration hat. Von den Befragten Migrantinnen und Migranten mit höherer Bildung sehen 12 % die Migrantinnen und Migranten in der alleinigen Verantwortung, ein ebenso hoher Anteil wie bei den einheimischen deutschen Befragten, aber ein vier Mal höherer Anteil als bei den niedrig gebildeten Befragten mit Migrationshintergrund. Migranten/-innen mit geringer Schul-/Berufsausbildung geben da-

gegen mit 8 % überdurchschnittlich häufig an, dass in erster Linie einheimische Deutsche hier einen Beitrag leisten sollten.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in der insgesamt hohen Übereinstimmung der Antworten sich ein vorherrschendes **Alltagsverständnis von Integration als „gegenseitiges aufeinander zugehen“ im Sinne einer „interaktionistischen“ Angleichung¹** ausdrückt, für die sowohl die einheimischen Deutschen als auch die Migrantinnen und Migranten verantwortlich sind.

5.10.2 Veränderungen und Verbesserungen zur Unterstützung des Zusammenlebens

1.258 (63 %) der insgesamt 2.003 Befragten nutzten die Möglichkeit, die offene Frage „Wie könnte die Integration von Migranten hier in Essen weiter verbessert werden?“ zu beantworten (siehe auch Tabelle 5.10.2). 51 % von ihnen gaben eine Antwort, weitere 28 % machten zwei Vorschläge, 14 % drei Vorschläge und die restlichen 7 % gaben sogar vier und mehr Anregungen.

Die meisten der insgesamt rund 2.300 Vorschläge, wie beispielsweise „mehr und bessere Sprachförderung, Begegnung, rechtliche Gleichstellung, Anpassung an die Gesellschaft“, spiegeln die im Exkurs dargestellte Unbestimmtheit des Begriffes „Integration“ in der wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskussion wieder. Die folgende Sortierung der Antworten orientiert sich an den im Exkurs skizzierten vier Dimensionen der Angleichung von Migranten/-innen an die Verhältnisse im Aufnahmeland auf struktureller, kultureller, sozialer und identifikatorischer Ebene².

Strukturelle Dimension

Fast die Hälfte aller Vorschläge (47 %, siehe Tabelle 5.10.3) beziehen sich auf die strukturellen Grundlagen für eine gleichberechtigte Teilhabe in den Bereichen Bildung, Arbeit, Recht, Politik, Wohnungsmarkt. Die Vorstellungen darüber, in welchen Handlungsfeldern vorrangig anzusetzen ist, weichen allerdings dabei stark voneinander ab. Unter den Vorschlägen zu strukturellen Änderungen steht an oberster Stelle die Förderung der gleichberechtigten Teilhabe im Bildungsbereich (19 % aller Vorschläge)³. Dies umfasst Sprachförderangebote sowie Aufklä-

¹ siehe hierzu auch Exkurs zum Begriff „Integration“ in Kapitel 1

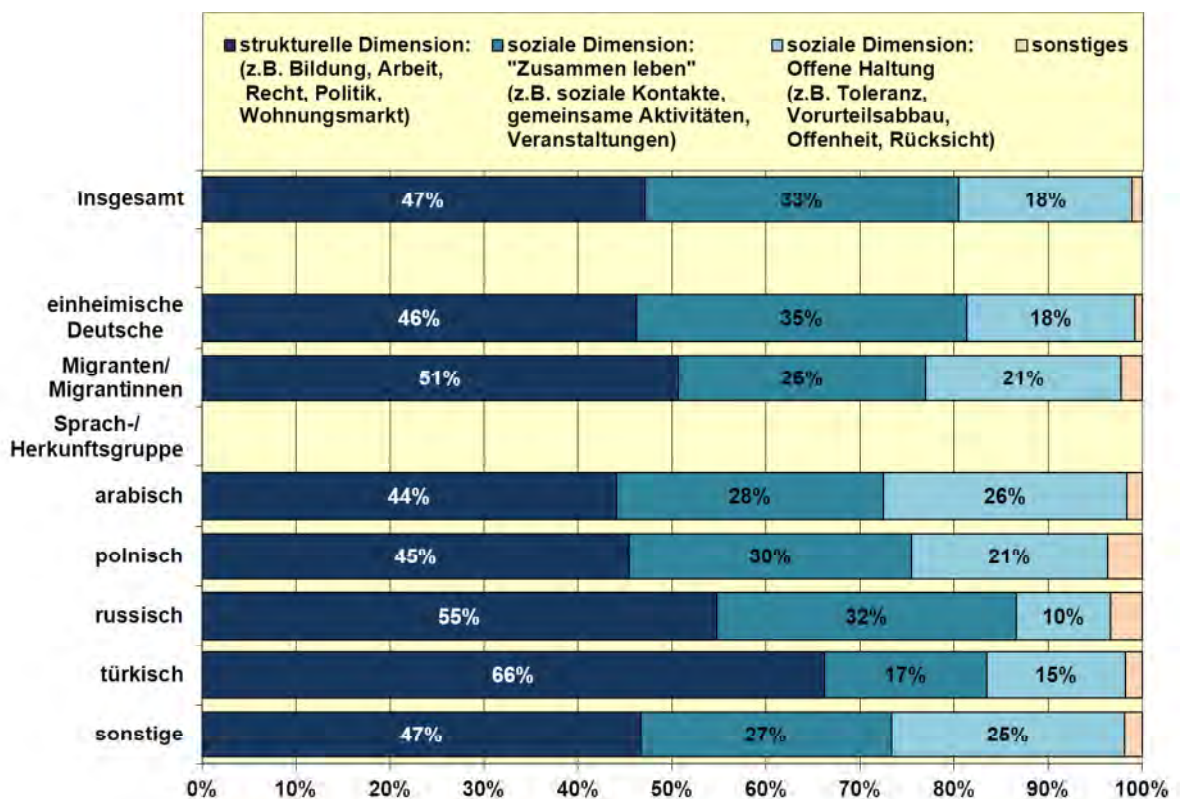
² siehe Kapitel 1

³ Die Codierung der offenen Angaben wurde extern vergeben. Es wurde ein entsprechender Abschlussbericht mit allen Einzelheiten gefertigt. Hier werden die Angaben aus diesem Bericht nur zusammenfassend dargestellt.

rung und Beratung über das Bildungssystem. Fast ebenso viele Nennungen (18 %) betonen die Notwendigkeit von Veränderungen im politisch-rechtlichen Bereich. Die Bandbreite reicht von der Erleichterung der Einbürgerung über Antidiskriminierungsmaßnahmen bis zur Einführung der Kindergartenpflicht oder Sanktionen bei Nichterfüllung staatlicher Vorgaben. 7 % der Nennungen erwarten von der Politik, dass die räumliche Konzentration von Migranten/-innen in einzelnen Stadtteilen verhindert wird. Weitere 3 % der Vorschläge fordern gezielte Arbeitsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund.

Bei näherer Betrachtung der Unterschiede zwischen den Sprach-/Herkunftsgruppen in Grafik 5.10.4 fällt auf, dass zwei Drittel der Nennungen aus der türkischen und mehr als die Hälfte der russischen (55 %) Sprach-/Herkunftsgruppe Veränderungen in den strukturellen Rahmenbedingungen, insbesondere mehr bzw. bessere Arbeit und qualifizierte Sprachförderangebote, fordern. Bei den übrigen Migrantengruppen entsprechen die Werte weitgehend dem Durchschnitt (47 %). Die überdurchschnittliche Bedeutung der strukturellen Veränderungen aus Sicht der beiden genannten Sprach-/Herkunftsgruppen spiegelt offenbar deren Alltagserfahrung wider. Sie scheinen in Essen bei den Teilhabechancen – gemessen an den eigenen Ansprüchen – besondere Benachteiligung wahrzunehmen.

Grafik 5.10.4: Vorschläge zur Verbesserung und Unterstützung des Zusammenlebens



Soziale Dimension

Vorschläge, die sich auf die sozialen Beziehungen zwischen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen beziehen und verschiedene **Aspekte des Zusammenlebens** umfassen, **bilden mit 33 % die zweitstärkste Gruppe**. Darunter fallen Appelle zur Verstärkung positiver sozialer Kontakte, in Form von mehr „kulturellem Austausch“, „gemeinsame Aktivitäten/Veranstaltungen“.

Fast jede fünfte (18 %) Nennung hebt die Bedeutung von Einstellungen/Haltungen der Deutschen und Migranten/-innen für das „Zusammen leben“ hervor. Darunter fallen Toleranz und Vorurteilsabbau, Offenheit, Rücksicht und gegenseitiges Verständnis. Dagegen fordern 8 % aller Vorschläge die Anpassung der Migrantinnen und Migranten an das Wertesystem in Deutschland bzw. 7 % die Beherrschung der deutschen Sprache als Voraussetzung für ein besseres „Zusammen leben“.

Identifikatorische Dimension

Nur eine verschwindende Anzahl von Vorschlägen (0,7 %) weist auf „die Vermeidung von Abgrenzung der Menschen mit Migrationshintergrund“ hin – eine Kategorie, die sich auf die Dimension der Identifikation der Migranten/-innen mit Deutschland beziehen lässt. Es bleibt jedoch unklar, ob damit die Selbstabgrenzung der Migranten/-innen im Sinne der „Separation“ oder/und auch die strukturelle und/oder soziale Ausgrenzung von Migranten/-innen durch die deutsche Gesellschaft im Sinne von „Segregation“ und „Exklusion“ gemeint ist.

Die Breite, die Allgemeinheit und die gruppenspezifisch unterschiedliche Gewichtung der einzelnen Vorschläge – überwiegend ohne konkret anzugeben, wer denn für die Umsetzung verantwortlich ist – weisen auf die Grenzen einer offenen Fragestellung hin. Differenzierte Informationen ließen sich nur mit Hilfe qualitativer Befragungen bzw. dem Instrument einer Gruppendiskussion gewinnen.

6 Schlussfolgerungen

Das Zusammenleben von einheimischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund funktioniert in Essen weitaus besser als in der Öffentlichkeit debattiert wird. Insgesamt entsprechen die Befragungsergebnisse den Trends der etwa zur gleichen Zeit schwerpunktmäßig auch im Ruhrgebiet durchgeführten Repräsentativuntersuchung des Sachverständigenrates deutscher Stiftung¹. Die Befunde der Essener Befragung weisen jedoch einige lokale Besonderheiten auf, die im Folgenden bezogen auf die entsprechenden Lebenslagen und Handlungsfelder dargestellt werden.

Unter dem Begriff „Menschen mit Migrationshintergrund“ wird eine Vielzahl generell verschiedener Migrantengruppen unabhängig von ihrer Herkunft und Sprache zusammengefasst. Obwohl sie keine homogene Gruppe sind und sich nach ethnischer Herkunft, Dauer ihres Aufenthaltes und – wie in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – nach sozialer Lage, nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen, nach Bildungsgrad und Religion unterscheiden, entsteht durch diesen pauschalisierenden Begriff in der Öffentlichkeit und Politik fälschlicherweise der Eindruck einer einheitlichen Gruppe. Auch in Migrantengruppen sind Vorurteile und Zuschreibungen untereinander vorhanden. Die Sinus-Studie² identifiziert und beschreibt unterschiedliche Migranten-Milieus, die sich weniger nach ethnischer Herkunft und sozialer Lage als nach ihren Wertvorstellungen, Lebensstilen und ästhetischen Vorlieben unterscheiden. Danach verbindet Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus. Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens in der Stadt sollten in den Querschnittshandlungsfeldern dieser Heterogenität gerecht werden.

Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe: Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen³

Die Ergebnisse der Befragung bestätigen die Tatsache, dass ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Migranten und Migrantinnen über eine niedrige Schul-/Berufsausbildung verfügt. Alarmierend ist vor allem das niedrige Schul- und Berufsausbildungsniveau bei unter 27-Jährigen, die ihre Schulausbildung in Deutschland durchlaufen haben. Im Vergleich mit den einheimischen Deutschen (17 %) ist der Anteil bei jungen Migranten/-innen mit 33 % fast

¹ www.svr-migration.de; Erstes Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration

² www.sinus-institut.de/.../MigrantenMilieus_Zentrale_Ergebnisse_09122008.pdf

³ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.2

doppelt so hoch. Die Bildungslandschaft in Essen ist offenbar noch nicht in dem erforderlichen Maße auf die spezifischen Lebenslagen bildungsbenachteiligter Migrantinnen und Migranten vorbereitet.

Darüber hinaus beziehen - verglichen mit den einheimischen Deutschen - vier Mal so viele Befragte mit Migrationshintergrund (28 %) Transferleistungen. Die Unterschiede nach Sprach-/Herkunftsgruppen bzw. Bildungsniveau variieren deutlich. Dies bedeutet, dass Maßnahmen zur Vermeidung der Abhängigkeit von existenzsichernden Hilfen sich an den konkreten individuellen Lebensbedingungen ausrichten müssen.

Armut ist in Essen zu einem beträchtlichen Teil Armut unter Migrantinnen und Migranten. Die Einkommenssituation ist mit einem durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen von 950 € deutlich schlechter als bei einheimischen Deutschen. Dies gilt insbesondere für Migranten/-innen aus der arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe, 85 % / bzw. 79 % von ihnen verfügen über ein Äquivalenzeinkommen von unter 750 Euro pro Monat. Im Durchschnitt sind das etwa 520 Euro bzw. 620 Euro.

Da eine formal gute Qualifizierung und das erreichte Bildungsniveau berufliche Erfolgsindikatoren wie die Erwerbsbeteiligung, das Einkommen oder das Arbeitslosigkeitsrisiko beeinflussen, besteht vor allem bezogen auf Befragte arabischer und türkischer Herkunft in Essen ein hoher Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang ist eine Prävention von Geburt an wichtig, um von vornherein eine Chancengleichheit im Bildungsbereich herzustellen und die berufliche Entwicklung von Benachteiligten aktiv zu unterstützen.

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung und den Bedarf an qualifizierten Fachkräften sind die vielfältigen Potentiale der Migrantinnen und Migranten viel stärker in Blick zu nehmen und auch der Abwanderung gut gebildeter Migrantinnen und Migranten entgegen zu wirken, zu deren Ursachen fehlende Anerkennung und berufliche Perspektivlosigkeit gehören.

Lebenseinstellungen und Religion¹

Wichtigkeit und Zufriedenheit von Lebensbereichen²

Deutlich mehr als 90 % der Befragten schätzen die Familie als höchst wichtig ein und bezeugen höchste Zufriedenheit. Im 7. Familienbericht³ werden Familien als „Investoren“ in die Zukunft eines Gemeinwesens gesehen. Die zukünftige Entwicklung einer Gesellschaft hängt

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.3

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.3.1

³ [www.bmfsfj.de/.../Familien Bericht/](http://www.bmfsfj.de/.../Familien_Bericht/); Siebter Familienbericht (2005)

auch von den verfügbaren familiären Ressourcen und der Gestaltungskraft der Familie ab. Kompetenzen und Erfahrungen von Menschen, die sie im Zuge von Migrationsprozessen erworben haben, sollten in allen relevanten Bereichen aktiviert und einbezogen werden. Die Jugend- und Familienhilfe, sowie Bildungsinstitutionen sollten ihre Angebote konzeptionell noch wirksamer auf die Bedarfe der zugewanderten Familien ausrichten, um ihre vorhandenen Potenziale zu stärken. Stärkung der Elternkompetenz und der Familienbildung ist in Essen seit Jahren ein Schwerpunkt, den es weiterhin zielgerichtet auszubauen gilt.

Gute Bildung/Ausbildung und Beruf/Arbeit

Bildung ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe. Die Ergebnisse der Umfrage belegen, dass gute Bildung/Ausbildung sowie Beruf/Arbeit von den Befragten als sehr wichtig eingeschätzt wird. Allerdings zeigt eine differenzierte Betrachtung, dass bei Migrantinnen und Migranten mit niedriger Formalqualifikation die Zufriedenheit mit der eigenen Bildung/Ausbildung bzw. der Arbeit und dem Beruf wesentlich geringer ist. Ein Drittel der Befragten Migranten/-innen sind mit ihrem Lebensstandard nicht zufrieden.

Religiosität und Einstellung zum Thema Religion¹

Religion hat die Funktion der Wertebegründung und Orientierung in der sich wandelnden Gesellschaft. Der Umgang mit dem Thema Religion spielt auch im kommunalen Bezugsrahmen eine Rolle in Fragen des Zusammenlebens, der Anerkennung und der gleichberechtigten Teilhabe und ist damit ein Element gelingender Inklusionspolitik. Von den Migranten/-innen misst mehr als die Hälfte – und bei den Befragten des islamischen Glaubens der überwiegende Teil – der Religion eine wichtige Rolle im eigenen Leben zu. Eine deutliche Mehrheit – mehr als zwei Drittel der Befragten mit Migrationshintergrund – ist in der Stadt Essen mit der Möglichkeit der Ausübung ihrer Religion zufrieden. Die breite Mehrheit der Befragten stimmt den Werten der religiösen Toleranz und der Glaubensfreiheit zu.

Bei differenzierter Betrachtung scheinen Aussagen zur Religion auch mit dem Bildungshintergrund deutlich zusammenzuhängen. Wenn immerhin 39 % der befragten Essener Muslime, und sogar 48 % der Befragten aus der arabischen bzw. 43 % aus der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe der Aussage zustimmen, dass es nur eine Religion gibt, die die wahren Werte vertritt, zeigt dies allerdings Handlungsbedarf gerade in Bereichen (inter-)religiöser Bildung. Die Mehrheit der Muslime stimmt dieser Aussage nicht zu.

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.3.2 und 5.3.3

Eine große Mehrheit der muslimischen Befragten und auch die Mehrheit der deutschen Befragten sind der Meinung, dass es in Schulen nicht nur christlichen Religionsunterricht geben sollte. Da die Religiosität insbesondere von jungen Muslimen betont wird – mehr als ein Drittel bezeichnet sich selbst als sehr religiös und weitere 60 % als eher religiös – würde islamischer Religionsunterricht die Möglichkeit eröffnen, sich mit dem Glauben, der Glaubensfreiheit und religiöser Toleranz als Wert auseinanderzusetzen.

Zur Integration und Teilhabe von Muslimen in der Gesellschaft gehört es auch zu signalisieren, eure Religion hat hier einen Raum, genauso wie die anderen Religionen.

Lebensmittelpunkt, Heimat, Identifikation¹

Wohndauer und emotionale Bindung²

Die räumliche und emotionale Verbundenheit der Essenerinnen und Essener mit ihrem Wohngebiet ist eine bemerkenswerte Konstante durch alle Sprach- und Altersgruppen. Die Verbundenheit junger Menschen mit ihrem Wohnort ist für den Wirtschaftsstandort Essen eine gute Chance, sich erfolgreich für den Verbleib vorhandener Talente und Potenziale zu bemühen. Bewohner/-innen mit ihren unterschiedlichen Lebensstilen, sowie vielfältige kulturelle Gruppen und Gemeinschaften regen mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen zur Entwicklung neuer Perspektiven an.

Heimat und zukünftiger Lebensmittelpunkt³

Mit Europa verbinden wenige einheimische Deutsche und Migranten/-innen den Begriff Heimat. Dass sich hingegen Migranten/-innen in Essen überwiegend ebenso heimisch fühlen wie die einheimischen Deutschen selbst, spricht für ein gewachsenes Heimatgefühl gegenüber ihrem Lebensmittelpunkt. Auch wenn sich die Befragten an mehreren Orten zuhause fühlen und damit Heimat nicht an einen Ort gebunden ist, identifizieren sich die meisten Befragten mit Essen und Deutschland und wollen dauerhaft hier leben.

Bei der Frage nach dem Land, wo man zukünftig leben möchte, erklären zwei Drittel der Befragten Migrantinnen und Migranten eindeutig, dass ihr Lebensmittelpunkt zukünftig nur in Deutschland liegen wird. Dieses Ergebnis unterstreicht eine bewusste Entscheidung für Deutschland im Vergleich zu den Anfangsjahren der Migration, als bei vielen Migrantinnen und Migranten – wie auch bei Politik und Gesellschaft – die Annahme herrschte, ihr Aufent-

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.4

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.4.1

³ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.4.2

halt in Deutschland sei vorübergehend. Für das Gesundheitswesen, die Altenhilfepolitik und den Wohnungsmarkt sind neue Senioren/-innen-Konzepte über kultursensible Angebotsformen und interkulturelle Öffnung vor Ort zu überlegen.

Mit 25 % der Befragten, die erklären, dass der zukünftige Lebensmittelpunkt im Herkunftsland liegen soll, zeigt sich bei der türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe im Vergleich zu allen anderen Migranten/-innen ein deutlich höherer Anteil.

Auffällig ist es, dass in diesem Zusammenhang die jüngeren (46 %) und nicht die älteren Migrantinnen und Migranten (36 %) häufiger auch das Herkunftsland bzw. das Herkunftsland der Eltern als Ort nennen, an dem sie sich zu Hause fühlen. Dies kann als Ausdruck einer positiven emotionalen Verbundenheit und Identifikation mit dem Herkunftsland und dem Herkunftsland der Eltern gedeutet werden. Einerseits kann dies im Sinne einer weiteren persönlichen Option gedeutet werden, andererseits lässt sich diese Ambivalenz auch als eine insbesondere von jüngeren Migranten/-innen empfundene Benachteiligung und fehlende gesellschaftliche Anerkennung interpretieren. Damit werden in Essen die Ergebnisse der internationalen Migrationsforschung bestätigt, denen zufolge die „Dritte Generation“ der bereits im Aufnahmeland geborenen bzw. vollständig sozialisierten Kinder und Jugendlichen sich als entwurzelt und zugleich im Aufnahmeland der Eltern diskriminiert wahrnehmen, so dass sie bei der Suche nach Identität im Jugendalter Rückhalt in der – häufig idealisierten – „ursprünglichen“ Kultur, Sprache und Religiosität des Landes ihrer Vorfahren suchen.¹

Hier sind „Gewinnungsstrategien“ gefragt, die insbesondere die (jungen) Menschen für den Standort Deutschland begeistern. Kommunale Handlungsansätze können gut daran anschließen. Dazu sollten zielgruppenbezogene Ansätze entwickelt werden. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen im Kontext zwischen Bildung, Ausbildung und Unternehmen ist notwendig, um Chancen für eine erfolgreiche Perspektive zu erhöhen.

Bikulturelle bzw. binationale Partnerschaften²

Nationen- oder kulturübergreifende Beziehungen als privater Lebensentwurf und als Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen sind ein wichtiger Bestandteil des Beziehungsgeflechtes und damit des Zusammenlebens in der Stadt. Dabei folgen die Sprach-/Herkunftsgruppen je nach Generation und Schulbildung scheinbar unterschiedlichen Heiratsmustern.

¹ vgl. Heckmann 1998, siehe Literaturhinweis Kapitel 1

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.4.3

Einheimische Deutsche neigen eher zu eigenethnischen Ehen. Bei anderen Sprach-/Herkunftsgruppen und insbesondere bei Gruppen mit hohem Bildungsniveau erhöht sich die Wahrscheinlichkeit binationaler Partnerschaften.

Es ist davon auszugehen, dass neben anderen Einflussgrößen die Kontaktmöglichkeiten oder -chancen und damit auch der Zugang zum Heiratsmarkt vor Ort und auch im Herkunftsland zur Auswahl beitragen.

Sprachkenntnisse, Sprachkompetenzen, Sprachgewohnheiten¹

Wenn die große Mehrheit der befragten Migranten und Migrantinnen unter 27 Jahren angibt, dass sie Deutsch gut oder sehr gut verstehen, sprechen, lesen und schreiben bzw. mit Deutsch als Familiensprache aufgewachsen ist, dann widerspricht dies nur auf den ersten Blick der gängigen Vorstellung von unzureichenden Deutschkenntnissen auch in der 3. Generation. Denn diese positive Selbsteinschätzung lässt offen, ob in diese eigene Beurteilung auch die für Bildung und erfolgreiche Ausbildung notwendigen bildungssprachlichen Kompetenzen eingeflossen sind. Erfahrungen der Arbeitgeber in Essen deuten in diesem Punkt – auch bezogen auf einheimische Deutsche – eine Differenz zwischen Selbst- und Fremdeinschätzung an. Dies stellt insbesondere für die Schulen eine strukturelle Herausforderung dar, auf die sie unter dem Stichwort „durchgängige Sprachförderung in allen Fächern“ vor allem mit Blick auf mehrsprachige Schülerinnen und Schüler noch zu wenig vorbereitet sind.² Dabei gilt es vor allem an die noch vorhandenen mehrsprachigen Kompetenzen anzuknüpfen.

Essen kann aufgrund der Existenz größerer und etablierter Einwanderergruppen als eine durch Sprachenvielfalt und Mehrsprachigkeit geprägte Stadt gelten. Die Daten der Befragung belegen gleichwohl die alltägliche Erfahrung, dass Deutsch nicht für alle Einwohner/-innen immer und überall das alleinige Medium der Kommunikation ist: relevante Minderheiten kommunizieren ebenfalls in ihren Herkunftssprachen, insbesondere in der Familie.

Ein Viertel aller Befragten mit Migrationshintergrund und die große Mehrheit (84 %) der Befragten, die die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen, wächst mit Deutsch in der Familie auf. Sprache steht offenbar in einer Wechselwirkung mit der Identifikationsbereitschaft, die wiederum von gesellschaftlicher Akzeptanz und Partizipationsförderung begünstigt wird.

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.5

² vgl. dazu Gogolin, I./Lange, I., Bildungssprache und Durchgängige Sprachbildung. In: Fürstenau, S./Gomolla, M., Migration und schulischer Wandel: Mehrsprachigkeit, S.107–121. Wiesbaden. 2011; Die Bundesregierung (Hg): Nationaler Aktionsplan Integration. 2011, S.72

Es ist ein Zeichen für die hohe Anpassungsbereitschaft der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund, dass bei Unterhaltungen mit Landsleuten die Sprache des Herkunftslandes nicht überwiegend genutzt wird. Nur etwa 28 % der befragten Migranten/-innen geben an, bei solchen Gesprächen nie deutsch zu sprechen.

Insgesamt ist die Mehrsprachigkeit als Ressource und Kompetenz anzuerkennen und für die Gesellschaft zu nutzen.

Selbsteinschätzung der Sprachkenntnisse¹

Bei den Deutschkenntnissen kann ein Bildungseffekt festgestellt werden, weniger in Bezug auf das Verstehen oder Sprechen, aber eindeutig mit Blick auf das Lesen oder Schreiben. Die soziale Lage der Familie und ihre berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sind maßgeblich für die sprachliche Sozialisation und Entwicklung. Nicht zuletzt ist der Reproduktion der sozialen Ungleichheit bei Bildungschancen durch geeignete Maßnahmen entgegen zu wirken. Beispielsweise können die Ausbildung und der Einsatz von interkulturell qualifiziertem und zweisprachigem Personal in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen für bildungsarme Kinder und deren Eltern als Vorbild dienen.

Insgesamt lässt sich daraus ableiten, dass die institutionelle Förderung der Bildungssprache in Kindertageseinrichtungen und Schulen besonders wichtig ist, zumal bei den Selbsteinschätzungen die Kompetenzen in der Schriftlichkeit durchweg schlechter ausfallen, als beim mündlichen Sprachgebrauch. Hier sind die in Essen laufenden Maßnahmen auf der Grundlage zielgruppenspezifischer Analysen auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Auch wohnortnahe, mit den vorhandenen Kompetenzen abgestimmte Integrations- und Sprachkurse für Neuzuwanderer/-innen, sind sinnvolle Schritte. Da dies in der Geschichte der Migration jahrzehntelang nicht zielgerichtet und nur unzureichend verfolgt wurde, sind lebensweltbezogene Sprachkurse gerade auch für ältere, schon lange in Essen lebende Menschen mit Migrationshintergrund notwendig.

Sprache in der persönlichen Kommunikation²

Sprache wird als Ressource in der alltäglichen Kommunikation je nach Situation unterschiedlich verwendet. Für Migranten ist ihre Mehrsprachigkeit nicht ein Entweder - Oder, vielmehr ist es eine ganzheitliche Kompetenz, die es ihnen ermöglicht, ihre Sprachen gezielt und im

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.5.1

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.5.2

Wechsel einzusetzen. Diese mehrsprachigen Kompetenzen werden noch zu wenig genutzt und als Potential erschlossen. Die Erfahrungen in der interkulturellen Arbeit zeigen Bedarfe herkunftssprachlicher Kommunikation in bestimmten institutionellen Bereichen, wie in medizinisch-sozialen Berufen, bei bestimmten gewerblichen Dienstleistungen sowie in Bezug auf die öffentliche Verwaltung und die wirtschaftlichen Kontakte in Deutschland ansässiger Firmen ins Ausland.

Mediennutzung und Sprache¹

Entgegen der in der Öffentlichkeit häufig vertretenen Meinung nutzt die Mehrheit der Befragten mit Migrationshintergrund in Essen überwiegend und sogar ausschließlich deutsche Medien. Nur eine Minderheit beschränkt sich ausschließlich auf Medien in der Sprache des Herkunftslandes. Sie profitieren von der eigenen Mehrsprachigkeit auch beim Umgang mit Medien. Der Zugang zu Informationen wird sowohl durch deutschsprachige, als auch durch Medien in der Herkunftssprache genutzt.

Zum gleichen Ergebnis kommt eine vom WDR erarbeitete Studie zur Mediennutzung von Einwanderern und ihren Familien.² Die Vielfalt der Gesellschaft sollte auch auf lokaler Ebene stärker in Programmen und Themen abgebildet werden, um Gruppen die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen. Dies könnte sich ausdrücken im Wohnumfeld, in der lokalen Presse (Lesebeiräte, ZEUS-Projekt), bei Publikationen sowie auch bei der Gestaltung von Internetseiten.

Zusammen leben³

Nachbarschaftliches Miteinander bzw. Nebeneinander⁴

Das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen einheimischen Deutschen und Migranten bzw. Migrantinnen wird von den Essenerinnen und Essenern weit besser bewertet als öffentliche Darstellungen über ein vorgeblich „gescheitertes Multikulti“ vermuten lassen. Eine Nachbarschaft in Vielfalt wird mehrheitlich befürwortet, die oft zitierte Befürchtung des Rückzugs bestätigt sich nicht und das Mit- bzw. auch Nebeneinander scheint weniger problematisch. Gute Nachbarschaft und das Miteinander von Menschen in einem Wohngebiet ist einer der wichtigen Faktoren für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft. Trotz unterschiedlicher

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.5.3

² WDR print, Oktober 2011, Nr. 426

³ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.6

⁴ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.6.1

Einschätzung der Wichtigkeit ist die überwiegende Mehrheit mit der Nachbarschaft zufrieden. Dabei steigt mit dem Grad der erreichten Schul-/Berufsausbildung die Bereitschaft, persönliche Kontakte mit Menschen anderer Herkunft aufzunehmen. Wie in vielen anderen Bereichen liegt auch hier in der Bildung der zentrale Hebel, an dem auch auf kommunaler Ebene angesetzt werden muss. Die nachhaltige Verbesserung von Bildungschancen hat Auswirkungen auf die Verringerung sozialer Ungleichheit, auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Erfolg. Es wäre zu prüfen, in wie weit diese zu größerer Offenheit neigende Gruppe gezielt als Multiplikatoren geworben werden kann.

Das Zusammenleben verschiedener Kulturen, Generationen und sozialer Gruppen sollte aktiv gefördert werden, um Segregation als Faktor sozialer Ungleichheiten entgegenzuwirken. Die in Altendorf und Katernberg gemachten positiven Erfahrungen und Ansätze integrierter Stadtentwicklungsprojekte, in denen durch den Aufbau von Netzwerken und Aktivierungsmaßnahmen von Bewohner/-innen vorhandene Potenziale im Stadtteil angeregt werden, sind zu sichern und in andere Stadtteile zu übertragen.

Persönliche Kontakte zwischen einheimischen Deutschen und Migranten bzw. Migrantinnen¹

"Formalisierte" Begegnungsräume wie Schule und Arbeitsplatz und der eigene Freundeskreis sind die maßgeblichen Lebensbereiche mit einer beiderseitigen hohen Kontaktdichte. Die Familie und die Nachbarschaft dienen nur bedingt und je nach Befragtengruppe sehr unterschiedlich als persönliches Kontaktfeld. Dies macht die soziale Funktion von Bildungseinrichtungen und Beschäftigungsverhältnissen deutlich und die damit verbundenen Chancen für das interkulturelle Zusammenleben in der Stadt. Auch in den Freizeitkontakten lassen sich interkulturelle Entwicklungen herauslesen, insbesondere bei jungen Menschen. Hier spiegeln die ermittelten Kontakte demografische Entwicklungen wieder. Die junge „multikulturelle“ Altersgruppe der unter 27-Jährigen hat entsprechend viele Beziehungen und persönliche Kontakte zu Migranten bzw. Migrantinnen unterschiedlicher Herkunft.

Bei der Essener Befragung stellte sich heraus, dass Befragte aus dem arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsraum in allen Lebensbereichen weit überdurchschnittlich häufig Kontakt zu anderen Migranten/-innen haben. Im Freundeskreis gilt dies z.B. für mehr als drei Viertel der Befragten mit türkischem oder arabischem Migrationshintergrund. Das deutet auf eine Offenheit hin, sich eher als die einheimischen Deutschen auf interkulturelle Begegnungen und Beziehungen einzulassen.

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.6.2 und 5.6.3

Insgesamt sind Migrantinnen/Migranten tendenziell kontaktoffener gegenüber einheimischen Deutschen als umgekehrt. Dieses, der landläufigen Meinung entgegenstehende Ergebnis zeigt, dass interkulturelle Arbeit sich intensiver mit den einheimischen Deutschen beschäftigen muss.

Einstellungen und (Vor-)Urteile zum Thema Zuwanderung¹

Offenheit oder Begrenzung – Zuzug von Migrantinnen und Migranten²

Die Haltung der Essenerinnen und Essener gegenüber Zuzugsregelungen spiegeln die bundesdeutsche Integrationsdebatte und das damit verbundene Nationalitätenprinzip der vergangenen Jahrzehnte wieder. Humanitäres Völkerrecht, EU-Abkommen oder demografische Aspekte scheinen in der Wahrnehmung noch nicht angekommen. Eine Mehrheit sowohl der Migranten und Migrantinnen als auch der einheimischen Deutschen spricht sich für eine Begrenzung der Zuzugsmöglichkeiten bestimmter Gruppen aus. In diesem Punkt gibt es Gemeinsamkeiten in der Ab- und Ausgrenzung von Menschen aus anderen Herkunftsländern und Kulturen zwischen den einheimischen Deutschen und insbesondere den etablierten Migranten/-innen. Hier gilt es in der **gesamten** Einwohnerschaft für eine neue Willkommenskultur und Differenzierungsbereitschaft gegenüber einwanderungswilligen Neu-Bürger/-innen zu werben.

Lediglich in der deutlich offenen Haltung bei jungen einheimischen Deutschen und Migranten/-innen unter 27 Jahren, sowie bei Befragten mit einem hohen Grad der Schul- und Berufsausbildung werden Internationalisierungstendenzen und die Realität eines Einwanderungslandes erkennbar. Das Werben um eine gesellschaftliche Akzeptanz von Einwanderung – auch im Sinne der europäischen Integration – bleibt eine Herausforderung für alle Bereiche der Kommunalpolitik, sowie für die politische Bildung.

(Vor-)Urteile über Migrantinnen und Migranten als Teil des Wirtschafts- und Sozialsystems³

Die Mehrheit der Befragten folgt in ihrer Beurteilung über die Bedeutung der Migration für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme nicht den negativen Zuschreibungen und Vorurteilmustern. Allerdings werden auch positive Bewertungen mehrheitlich nicht gestützt. Dies zeigt, dass die Urteilsbildung noch offen ist bzw. Unschlüssigkeit vorherrscht. Hier ergibt sich

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.7

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.7.1

³ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.7.2

ein Ansatzpunkt für einen Meinungsbildungsprozess, der Vorurteile abbaut und Chancen von Vielfalt herausstellt.

Gelingen der Integration – (k)eine Frage der Herkunft¹

Bei den einheimischen Deutschen ist mit 42 % die Gruppe derer, die die Herkunft der Migranten/-innen, d.h. ethnisierende Faktoren als entscheidend für den Integrationserfolg hält, etwas größer als die Gruppe, die den Integrationserfolg unabhängig von der Herkunft sieht (33 %). Bei der Zuwanderergruppe wird dagegen von 45 % der Befragten eher kein Zusammenhang zur Herkunft der Migranten gesehen. Innerhalb der Gruppe der Migranten werden bei differenzierter Betrachtung unterschiedliche Einschätzungen deutlich. Zuwanderer/-innen aus der polnischen (41 %) oder russischen (40 %) Sprach-/Herkunftsgruppe sehen einen deutlicheren Zusammenhang mit der Herkunft der Zuwanderer. Die Mehrheit der Befragten aus dem arabischen (62 %) und dem türkischen Sprachraum (59 %) hingegen ist davon überzeugt, dass ein solcher Zusammenhang nicht besteht. Diese unterschiedlichen Einschätzungen lassen sich durch eigene Erlebnisse im Umgang mit der Herkunft erklären. Befragte aus der arabischen oder türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe berichten deutlich häufiger als z.B. Befragte aus der polnischen oder russischen Sprach-/Herkunftsgruppe von Benachteiligungen aufgrund ihrer Herkunft². Durch die selbst erlebte Diskriminierung bedingt weist diese Gruppe der Befragten einen Zusammenhang zwischen Herkunft und Integrationserfolg deutlicher zurück. Die Bedeutung der Herkunft als maßgeblicher Faktor für Anpassungsleistungen in der Stadtgesellschaft stößt auf mehr Ablehnung als Zustimmung. Die Breite der Mittelkategorie – in der sich die Befragten nicht auf eine Aussage festlegen konnten – lässt darauf schließen, dass für Akzeptanz und Zusammenleben eher andere Zusammenhänge verantwortlich gemacht werden. Dieser Umstand sollte mehr herausgestellt werden, auch um anderen vorhandenen Meinungsbildern entgegenzutreten, die soziale Herkunft und Milieus außer Acht lassen und sich von Zuschreibungen aufgrund sichtbarer Herkunftsmerkmale leiten lassen.

Kriterien für die Einbürgerung³

Die Befragungsergebnisse lassen unabhängig von Sprach-/Herkunftsgruppen auf eine hohe Verinnerlichung der geltenden Einbürgerungsgesetzgebung schließen, allen voran die Einforderung grundlegender Deutschkenntnisse, wie im Zuwanderungsgesetz formuliert. Das „Deutsche/r werden“ (mit der Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft) wird immer noch

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.7.3

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.8

³ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.7.4

mit „Deutsch sein“ (Lebensstil annehmen) gleichgesetzt. Insofern spricht vieles dafür, dass das alte Verständnis von Integration im Sinne von Anpassung „der“ Minderheit an eine (als Einheit gesehene) Mehrheit noch vorhanden ist. Hier stellen sich für die Förderung des Zusammenlebens und der Auseinandersetzung mit Inklusion in der Stadtgesellschaft noch hohe Anforderungen.

Beobachtung und Erfahrung von Diskriminierung¹

Positiv ist herauszustellen, dass fast zwei Drittel der Migranten und Migrantinnen angeben - in den letzten zwei Jahren - nie eine ungleiche Behandlung erfahren zu haben und auch eine deutliche Mehrheit der einheimischen Deutschen (55 %) hat keinerlei Diskriminierung wahrgenommen.²

Jede(r) zehnte Befragte(r) mit Migrationshintergrund gibt an, häufig aufgrund der Herkunft benachteiligt worden zu sein, und knapp ein weiteres Viertel hat zwar nicht häufig, aber - wenn auch selten - schon einmal eine Diskriminierungserfahrung gemacht. In diesem Zusammenhang ist ein wichtiges Ergebnis der Bevölkerungsumfrage die Erkenntnis, dass bei den jüngeren Befragten - sowohl bei den einheimischen Deutschen als auch bei den Migranten und Migrantinnen - die Sensibilität für Diskriminierung höher ausgeprägt ist, als bei den Älteren. Das deutet darauf hin, dass in dieser Altersgruppe die Ungleichbehandlung als Problem bewusst wahrgenommen und in Frage gestellt wird.

So ist auch in der Gruppe der Migranten/-innen die Wahrnehmung von Diskriminierung bei älteren Migranten geringer ausgeprägt als bei jüngeren Migranten. Die Älteren gehören zu der Gruppe der ursprünglichen Zugewanderten, die mit ihrem Status als „Gast(arbeiter)“ gelebt und diese Fremdefinition jahrzehntelang nicht in Frage gestellt haben. Die jüngeren Migranten und Migrantinnen aus der zweiten und dritten Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, haben einen anderen Anspruch an Gleichbehandlung. Sie fordern für sich die gleichen Maßstäbe, wie die einheimische Bevölkerung und empfinden Diskriminierung aus diesem Vergleichsbezug.

Diskriminierungserfahrungen und -beobachtungen spiegeln die wahrgenommene Nicht-Akzeptanz in der Stadtgesellschaft wider. Hier zeigt sich in der Umfrage, dass insbesondere

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.8

² Diskriminierung ist jedoch nicht nur eine psychologische Kategorie sondern beinhaltet aus soziologischer Sicht auch Aspekte einer „institutionellen“ Diskriminierung beispielsweise durch Gesetzgebung bzw. Verordnungen (vgl. das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgericht zur notwendigen Anhebung der Regelregelsätze zum Lebensunterhalt für Asylsuchende) und Verfahrensweisen, die nicht auf den ersten Blick als diskriminierend wahrgenommen werden. Vgl. auch die Ergebnisse der „offenen Frage“ in Kapitel 5.10.

Befragte aus der arabischen und türkischen Sprach-/Herkunftsgruppe am stärksten von Benachteiligungen betroffen sind, was insbesondere mit sichtbaren Herkunftsmerkmalen einhergeht.

In den Bereichen von Arbeit und Ausbildung, Wohnen sowie bei öffentlichen Dienstleistungen besteht ein besonders großer Handlungsbedarf Chancengleichheit entgegen zu wirken, da hier die beobachtete und erlebte Diskriminierung in Essen am häufigsten genannt wird.

Die Bekämpfung der Diskriminierung und der Abbau von Ungleichbehandlung in der Stadtgesellschaft ist eine Querschnittsaufgabe. Es ist notwendig unreflektierten, stigmatisierenden Zuschreibungen (z.B. Zuwanderern generell die „Integrationsfähigkeit und-bereitschaft“ abzusprechen) entgegenzutreten. Teilhabe und Gleichbehandlung sind eng mit Anerkennung verbunden, damit geht einher, Strukturen und Kommunikationsformen zu schaffen, die Migrantinnen und Migranten vermitteln, dass die Gesellschaft sie willkommen heißt.

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen einen Handlungsbedarf an Informations- und Lobbyarbeit auf unterschiedlichen Ebenen auf. Hier kann die Stadt ihre Möglichkeiten zur Gewinnung von Akteuren aus den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen, Verwaltung zu fachpolitischen Dialogen nutzen, um auf kommunaler Ebene Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu verwirklichen.

Spätestens seit Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) sind vor allem Länder und Kommunen gefordert, entsprechende Strukturen aufzubauen. Das Teilhabe- und Integrationsgesetz NRW unterstützt diese Zielperspektiven. Die Einrichtung und langfristige Förderung einer Antidiskriminierungsstelle, z.B. nach dem Vorbild der Stadt Köln in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, würde ein Zeichen in diese Richtung setzen. Sie würde die Möglichkeit schaffen, Betroffene zu unterstützen, Fälle zu dokumentieren und daraus Erkenntnisse über Strukturen und Lebensbereiche, in denen Diskriminierung stattfindet, zu gewinnen und Konflikte oder Konfliktpotential frühzeitig zu erkennen und unter Beteiligung der Regeldienste darauf zu reagieren. Um zu verdeutlichen, dass in dieser Stadt Diskriminierung nicht geduldet wird, wären beispielsweise Präventionsarbeit in Schule und Ausbildung, Schaffung von Begegnungsräumen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit mit migrations- und gesellschaftspolitischen Akteuren geeignete Maßnahmen.

Partizipation¹

Deutsche Staatsangehörigkeit als Partizipationsvoraussetzung²

Essen verfügt über ein hohes, nicht ausgeschöpftes Einbürgerungspotential: Über 50 % der Migrantinnen und Migranten erfüllen laut eigener Einschätzung die Voraussetzungen für die Einbürgerung. Jede(r) Fünfte weiß nicht, ob dies der Fall ist. Für Essen ist als Zeichen einer neuen Willkommenskultur insofern eine breite angelegte Einbürgerungskampagne nach dem erfolgreichen Vorbild anderer Kommunen (z.B. Stuttgart) empfehlenswert.

Die Unwissenheit über Einbürgerungsvoraussetzungen explizit bei jungen Menschen unter 27 Jahren stellt die Verwaltung vor die Aufgabe, die vorliegenden Informationslücken zu schließen.

Es ist wichtig, mit zielgruppenorientierten Einbürgerungskampagnen die positive Haltung so zu unterstützen, dass sie zur tatsächlichen Antragstellung führt und bei eher ablehnenden Personengruppen offensiv für den Erwerb der Staatsbürgerschaft wirbt.

Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Angehörige als Partizipationsmöglichkeit

Das Kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Angehörige wurde mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1990 abgelehnt, mit dem Vertrag von Maastricht für EU-Bürger aber eingeführt. EU Länder wie Schweden, Dänemark, die Niederlande, Irland, Frankreich oder Belgien haben durch gesetzgeberische Schritte das Wahlrecht für alle Ausländer eingeführt, in der Bundesrepublik wäre eine Änderung des Grundgesetzes notwendig. Um Nichtdeutschen aus Drittstaaten unter Beibehaltung ihrer Staatsangehörigkeit politische Partizipation zu ermöglichen und sie für die Demokratie zu gewinnen, sind neue Formen kommunalpolitischer Aktivierung notwendig. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass dies im Sinne der Mehrheit der Bürger/-innen wäre, und zwar sowohl der einheimischen Deutschen als auch der Migrantinnen und Migranten.

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.9

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.9.1

Mitgliedschaften als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe¹

Eine der sichtbarsten und vielleicht wirksamsten Formen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Mitgliedschaft in einem Verein, Interessenverband oder einer Organisation.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen auf, dass zwei Drittel der einheimischen Deutschen (66 %), aber lediglich 43 % der Migranten und Migrantinnen Mitglied in einer solchen Organisation oder einem solchen Verein sind. Dieser Anteil ist bei differenzierter Betrachtung bei den arabischen (30 %) und russischen (33 %) Sprach-/Herkunftsgruppen noch einmal deutlich niedriger.

Die geringe Mitgliedschaft von Migranten/-innen macht deutlich, dass die Chancen der gegenseitigen Annäherung als Betätigungsfeld bürgerschaftlichen Engagements und als Lernort von Demokratieprozessen nicht ausreichend genutzt werden. Hier stellt sich vor Ort die Herausforderung, Konzepte für die Gewinnung von Migrantinnen und Migranten für eine aktive Teilhabe am Gemeinwesen und für eine interkulturelle Öffnung von Organisationen zu entwickeln.

Verantwortung von Zusammenleben und Integration²

Integration wird von einer übergroßen Mehrheit der Befragten (84 % bzw. 86 %) in der gemeinsamen Verantwortung von einheimischen Deutschen und Menschen mit Migrationshintergrund gesehen und als „gegenseitiges aufeinander zugehen“ auf der Grundlage der Beherrschung der deutschen Sprache verstanden.

Die meisten Antworten und Vorschläge der Befragten auf die Frage: „Wie könnte die Integration von Migranten hier in Essen weiter verbessert werden?“ spiegeln den in Deutschland bislang geführten Diskurs für ein „interaktionistisches“ Verständnis von Integration wieder. Die Vorschläge und Anregungen der Befragten bewegen sich auf einer sehr allgemeinen Ebene, beziehen sich so gut wie gar nicht auf die konkrete Situation in Essen, sondern appellieren an „die“ Migranten, „die“ Einheimischen und „den“ Staat, sich für „mehr Integration“ zu engagieren. Vorschläge, was die Befragten selbst dafür tun würden oder können, wurden nicht gemacht.

Die mit der Kategorie „Anpassung der Migranten/-innen an das Wertesystem in Deutschland“ zusammengefassten Nennungen aus der offenen Frage machen die Problematik des Integra-

¹ vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.9.3

² vgl. hierzu auch Ergebnisse in Kapitel 5.10

tionsbegriffs im Bewusstsein der Befragten auch in Essen deutlich. Wenn man Integration als „Angleichung“ definiert, wird nicht klar, welche Werte denn gemeint sind, an die sich Migranten/-innen angleichen sollen. Die unterschiedlichen sozio-kulturellen Milieus in Deutschland sind ja durch sehr verschiedene Wertorientierungen gekennzeichnet.¹ Dies gilt ebenso für die keineswegs einheitliche Gruppe „der“ Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit den Ergebnissen der Bevölkerungsumfrage liegt für Essen erstmals eine stadtweite Beschreibung der subjektiven Wahrnehmung zu Integration und zum Zusammenleben von Einwohnerinnen und Einwohnern unterschiedlicher Herkunft vor. Der nächste Schritt erfordert, auf der Basis dieser quantitativen Grundlageninformationen die schon vorhandene und nicht mehr wegzudenkende Vielfalt für eine nachhaltige Zukunft der Stadtgesellschaft im Sinne des Strategieprozesses Essen.2030 aufzugreifen und zu gestalten.

Vieles läuft gut und ist sogar besser als angenommen. Es gibt aber auch sowohl innerhalb der klassischen Bereiche Bildung und Arbeit – bezogen auf bestimmte sozial ausgeschlossene Gruppen von Migrantinnen und Migranten – als auch darüber hinaus in anderen Handlungsfeldern – wie Anerkennung und Teilhabe – die Notwendigkeit, dass sich Konzepte und Dienstleistungen auf kommunaler Ebene stärker an den konkreten individuellen Lebensbedingungen ausrichten.

Die Ergebnisse der Umfrage machen sehr deutlich, dass es das traditionelle „Wir“ (einheimische Deutsche) und „die Anderen“ (mit Migrationshintergrund) nicht gibt. Bei einer differenzierten Betrachtung der Themenbereiche sind sehr große Unterschiede in der subjektiven Einschätzung der Befragten festzustellen.

Die Stadt Essen hat kein „Ausländer-Problem“ und auch kein „ethnisches“ Problem. Sie muss sich einerseits den sozialen Herausforderungen durch verstärkte Unterstützung sozial- und bildungsbenachteiligter Menschen stellen und gleichzeitig das kulturelle Kapital und Bildungspotential der Mehrheit der Migrantinnen und Migranten als Standortfaktor und Chance wahrnehmen.

Für zukünftige kommunale Handlungsansätze sollten zielgruppenspezifische, qualitative Analysen die Grundlage von Konzeptentwicklungen bilden, um zielgruppengerechte und effiziente Maßnahmen zu entwickeln.

¹ vgl. Sinus Sociovision 2010

Anhang



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister
Reinhard Paß

04. Januar 2010

Umfrage „Zusammen leben in Essen“

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Essen ist eine weltoffene Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft ihren Platz haben. Hier leben Menschen aus über 170 Nationen und im alltäglichen Leben begegnen uns andere Sprachen, Kulturen und Religionen. Über 23 % unserer 580.000 Einwohnerinnen und Einwohner haben einen Zuwanderungshintergrund.

Seit Jahren setzt die Stadt mit ihrem kommunalen Handlungsprogramm für die interkulturelle Arbeit auf den gemeinsamen Dialog im Zusammenleben und die ständige Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in unserer Stadt.

Derzeit gibt es keine wissenschaftliche Untersuchung, die die Erfahrungen und Meinungen der Bevölkerung über das „Zusammen leben“ und die Integrationsarbeit widerspiegelt. Dies ist das Anliegen der Umfrage, die erstmalig in unserer Stadt durchgeführt wird.

Angesprochen ist eine repräsentative Auswahl von Essenerinnen und Essenern verschiedener Altersgruppen und Staatsangehörigkeiten. Sie gehören dazu. Für die Qualität der Ergebnisse der Befragung ist es entscheidend, dass sich alle ausgewählten Personen beteiligen. Ihre Teilnahme ist also sehr wichtig!

Ab dem 11. Januar 2010 werden Interviewerinnen und Interviewer im Auftrag der Stadt Essen Kontakt zu allen ausgewählten Personen aufnehmen. Dieses Team wurde eigens für die Interviews geschult. Die einzelnen Personen haben sich zur Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet und werden sich ausweisen. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt selbstverständlich anonym und unter Gewährleistung des Datenschutzes. Für Fragen rund um das Thema Integration erreichen Sie Ansprechpersonen im RAA/ Büro für interkulturelle Arbeit unter der Rufnummer 8328-413 oder -512. Nachfragen zur Organisation der Umfrage beantworten Ihnen gerne Mitarbeiter/innen der Statistikstelle der Stadt Essen unter der Rufnummer 88-12001.

Ich bitte Sie herzlich um Ihre Mitarbeit und danke Ihnen, dass Sie sich die Zeit nehmen, um mit Ihren Antworten die Weiterentwicklung dieses wichtigen Themas zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Paß
- Oberbürgermeister -



Rathaus, Porscheplatz
45121 Essen

e-mail oberbuergemeister@essen.de

Zusammen leben in Essen 2010

Listennummer

Interviewer-Bezirk

Interviewer-Nr.

INTERVIEWER/-IN: Uhrzeit zu Beginn des Interviews eintragen:

 :

Hinweise für Interviewer/-innen

Alle Fragen müssen mit dem vorgegebenen Fragetext vorgelesen werden.

Die Antworten der Befragten sind

bei vorgegebenen Antwortmöglichkeiten durch ein Kreuz in dem entsprechenden Kästchen zu markieren .

bei der Abfrage von z.B. Jahreszahlen in die vorgesehenen Kästchen einzutragen, oder

z.B.:

dann, wenn die zu befragende Person frei antworten kann, gut leserlich in Blockschrift einzutragen z.B. BESSERE INTEGRATION DURCH MEHR GEMEINSAME FEIERN.

Fragen und vorgegebene Antwortmöglichkeiten sind fett gedruckt.

In der Regel finden Sie aber auch eine oder zwei nicht fett gedruckte Antwortmöglichkeiten.

Diese werden nicht vorgelesen, sondern nur dann angekreuzt, wenn Befragte sich spontan entsprechend äußern.

Beispiel	<input type="checkbox"/> 1	ja
	<input type="checkbox"/> 2	nein
	<input type="checkbox"/> 8	weiß nicht
	<input type="checkbox"/> 9	keine Angabe

Bei einzelnen Fragen finden Sie Hinweise, was an dieser Stelle zu tun ist.

Diese Hinweise sind immer grau unterlegt und kursiv gedruckt.

INTERVIEWER/-IN: Liste 1 vorlegen!

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

Die einzelnen Fragen sind in der im Fragebogen vorgegebenen Reihenfolge zu stellen.

Wenn keine weiteren Hinweise gegeben werden, geht es jeweils mit der nächsten Frage weiter.

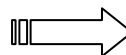
Der Fragebogen enthält aber eine Reihe von Fragen, die nicht jeder zu befragenden Person gestellt werden muss. Damit an jeder Stelle des Fragebogens klar ist, mit welcher Frage es weiter geht, sind entsprechende Hinweise eingefügt.

Diese finden sich in der Regel hinter der jeweiligen Antwortkategorie.

Beispiel:

22. Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?

- 1 ja
 2 nein

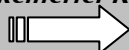


weiter mit Frage 25

Bei der Antwort „ja“ geht es weiter mit Frage 23, bei der Antwort „nein“ mit Frage 25.

Bei manchen Fragen können diese Hinweise nicht bei einzelnen Antwortmöglichkeiten angefügt werden. Dann erhalten Sie in einer entsprechenden Intervieweranweisung Hinweise darauf, wie es weiter geht.

INTERVIEWER/-IN: Wenn keinerlei Kontakt besteht = viermal „Nein“



weiter Frage 37

Grundsätzlich gilt: Alle Intervieweranweisungen sind genau zu beachten!

1. Zu Beginn möchte ich Sie fragen, wie wichtig die folgenden Dinge für Sie persönlich sind.

INTERVIEWER/-IN: Liste 1 vorlegen!

Bitte sagen Sie mir für jeden Punkt auf dieser Liste, wie wichtig er für Sie persönlich ist. Benutzen Sie hierzu bitte die unten aufgeführte Skala von 1 = überhaupt nicht wichtig bis 5 = sehr wichtig.

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

Wie wichtig ist Ihnen...	überhaupt nicht wichtig				sehr wichtig	weiß nicht	keine Angabe
A. ... die Familie?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
B. ... eine gute Bildung/Ausbildung?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
C. ... der Beruf/die Arbeit?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
D. ... eine gute Nachbarschaft?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
E. ... die Religion?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
F. ... ein hoher Lebensstandard?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>

2. Und wie zufrieden sind Sie persönlich mit diesen Dingen in Ihrem Leben?

INTERVIEWER/-IN: Liste 2 vorlegen!

Benutzen Sie hierzu bitte die unten aufgeführte Skala von 1 = überhaupt nicht zufrieden bis 5 = voll und ganz zufrieden.

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

Wie ist das mit ...	überhaupt nicht zufrieden				sehr zufrieden	weiß nicht	keine Angabe
A. ... Ihrer Familiensituation?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
B. ... Ihrer Bildung/Ausbildung?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
C. ... Ihrem Beruf/Ihrer Arbeit?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
D. ... Ihrer Nachbarschaft?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
E. ...der Möglichkeit, Ihre Religion auszuüben?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
F. ... Ihrem Lebensstandard?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>

3. Leben Sie sehr gerne, gerne, nicht so gerne oder ungerne in Essen?

- sehr gerne
- gerne
- nicht so gerne
- ungerne
- keine Angabe

4. Und wie ist das in Ihrem Wohngebiet? Gemeint ist damit ein Bereich von ca. 10 Minuten Fußweg von Ihrem Wohnhaus entfernt.

Leben Sie sehr gerne, gerne, nicht so gerne oder ungerne hier?

- sehr gerne
- gerne
- nicht so gerne
- ungerne
- keine Angabe

5. Seit wann wohnen Sie ununterbrochen in Essen und seit wann hier in Ihrem Wohngebiet?

**INTERVIEWER/-IN: Bei Nachfragen: Gemeint ist das Jahr des letztes Zuzugs!
Jahreszahl eintragen oder „von Geburt an“ ankreuzen!**

- A. in Essen seit bzw. von Geburt an 9996
- B. im Wohngebiet seit bzw. von Geburt an 9996

In einem Wohngebiet können Menschen unterschiedlicher Herkunft leben. Zur Beschreibung der Gruppen, die dort zusammenleben, werden unterschiedliche Begriffe verwendet wie z.B. Deutsche, Einheimische, Ausländer, Aussiedler, Zuwanderer, Migranten. Nicht immer ist dabei klar, wer zu der jeweiligen Gruppe gehört.




In den folgenden Fragen wird in diesem Zusammenhang von einheimischen Deutschen und Migranten gesprochen. Bitte sehen Sie sich an, wer genau damit gemeint ist.

**INTERVIEWER/-IN: gelbe Karte vorlegen und die Definition noch einmal erläutern!
Gelbe Karte bis zum Ende des Interviews liegen lassen!**





6. Wie ist Ihrer Meinung nach das Verhältnis zwischen Migranten und einheimischen Deutschen in Ihrem Wohngebiet?

INTERVIEWER/-IN: Liste 3 vorlegen und Vorgaben vorlesen! Nur ein Kreuz!

Würden Sie sagen ...

- 1 A. ... sie kommen sehr gut miteinander aus?  weiter mit Frage 8
- 2 B. ... sie haben ein normales nachbarschaftliches Verhältnis?  weiter mit Frage 8
- 3 C. ... sie leben nebeneinander her?  weiter mit Frage 8
- 4 D. ... es kommt zu Reibereien?

Oder leben hier in Ihrem Wohngebiet ...

- 5 E. ... keine Migranten bzw.  weiter mit Frage 8
- 6 F. ... keine einheimischen Deutschen?  weiter mit Frage 8
- 8 weiß nicht  weiter mit Frage 8
- 9 keine Angabe  weiter mit Frage 8

7. Worum geht es dabei?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen! Nur ein Kreuz!

- 1 übliche Nachbarschaftsprobleme
- 2 Probleme durch unterschiedliche Lebensstile
- 3 Belästigungen, wie z.B. durch Lärm, Geruch, Müll etc.
- 4 etwas anderes, und zwar **INTERVIEWER/-IN: Nachfragen und in Blockschrift notieren!**
- _____
- _____
- 9 keine Angabe

8. Ist es Ihrer Meinung nach gut, wenn Migranten und einheimische Deutsche als Nachbarn zusammenleben, oder ist es besser, wenn sie getrennt leben, oder ist es Ihnen egal?

- 1 Es ist gut, wenn Migranten und einheimische Deutsche als Nachbarn zusammenleben.
- 2 Es ist besser, wenn sie getrennt leben.
- 3 Es ist mir egal.
- 8 Es kommt auf die Herkunft der Migranten an. **INTERVIEWER/-IN: nicht vorlesen, nur bei spontaner Antwort ankreuzen!**
- 9 keine Angabe

9. Und wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen über Migranten?

INTERVIEWER/-IN: Liste 4 vorlegen!

Bitte sagen Sie mir anhand der Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen.

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

	stimme überhaupt nicht zu					stimme voll und ganz zu			es kommt auf die Herkunft an	weiß nicht	keine Angabe
A. Migranten machen die Arbeit, die die einheimischen Deutschen nicht erledigen wollen.	1	2	3	4	5	7	8	9			
B. Migranten sind eine Belastung für das soziale Netz.	1	2	3	4	5	7	8	9			
C. Migranten sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland.	1	2	3	4	5	7	8	9			
D. Migranten schaffen Arbeitsplätze.	1	2	3	4	5	7	8	9			
E. Migranten sollten ihren Lebensstil besser an den der einheimischen Deutschen anpassen.	1	2	3	4	5	7	8	9			
F. Migranten nehmen einheimischen Deutschen die Arbeitsplätze weg.	1	2	3	4	5	7	8	9			
G. Migranten tragen zur Sicherung der Renten bei.	1	2	3	4	5	7	8	9			

10. Im Folgenden geht es um den Zuzug von verschiedenen Personengruppen nach Deutschland. Wie ist Ihre Einstellung dazu?

INTERVIEWER/-IN Liste 5 vorlegen!

Sollte für die folgenden Personengruppen der Zuzug uneingeschränkt möglich sein, der Zuzug begrenzt oder völlig unterbunden werden?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

	uneingeschränkt möglich sein	begrenzt werden	völlig unterbunden werden	weiß nicht	keine Angabe
A. Aussiedler/-innen	1	2	3	8	9
B. Menschen aus EU-Staaten in Süd-Europa (z.B. Italien, Spanien, Griechenland)	1	2	3	8	9
C. Menschen aus EU-Staaten in Ost-Europa (z.B. Litauen, Polen, Rumänien)	1	2	3	8	9
D. Menschen aus Nicht-EU-Staaten in Europa (z.B. Türkei, Serbien, Kroatien)	1	2	3	8	9
E. Flüchtlinge aus Krisenregionen (z.B. Irak, Libanon, Nigeria)	1	2	3	8	9
F. Hochqualifizierte Arbeitnehmer/-innen aus anderen Ländern und ihre Familien	1	2	3	8	9

11. Was sollte für die Vergabe der deutschen Staatsbürgerschaft wichtig sein?

Bitte sagen Sie mir anhand der Skala von 1 = überhaupt nicht wichtig bis 5 = sehr wichtig wie wichtig Ihrer Meinung nach diese Punkte jeweils sein sollten.

INTERVIEWER/-IN: Kartenspiel mischen, Karten einzeln vorlegen und vorlesen!

	überhaupt nicht wichtig					sehr wichtig		weiß nicht	keine Angabe
A. ob die Person in Deutschland geboren ist	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
B. ob die Person deutscher Abstammung ist	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
C. ob die Person die deutsche Sprache beherrscht	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
D. ob die Person bereit ist, sich an den Lebensstil der einheimischen Deutschen anzupassen	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
E. ob die Person einer christlichen Kirche angehört	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
F. ob die Person nicht vorbestraft ist	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
G. ob die Person für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen kann	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>

12. Wie ist Ihre persönliche Meinung: Sollten alle in Deutschland lebenden Migranten – egal aus welchen Ländern sie kommen – das kommunale Wahlrecht haben? Sollten sie also konkret z.B. hier in Essen an der Wahl des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin, an den Wahlen zum Rat der Stadt und zu den Bezirksvertretungen teilnehmen dürfen?

- ja
- nein
- weiß nicht
- keine Angabe

13. Es wird ja viel über Integration geredet, also über gleiche Rechte, Pflichten und Chancen in der Gesellschaft. Wer ist Ihrer Meinung nach für das Gelingen der Integration verantwortlich?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- in erster Linie die Migranten
- in erster Linie die einheimischen Deutschen
- beide, Migranten und einheimische Deutsche
- weiß nicht
- keine Angabe

14. Und inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage über das Gelingen von Integration zu. Bitte benutzen Sie für Ihre Antwort wieder die Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu.

INTERVIEWER/-IN: Vorgabe vorlesen!

	stimme überhaupt nicht zu					stimme voll und ganz ganz zu		weiß nicht	keine Angabe
Es hängt hauptsächlich von der Herkunft der Migranten ab, ob die Integration gelingt.	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>			<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>

15. Wie könnte die Integration von Migranten hier in Essen weiter verbessert werden?

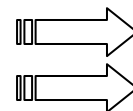
INTERVIEWER/-IN: in Blockschrift notieren!

Nun geht es um ein anderes Thema, die Religion.

16. Welcher Religion bzw. Religionsgemeinschaft gehören Sie an?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 Christentum
- 2 Islam
- 3 Hinduismus
- 4 Buddhismus
- 5 Judentum
- 6 andere Religionsgemeinschaft
- 7 keiner Religionsgemeinschaft
- 9 keine Angabe



weiter mit Frage 18

weiter mit Frage 18

17. Was würden Sie sagen, sind Sie sehr religiös, eher religiös, eher nicht religiös oder überhaupt nicht religiös?

- 1 sehr religiös
- 2 eher religiös
- 3 eher nicht religiös
- 4 überhaupt nicht religiös
- 9 keine Angabe

18. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen zum Thema Religion. Bitte sagen Sie mir anhand der Skala von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 5 = stimme voll und ganz zu, inwieweit Sie diesen Aussagen zustimmen.

INTERVIEWER/-IN Liste 6 vorlegen und Vorgaben vorlesen!

	stimme überhaupt nicht zu		stimme voll und ganz ganz zu			weiß nicht	keine Angabe
A. Kinder sollten religiös erzogen werden.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 9
B. In den Schulen sollte es nicht nur christlichen Religionsunterricht geben.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 9
C. Man sollte gegenüber allen Religionen offen sein.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 9
D. Alle Menschen sollten ihren Glauben frei ausüben dürfen.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 9
E. Es gibt nur eine Religion, die die wahren Werte vertritt.	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/> 8	<input type="checkbox"/> 9

Ich möchte Ihnen nun noch einige Fragen zu Ihrer Herkunft, Ihren Kontakten und Ihrer familiären Situation stellen.

19. Sind Sie in Deutschland geboren?

INTERVIEWER/-IN: Bei Nachfragen: zu Deutschland zählen hier auch die DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete

- 1 ja
- 2 nein
- 9 keine Angabe

 weiter mit Frage 22

20. Sagen Sie mir bitte, in welchem Land Sie geboren worden sind.

INTERVIEWER/-IN: Kennziffer für Geburtsland anhand der grünen Staatenliste ermitteln und eintragen!

21. In welchem Jahr sind Sie nach Deutschland zugezogen?

**INTERVIEWER/-IN: Zuzugsjahr notieren!
Wenn Befragte(r) mehr als einmal zugezogen ist,
das Jahr des ersten Zuzugs notieren!**

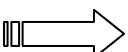
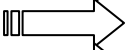
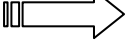
22. Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?

- 1 ja
- 2 nein
- 9 keine Angabe

 weiter mit Frage 25

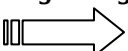
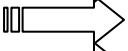
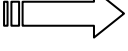
23. Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an oder erst später durch Einbürgerung, durch die Anerkennung als Spätaussiedler/-in bzw. Vertriebene(r) oder aus einem anderen Grund erhalten?

- 1 von Geburt an
- 2 durch Einbürgerung
- 3 durch Anerkennung als Spätaussiedler/-in etc.
- 4 aus anderem Grund
- 9 keine Angabe

 weiter mit Frage 27
 weiter mit Frage 27
 weiter mit Frage 27

24. Haben Sie neben der deutschen noch eine ausländische Staatsangehörigkeit?

- 1 ja
- 2 nein
- 9 keine Angabe

 weiter mit Frage 27
 weiter mit Frage 28
 weiter mit Frage 28

25. Erfüllen Sie die Voraussetzungen für die Einbürgerung nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht?

- 1 ja
- 2 nein
- 8 weiß nicht
- 9 keine Angabe

 weiter mit Frage 27

26. Beabsichtigen Sie, die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 ja, ich habe bereits einen Antrag auf Einbürgerung gestellt
- 2 ja, ich werde noch in diesem Jahr einen Antrag stellen
- 3 ja, ich werde vielleicht später einen Antrag stellen
- 4 nein
- 8 weiß nicht
- 9 keine Angabe

27. Welche ausländische Staatsangehörigkeit haben Sie bzw. welche Staatsangehörigkeit hatten Sie, bevor Sie die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben?

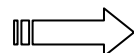
**INTERVIEWER/-IN: Kennziffer für Staatsangehörigkeit anhand der grünen Staatenliste ermitteln und eintragen!
Falls zwei ausländische Staatsangehörigkeiten genannt werden, beide notieren!**

ausländische Staatsangehörigkeit: 1. Nennung 2. Nennung

28. Und wie ist das mit Ihren Eltern? Wurden Ihr Vater und Ihre Mutter in Deutschland geboren?

INTERVIEWER/-IN: Bei Nachfragen: zu Deutschland zählen hier auch die DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete

- 1 ja, Vater und Mutter
- 2 nein, nur Vater oder Mutter
- 3 nein, weder Vater noch Mutter
- 9 keine Angabe



weiter mit Frage 30

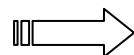
29. Bitte sagen Sie mir, in welchem Land Ihre Eltern geboren wurden.

INTERVIEWER/-IN: Kennziffer für Geburtsland anhand der grünen Staatenliste ermitteln und eintragen!

Geburtsland: Vater Mutter

30. Haben bzw. hatten sowohl Ihr Vater als auch Ihre Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit?

- 1 ja, Vater und Mutter
- 2 nein, nur Vater oder Mutter
- 3 nein, weder Vater noch Mutter
- 9 keine Angabe




weiter mit Seite 10

31. Welche Staatsangehörigkeit hat(te) Ihr Vater und welche Staatsangehörigkeit hat(te) Ihre Mutter?

INTERVIEWER/-IN: Kennziffer für Staatsangehörigkeit(en) anhand der grünen Staatenliste ermitteln und eintragen!

Staatsangehörigkeit: Vater Mutter

INTERVIEWER/-IN: Die folgenden Fragen richten sich nur an einheimische Deutsche also Personen, die
die deutsche Staatsangehörigkeit haben = Frage 22 „Ja“
und zwar von Geburt an = Frage 23 „von Geburt an“,
und die neben der deutschen keine ausländische Staatsangehörigkeit haben = Frage 24 „Nein“,
und bei denen Vater und Mutter in Deutschland geboren wurden = Frage 28 „Ja“
und Vater und Mutter die deutsche Staatsangehörigkeit haben = Frage 30 „Ja“

Für alle anderen  weiter mit Frage 39

Fragen nur für einheimische Deutsche

32. Der Begriff Heimat bedeutet ja für jeden Menschen etwas anderes. Wie ist das bei Ihnen: wo fühlen Sie sich zuhause? Bitte geben Sie alles an, was zutrifft!

INTERVIEWER/-IN: Liste 7 vorlegen und Vorgaben vorlesen!
Mehrfachnennungen möglich!

- 1 A. überall in der Welt
- 1 B. in Europa
- 1 C. in Deutschland
- 1 D. in einem anderen Land
- 1 E. im Ruhrgebiet
- 1 F. in Essen
- 1 G. in meinem Stadtteil
- 1 weiß nicht
- 1 keine Angabe

33. Und wenn Sie einmal an die Zukunft denken, wo beabsichtigen Sie dann zu leben?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 dauerhaft in einem anderen Land als Deutschland
- 2 hauptsächlich in Deutschland, aber regelmäßig für längere Zeit auch in einem anderen Land
- 3 dauerhaft in Deutschland
- 8 weiß nicht
- 9 keine Angabe

34. Haben Sie persönliche Kontakte zu in Deutschland lebenden Migranten, und zwar ... ?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

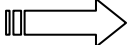
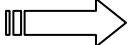
	Ja	Nein	keine Angabe
A. ... in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
B. ... an Ihrem Arbeitsplatz/in der Schule bzw. Universität	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
C. ... in Ihrer Nachbarschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
D. ... in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9

INTERVIEWER/-IN: Wenn keinerlei Kontakt besteht = viermal „Nein“
 weiter Frage 37

35. Wie häufig verbringen Sie Ihre Freizeit mit Migranten?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 jeden Tag, fast jeden Tag
- 2 häufig, mindestens einmal in der Woche
- 3 manchmal, mindestens einmal im Monat
- 4 selten, mehrmals im Jahr
- 5 nie, so gut wie nie
- 9 keine Angabe

 weiter mit Frage 37
 weiter mit Frage 37

36. Und aus welchen Herkunftsländern kommen diese Menschen?

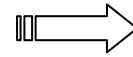
INTERVIEWER/-IN: Kennziffer für Herkunftsländer anhand der grünen Staatenliste ermitteln und eintragen!
Wenn mehrere genannt werden, die drei häufigsten Herkunftsländer eintragen!

Herkunftsländer: 1. Nennung
2. Nennung
3. Nennung

37. Wie häufig haben Sie persönlich innerhalb der letzten beiden Jahre beobachtet, dass Menschen hier in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden sind?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 häufig
- 2 selten
- 3 nie
- 9 keine Angabe



weiter mit Frage 52

38. Wie oft ist Ihnen persönlich in den folgenden Lebensbereichen eine ungleiche Behandlung von einheimischen Deutschen und Migranten aufgefallen?

Falls Sie noch nicht in einer solchen Situation waren, z.B. im Krankenhaus, sagen Sie mir dies bitte.

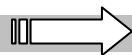
INTERVIEWER/-IN: LISTE 8 vorlegen und Vorgaben vorlesen!

	mehr als- einmal	einmal	nie	trifft nicht zu	keine Angabe
A. am Arbeitsplatz/in der Schule/Universität	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
B. bei der Arbeitssuche	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
C. bei der Stadtverwaltung/anderen Behörden und zwar bei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9

INTERVIEWER/-IN: in Blockschrift notieren!

D. bei der Polizei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
E. beim Arzt/bei der Ärztin	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
F. im Krankenhaus	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
G. bei der Wohnungssuche	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
H. in der Nachbarschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
I. in Gaststätten/Restaurants	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
K. beim Einkaufen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9

Für einheimische Deutsche



weiter mit Frage 52

Fragen nur für Migranten und Aussiedler

39. Der Begriff Heimat bedeutet ja für jeden Menschen etwas anderes. Wie ist das bei Ihnen: wo fühlen Sie sich zuhause? Bitte geben Sie alles an, was zutrifft!

INTERVIEWER/-IN: Liste 9 vorlegen und Vorgaben vorlesen!
Mehrfachnennungen möglich!

- 1 A. überall in der Welt
- 1 B. in Europa
- 1 C. in Deutschland
- 1 D. in meinem Herkunftsland bzw. dem Herkunftsland meiner Eltern
- 1 E. in einem anderen Land
- 1 F. im Ruhrgebiet
- 1 G. in Essen
- 1 H. in meinem Stadtteil
- 1 weiß nicht
- 1 keine Angabe

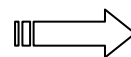
40. Und wenn Sie einmal an die Zukunft denken, wo beabsichtigen Sie dann zu leben?

INTERVIEWER/-IN: Liste 10 vorlegen und Vorgaben vorlesen!

- 1 A. dauerhaft in Deutschland
- 2 B. dauerhaft im Herkunftsland
- 3 C. dauerhaft in einem ganz anderen Land
- 4 D. ... hauptsächlich in Deutschland, aber regelmäßig für längere Zeit auch ...
... in meinem Herkunftsland bzw. dem Herkunftsland meiner Eltern
- 5 E. ... in einem ganz anderen Land
- 8 weiß nicht
- 9 keine Angabe

41. Nun geht es um die Sprache, mit der Sie in der Familie aufgewachsen sind. Ist Deutsch diese Sprache?

- 1 ja
- 2 nein
- 9 keine Angabe



weiter mit Frage 45

42. Wie ist das bei Ihnen persönlich mit der deutschen Sprache?

INTERVIEWER/-IN: LISTE 11 vorlegen und Vorgaben vorlesen!

	sehr gut	eher gut	es geht	eher schlecht	gar nicht	keine Angabe
A. Wie gut verstehen Sie deutsch?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>
B. Wie gut sprechen Sie deutsch?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>
C. Wie gut können Sie deutsch lesen?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>
D. Wie gut können Sie deutsch schreiben?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>
Und wie ist das mit der Sprache Ihres Herkunftslandes bzw. Ihrer Eltern?						
E. Wie gut verstehen Sie diese Sprache?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>
F. Wie gut sprechen Sie diese Sprache?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>
G. Wie gut können Sie diese Sprache lesen?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>
H. Wie gut können Sie diese Sprache schreiben?	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="9"/>

43. In welcher Sprache unterhalten Sie sich mit folgenden Personen?

In Deutsch, in der Sprache Ihres Herkunftslandes bzw. dem Ihrer Eltern, wechseln Sie im Gespräch auch schon einmal zwischen diesen beiden Sprachen oder unterhalten Sie sich in einer ganz anderen Sprache?

INTERVIEWER/-IN: Liste 12 vorlegen und Vorgaben vorlesen!

	Deutsch	Sprache des Herkunfts- landes	Sprache wechselt im Gespräch	andere Sprache	trifft nicht	keine Angabe
A. mit Ihren Eltern	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="9"/>
B. mit Ihren Kindern	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="9"/>
C. mit Ihren Geschwistern	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="9"/>
D. mit Ihrem/Ihrer (Ehe-)Partner/-in	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="9"/>
E. mit Ihren Freunden/Bekanntem	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="9"/>
F. mit anderen Landsleuten	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="9"/>

44. Wenn Sie Zeitungen/Zeitschriften lesen, fernsehen oder das Internet nutzen, auf welche Informationsquellen greifen Sie dann zurück?

INTERVIEWER/-IN: Liste 13 vorlegen!

Sagen Sie mir bitte jeweils anhand der unten aufgeführten Antwortmöglichkeiten, welche Informationsquellen Sie nutzen?

	A. Welche Zeitungen/ Zeitschriften?	B. Beim Fernsehen, welche Sender?	C. Im Internet, welche Web-Seiten
ausschließlich des Herkunftslandes	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="1"/>
überwiegend des Herkunftslandes	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="2"/>
ungefähr gleich häufig des Herkunftslandes und deutsche	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="3"/>
überwiegend deutsche	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="4"/>
ausschließlich deutsche	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="5"/>	<input type="text" value="5"/>
trifft nicht zu, Befragte(r) liest keine Zeitungen/Zeitschriften sieht nicht fern/nutzt das Internet nicht	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="6"/>	<input type="text" value="6"/>
keine Angabe	<input type="text" value="9"/>	<input type="text" value="9"/>	<input type="text" value="9"/>

45. Haben Sie persönliche Kontakte zu einheimischen Deutschen, und zwar ... ?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

	Ja	Nein	keine Angabe
A. ... in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
B. ... an Ihrem Arbeitsplatz/in der Schule bzw. Universität	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
C. ... in Ihrer Nachbarschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
D. ... in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9

INTERVIEWER/-IN: Wenn keinerlei Kontakt besteht = viermal „Nein“
 weiter Frage 47

46. Wie häufig verbringen Sie Ihre Freizeit mit einheimischen Deutschen?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 jeden Tag, fast jeden Tag
- 2 häufig, mindestens einmal in der Woche
- 3 manchmal, mindestens einmal im Monat
- 4 selten, mehrmals im Jahr
- 5 nie, so gut wie nie
- 9 keine Angabe

47. Haben Sie persönliche Kontakte zu Migranten aus anderen Herkunftsländern als Ihrem eigenen bzw. dem Ihrer Eltern, und zwar ... ?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

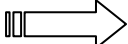
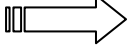
	Ja	Nein	keine Angabe
A. ... in Ihrer eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
B. ... an Ihrem Arbeitsplatz/in der Schule bzw. Universität	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
C. ... in Ihrer Nachbarschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9
D. ... in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis?	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 9

INTERVIEWER/-IN: Wenn keinerlei Kontakt besteht = viermal „Nein“
 weiter Frage 50

48. Wie häufig verbringen Sie Ihre Freizeit mit Migranten aus anderen Herkunftsländern?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 jeden Tag, fast jeden Tag
- 2 häufig, mindestens einmal in der Woche
- 3 manchmal, mindestens einmal im Monat
- 4 selten, mehrmals im Jahr
- 5 nie, so gut wie nie
- 9 keine Angabe

 weiter mit Frage 50
 weiter mit Frage 50

49. Und aus welchen Herkunftsländern kommen diese Menschen?

**INTERVIEWER/-IN: Kennziffer für Herkunftsländer anhand der grünen Staatenliste ermitteln und eintragen!
Wenn mehrere genannt werden, die drei häufigsten Herkunftsländer eintragen!**

Herkunftsländer: 1. Nennung

2. Nennung

3. Nennung

50. Wie häufig haben Sie persönlich innerhalb der letzten beiden Jahre die Erfahrung gemacht, hier in Deutschland aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 häufig
- 2 selten
- 3 nie
- 9 keine Angabe

weiter mit Frage 52

51. Wie oft haben Sie persönlich in den folgenden Lebensbereichen die Erfahrung ungleicher Behandlung von einheimischen Deutschen und Migranten gemacht?

Falls Sie noch nicht in einer solchen Situation waren, z.B. im Krankenhaus, sagen Sie mir dies bitte.

INTERVIEWER/-IN: LISTE 14 vorlegen und Vorgaben vorlesen!

	mehr als- einmal	einmal	nie	trifft nicht zu	keine Angabe
A. am Arbeitsplatz/in der Schule/Universität	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
B. bei der Arbeitssuche	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
C. bei der Stadtverwaltung/anderen Behörden	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
und zwar bei					

INTERVIEWER/-IN: in Blockschrift notieren!

D. bei der Polizei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
E. beim Arzt/bei der Ärztin	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
F. im Krankenhaus	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
G. bei der Wohnungssuche	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
H. in der Nachbarschaft	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
I. in Gaststätten/Restaurants	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
K. beim Einkaufen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9
L. bei einer anderen Gelegenheit	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/> 2	<input type="checkbox"/> 3	<input type="checkbox"/> 4	<input type="checkbox"/> 9

INTERVIEWER/-IN: Nachfragen wobei und in Blockschrift notieren!

52. Es wird oft gesagt, dass es Interessensgegensätze zwischen verschiedenen Gruppen in Deutschland gibt, z.B. zwischen Jungen und Alten, einheimischen Deutschen und Migranten. Die Gegensätze sind aber nicht alle gleich stark. Ich nenne Ihnen nun einige Gruppen. Sagen Sie mir bitte, ob Gegensätze zwischen den jeweiligen Gruppen sehr stark, ziemlich stark, eher schwach oder gar nicht vorhanden sind.

INTERVIEWER/-IN: LISTE 15 vorlegen!

Wie ist das mit Gegensätzen zwischen ...

INTERVIEWER/-IN: LISTE Vorgaben vorlesen!

	sehr stark	ziemlich stark	eher schwach	gar nicht vorhanden	weiß nicht	keine Angabe
A. ... Leuten mit geringem und hohem Einkommen	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
B. ... Leuten mit Kindern und ohne Kinder	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
C. ... Jungen und Alten	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
D. ... einheimischen Deutschen und Migranten	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
E. ... Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>
F. ... Christen und Moslems	<input type="text" value="1"/>	<input type="text" value="2"/>	<input type="text" value="3"/>	<input type="text" value="4"/>	<input type="text" value="8"/>	<input type="text" value="9"/>

Zum Abschluss folgen nun noch einige Fragen zu Ihrer Person und Ihrem Haushalt.

INTERVIEWER/-IN: ohne befragte Person eintragen!

53. Das Interview wurde durchgeführt mit ...

- ... einem Mann.
 ... einer Frau.

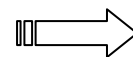
54. In welchem Jahr sind Sie geboren?

INTERVIEWER/-IN: Geburtsjahr eintragen!

55. Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie ...

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

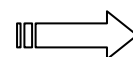
- ... verheiratet und leben mit Ihrem Ehepartner/
Ihrer Ehepartnerin zusammen,
 ... verheiratet und leben dauernd getrennt,
 ... geschieden,
 ... verwitwet oder
 ... ledig?
 keine Angabe



weiter mit Frage 57

56. Leben Sie mit einem Partner/einer Partnerin zusammen?

- ja
 nein
 keine Angabe



weiter mit Frage 61

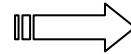
57. Ist Ihr (Ehe-)Partner/Ihre (Ehe-)Partnerin in Deutschland geboren?

INTERVIEWER/-IN: Bei Nachfragen: zu Deutschland zählen hier auch die DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete

- 1 ja
- 2 nein
- 9 keine Angabe

58. Hat Ihr (Ehe-)Partner/Ihre (Ehe-)Partnerin die deutsche Staatsangehörigkeit?

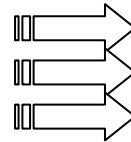
- 1 ja
- 2 nein
- 9 keine Angabe



weiter mit Frage 61

59. Hat Ihr (Ehe-)Partner/Ihre (Ehe-)Partnerin die deutsche Staatsangehörigkeit von Geburt an oder erst später durch Einbürgerung, durch die Anerkennung als Spätaussiedler/-in bzw. Vertriebene(r) oder aus einem anderen Grund erhalten?

- 1 von Geburt an
- 2 durch Einbürgerung
- 3 durch Anerkennung als Spätaussiedler/-in etc.
- 4 aus anderem Grund
- 9 keine Angabe



weiter mit Frage 61

weiter mit Frage 61

weiter mit Frage 61

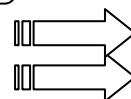
60. Hat Ihr (Ehe-)Partner/Ihre (Ehe-)Partnerin neben der deutschen noch eine ausländische Staatsangehörigkeit?

- 1 ja
- 2 nein
- 9 keine Angabe

61. Wie viele Jahre haben Sie insgesamt eine allgemeinbildende Schule besucht oder sind Sie zurzeit noch Schüler/-in?

INTERVIEWER/-IN: Es geht nur um allgemeinbildende Schulen, nicht berufliche Schulen! Anzahl der Schuljahre eintragen!

- 96 Befragte(r) hat nie eine Schule besucht
- 97 zurzeit noch Schüler/-in
- 99 keine Angabe



weiter mit Frage 65

weiter mit Frage 66

62. Wo haben Sie die allgemeinbildende Schule besucht? War das ...

INTERVIEWER/-IN: Vorgaben vorlesen!

- 1 ... ausschließlich in Deutschland?
- 2 ... überwiegend in Deutschland?
- 3 ... überwiegend in einem anderen Land?
- 4 ... ausschließlich in einem anderen Land?
- 9 ... keine Angabe

63. Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

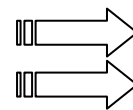
**INTERVIEWER/-IN: Liste 16 vorlegen und Vorgaben vorlesen!
Nur den höchsten Schulabschluss eintragen! Nur eine Nennung möglich!**

- 1 A. Volks-/Hauptschulabschluss oder gleichwertigen Abschluss
- 2 B. mittlere Reife, Fachoberschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss
- 3 C. Fachhochschulreife oder gleichwertigen Abschluss
- 4 D. Abitur bzw. die allgemeine Hochschulreife oder einen gleichwertigen Abschluss
- 5 E. einen anderen Abschluss
- 6 F. Schule beendet ohne Schulabschluss
- 9 keine Angabe

64. Haben Sie eine abgeschlossene Berufsausbildung, d.h. einen Hochschulabschluss oder einen anderen beruflichen Ausbildungsabschluss, sind Sie zur Zeit in einer beruflichen Ausbildung oder sind Sie Student/-in?

**INTERVIEWER/-IN: Bei Nachfragen: gemeint ist ein formaler beruflicher Abschluss,
also nicht z.B. ein Praktikum oder Anlernzeit ohne Abschlusszeugnis!**

- 1 ja, Hochschulabschluss
- 2 ja, anderen Ausbildungsabschluss
- 3 nein, keinen beruflichen Ausbildungsabschluss
- 4 zur Zeit in der beruflichen Ausbildung
- 5 Student/-in
- 9 keine Angabe



weiter mit Frage 66

weiter mit Frage 66

65. Sind Sie zur Zeit erwerbstätig? Was trifft auf Sie zu ?

INTERVIEWER/-IN: Liste 17 vorlegen! Nur eine Nennung!

- 11 A. erwerbstätig mit 35 Stunden oder mehr
- 12 B. erwerbstätig mit mehr als 15 und weniger als 35 Stunden
- 13 C. erwerbstätig mit weniger als 15 Stunden
- 14 D. Altersteilzeit mit Arbeitszeit Null (Freistellungsphase)
- 15 E. Wehr-/Zivildienstleistender
- 16 F. Absolvent/-in eines freiwilligen sozialen Jahres
- 21 G. nicht erwerbstätig – arbeitslos
- 22 H. nicht erwerbstätig – Rentner/-in, Pensionär/-in
- 23 I. nicht erwerbstätig – Hausmann/Hausfrau
- 24 K. nicht erwerbstätig – aus anderen Gründen
- 99 keine Angabe

66. Sind Sie derzeit Mitglied in einer der folgenden Organisationen, Vereine oder Verbände?
Gehen Sie bitte diese Liste durch und sagen Sie mir, wo Sie Mitglied sind.

INTERVIEWER/-IN: LISTE 18 vorlegen!

Alles Genannte ankreuzen! Mehrfachnennungen möglich!

- 1 A. Gewerkschaft
- 1 B. Berufsverband
- 1 C. Unternehmerverband
- 1 D. politische Partei
- 1 E. Bürgerinitiative
- 1 F. Jugend-/Studentenverband
- 1 G. Wohlfahrtsverband/Kriegsopferverband
- 1 H. kirchlicher/religiöser Verein oder Verband
- 1 I. Kulturverein
- 1 K. Frauenverband/Frauengruppe
- 1 L. Heimat-/ Bürgerverein
- 1 M. Sportverein
- 1 N. Gesangsverein
- 1 O. sonstiger Hobbyverein/geselliger Verein
- 1 P. anderer Verein oder Verband, und zwar

INTERVIEWER/-IN: notieren!

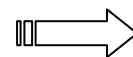
1 Q. nichts davon

67. Wie viele Personen leben mit Ihnen hier in der selben Wohnung/im selben Haus?

INTERVIEWER/-IN: Personenzahl ohne Befragte(n) eintragen!

96 keine weitere Person

99 keine Angabe



weiter mit Frage 69

68. Und wie viele Kinder unter 18 Jahren leben hier mit Ihnen zusammen?

INTERVIEWER/-IN: Nur Anzahl der minderjährigen Kinder eintragen!

96 keine Kinder unter 18 Jahren

99 keine Angabe

69. Erhalten Sie oder eine andere Person Ihres Haushaltes Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – also Grundsicherung für Arbeitssuchende bzw. Sozialgeld (Hartz IV) oder laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) – oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz?

1 ja

2 nein

9 keine Angabe

70. Wie hoch ist alles in allem das derzeitige durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes? Berücksichtigen Sie bitte die Einnahmen aller Haushaltsmitglieder.

INTERVIEWER/-IN: Liste 19 vorlegen!

Hierzu zählen Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bzw. Betriebsausgaben.

Rechnen Sie auch bitte z.B. das Arbeitslosengeld bzw. Einkünfte aus Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (z.B. Hartz IV, Sozialhilfe), Kindergeld, Wohngeld und sonstige Einkünfte hinzu.

INTERVIEWER/-IN: Bei Selbstständigen nach dem durchschnittlichen Nettoeinkommen abzüglich der Betriebsausgaben fragen!

- 1 A. unter 1.000 Euro
- 2 B. 1.000 bis unter 1.500 Euro
- 3 C. 1.500 bis unter 2.000 Euro
- 4 D. 2.000 bis unter 2.500 Euro
- 5 E. 2.500 bis unter 3.000 Euro
- 6 F. 3.000 bis unter 3.500 Euro
- 7 G. 3.500 bis unter 4.000 Euro
- 8 H. 4.000 Euro und mehr
- 9 keine Angabe

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

INTERVIEWER/-IN: Uhrzeit am Ende des Interviews eintragen:

:

Veröffentlichungsverzeichnis

Stadt Essen

Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen

Veröffentlichungsverzeichnis 2005 ff Stand 09/2012

Frühere Veröffentlichungen finden Sie unter www.essen.de mit dem Suchbegriff
Veröffentlichungsverzeichnis

Beiträge zur Stadtforschung

44. Bericht **Berufsausbildung in Essen**
April 2005
45. Bericht **Erwerbstätigkeit und demographische
Strukturen in Essen**
April 2006
46. Bericht **Vorausberechnung der Bevölkerung der Stadt Essen**
- Bevölkerungsprognose 2010, 2015, 2020 -
November 2006
47. Bericht **Menschen in Pflege**
- Ergebnisse der Pflegestatistik in Essen 1999 bis 2005 -
Januar 2008
48. Bericht **Wirtschaftsstrukturen in Essen – Selbständige und
Existenzgründungen**
April 2008
49. Bericht **Betreuungsbedarf von Kindern im Alter von unter 3 Jahren
in Essen**
- Ergebnisse der Elternbefragung 2007 -
Teil I – Textteil -
Juli 2008
- Betreuungsbedarf von Kindern im Alter von unter 3 Jahren
in Essen**
- Ergebnisse der Elternbefragung 2007 -
Teil II – Tabellenband -
Juli 2008
50. Bericht **Essener Jugendbericht 2008 – Band 2 –**
Umfrage zur Freizeitsituation Jugendlicher in
der Stadt Essen 2007
Oktober 2008

51. Bericht **Alternde Gesellschaft:**
Ältere Menschen als Leistungsanbieter und
-nachfrager im Wirtschaftsleben
Februar 2009
52. Bericht **Soziale Einflüsse auf die Gesundheit von
Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Essen**
Analyse der Schuleingangsuntersuchungen 2000 bis 2007
März 2009
53. Bericht **Junge Erwerbsfähige in Essen**
Februar 2010
54. Bericht **Beschäftigungsformen abseits der Normalarbeitsverhältnisse**
April 2011
55. Bericht **Wirtschaft und Krise in Essen**
November 2011
nur als PDF verfügbar
56. Bericht **Mietangebote in Essen 2009 bis 2011**
– Auswertung von Zeitungsanzeigen –
Mai 2012
nur als PDF verfügbar
57. Bericht **Menschen in Pflege**
Ergebnisse der Pflegestatistik 1999 bis 2009
Band 1 – Analyse –
August 2012
nur als PDF verfügbar
- Menschen in Pflege**
Ergebnisse der Pflegestatistik 1999 bis 2009
Band 2 – Tabellen –
August 2012
nur als PDF verfügbar
58. Bericht **Befragung der Alteneinrichtungen in Essen
durch die Heimaufsicht im Jahr 2011**
August 2012
nur als PDF verfügbar
59. Bericht **Zusammen leben in Essen**
Ergebnisse der Befragung zum Thema Integration
in Zusammenarbeit mit
dem Büro für interkulturelle Arbeit/RAA
Teil I – Bericht
September 2012
- Zusammen leben in Essen**
Ergebnisse der Befragung zum Thema Integration
in Zusammenarbeit mit
dem Büro für interkulturelle Arbeit/RAA
Teil II – Tabellenband
September 2012

Informationen

Informationen 14	Stimmbezirke zur Landtagswahl am 22. Mai 2005 Mai 2005
Informationen 15	Wahlbezirke zur Bundestagswahl am 18. September 2005 August 2005
Informationen 16	Das Essener Stadtgebiet Stand 31.12.2005
Informationen 17	Abstimmbezirke nach Straßenabschnitten zum Bürgerentscheid am 12. August 2007 August 2007
Informationen 18	Wahlbezirke zur Europawahl am 07. Juni 2009 Mai 2009
Informationen 19	Stimmbezirke zur Kommunalwahl am 30. August 2009 August 2009
Informationen 20	Wahlbezirke zur Bundestagswahl am 27. September 2009 August 2009
Informationen 21	Stimmbezirkseinteilung zur Integrationsratswahl am 07. Februar 2010 Februar 2010
Informationen 22	Stimmbezirke zur Landtagswahl am 09. Mai 2010 April 2010
Informationen 23	Das Essener Stadtgebiet Stadtgebietdaten, Straßenverzeichnis, Umbenennungen Stand 31.12.2010
Informationen 24	Stimmbezirkseinteilung zur Wiederholungswahl des Integrationsrates am 20. November 2011 November 2011
Informationen 25	Stimmbezirke zur Landtagswahl am 13. Mai 2012 April 2012

Statistisches Handbuch

Bevölkerung

April 2007

Bauen, Wohnen, Fläche, Verkehr

Dezember 2007

Bildung, Kultur und Freizeit

Juli 2008

Wirtschaft, Finanzen, Fremdenverkehr

Mai 2009

Bevölkerung

Juni 2012

nur als PDF verfügbar

Bauen, Wohnen, Fläche, Verkehr

August 2012

nur als PDF verfügbar

Statistische Sonderhefte

- 1/2007 **Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet**
- Kleinräumige Entwicklung im Zeitraum 31.12.1991 - 31.12.2004 -
März 2007

Statistische Halbjahresberichte

58. Jg. **1. Halbjahresbericht 2005**
mit Sonderbericht:
Wanderungsbewegungen in Essen von 1994 bis 2004
nach Herkunfts- und Zielgebieten
März 2006
58. Jg. **2. Halbjahresbericht 2005**
mit Sonderbericht:
Die Entwicklung des selbstgenutzten Wohneigentums
in der Stadt Essen von 1987 - 2005
August 2006
59. Jg. **1. Halbjahresbericht 2006**
mit Sonderbericht:
Sozialwohnungen in Essen von 1987 bis 2020
Februar 2007
59. Jg. **2. Halbjahresbericht 2006**
mit Sonderbericht:
Minijobs in Essen
Juni 2007

60. Jg. **1. Halbjahresbericht 2007**
mit Sonderbericht:
An weiterführenden Schulen angemeldete und angenommene
Grundschülerinnen und –schüler für das Schuljahr 2007/2008
Januar 2008
60. Jg. **2. Halbjahresbericht 2007**
mit Sonderbericht:
Das System Existenzsichernder Hilfen nach der Umsetzung
der Arbeitsmarktreformen zum 1. Januar 2005
August 2008
61. Jg. **1. Halbjahresbericht 2008**
mit Sonderbericht:
Befragung der Alteneinrichtungen in Essen
durch die Heimaufsicht im Jahr 2008
Februar 2009
61. Jg. **2. Halbjahresbericht 2008**
mit Sonderbericht:
Schlechter Gesundheitszustand von Migrantenkindern
– Schicksal oder Herausforderung? –
Oktober 2009
62. Jg. **1. Halbjahresbericht 2009**
mit Sonderbericht:
Entwicklung der Bautätigkeit und des Gebäude- und
Wohnungsbestandes in Essen von 1987 bis 2008 –
April 2010
62. Jg. **2. Halbjahresbericht 2009**
mit Sonderbericht:
Kultur- und Kreativwirtschaft in Essen –
August 2010
63. Jg. **1. Halbjahresbericht 2010**
mit Sonderbericht:
Rahmenbedingungen von Wohnungsbedarf und -nachfrage
März 2011
63. Jg. **2. Halbjahresbericht 2010**
Juli 2011

Ein Blick auf ...

- 1/2011 **Menschen in Essen**
Bevölkerung am 30.06.2011
September 2011
- 2/2011 **Wohnen in Essen**
Gebäude- und Wohnungsbestand am 30.06.2011
Oktober 2011
nur als PDF verfügbar
- 3/2011 **Arbeitsmarkt in Essen**
Daten vom 30.06.2008 bis 2011
November 2011
nur als PDF verfügbar

- 4/2011 **Kraftfahrzeuge in Essen**
Kraftfahrzeugbestand am 30.09.2009 bis 2011
Dezember 2011
nur als PDF verfügbar
- 1/2012 **Soziales in Essen**
Existenzsichernde Hilfen am 30.09.2008 bis 2010
Januar 2012
nur als PDF verfügbar
- 2/2012 **Menschen in Essen**
Bevölkerung am 31.12.2011
März 2012
nur als PDF verfügbar
- 3/2012 **Wohnen in Essen**
Gebäude- und Wohnungsbestand am 31..12.2011
März 2012
nur als PDF verfügbar
- 4/2012 **Menschen in Essen**
Bevölkerung am 31.03.2012
Mai 2012
nur als PDF verfügbar
- 5/2012 **Kultur und Freizeit in Essen**
31.12.2009 bis 2011
Juni 2012
nur als PDF verfügbar
- 6/2012 **Menschen in Essen**
Bevölkerungsbewegungen 2009 bis 2011
Juli 2012
nur als PDF verfügbar
- 7/2012 **Bildung in Essen**
Allgemeinbildende Schulen 15.10.2009 bis 2011
August 2012
nur als PDF verfügbar

Wahlen

- Wahlen 16 **Die Essener Ergebnisse der Landtagswahl vom 22. Mai 2005**
Juni 2005
- Wahlen 17 **Die Essener Ergebnisse der Bundestagswahl vom 18. September 2005**
Oktober 2005
- Wahlen 18 **Die Ergebnisse der Bürgerentscheide vom 12. August 2007**
August 2007
- Wahlen 19 **Die Essener Ergebnisse der Europawahl am 07. Juni 2009**
Juni 2009
- Wahlen 20 **Die Essener Ergebnisse der Kommunalwahlen am 30. August 2009**
September 2009
- Wahlen 21 **Die Essener Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2009**
Oktober 2009
- Wahlen 22 **Wahl des Integrationsrates in Essen am 07. Februar 2010**
Februar 2010
- Wahlen 23 **Die Essener Ergebnisse der Landtagswahl am 09. Mai 2010**
Mai 2010
- Wahlen 24 **Wahl des Integrationsrates 2010 in Essen**
Wiederholungswahl am 20. November 2011
November 2011
- Wahlen 25 **Die Essener Ergebnisse der Landtagswahl am 13. Mai 2012**
Mai 2012
nur als PDF verfügbar

